



89

107.31/67 54-18-4

Zarząd Miejski m. Katowic

Biblioteka Podręczna i Archiwum



Stadtbibliothek
der Gemeinde Kattowitz

54-IX-4

Zarząd Miejski m. Katowic
Biblioteka Podręczna i Archiwum

214	4	486
polka	książka	inwentarz
Dział klasyfikacji		

Stadtarchiv

der Gauhauptstadt Kattowitz

Abtlg. _____ Gruppe _____ Nr. _____



Öffentliche Stadtverordneten- Sitzungen

in Kattowitz im Jahre

1918 **Stadtarchiv**

der Gauhauptstadt Kattowitz

Zusammengestellte Berichte
der „Kattowitzer Zeitung“



Bibliothek
K. XII. 2

Verlag von G. Siwinna, Inh. Carl Siwinna
Kattowitz D.-Schl.

107 31/67



219889. 1918
II

Bei Ueberreichung dieses Bückleins möchten wir noch bemerken, daß der Druck nicht so beschaffen ist, als er bei Büchern sonst zu sein pflegt. Die Ursache hierzu liegt in dem Umstande, daß zur Herstellung der bereits vorhandene Satz aus der „Rattowitzer Zeitung“ verwandt werden mußte. Die Drucktechnik bei einer Zeitung (Rotation) ist aber eine andere, als die bei einem Buche (Schnellpresse). Dies zur Erklärung für den Laien, für den Fachmann ist dies ohne weiteres verständlich.

Verlag der „Rattowitzer Zeitung“
G. Siwinna, Inh. Carl Siwinna.

IX. 5

Das
Pres. Mißschieß Rody Nat. K.-a.
6. 10. 61,



[25,-] 5
(22) 6 vers.

Inhalts-Verzeichnis.

1. Berichte über die öffentlichen Stadtverordneten-Sitzungen:

1. Montag, den 7. Januar	Seite 1
2. Montag, den 4. Februar	„ 7
3. Montag, den 4. März	„ 14
4. Donnerstag, den 21. März	„ 20
5. Montag, den 25. März	„ 30
6. Donnerstag, den 18. April	„ 41
7. Montag, den 27. Mai	„ 55
8. Montag, den 3. Juni	„ 75
9. Donnerstag, den 27. Juni	„ 94
10. Donnerstag, den 18. Juli	„ 109
11. Donnerstag, den 19. September	„ 116
12. Montag, den 14. Oktober	„ 129
13. Montag, den 4. November	„ 134
14. Außerordentliche Sitzung am 11. November	„ 139
15. Donnerstag, den 21. November	„ 143
16. Montag, den 2. Dezember	„ 151
17. Montag, den 9. Dezember	„ 156
2. Schlagwort-Register	„ 162



Berichte

über die

öffentlichen Stadtverordneten-Sitzungen in Rattowik im Jahre 1918.

Sonder-Abdruck der „Rattowiker Zeitung“.

Montag, den 7. Januar 1918, nachmittags 6½ Uhr.

Tagesordnung:

1. Einführung der Herren Stadträte Dame, Kalus, Pieler und Zimmermann.
2. Mitteilungen.
3. Erstattung des Geschäftsberichtes der Stadtverordneten-Versammlung und der Ausschüsse für das Jahr 1917.
4. Neuwahl des Büros der Stadtverordneten-Versammlung.
5. Neuwahl des Vorberatungsausschusses.

Anwesend sind:

Vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu und die Stadträte Ruoff, Delsner, Dame, Kalus, Feige, Zimmermann, Badrian und Guttmann.

Von den Stadtverordneten die Herren: Grünfeld, Pistorius, Wanjura, Borinski, Brauer, Kraemer, Dr. Glaser, Ulbrich, Dr. Breiß, Junge, Gentamer, Schallscha, Breslauer, Boehm, Woitinek, Trupke, Herrmann, Dr. Hoffmann, Pinkus, Rudzinski, Griesse, Bokorny, Klimanek, Münch, Vogel, Siwinna, Müller I, Drees, Scharff.

Entschuldigt fehlen die Herren: Rubiz, Delonek, Ratjchinsky und die im Felde stehenden Herren.

Neujahrs-Begrüßungsrede des Stadtv.-Vorstehers.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld eröffnet kurz nach 6½ Uhr die öffentliche Stadtverordnetensitzung mit folgender Ansprache:

„Ich eröffne die erste Sitzung im neuen Jahre und begrüße Sie alle, meine Herren, mit herzlichsten Neujahrswünschen. Mit heiligem Dank blicken wir auf die glänzenden Heldentaten unseres Volkes in Waffen unter seinen ruhmgekrönten Führern, dankerfüllt den mühtigen Herzen gedenken wir der edlen und braven Kämpfer, die auf dem Felde der Ehre den Heldentod für das teure Vaterland erlitten haben. — Wir stehen vor großen Entscheidungen und noch vor schweren Kämpfen: noch ist der Weltkrieg, der über fast alle Kulturnationen Leid und Unheil gebracht hat, längst nicht zu Ende. Deutschland kann man zu seinem Ruhme nachjagen, daß es den ersten, guten Willen zur Beendigung des Völkerringens gezeigt hat. Die im Osten schwebenden

Friedensverhandlungen haben den bisher fernen Gedanken des Weltfriedens schon näher gerückt. Wenn auch die Westmächte das nutzlose Blutvergießen fortzusetzen entschlossen scheinen, so dürfen wir doch hoffen, auch in ihren Völkern werde in absehbarer Zeit die Einsicht und Erkenntnis durchdringen, daß Deutschlands militärische und wirtschaftliche Kraft nicht zu besiegen, nicht zu brechen ist. Es gibt im Völkerleben weder ewige Feindschaften noch ewige Freundschaften; die Gemeinschaft der Kulturmenschheit wird auch allmählich bei allseitigem Entgegenkommen wieder aufleben, das durch harten Kampf Errungene wird alsdann seine innere Stärke bewahren.

Das eherner Gebot der Stunde ist unseres ganzen Volkes einmütige Geschlossenheit im opferbereiten und siegeszuversichtlichen Durchhalten bis zum glücklichen Ende. Dieses gleiche Ziel leuchtet allen Parteien voran und alle Parteien werden diesem gleichen Ziele dienen, wenn sie in nur sachlichen Auseinandersetzungen ohne feindliche Fehde und ohne ätzende Schärfe zur Klärung der Meinungen, zur Erfämpfung einer glücklichen Zukunft für unser teures Vaterland beizutragen trachten. Das Einigende voran, das Trennende hinten, Einigkeit macht stark!

Auch in diesem Jahre wird es wiederum unsere vornehmste Aufgabe sein, an der Erfüllung der vielen Kriegsfürsorgeaufgaben, die der Stadtverwaltung obliegen, mit Hingebung und Opferbereitschaft mitzuwirken und die schweren Kriegsfolgen lindern zu helfen.

Uns alle befeelt auch in diesem vierten Kriegsjahre bei Beginn unserer gemeinsamen Arbeit der eiserne Wille zum Durchhalten, bis eine glückliche Zukunft erkämpft ist, in der deutsche Kraft und deutscher Geist sich frei entfalten können.

Den hoffnungsstarken Wünschen für unser Vaterland lassen Sie uns in dem Rufe Ausdruck geben: Seine Majestät, unser geliebter Kaiser, das deutsche Volk in Waffen mit seinen treuen Verbündeten und unser teures Vaterland Hurra, Hurra, Hurra!"

Die Versammlung hat sich von den Plätzen erhoben und stimmt erfreut in das Hurra ein.

2. Mitteilungen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld teilt u. a. mit, daß Herr Stadtrat Pieler sich für die heutige Sitzung entschuldigt hat und um Verschiebung seiner Einführung als unbefoldeter Stadtrat bittet.

1. Einführung der Herren Stadträte Dame, Kalus, Pieler und Zimmermann.

Es erfolgt sodann die Einführung der wiedergewählten unbefoldeten Herren Stadträte Dame, Kalus und Zimmermann. Stadtrat Pieler ist, wie schon oben mitgeteilt, am Erscheinen verhindert.

Einführungsansprache des Oberbürgermeisters.

Zunächst ergreift Oberbürgermeister Pohlmann das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

„Meine sehr geehrten Herren Stadträte! Ich habe Sie heute erneut in Ihr Amt einzuführen, in das Sie durch das Vertrauen der Stadtverordneten-Versammlung berufen worden sind. Ich darf Sie mit kurzen Worten auch heute begrüßen. Sie sind ja zum Teil schon längere Zeit Mitglieder des Magistrats und haben jederzeit Ihre Kräfte in den Dienst der Stadt-

gemeinde gestellt. Ich darf noch den besonderen Dank aussprechen Ihnen, Herr Stadtrat Dame, für Ihre hervorragende Tätigkeit in der Lebensmittelversorgung, Ihnen, Herr Stadtrat Kalus, für Ihr segensreiches Wirken im Lieferungsverbände und Ihnen, Herr Stadtrat Zimmermann, für Ihre hingebende Tätigkeit in der Kriegsfürsorge. Ich hoffe, daß Sie Ihr Wirken mit gleichem Erfolge und gleicher Kraft auch in Zukunft fortsetzen werden und uns noch durch viele Jahre erhalten bleiben und mit Frische und Freudigkeit bei uns bleiben werden. Ich hoffe, daß es Ihnen allen große Freude bereiten wird, wenn wir eines Tages in diesen Räumen das Friedensfest feiern werden. Mit diesen Hoffnungen für eine glückliche Zukunft begrüße ich Sie bei der Wiederaufnahme Ihrer Ämter“.

Einführungssrede des Stadtv.-Vorstehers.

Darauf ergreift Stadtv.-Vorst. Grünfeld das Wort zu folgender Ansprache:

„Meine sehr verehrten Herren Stadträte: Die einmütig erfolgte Wiederwahl möge Ihnen die dankbare Anerkennung der Stadtv.-Versammlung für Ihr mühevolleres, erfolgreiches Wirken bekunden. In ernster, schwerer Zeit haben Sie sich auch diesmal freundlichst bereit gefunden, neben Ihrer beruflichen Tätigkeit die Bürde dieses verantwortungsvollen Amtes auf sich zu nehmen. Wir danken Ihnen herzlichst für diese opferfreudige Bereitwilligkeit, unser vollstes Vertrauen begleitet Sie auch in Ihre neubeginnende Amtsperiode. Der Wirkungskreis des Magistrats hat durch die Kriegsfürsorge eine nie geahnte Ausdehnung erfahren; auch diesen erweiterten Ausdehnungskreis haben Sie mit gewissenhafter Gründlichkeit und unendlicher Hingebung erfüllt. Herr Stadtrat Dame kann mit vollster Befriedigung und berechtigtem Stolz heute auf eine über 25 jährige segensreiche Tätigkeit im Ehrendienste unserer Stadt zurückblicken. In dieser langen Zeit haben Sie, mein sehr verehrter Herr Dame, mit warmem Herzen und vorbildlicher Ueberzeugungstreue Ihre ganze Persönlichkeit in den Dienst des Gemeinwohlseins gestellt. Wir sprechen Ihnen mit unseren innigsten Glückwünschen hierfür noch ganz besonders unseren herzlichsten Dank aus.

Wir alle wünschen, meine sehr verehrten Herren Stadträte, daß Ihre weitere ehrenamtliche Tätigkeit wie bisher eine für unsere Stadt segensbringende sei und auch Ihnen selbst stets innerste Befriedigung bringen möge. In diesem Sinne drücke ich Ihnen mit einem herzlichen „Glück auf!“ die Hand“.

Erwiderung des Stadtrats Kalus.

Im Namen der einzuführenden Herren entgegnet Stadtrat Kalus mit folgenden Worten:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Herzlichen Dank für Ihre so ehrenvollen Worte. Obgleich ich nicht der Älteste von uns bin, bin ich gebeten worden, den Sprecher zu machen, auch für Herrn Stadtrat Dame, der schon viel länger als ich seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat. Was in meinen schwachen Kräften steht, das verspreche ich auch fernerhin in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtv.-Vorsteher, sage ich gleichfalls unseren herzlichsten Dank für Ihre so anerkennenden Worte und auch Ihnen, meine Herren Stadtverordneten, danke ich, daß Sie uns durch die Wiederwahl erneut Ihr Vertrauen bewiesen haben. Was wir

zu leisten imstande sind, das werden wir auch fernerhin gerne zum Wohle der Stadt tun“.

3. Erstattung des Geschäftsberichtes der Stadtverordneten-Versammlung und der Ausschüsse für das Jahr 1917.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld verliest sodann den Geschäftsbericht der Stadtverordneten-Versammlung und der Ausschüsse für das Jahr 1917, dessen Wortlaut folgender ist:

„Die Stadtverordneten-Versammlung hielt im Kalenderjahr 1917 11 Sitzungen ab, gegen 14 im Vorjahre. Anwesend waren in sämtlichen Sitzungen zusammen 273 Stadtverordnete, gegen 395 im Vorjahre, oder in jeder Sitzung durchschnittlich 25 Stadtverordnete, gegen 28 im Vorjahre. Zu der am stärksten besuchten Sitzung waren 27 Stadtverordnete erschienen, zu der am schwächsten besuchten Sitzung 22. Die Zahlen im Vorjahre lauteten 33 bezw. 23.

In der ersten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 3. Januar wurden folgende Herren in das Büro der Stadtverordneten-Versammlung gewählt:

1. Zum Stadtverordneten-Vorsteher Herr Baumeister Grünfeld.

2. Zum stellb. Stadtverordneten-Vorsteher Herr Oberbergwerksdirektor Bistorius.

3. Zum Schriftführer Herr Ofenbaumeister P. Wanjura.

4. Zum stellb. Schriftführer Herr Kaufmann R. Borinski.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung schied infolge Todes aus: Herr Stadtv. Kaufmann L. Altman.

In den Vorberatungsausschuß wurden in der Sitzung am 8. Januar die bisherigen Mitglieder durch Zuvuf wiedergewählt.

An Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Stadtverordneten L. Altman wurde in der Stadtverordneten-Versammlung am 23. Juli 1917 Herr Kaufmann Kraemer in den Vorberatungsausschuß gewählt.

Im Heeresdienst bezw. im Zivildienst Russisch-Polens befinden sich die Stadtverordneten Herren Proskauer, Müller II, Ehrhardt, Weigmann, Hennem, Hencinski.

Der Stadtverordneten-Versammlung sind im Laufe des Kalenderjahres insgesamt 177 Vorlagen zugegangen. Davon waren 32 Mitteilungen, 142 Beschlusssachen, 3 Dringlichkeitsanträge. In geheimer Sitzung wurden insgesamt 24 Vorlagen erledigt.

Am 12. November fand eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten statt zum Zwecke der Wahl zweier Landtagsabgeordneter.

Die im November 1917 fälligen Stadtverordneten-Wahlen wurden auf Grund der Kgl. Verordnung vom 4. März 1917 um 1 Jahr verschoben mit der Maßgabe, daß die Amtszeit der Ende 1917 ausscheidenden Stadtverordneten um 1 Jahr verlängert wurde. Die Stadtverordneten-Versammlung besteht gegenwärtig aus 39 Mitgliedern. Auch im verfloffenen Geschäftsjahre wurden verkürzte stenographische Berichte über die einzelnen Sitzungen aufgenommen und im „Stadtblatt“ veröffentlicht.“

Einen Bericht über die besondere Tätigkeit der Ausschüsse legt der Stadtv.-Vorst. zur allgemeinen Kenntnissnahme aus; von einer Verlesung desselben wird abgesehen.

4. Neuwahl des Büros der Stadtberordneten-Versammlung.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Wir legen unser Amt nieder und danken Ihnen für die tatkräftige Unterstützung, die Sie uns während des ganzen Jahres in liebenswürdigster Weise haben zuteil werden lassen. Ich bitte den Herrn Alterspräsidenten, ich glaube, es ist Herr Professor Dr. Hoffmann, den Vorsitz zu übernehmen.

Stadtv. Dr. Hoffmann: Es ist nicht gerade angenehm, als Alterspräsident auf diesem Platze zu sitzen, aber man muß das Unvermeidbare mit Würde tragen. Ich glaube, ich spreche in Ihrer aller Sinne, wenn ich dem bisherigen Vorstande, den wir wohl in Kürze wiederwählen werden, unseren Dank für seine unparteiische Tätigkeit aussprechen. Unser besonderer Dank gebührt dem Herrn Vorsteher, der in meisterhafter Weise neben seinen umfangreichen privaten Geschäften auch noch die Geschäfte der Versammlung in hervorragender Weise geleitet und daneben noch an den Ausschusssitzungen regsten Anteil genommen hat, sodaß wir uns kaum einen besseren Vorsteher als ihn wünschen können. Ihnen, Herr Vorsteher, und den anderen Herren des Büros, spreche ich nochmals unseren herzlichsten Dank aus.

Nachdem zu Besitzern des Wahlaktes die Herren Brauer und Kraemer und zu Stimmzählern die Herren Pinkus und Siwina gewählt sind, beginnt der Wahlakt.

Stadtv. Brauer stellt den Antrag, die Wahl durch Zuvorhinein vorzunehmen, da dies kürzlich auch in Berlin geschehen sei.

Stadtv. Grünfeld erwidert, die Städte Berlin und Breslau hätten einen derartigen Wahlmodus in ihren Geschäftsordnungen vorgesehen, während dies in der Rattowitzer Geschäftsordnung nicht der Fall sei. Er bitte daher, es bei dem bisherigen Brauch zu belassen. — Stadtv. Brauer zieht darauf seinen Antrag zurück, und es erfolgt nunmehr die Einzelwahl durch Stimmzettel.

Wiederwahl des Büros.

Zum Stadtv.-Vorst. wird Herr Baumeister Grünfeld mit sämtlichen 29 Stimmen gewählt.

Der Gewählte nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Ich danke Ihnen, meine Herren, für das mir erneut entgegengebrachte Vertrauen. Es ist heute das 10. Mal, daß Sie mir dieses Vertrauen entgegenbringen. Ich werde mich weiterhin bemühen, das schöne Einvernehmen, das zwischen den beiden Körperschaften herrscht, auch in Zukunft aufrecht zu erhalten. Ihnen, Herr Alterspräsident, danke ich noch besonders für Ihre anerkennenden Worte.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld übernimmt sodann wieder den Vorsitz und setzt sodann den Wahlakt fort:

Herr Oberbergrwerksdirektor Pistorius wird mit 28 Stimmen zum stellb. Stadtv.-Vorst. gewählt; ein Wahlzettel war unbeschrieben. Der Gewählte nimmt die Wahl mit Dank an.

Zum 1. bzw. 2. Schriftführer werden die Herren Osenbaumeister Wanjura und Kaufmann Borinski mit je 28 Stimmen gewählt. Die Herren nehmen gleichfalls die Wahl mit Dank an.

5. Neuwahl des Vorberatungsausschusses.

Die Wahl des Vorberatungsausschusses erfolgt auf allgemeinen Wunsch durch Zuvorhinein. Es werden sämtliche bisherige Mit-

glieder wiedergewählt, und zwar die Herren Grünfeld, Pistorius, Banjura, Borinski, Dr. Hoffmann, Pinus, Rudzinski, Brauer, Kraemer, Ulbrich, Boehm, Katschinski, Kubiz, Proskauer, Müller und Drees. Die anwesenden Herren nehmen sämtlich die Wahl an.

Der Stadtv.-Vorst. schließt darauf um 7 $\frac{1}{4}$ Uhr die Sitzung und fordert die Herren auf, möglichst zahlreich zu dem anschließenden gemütlichen Beisammensein im „Wiener Hof“ zu erscheinen.

v. M.

Montag, den 4. Februar 1918, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Einführung des Herrn Stadtrats Pieler.
2. Mitteilungen.
3. Beitritt zum Deutschen Volkshausbund.
4. Gewährung eines Beitrages an die Vaterlandsstiftung e. V. zur Gewährung von Erholungskursen für deutsche Kriegsbefähigte.
5. Gewährung einer Beihilfe an das Kaiserin Augusta Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.
6. Beitritt zum Ortsausschuß des Schlesischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose.
7. Gewährung einer Beihilfe für die Säuglingspflegeschule in Duppeln.
8. Verstärkung des Titels V/2 des Haushaltsplanes der Grunderwerbsverwaltung (Kosten für Aufstellungen).
9. Verstärkung des Titels I C 8 des Haushaltsplanes der Allgemeinen Verwaltung (Tagegelber und Reisekosten).
10. Verstärkung des Titels I Nr. 8 des Haushaltsplanes der Kanalverwaltung für 1917 (Kosten des Betriebes der Kläranlage).
11. Verstärkung des Titels VII Nr. 56 des Haushaltsplanes der Allgemeinen Verwaltung (Verrechnungsbeiträge).
12. Antrag der O. E. W. auf Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.
13. Verlängerung des Abkommens mit dem Schützenverein vom 13. November 1912/26. Februar 1913 betr. das Südparkrestaurant und den Südparkgarten.
14. Erhöhung der Entschädigung für den Druck des Stadtblatts.
15. Erhöhung der Unterstützung für den Invaliden Adam Lutschke.
16. Wahl von Mitgliedern für das Kuratorium der Oberrealschule.
17. Wahl von Mitgliedern für die Einkommen-Steuer-Berantlagungskommission.
18. Erwerb der Baracke 1439 vom Roten Kreuz.
19. Bewilligung der einmaligen Feuerungszulage an die Beherren der Oberrealschule; des Gymnasiums und Oberschulzentrums, Oberreal-Studienanstalt, der Knaben- und Mädchenmittelschule.
20. Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit.
21. Erhöhung einer Dienstentschädigung.

Anwesend sind:

Vom Magistrat: Bürgermeister Deu und die Stadträte Ruoff, Telsner und Kalus.

Von den Stadtberordneten die Herren: Grünfeld, Pistorius, Wanjura, Borinski, Trupke, Wollinet, Herrmann, Kraemer, Ulbrich, Glaser, Junge, Müller I, Centawer, Breslauer, Boehm, Dr. Hoffmann, Karstinski, Rudzinski, Münch, Kubis, Belonet, Pokorny, Klimanek, Ehrhardt, Brauer, Pinus, Gries.

Entschuldigt fehlen die Herren: Schallha, Siminna, Drees und die im Felde befindlichen Herren.

Die Gold- und Juwelenankaufswoche.

Stadtb.-Vorst. Grünfeld eröffnet kurz nach 5 Uhr die Sitzung mit folgender Ansprache:

Die Schlesische Gold- und Juwelen-Ankaufswoche findet in ganz Schlesien in kommender Woche vom 10. bis 17. Februar statt. Ich komme dem Wunsche des geschäftsführenden Ausschusses in Breslau gern nach, auch hier von dieser Stelle auf die Bedeutung der allgemeinen Gold- und Juwelenabgabe hinzuweisen. Gold ist das Rückgrat unserer Finanzwirtschaft, die Stetigkeit der Golddeckung bestimmt den Kurswert des

Geldes im Auslande und stärkt so unsere wirtschaftliche Kraft im Kriege und darüber hinaus auch in der kommenden Friedenswirtschaft. An der Stärkung des Goldschazes unserer Reichsbank mitzuarbeiten, ist gebieterische vaterländische Pflicht. Weit über eine Milliarde gemünzten und ungemünzten Goldes sind nach Schätzung amtlicher Stellen noch im Lande vorhanden. Dieses Gold dem Goldschaze der Reichsbank zuzuführen und hierzu noch die Mengen von Edelsteinen zu dem gleichen Zwecke der Reichsbank zum Verkauf im neutralen Auslande zur Verfügung zu stellen, das sind zur Zeit vaterländische Pflichten und Aufgaben der Heimarmee, zu deren Erfüllung ein jeder sein Bestes beitragen muß.

In unserer Stadt sind unter der rührigen und umsichtigen Leitung des lokalen Arbeitsausschusses weitgehende Vorbereitungen für die kommende Gold- und Juwelenaufschwache getroffen; viele Damen und Herren haben in dankenswerter Weise ihre bewährte Kraft in den Dienst der vaterländischen Sache gestellt. Möge diese mühevolle und opferfreundige Werbearbeit durch eine tatkräftige Unterstützung der gesamten Bürgerschaft die gebührende Anerkennung finden. Die Tageszeitungen unserer Stadt bringen fortgesetzt klar und überzeugend all' die zwingenden Gründe für die Hengabe des noch im Lande befindlichen Goldes und der Juwelen; sie haben hierdurch in höchst anerkennenswerter Weise für die kommende Woche vorgearbeitet.

Wir alle aber wollen, worum ich Sie hiermit bitten möchte, ein Jeder in seinem Bekanntenkreise, nach besten Kräften die zielbewußte Aufklärungs- und Werbearbeit des lokalen Arbeitsausschusses in der kommenden Schlesischen Juwelen- und Goldaufschwache auf's Tatkräftigste unterstützen.

Möge die gesamte Bürgerschaft ihre bekannte Vaterlandsliebe und Vaterlandstreue auch diesmal wieder opferfreudig und pflichtbewußt bekunden. Aldann wird unsere Stadtgemeinde gleich den schlesischen Schwestergemeinden einen schönen Erfolg zum Segen unseres geliebten Vaterlandes erzielen. Das wünschen und hoffen wir alle!

1. Einführung des Herrn Stadtrats Bieler.

Wie Stadtb.-Vorst. Grünfeld mitteilt, kann die Einführung des Herrn Stadtrats Bieler nicht erfolgen, weil Herr Bieler sich mit einer wichtigen Geschäftsreise entschuldigt hat.

2. Mitteilungen.

Das Provinzial-Schulkollegium in Breslau hat die Wahl des wissenschaftlichen Hilfslehrers an der Oberrealschule in Rattowitz Tiffe bestätigt.

Der Magistrat teilt dem Stadtverordneten-Kollegium mit, daß er, weil die Müllabfuhr-Gesellschaft m. b. H. „Staubfrei“ vom 1. Februar ab ihren Betrieb eingestellt hat, für die Folge die Abfuhr des Müll durch die städtischen Fuhrwerke in Aussicht genommen hat. Eine besondere Vorlage wird der Stadtverordneten-Versammlung noch zugehen. — Stadtb.-Vorst. Grünfeld: Ich glaube, wir können diesen Entschluß des Magistrats begrüßen.

Es liegt der Abschluß der Stadthauptkasse für den Monat November 1917 vor; es ist nichts daran zu erinnern.

Der Stadtv.-Vorst. verliest die Entschuldigungsliste und begrüßt bei dieser Gelegenheit den Stadtv. Ehrhardt, welcher aus dem Felde zurückgekehrt ist und zum ersten Male wieder an einer Stadtberordneten-Sitzung teilnimmt.

3. Beitritt zum Deutschen Volkshausbund.

Stadtv. Junge: Der Zweck des Bundes ist die Errichtung von Volkshäusern und Gemeinbehäusern, um den sozialen Bestrebungen würdige Heimstätten zu bereiten. Magistrat und Vorberatungsausschuß schlagen den Beitritt mit 20 M vor; das Plenum beschließt im gleichen Sinne.

4. Gewährung eines Beitrages an die Vaterlandsjende G. B. zur Gewährung von Erholungskursen für deutsche Kriegsbeschädigte.

Stadtv. Dr. Hoffmann weist auf den guten vaterländischen Zweck der Sache hin. Magistrat und Vorberatungsausschuß haben beschlossen, die Summe von 450 M zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß sich die Stadt das Recht vorbehält, drei alte Soldaten aus Rattowitz für diesen Aufenthalt bestimmen zu dürfen. Das Plenum schließt sich diesem Standpunkt an und bewilligt die 450 M.

5. Gewährung einer Beihilfe an das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Stadtv. Dr. Glaser: Magistrat und Vorberatungsausschuß haben beschlossen, jährlich 50 M auszugeben und dies als laufende Summe in den Haushaltsplan einzusetzen. Das Plenum beschließt in gleichem Sinne.

6. Beitritt zum Ortsausschuß des Schlesischen Provinzial-Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Stadtv. Pistorius: Der Provinzial-Verein läßt es sich anlegen sein, durch Abhaltung von Ausbildungskursen für Fürsorgepersonal, Einrichtung von Walderholungsstätten, Sorge für die aus dem Heere entlassenen Tuberkulösen usw. diese Seuche zu bekämpfen. Es empfiehlt sich die Gründung von Ortsausschüssen, weil der Provinzial-Verein 50 Prozent aller entstehenden Kosten trägt. In Rattowitz hat sich ein solcher Ortsausschuß bereits gebildet mit Herrn Oberbürgermeister Pohlmann und dessen Gattin als Vorsitzende. Der Ortsausschuß ist nunmehr an den Magistrat mit der Bitte um Beitritt herangetreten, und der Magistrat hat beschlossen, dem Ortsausschuß mit einem Beitrag von jährlich 500 M auf drei Jahre beizutreten.

Stadtv. Dr. Glaser: Ich habe bereits im Mai v. Js. auf die Notwendigkeit eines solchen Ortsausschusses hingewiesen. Damals scheiterte das Projekt an dem Widerstand der leitenden Kreise der Industrie, die der Ansicht waren, daß in Oberschlesien die Tuberkulose nicht verbreitet sei. Ich empfehle dringend, dem Beschlusse des Magistrats beizutreten. Ich bitte um Mitteilung, wann der hiesige Ortsausschuß eigentlich gegründet wurde, denn mir ist von der Gründung eines solchen Ausschusses überhaupt nichts bekannt.

Stadtv. Pistorius: Der Ortsausschuß ist in der Tat gegründet, vorläufig aber nur provisorisch. Die definitive Wahl des Vorstandes soll jetzt erst erfolgen.

Nachdem Stadtv. Dr. Glaser auf die Wichtigkeit der Wohnungshygiene hingewiesen und auch Stadtv. Brauer die An-

nahme der Vorlage warm empfohlen hat, stimmt das Plenum dem Magistratsvorschlage auf Bewilligung von 500 M jährlich zu.

7. Gewährung einer Beihilfe für die Säuglingspflegeschule in Oppeln.

Stadtv. P i n k u s: Die Säuglingspflegeschule in Oppeln ist am 1. Juli 1917 ins Leben getreten. Da die Stadt Oppeln die Übernahme der Schule ablehnte, hat der Vaterländische Frauen-Verein Oppeln vorläufig die Anstalt übernommen und in einem ihm gehörigen Grundstücke provisorisch untergebracht. Nach dem Kriege soll dann ein besonderes Gebäude errichtet werden, welches nach dem schon jetzt aufgestellten Bauprojekt die Summe von 500 000 M und jährliche Unterhaltungskosten von 60 000 M erfordern wird. Die Unterhaltung der jetzigen provisorischen Anstalt erfordert die Summe von jährlich 30 000 M. Die ober-schlesische Industrie hat ihre Beteiligung an der Aufbringung dieser Summe zugesagt. Da aber die städtische Unterstützung zur Aufbringung aller erforderlichen Mittel nicht ausreicht, so ist der Regierungspräsident an die Städte und Landgemeinden des Regierungsbezirkes herangetreten mit der Bitte, auf 3 Jahre Beiträge zu zahlen, deren Höhe sich nach der Seelenzahl und dem Steuerfoll der einzelnen Gemeinden richtet. Magistrat und Vorberatungsausschuß sind zu dem Entschluß gekommen, einen Beitrag von jährlich 450 M für diesen Zweck auszuwerfen. Das Plenum schließt sich diesem Entschluß an.

8. Verstärkung des Titels V 2 des Haushaltsplanes der Grund-erwerbsverwaltung (Kosten für Auflösungen).

Es wird für diesen Zweck die Summe von 100 M bewilligt.

9. Verstärkung des Titels I C 8 des Haushaltsplanes der Allgemeinen Verwaltung (Tagegelder und Reisekosten).

Stadtv. B r a u e r: Es wird eine Verstärkung um 1400 M empfohlen. Seiner Zeit war dieser Titel von 3200 M auf 1000 M zurückgesetzt worden, weil man glaubte, daß im Kriege keine Reisen notwendig sein würden. Die Versammlung bewilligt die geforderten 1400 M.

10. Verstärkung des Titels I Nr. 8 des Haushaltsplanes der Kanalverwaltung für 1917 (Kosten des Betriebes der Kläranlage).

Stadtv. R u d z i n s k i: Die Verstärkung ist notwendig geworden durch die Erhöhung der Löhne, die Vertenerung der Betriebsmittel, den Ersatz gestohlener Treibriemen usw. Der Vorberatungsausschuß hat beschlossen, 2000 M zu bewilligen. Das Plenum beschließt in gleichem Sinne.

Punkt 11 wird vorläufig zurückgestellt, weil der Referent noch nicht anwesend ist.

12. Antrag der D. E. W. auf Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.

Stadtv. B o r i n s k i: Sie werden die Befürchtung haben, daß die D. E. W. wieder mit neuen Forderungen an uns herangetreten ist. Ich kann Sie aber beruhigen, denn es war nur notwendig, daß die D. E. W. sich mit dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung vom Januar einverstanden erklärte, und daß die D. E. W. anerkennen mußte, daß der Beschluß der Stadtverordneten ihrem Vertragsverhältnis nicht entgegen ist. Es

haben umfangreiche Erörterungen und Besprechungen mit Herrn Bergmann stattgefunden, in welchen die ganze Frage noch einmal aufgerollt wurde. Der Erfolg der Verhandlungen war folgender: Die D. E. W. haben am 29. Dezember folgendes Schreiben an den Magistrat gerichtet:

„Am unliebsame und zeitraubende Verhandlungen mit unferen Abnehmern zu vermeiden, wollen wir auch bei Pauschalanlagen den gleichen Zuschlag erheben, wie ihn die Stadt Rattowitz bei den Zähleranlagen uns zu bewilligen bereit ist. Mit Rücksicht auf § 4 des vierten Nachtrags-Vertrages vom 15. 8./19. 9. 1917 müssen wir Sie jedoch bitten, im § 1 des von Ihnen vorgeschlagenen 6. Nachtrags-Vertrages dem Absatz 2 folgende Fassung zu geben:

Dagegen verpflichten sich die D. E. W., auch bei Pauschalanlagen nur 20 Prozent Zuschlag zu dem bestimmten Pauschaltarif zu erheben. Der Absatz 3 des § 1 wird hierdurch gegenstandslos und kann wegfallen. Wir werden selbstverständlich anders getroffene Abkommen berichtigen.“

Die Differenzen, die jetzt noch zwischen Magistrat und D. E. W. bestehen, sind, fährt Stadtb. Borinski fort, nur unbedeutender Natur. Wenn die D. E. W. sich korrekt an ihre Verpflichtungen halten, sind weitere Differenzen nicht zu befürchten. So können wir hoffen, daß das Verhältnis zwischen der D. E. W. und ihren Abnehmern sich künftighin günstig gestalten wird.

Die Versammlung erklärt sich ohne Debatte mit dem zwischen Magistrat und D. E. W. getroffenen Abkommen einverstanden.

13. Verlängerung des Abkommens mit dem Schützenverein vom 13. November 1912/25. Februar 1913 betr. das Südpark-Restaurant und den Südparkgarten

Stadtb. Wanjura: Nach dem bisherigen Abkommen, dessen Frist am 1. April d. Js. abläuft, zahlte der Schützenverein jährlich 1380 M. Eine endgültige weitere Regelung mit dem Schützenverein soll auf Wunsch des Magistrates vorläufig nicht erfolgen; vielmehr soll eine Verlängerung des Vertragsabkommens nur auf 1 Jahr, bis zum 1. April 1919, stattfinden. Auch der Vorberatungsausschuß ist mit dieser Regelung der Angelegenheit einverstanden. Die Pachtzahlung von 1380 M. soll wie bisher dem Schützenverein auf ein weiteres Jahr erlassen bleiben.

11. Verstärkung des Titels VII Nr. 56 des Haushaltsplanes der Allgemeinen Verwaltung (Vereinsbeiträge).

Es werden für diesen Zweck 150 M. bewilligt.

14. Erhöhung der Entschädigung für den Druck des „Stadtblattes“.

Stadtb. Borinski: Buchdruckereibesitzer Herliz erhielt bisher die Summe von 1500 M. jährlich. Er hat aber, wie aus einer von ihm vorgelegten Abrechnung hervorgeht, in den Jahren 1915—1917 die Summe von ca. 3000 M. zugelegt. Im Magistrat und Vorberatungsausschuß wurde in Erwägung gezogen, ob man nicht mit Rücksicht auf die Kosten von dem Drucke der stenographischen Stadtverordneten-Berichte absehen solle. Andernfalls müsse man Herrn Herliz mit jährlich 800 M. aufbessern. Der Magistrat hat sich zu letzterem entschlossen, und auch der Vorberatungsausschuß ist zu der Ansicht gelangt, daß das „Stadtblatt“

gerade durch die Aufnahme der Stadtverordnetenberichte seine Hauptberechtigung habe. Auch der Oberbürgermeister glaubt, das „Stadtblatt“ nicht entbehren zu können, damit man über die Vorgänge im Stadtparlament während der Kriegszeit ein genaues Dokument für spätere Zeiten besitze. Der Vorberatungsausschuß hat den endgültigen Entschluß gefaßt, die 800 M. zu bewilligen und das „Stadtblatt“ in seiner jetzigen Form weiterbestehen zu lassen, unter der Bedingung, daß die Stadtverordneten-Berichte auch künftighin wortgetreu erscheinen.

Das Plenum stellt sich auf den gleichen Standpunkt und bewilligt die Summe von 800 M. als Erhöhung der Entschädigung für den Druck des „Stadtblattes“.

15. Erhöhung der Unterstützung für den Invaliden Adam Lufaschek.

Stadtv. P o f o r n h: Lufaschek war in der städtischen Gasanstalt von 1901 bis 1917 beschäftigt und hat sich jederzeit gut geführt. Es wird vorgeschlagen, ihm eine monatliche Unterstützung von 20 M. zu bewilligen. Das Plenum stimmt dem zu.

16. Wahl von Mitgliedern für das Kuratorium der Oberrealschule.

Das Kuratorium setzt sich z. Bt. aus den Herren Bürgermeister Den, Stadtrat Dame, Stadtv. Drees, Stadtv. Pinkus, Stadtv. Ulbrich und Direktor Dr. Bürger zusammen. Die Wahlzeit für die Herren Drees, Pinkus und Ulbrich ab; diese Herren werden auf 2 Jahre wiedergewählt und nehmen die Wahl mit Dank an.

17. Wahl von Mitgliedern für die Einkommen-Steuer- Veranlagungskommission.

Die Wahlzeit der Herren Stadtv. Ulbrich, Stadtrat Guttmann und Stadtrat Pieler ist abgelaufen. Die Herren Ulbrich und Pieler werden wiedergewählt; an Stelle des Stadtrats Guttmann, welcher bereits von der Regierung präsentiert ist, wird Herr H a b e r m a n n neu gewählt.

Als Stellvertreter werden in die gleiche Kommission die Herren Stadtv. W a n j u r a, Stadtrat Kalus und Stadtv. Borinski auf 6 Jahre, ferner auf 3 Jahre Herr Eduard Breslauer an Stelle des verstorbenen Stadtv. Altmann und Profurist B r o d a an Stelle des Herrn Breslauer gewählt.

18. Erwerb der Baracke 1489 vom Roten Kreuz.

Stadtv. R u d z i n s k i: Die in Frage stehende Baracke gehört dem Zentral-Komitee vom Roten Kreuz und ist i. Bt. vom Magistrat angefordert worden. Da die Baracke nunmehr vom Zentral-Komitee zurückgefordert wird, dieselbe aber der Stadt ziemlich bedeutende Kosten verursacht hat und der Abbruch derselben weitere Kosten erfordern würde, so hat es der Magistrat für ratsam gehalten, die Baracke vom Zentralverein käuflich zu erwerben. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen hohen Materialkosten beantragt das Zentral-Komitee eine Kauffumme von 2000 M. ausschließlich der Einrichtungsgegenstände. Magistrat und Vorberatungsausschuß haben der Bewilligung dieser Summe zugestimmt. Das Plenum schließt sich diesem Vorschlage an.

19. Bewilligung der einmaligen Feuerungszulagen an die Lehrpersonen der Oberrealschule, des Lyzeums und Oberlyzeums, Oberrealschulstudienanstalt, der Knaben- und Mädchenschule.

Stadtv. Dr. Hoffmann: Da der Staat seinen Beamten einmalige Feuerungszulagen bewilligt hat, so kann die Stadt nicht umhin, ihren Lehrpersonen eine Unterstützung im gleichen Rahmen zukommen zu lassen. Zu diesem Zweck sind folgende Mittel erforderlich:

Oberrealschule	3970 M.
Lyzeum und Oberlyzeum	5710 M.
Knabenmittelschule	2880 M.
Mädchenmittelschule	3290 M.
Fortbildungsschule	390 M.

zusammen 16 240 M.

Die Versammlung bewilligt ohne jede Debatte die angeforderten Mittel.

Die Punkte 20 und 21 werden in die geheime Sitzung verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Stadtv.-Vorst. Grünfeld schließt kurz nach 6¼ Uhr die Sitzung.

Geheime Beratung.

20. Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit.

Magistratssekretär Passzjernik wird auf Lebenszeit als Beamter angestellt.

21. Erhöhung einer Dienstentschädigung.

Die Dienstentschädigung für den Krankenhaus-Assistenzarzt Dr. Schreiber wird vom 1. Januar 1918 ab um 300 M für das Jahr erhöht.
v. M.

Montag, den 4. März 1918, nachmittag 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Verstärkung des Titels XIII Nr. 22 des Haushaltsplanes des Lyzeums für 1917. (Unvorhergesehene Ausgaben.)
3. Verstärkung des Titels XIV Nr. 11 des Haushaltsplanes des Lyzeums für 1917. (Entschädigung für einen Aufseher.)
4. Uebernahme der Kosten beim Vortrage des Prof. Haß am 3. November 1917 auf die Stadthauptkasse.
5. Uebernahme der Kosten für die vom Aufklärungsausschuß veranstalteten Vorträge.
6. Beitritt zum Reichsverband zur Förderung parlamentar Bauweise e. V.
7. Beitritt zur Deutsch-Baltischen Gesellschaft.
8. Gewährung einer Beihilfe an die Schleffischen Gartenbauvereine zu einer Jubiläumsspende für schleffische kriegsverletzte Kärner.
9. Erhöhung der Entschädigung für die im Krüppelheim in Beuthen D.-S. untergebrachten Kinder.
10. Festsetzung des Pflegegeldes für die im Graf-Bazn-Stift Koschowitz untergebrachten Pflegekinder.
11. Erhöhung des Pflegegeldes für städtische Ziehkinder.
12. Vertrag mit dem Militärkasinus bezüglich des Exerzierplatzes in Panewitz.
13. Antrag der Graf von Tiele-Winklerischen Hauptverwaltung auf Grundsteuerfreiheit für die Grundstücke am Kasernengelände auch bei Uebergang des Eigentums der Grundstücke auf eine Familienstiftung.
14. Erhöhung der Reisekosten bei Dienstreisen.
15. Festsetzung der im Rechnungsjahre 1918 zu erhebenden Kanalgebühren.
16. Gewährung einer Beihilfe an die Witwe des gefallenen Schlachthofarbeiters Koster.
17. Errichtung eines Mietseinnigungsamtes und Bewilligung der Mittel.
18. Auslösung von Etateobligationen aus der Anleihe 1899.
19. Wahl von Mitgliedern für die einzelnen Ausschüsse.

Dringlichkeitsantrag des Magistrats, den Theaterdirektor Lischa-Kaul mit Ablauf der Spielzeit, also zum 1. April d. Js., aus dem Vertragsverhältnis mit der Stadt zu entlassen.

Anwesend sind:

Vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delzner, Stadtrat Kuoff und Stadtrat Kalus.

Von den Stadtverordneten die Herren: Grünfeld, Viktorius, Wanjura, Schalscha, Kraemer, Ulbrich, Müller I, Woltinek, Klimanek, Rudzinski, Münch, Pinus, Ratschinski, Dr. Breiß, Junge, Kubis, Herrmann, Drees, Griesse, Brauer, Boehm, Pothorn, Scharff, Vogel.

Entschuldigt fehlen die Herren: Brätsch, Siwinna, Breslauer, Selonek, Borinski, Trupke und die im Heere stehenden Herren.

Stadtb.-Vorst. Grünfeld eröffnet kurz nach 5 Uhr die Versammlung.

Mitteilungen.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats vor betr. den Kündigungsantrag des Theaterdirektors Lischa-Kaul, welcher die Bitte ausspricht, ihn mit Ende der Spielzeit, also am 1. April d. Js., aus dem Vertragsverhältnis zu entlassen. Theaterausschuß und Magistrat haben die Kündigung angenommen unter der Voraussetzung, daß alle Vertragsbedingungen von dem Theaterdirektor erfüllt werden. Die vom

Stadtv.-Vorst. beantragte Anerkennung der Dringlichkeit wird von der Versammlung ausgesprochen.

Es liegt vor der Rechnungs-Prüfungsbericht der Sparfasse vom Monat Dezember; es war an demselben nichts zu erinnern.

Stadtv. Junge erstattet Bericht über die Kassenvisionen. Die Lebensmittel-Verwaltung hat bis Ende Januar an Ausgaben 8 025 565 M und an Einnahmen 7 607 648 M zu Buche stehen. Die Differenz zwischen beiden Beträgen stellt den Wert der gegenwärtigen Bestände dar. — Stadtv. Junge bittet, die Stadtverordneten-Versammlung mehr als bisher an der Verwaltungstätigkeit teilnehmen zu lassen. — Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Es soll eine Sonderkommission gewählt werden, die die Rechnungsprüfung der Lebensmittel-Verwaltung vornimmt. Ich schlage vor, die Mitglieder der schon bestehenden Rechnungsprüfungs-Kommission zu diesem Zweck heranzuziehen. — Stadt. Ratschinsky fragt, ob man nicht über die Mehrausgaben in der Lebensmittelverwaltung einen Nachweis erbringen könne. Wenn man wüßte, wie hoch sich die Bestände belaufen, dann würde sich vielleicht die Einsetzung einer Sonderkommission vollständig erübrigen.

2. Verstärkung des Titels XIII Nr. 22 des Haushaltsplanes des Jahres für 1917 (Unvorhergesehene Ausgaben).

Es wird für diesen Zweck die Summe von 500 M bewilligt.

3. Verstärkung des Titels XIV Nr. 11 des Haushaltsplanes des Jahres für 1917 (Entschädigung für einen Aufseher).

Die geforderte Summe von 500 M wird bewilligt.

Die Punkte 4 und 5 werden vorläufig ausgesetzt, da der Referent noch nicht anwesend ist.

6. Beitritt zum Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise e. V.

Es wird ein Beitrittsgehd von jährlich 20 M auf 5 Jahre bewilligt.

7. Beitritt zur Deutsch-Baltischen Gesellschaft.

Diese im vergangenen Jahre in Berlin unter dem Vorsitz des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg ins Leben getretene Gesellschaft fördert die Annäherung der Ostsee-Provinzen und Litauens an das Deutsche Reich in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung. Der Magistrat schlägt vor, der Gesellschaft mit einem jährlichen Beitrage von 12 M auf 3 Jahre und einem einmaligen Beitrage von 50 M beizutreten. Das Plenum schließt sich diesem Vorschlage an.

8. Gewährung einer Beihilfe an die Schlesischen Gartenbauvereine zu einer Jubiläumshende für schlesische kriegsverletzte Gärtner.

Es wird eine einmalige Beihilfe von 100 M bewilligt.

9. Erhöhung der Entschädigung für die im Krüppelheim in Bentzen OS. untergebrachten Kinder.

Die monatliche Entschädigung wird von 18 auf 25 M, die Entschädigung für die einmalige Einkleidung von 50 auf 75 M erhöht.

10. Festsetzung des Pflegegeldes für die im Graf-Dach-Stift-Rochlowitz untergebrachten Pflegekinder.

In dem genannten Stift sind z. Bt. 16 Kinder untergebracht. Das Pflegegeld wird für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis dahin 1917 auf 14 *M* und vom 1. Oktober 1917 an auf 17 *M* erhöht.

11. Erhöhung des Pflegegeldes für städtische Ziehkinder.

Das Pflegegeld soll wie im vorigen Jahre auch im Rechnungsjahre 1918 von 16 auf 20 *M* erhöht werden. Das Plenum schließt sich diesem Antrage an.

12. Vertrag mit dem Militär-fiskus bezüglich des Exerzierplatzes in Banewitz.

Bereits seit Juni 1913 schweben Vertragsverhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Kriegsministerium. Der Vertrag ist dann längere Zeit bei der Intendantur des 6. Armee-korps liegen geblieben, bis jetzt die stellv. Intendantur des 6. Armee-korps den Wunsch ausgesprochen hat, die Angelegenheit zur endgültigen Erledigung zu bringen. Es wird ein Gelände von 50 Hektar an den Militär-fiskus verpachtet, und zwar: 37 Hektar zum Preise von jährlich 2000 *M*, die übrigen 13 Hektar unentgeltlich. Der Vertrag soll solange bestehen, wie Rattowitz seine Garnison behält. Das Plenum genehmigt den vom Magistrat vorgeschlagenen Vertrag.

Stadt. Müller I fragt, warum ein Teil des Geländes unentgeltlich verpachtet werde. — Oberbürgermeister Pohlmann erwidert, daß dieses eine Vertragsverpflichtung und Bedingung des Militär-fiskus sei.

13. Antrag der Graf von Tiele-Winklerschen Hauptverwaltung auf Grundsteuerfreiheit für die Grundstücke am Kasernengelände auch bei Uebergang des Eigentums der Grundstücke auf eine Familien-Stiftung.

In dem im Jahre 1914 auf 10 Jahre geschlossenen Vertrage ist dem Grafen von Tiele-Winkler für die genannten Grundstücke Grundsteuerfreiheit zugesagt worden. Nun beabsichtigt der Graf, auf diesen Grundstücken eine Familien-Stiftung zu errichten und wünscht, daß diese Stiftung als Erbe angesehen werde und dementsprechend auch ihrerseits Grundsteuerfreiheit genieße. Magistrat und Vorberatungsausschuß haben sich damit einverstanden erklärt und auch das Plenum hat dagegen nichts einzuwenden.

14. Erhöhung der Reisekosten bei Dienstreisen.

Der Magistrat hat beschlossen, eine Erhöhung um 30 Prozent nach staatlichen Grundsätzen vorzunehmen. Die Schnelligkeitszuschläge sollen daneben noch extra in Rechnung gesetzt werden dürfen. Das Plenum schließt sich diesem Vorschlage an.

15. Festsetzung der im Rechnungsjahre 1918 zu erhebenden Kanalgebühren.

Es sollen wie bisher für 1 Meter Frontlänge 86⁸/₁₀ *S* und für 1 *M* Grund- und Gebäudesteuer 12⁰/₁₀ *S* erhoben werden.

16. Gewährung einer Beihilfe an die Witwe des gefallenen Schlachthofarbeiters Rostek.

Die Versammlung bewilligt monatlich 50 *M*.

17. Errichtung eines Mietseinigungsamtes und Bewilligung der Mittel.

Die Stadt Rattowitz hat die staatliche Genehmigung zur Errichtung eines Mietseinigungsamtes erhalten. Bekanntlich ist aber ein solches Amt bereits längere Zeit in Tätigkeit und es werden vom Magistrat nachträglich die erforderlichen Mittel in Höhe von 1500 M gefordert. Das Plenum bewilligt die genannte Summe.

19. Wahl von Mitgliedern für die einzelnen Ausschüsse.

Es werden folgende vom Wahlausschuß vorgeschlagene Herren gewählt:

Lieferungsverband: Als Mitglieder: an Stelle des Stadtv. Altmann Stadtv. Brauer, an Stelle des Stadtv. Grünfeld Stadtv. Kraemer; als Stellvertreter: an Stelle des Stadtv. Pistorius Stadtv. Ulbrich, an Stelle des Stadtrats Zimmermann Stadtv. Drees.

Bau-Ausschuß: An Stelle des Stadtv. Pistorius Stadtv. Drees, an Stelle des Herrn Böß Professor Direktor Seipp.

Ersatz-Kommission: An Stelle des Stadtv. Heuer Stadtv. Siwinna.

Gas- und Wasserwerks-Kuratorium: An Stelle des Herrn v. Hoff Dipl.-Ing. Franz.

Gebäude- = Steuer- = Veranlagungs- = Schätzungskommission: An Stelle des Stadtv. Heuer Baumeister Goldstein.

Jahresrechnungs-Prüfungsausschuß: An Stelle des Stadtv. Loebinger Stadtv. Griefe und als neues Mitglied Stadtv. Braetsch.

Marktpreis-Notierungskommission: Als neues Mitglied Herr Ehrhardt.

Markt-, Straßen- und Sicherheits-Ausschuß: Als neues Mitglied Herr Ehrhardt.

Spartassentkuratorium: An Stelle des Stadtv. Heuer Stadtv. Braetsch.

Theater-Ausschuß: An Stelle des Stadtv. Loebinger Stadtv. Brauer, an Stelle des Herrn Arndt Direktor Bürger.

Verwaltungsausschuß für städt. Eigentum usw.: An Stelle des Stadtv. Loebinger Stadtv. Pinkus.

Im übrigen erfolgt Wiederwahl der bisherigen Mitglieder.

18. Auslosung von Stadtsobligationen aus der Anleihe 1899.

Es werden insgesamt 40 Stücke im Gesamtbetrage von 50 000 M ausgelost, und zwar 5 zu 5000 M, 5 zu 2000 M und 30 zu 500 M.

Bei der durch den Stadtv.-Vorst. vorgenommenen Auslosung werden folgende Nummern gezogen:

65, 43, 40, 39, 59 zu 5000 M; 81, 132, 139, 8, 63 zu 2000 M; 634, 366, 937, 397, 865, 144, 141, 474, 473, 143, 139, 340, 338, 336, 337, 335, 334, 633, 635, 961, 178, 315, 177, 176, 392, 239, 778, 391, 394, 395 zu 500 M.

4. Uebernahme der Unkosten beim Vortrage des Professors Sah am 3. November 1917 auf die Stadthaupt-Kasse.

Das Plenum beschließt, die Kosten des zum Besten der Notleidenden in Ostpreußen gehaltenen Vortrages in Höhe von 146 M zu übernehmen

5. Uebernahme der Kosten für die vom Aufklärungsausschuß veranstalteten Vorträge.

Magistrat und Vorberatungsausschuß schlagen vor, die durch Inserate usw. entstehenden Kosten für die bereits gehaltenen und noch zu haltenden Vorträge zu übernehmen. Im Durchschnitt belaufen sich diese Kosten pro Vortrag auf etwas über 100 M. Das Plenum bewilligt die Uebernahme der Kosten.

Dringlichkeitsantrag des Magistrats, Herrn Theaterdirektor Bischa-Naul mit Ablauf der Spielzeit, also zum 1. April d. Js., aus dem Vertragsverhältnis mit der Stadt zu entlassen.

Referent Stadtv. Pistorius: Herr Theaterdirektor Bischa-Naul bringt in seinem Schreiben an den Magistrat zum Ausdruck, daß sein Gesundheitszustand durch die Aufregungen, die ihm

ungerechterweise zugefügt

worden seien, derartig erschüttert sei, daß er sich nicht entschließen könne, noch eine Spielzeit in Rattowitz zu bleiben. Ich möchte von dieser Stelle aus ganz entschieden gegen eine derartige Behauptung sprechen. Wir haben alle Verhandlungen über Theaterangelegenheiten in so objektiver Weise geführt, daß kein Grund zu solch einer Beschuldigung vorliegt. Herr Bischa-Naul hat für sein Fortgehen vielmehr

einen ganz anderen Grund,

Es bietet sich ihm in einer anderen Stadt die Möglichkeit, mehr zu verdienen, als hier. Er hätte besser daran getan, diesen Grund offen anzugeben. Nun fragt es sich, ob wir ihn aus seinem Vertragsverhältnis entlassen sollen, weil es schwierig ist, jetzt noch einen geeigneten Nachfolger zu finden. Andererseits dürfte von einem Direktor, der widerwillig spielt, nicht viel zu erwarten sein. Es wird besser sein, an einen neuen Herrn heranzutreten. Nun bestehen noch Differenzen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Magistrat und Direktor Bischa-Naul bezüglich der Auslegung des Vertrages. Während der Magistrat auf dem Standpunkt steht, daß alle Einnahmen über 12 000 M. der Stadt zufließen müssen, ist Herr Bischa-Naul anderer Meinung. Es fragt sich nun, wie sich Herr Bischa-Naul zu dieser Frage stellt. Auf jeden Fall muß diese Angelegenheit zunächst klargestellt werden. Der Theaterauschuß hat beschlossen, die Kündigung anzunehmen, vorausgesetzt, daß alle sonstigen Vertragsbedingungen erfüllt werden. Der Vorberatungsausschuß hat sich mit der Frage noch nicht beschäftigen können. Meine Ansicht ist die, daß wir Herrn Bischa-Naul nur dann entlassen können, wenn er alle Forderungen des Magistrats bedingungslos anerkennt.

Oberbürgermeister Pohlmann: Auf Grund einer persönlichen Rücksprache mit Herrn Bischa-Naul nehme ich an, daß der Vertragsstandpunkt des Magistrats von ihm anerkannt werden wird und daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen Magistrat und Theaterdirektor nicht mehr vorliegt. Ich schlage vor, daß wir von Herrn Bischa-Naul eine ausdrückliche Erklärung in diesem Sinne fordern. Da die Zeit drängt, möchte ich bitten, schon heute eine bestimmte Entschlieung zu treffen.

Stadtv. Pinfus: Ich weiß nicht, ob es richtig ist, die Lösung des Vertrages davon abhängig zu machen, ob die genannten Voraussetzungen erfüllt werden. Wir wollen vielmehr die Kündigung unabhängig davon annehmen, weil wir gezwungen sind, möglichst bald einen neuen Herrn zu verpflichten.

Stadtv. Brauer: Ich stand zunächst auf dem Standpunkt, Direktor Vischka-Raul zu zwingen, hier zu bleiben, da ein neuer Direktor keine Gelegenheit mehr hat, die nötigen Kräfte zu engagieren. Da aber, wie ich höre, schon eine Reihe von Bewerbungen vorliegen, so bin auch ich dafür, schon heute Schluß zu machen. Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn sich nicht Herr Direktor Vischka-Raul in seinem Kündigungsschreiben an den Magistrat über seine Behandlung beklagt hätte.

Herr Vischka-Raul ist hier sehr gut behandelt worden.

Er hätte ganz ruhig an uns herantreten und sagen können, daß er in Stuttgart mehr verdient. Wir müssen möglichst schnell zu einem Entschluß kommen, damit wir bald einen neuen Direktor finden.

Stadtv. Pistorius: Ich halte die Fassung der Entschließung des Theateraussschusses für gefährlich. Meiner Ansicht nach muß Herr Vischka-Raul auf alle Forderungen, die er gegen die Stadt zu haben glaubt, ausdrücklich verzichten.

Stadtv. Ulbrich: Von Rechts wegen müßten wir Herrn Vischka-Raul für sein früheres Fortgehen eine Buße auferlegen.

Herr Vischka-Raul hat uns mehr Aerger bereitet, als wir ihm. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß er alle Forderungen des Magistrats annehmen muß.

Oberbürgermeister Pohlmann ist ebenfalls der Ansicht, daß Herr Vischka-Raul sich mit allen Forderungen des Magistrats einverstanden erklären muß.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Wir wollen also den Beschluß des Theater-Ausschusses dahin ergänzen, daß die Stadt Herrn Direktor Vischka-Raul mit dem Ablauf dieser Spielzeit, also am 1. April d. Js., aus dem Vertragsverhältnis setzt unter der Bedingung, daß für die Auslegung des Vertrages die Ansicht des Magistrats anzuerkennen ist und daß ein Rechtsanspruch auf Ueberlassung der Mehreinnahmen aus der letzten Erhöhung des Eintrittsgeldes nicht besteht. — Diesem Beschluß tritt das Plenum einstimmig bei.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft, und Stadtv.-Vorst. Grünfeld schließt um 6¼ Uhr die Sitzung. v. M.

Donnerstag, den 21. März 1918, nachmittags 5 Uhr

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Renaufstellung des Vertrages über Verpachtung des Theaters.
3. Erstattung des Verwaltungsberichts.
4. Beratung des Haushaltsplanes
 - a) der allgemeinen Verwaltung,
 - b) „ Vermögens- und Schulden-Verwaltung,
 - c) „ Grunderwerbs-Verwaltung,
 - d) „ Polizei-Verwaltung,
 - e) „ Bau-Verwaltung,
 - f) „ Kanalisations-Verwaltung,
 - g) „ Garten-Verwaltung,
 - h) „ Straßenreinigungs- und Feuerwehr-Verwaltung,
 - i) „ Armen-Verwaltung, j) des Luisenheims,
 - k) des städt. Arbeits-Nachweises und Facharbeits-Nachweises,
 - l) der Krankenhaus-Verwaltung,
 - m) „ Volksschule,
 - n) „ Knaben-Mittelschule,
 - o) „ Mädchen-Mittelschule,
 - p) des Gymnasiums, Oberlyzeums, der Oberrealschul-Studienanstalt und des Lehrerinnenseminars,
 - r) der Oberrealschule,
 - s) „ gewerblichen Fortbildungsschule,
 - t) „ kaufmännischen Fortbildungsschule,
 - u) des Stadttheaters, v) des Badehauses,
 - w) der Gasanstalt, x) des Wasserwerks,
 - y) des Schlachthofes, z) der Markt-Verwaltung,
 - aa) der Steuer-Verwaltung,
 - bb) „ Stiftungs-Verwaltung,
 - cc) „ außerordentlichen Verwaltung,
 - dd) „ Sparkasse,
 - ee) Aufstellung des Beamten-Verzeichnisses, Beförderung und Anstellung von Beamten.
5. Festsetzung der im Jahre 1918 zu erhebenden Gemeindesteuern.
6. Beschlußfassung über Fortfall der Erhebung der Gemeindesteuern nach dem fängierten Staats-Steuerfag von 4 Mk für das Steuerjahr 1918.

Dringlichkeitsantrag betr. die Auseinanderetzung mit Theaterdirektor Bischof-Raul aus dem Theaterpachtvertrage mit der Stadt Rattowitz

Anwesend sind:

Vom Magistrat die Herren: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delsner, sowie die Stadträte Ruoff, Dame, Feige und Guttmann.

Von den Stadtverordneten die Herren: Grünfeld, Dr. Hoffmann, Wanjura, Borinski, Brauer, Kraemer, Schalscha, Junge, Dr. Preiß, Centauer, Breslauer, Müller I, Herrmann, Ratschinski, Klimanek, Pinkus, Münch, Pelonek, Rudzinski, Rubis, Scharf, Potornh, Ulbrich und Griesse.

Entschuldigt fehlen die Stadtverordneten: Drees, Viktorius, Braetich, Siwinna, Dr. Glaser, Vogel, Trupke und die im Heeresdienst befindlichen Herren.

1. Mitteilungen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld eröffnet kurz nach 5 Uhr die Versammlung mit der Bekanntgabe eines Dringlichkeitsantrages betr. die Auseinanderetzung mit Theaterdirektor

Lischka = Raul aus dem Theater-Pachtvertrage. Auf seine Bitte wird die Dringlichkeit von der Versammlung anerkannt.

Es liegt ferner vor die Theaterabrechnung für den Monat Januar 1918. Dieselbe beträgt in Einnahme 43 342 M und in Ausgabe 32 785 M, sodaß also ein Ueberschuß von 10 557 M verbleibt.

Wie der Stadtv.-Vorst. weiter mitteilt, hat die Theaterspielzeit 1917/18 einen Ueberschuß von 35 960 M ergeben; von dieser Summe gehen 12 000 M für den Theaterdirektor ab, während auf der anderen Seite die Summe von 19 579 M Einnahmen aus der Kleiderablage hinzugerechnet werden muß, sodaß ein endgültiger Ueberschuß von 43 539 M für die Spielzeit 1917/18 verbleibt. Für die letzten drei Kriegsspielzeiten ergibt sich ein Gesamtüberschuß von rund 75 000 M.

Oberbürgermeister Pohlmann: In der Stadt herrscht große Aufregung über eine gestern erschienene Zeitungsnotiz, nach welcher im Schlachthof ein großer Kosten Speck im Werte von 20 000 M gestohlen worden sein soll. Ich kann zur Beruhigung der Bürgerschaft mitteilen, daß es sich

nicht um städtischen Speck handelt,

denn wir bekommen nur das, was uns zugewiesen wird. Der besagte Speck ist vielmehr von anderer Seite eingelagert worden, außerdem steht noch garnicht fest, ob der Speck wirklich gestohlen worden ist.

Dringlichkeitsantrag betr. Auseinandersetzung mit Theater-Direktor Lischka-Raul aus dem Theater-Pachtvertrage.

Referent Dr. Hoffmann teilt zu diesem Bunkte etwa folgendes mit: Nachdem sich die bekannten Differenzen zwischen Magistrat und Theater-Direktor über die Auslegung des Vertrages ergeben hatten, sind die Verhandlungen mit Herrn Lischka-Raul weiter fortgesetzt worden. Es ist dem Direktor mitgeteilt worden, daß die Stadt den Wunsch habe, auf gütlichem Wege mit ihm auszuhandeln. Die Stadt erklärte sich deshalb bereit, dem Theaterdirektor aus dem durch die Erhöhung der Eintrittspreise verursachten Mehreinnahmen, die insgesamt 8000 M ausmachen, die Summe von 4000 M freiwillig zu zahlen. Herr Direktor Lischka-Raul erhob zwar zunächst Anspruch auf eine Summe von 6000 M, erklärte sich dann aber schließlich

mit einer Abfindung von 4000 M einverstanden.

Herr Lischka-Raul erhält also eine Abfindungssumme von 4000 M einschließlich einer Zulage für Frau Lischka-Raul und scheidet damit aus dem Pachtverhältnis mit der Stadt Rattowiz endgültig aus. Der Bitte des Theaterausschusses, dieser Regelung der Angelegenheit zuzustimmen, entspricht das Plenum ohne Debatte.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld verliest im Anschluß an diese Vorlage ein Dankschreiben des Herrn Lischka-Raul an die städtischen Kollegien.

2. Neuaufstellung des Vertrages über Verpachtung des Theaters.

Referent Dr. Hoffmann: Der neue Vertrag weicht in mancher Beziehung von dem bisherigen ab. Auch in einigen Paragraphen sind Änderungen eingetreten. Der Referent bespricht sodann an der Hand des Vertragsentwurfes, der den einzelnen Stadtverordneten gedruckt vorliegt, die einzelnen Paragraphen und unterzieht diejenigen von ihnen, die irgend eine Neuerung oder Abänderung gegen den früheren Vertrag enthalten, einer genaueren Betrachtung. Ueber die redaktionelle Fassung einiger Paragraphen entspinnen sich kurze Debatten, doch

bleibt es mit ganz geringen Ausnahmen bei der in der Magistratsvorlage vorgesehenen Fassung. In den erwähnten Debatten, die lediglich nur formellen Inhalt waren, beteiligten sich in der Hauptsache die Herren Oberbürgermeister Pohlmann, sowie die Stadtverordneten Dr. Hoffmann, Grünfeld, Winkus, Brauer und Dr. Preiß.

An Neuerungen enthält der Vertragsentwurf u. a. folgende Bestimmungen:

Das Theater wird für die Spielzeiten 1918/19, 1919/20 und 1920/21 verpachtet mit der Maßgabe, daß, falls der Pächter seine Verpflichtung, die Bühne in würdiger Weise zu leiten, nicht binnen 4 Wochen erfüllt, die Verpächterin bis zum 15. Januar der jeweiligen Spielzeit das Vertragsverhältnis zum Schlusse dieser Spielzeit kündigen kann. Die Spielzeit beginnt nicht vor Mitte September, spätestens aber mit dem 1. Oktober jeden Jahres und endigt frühestens mit dem 1. April des darauf folgenden Jahres; jedoch sollen die Pächter berechtigt sein, die Spielzeit bis zum 1. Mai und mit Zustimmung des Magistrats auch darüber hinaus auszu dehnen. Neu aufgenommen ist auch eine Bestimmung, nach welcher über die Angemessenheit des F undus der Magistrat entscheidet. Für die Instandhaltung und Ergänzung des F undus kann der Direktor 6000 M pro Spielzeit bei den Ausgaben in Ansatz bringen.

In jeder Spielzeit sind mindestens 8 Vorstellungen verschiedener klassischer Werke zu geben, mindestens in jedem Monat eine. Werden über diese Zahl hinaus Klassikervorstellungen gegeben, so erhält der Pächter für 6 weitere Vorstellungen je 200 M besonders bewilligt. — Im Laufe der Spielzeit darf an allen Tagen gespielt werden. An acht vom Magistrat zu bestimmenden Wochentagen, Sonnabend ausgenommen, steht jedoch das Theater geheizt, beleuchtet und gereinigt unentgeltlich zur Verfügung des Magistrats. — Die bisherigen Preise sollen zunächst beibehalten werden, jedoch ist hierüber mit dem neuen Pächter zu verhandeln.

Die Pächter sind verpflichtet, eine monatliche Abrechnung einzureichen, und zwar bis zum 10. eines jeden Monats über den vorausgegangenen Monat. Für den Fall, daß diese Verpflichtung nicht erfüllt wird, haben die Pächter für jede Spielzeit eine Vertragsstrafe von 10 000 M zu entrichten.

Ergibt sich eine Reineinnahme in einem Spieljahre über 12 000 M, so ist der Mehrbetrag über diese Summe an die Stadtgemeinde abzuführen; verbleibt bei der Gesamtabrechnung der drei Spieljahre ein an die Stadtgemeinde abgeführter Ueberschuß, so erhält der Pächter von diesem Ueberschuß ein Drittel. Ergibt sich keine Reineinnahme von 12 000 M, so schießt die Stadtgemeinde den Fehlbetrag aus dem etwaigen Staatszuschuß, aus den Reineinnahmen der Kleiderablage und aus den Einnahmen des Theaterauschanks zu, sodaß eine Reineinnahme von 12 000 M dem Pächter verbleibt. Aus anderen städtischen Mitteln erfolgt eine Ergänzung der Reineinnahme nicht. Falls also der etwaige Staatszuschuß, die Reineinnahme der Kleiderablage und der Theaterauschank nicht ausreichen, um dem Pächter eine Reineinnahme von 12 000 M zu verschaffen, so geht der Fehlbetrag zu seinen Lasten.

Die Kautionssumme, die nach dem früheren Vertrage 6000 M betrug, ist in dem neuen Vertrage auf 10 000 M erhöht worden.

Das sind im wesentlichen die Abänderungen, die der neue Vertragsentwurf aufweist. Bei den übrigen Bestimmungen bleibt es bei der bisherigen Fassung.

Das Plenum, welches bereits zu den einzelnen Paragraphen seine Zustimmung erteilt hatte, stimmt am Schluß dem Gesamtvertragsentwurf einstimmig zu.

3. Erstattung des Verwaltungsberichtes.

Oberbürgermeister **Wohlmann** ergreift sodann das Wort zur Erstattung des Verwaltungsberichtes für das Rechnungsjahr 1918 und führt in fast $\frac{3}{4}$ stündiger Rede folgendes aus:

Der letzte Haushaltsplan ist 1915 vorgelegt worden. Er hat also Geltung gehabt 1915, 1916 und 1917. Wenn für 1918 ein neuer Haushaltsplan aufgestellt und vorgelegt wird, so sind es nur Gründe der äußeren Ordnung, welche uns dazu veranlassen haben. Der Etat von 1915 fing an zu veraltern und unübersichtlich zu werden, so daß eine geordnete Rechnungs- und Buchführung in Anlehnung an den Etat von 1915 nicht mehr möglich erschien. Die Gründe aber, die uns 1916 und 1917 veranlaßt haben, von der Aufstellung eines neuen Haushaltsplanes abzu-
sehen, sind an sich dieselben geblieben und liegen noch vor; denn auch der Haushaltsplan von 1918 hat, wenn er einigermaßen den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden sollte,

auf die Kriegswirtschaft aufgebaut

werden müssen, die wir zurzeit treiben. Nun kann aber die Kriegswirtschaft jeden Tag zusammenbrechen und es muß dann der Haushaltsplan auf die Friedenswirtschaft eingestellt werden, ebenso wie unsere ganze Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft umgestellt werden muß. Es werden dann die Ausgaben ein ganz anderes Bild bekommen, insbesondere werden die Vertretungskosten für die Beamten und Lehrer wegfallen. Es wird wieder der Schlachthof aus einem Zuschußbetriebe, wie er es jetzt ist, ein wenigstens sich selbsthaltender Betrieb sein, bezüglichen werden dann hauptsächlich die Zuschüsse zum Badehause geringer werden und die Einnahmen aus der Gasanstalt wieder steigen usw. Ob dann die direkten Steuern in der Veranlagung gleich bleiben werden, erscheint fraglich, da die große Steigerung der Einnahmen, sowohl einzelner großer Steuerzahler wie insbesondere einer großen Zahl kleinerer Steuerzahler nicht mehr fortbauern wird. Es kann also, u. das sollte hiermit ausgeführt werden, der gegenwärtige Haushaltsplan, der so sorgfältig wie möglich aufgestellt ist, innerhalb des Jahres ein unwirtschaftlicher Haushaltsplan werden.

Er leidet an einer vollkommenen Unsicherheit.

Auch bei den gewöhnlichen Verhältnissen liegt eine Unsicherheit in der Aufstellung des Haushaltsplanes vor, aber doch nicht in diesem Umfange.

Unsere ganze Verwaltung ist wie die Verwaltung des Staates und der anderen Gemeinden auf die Kriegswirtschaft eingestellt, d. h. daß alle Kräfte der Verwaltung eigentlich dauernd für den Krieg arbeiten, der laufende Teil der Verwaltung nur soweit wie notwendig erledigt wird und daß insbesondere keine neuen Aufgaben, falls sie nicht dringlich an uns herantreten, in Angriff genommen werden. Es gibt wohl keine allgemeine Aufgabe, die nicht auf die Hilfe und Unterstützung der Gemeinde zurückgreift. Ich erinnere nur an die Kriegsanleihe, an die achte, die wieder erledigt werden muß, an die Gold-, Silber- und Juweliensammlung, an die Ver-

versorgung der Bevölkerung mit Kleidung, an die Sammlungen und Ausführungen der Staatsbehörden aller Art, die täglich uns auferlegt werden.

Zwei Teile der Verwaltung sind ganz neu eingerichtet worden zur Erfüllung der Kriegsaufgaben: das ist die Organisation des Zentralhilfsfonds, welcher die Kriegswohlfahrtspflege umfaßt und das Lebensmittelamt, welches für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln einzutreten hat.

Die Kriegswohlfahrtspflege.

die von Anfang an stärker einsetzte als die Aufgabe der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, welche erst später an uns herantrat, umfaßt nunmehr für alle vom Kriege betroffenen Mitbürger die Versorgung mit Kleidung, Nahrung und Obdach, soweit eine Bedürftigkeit besteht. Die Kriegswohlfahrtspflege dient zur Ergänzung derjenigen Unterstützung, welche das Reich den Angehörigen der im Kriege Stehenden zuteil werden läßt. Während diese Unterstützung in bar gezahlt wird, gibt die Stadt ihren Teil in Natur, d. h. also Nahrung durch Anweisung in die Küchen, Kleidung und Obdach durch Gewährung von Mietsbeihilfen. Der gesamte Umsatz oder die gesamte Aufwendung für den Zentralhilfsfonds betragen

seit Beginn des Krieges 1 967 644 Mark,

hiervon haben das Reich und der Staat erstattet oder werden von diesen erstattet 1 332 000 Mark, rund 135 000 Mark sind von der Landesversicherungs-Anstalt und von Privaten uns zugeflossen, rund 500 000 Mark sind zu Lasten der Stadt geblieben.

Die Ausgaben für den

Zentralhilfsfonds

werden sich im Laufe des Etatsjahres sehr erheblich steigern. Wir haben die Mietsbeihilfen in die Höhe setzen müssen um rund 90 000 Mark im Jahre, ferner haben wir Zusatzunterstützungen einführen müssen zu den Renten der Kriegshinterbliebenen, die ebenfalls rund 20 000 Mark ausmachen werden.

Beim

Lebensmittelamt

liegen die Dinge so, daß die Versorgung der Stadt zunächst mit Mehl und Brot einsetzte, dann sich allmählich ausdehnte auf Kartoffeln, Gemüse, Milch, Fleisch, Fette, d. h. es ist nunmehr eigentlich alles rationiert d. h. nach Karten zugeteilt, was dem Einzelnen an Lebensmitteln zur Verfügung steht. Die Umsätze beim Lebensmittelamt sind ganz gewaltige. Sie betragen in diesem Jahre auf jeder Seite des Buches über 8 Millionen Mark. Die Hauptposten sind Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Mehl läuft nicht über dieses Konto. Am 12. März 1918 war das Lebensmittelamt mit einem Voranschlag belastet von 278 601 Mark. Diesem stand ein Warenbestand von rund 520 000 Mark gegenüber. Wie viel von dem buchmäßigen Gewinne von rund 250 000 Mark wirklicher Gewinn ist, kann erst nach Klarstellung etwaiger Verluste an Kartoffeln, Erdbeeren, Dörrgemüse, Rübensauerkraut usw. gesagt werden. Geldlich haben wir das Lebensmittelamt nicht mit einer besonderen Zuweisung, mit der es arbeiten sollte, versehen. Es wird also wahrscheinlich das Lebensmittelamt immer mit einem gewissen Voranschlag belastet sein, vielleicht, daß im Sommer, wenn die Kartoffelversorgung aus der Ernte von 1917 zu Ende geht, sich

vorübergehend ein anderes Bild ergeben wird. Soweit wir sehen können, sind die Geldverhältnisse beim Lebensmittellamt in Ordnung. Jedenfalls sind alle Einrichtungen, die denkbar sind, getroffen, um Unordnung und Verluste zu vermeiden. Wir haben uns aber selbstverständlich bereit erklärt, dem Rechnungsausschuß eingehende Aufklärung zu geben. Ein eingehender Bericht über die Abwicklung der Geschäfte usw. ist in Vorbereitung.

Wenn ich nun zu Einzelheiten von besonderem Interesse übergehe, so erwähne ich zunächst die *Rawa-Regulierung*, die selbstverständlich während des Krieges ruht. Bei der

Wasserversorgung

ist bekanntlich ein Vertrag mit dem Landkreise zustande gekommen durch Einwirkung des früheren Herrn Regierungspräsidenten, nach dem bei teilweisem Ausscheiden der Stadt aus der Versorgung der Rosaliengrube, die Stadt einen nicht unerheblichen Betrag jährlich zu zahlen hat. Diesen Vertrag mußten wir schließen, um uns an der Wasserversorgung aus Miotek beteiligen zu können. Eine zweite Wasserversorgung ist aber notwendig, weil das Wasser von der Rosaliengrube nicht ausreicht. Augenblicklich liegt bei der Wasserversorgung aus Miotek die Sache so, daß ein *Zweckverband* zustande gekommen ist, der nunmehr die Herstellung des Wasserwerks in eigener Verwaltung seitens der beteiligten Land- und Stadtkreise sicherstellt. Die Vorlage darüber wird der Stadtverordnetenversammlung demnächst zugehen. Wegen des zu Bruche gebauten Hochbehälters in der Beatestraße schwebt noch der Streit mit den Hohenlohewerken.

Mit den

oberhessischen Elektrizitätswerken

haben wir uns wegen des 40 und 4 Pfg.-Tarifs verständigt, desgleichen über eine Erhöhung der Preise für elektrisches Licht, die notwendig wurde wegen der gesteigerten Selbstkosten der D. E. W. Ebenso haben wir eine Erhöhung des Gaspreises eintreten lassen, eine weitere Erhöhung muß jedoch mit Rücksicht auf die gesteigerten Kohlenpreise, Arbeitslöhne, Materialpreise und in Rücksicht auf die gesteigerten Ansprüche an die Stadt auch noch erfolgen. Eine Erhöhung des Wasserpreises seitens des Kreises steht anscheinend in Aussicht.

Mit der Kleinbahn haben vielfache Verhandlungen wegen des Ausbaus in Normalspur und Doppelgleis stattgefunden. Die Verhandlungen sind nunmehr so weit gediehen, daß eine Verständigung wahrscheinlich ist.

Trotz der Schwierigkeit unserer Finanzen haben wir unseren Grundbesitz im Stadtgebiet zu erweitern gesucht durch Ankauf eines Grundstücks in der Gustav Frehtagstraße, eines Grundstücks in der Heinkelstraße und einer Fläche am Krankenhaus. Zur Erweiterung des Krankenhauses haben wir außerdem den Bau eines Hauses für ansteckende Krankheiten durchgeführt, auch haben wir 2 Döckerische Baracken erworben. Mit dem Kreise zusammen beabsichtigen wir nach dem Kriege den Bau eines Kinderkrankenhauses vorzunehmen, die Vorarbeiten dafür sind eingeleitet. Ferner ist ein Ortsausschuß des Provinzialvereins zur Bekämpfung der Lungentuberkulose gegründet und eine Beihilfe zur Errichtung einer Säuglingspflegeschule in Duppeln bewilligt. Es werden weiter nach dem Kriege noch einzelne Einrichtungen, die zurzeit vom Zentralhilfsfonds

aus verwaltet werden, als dauernd notwendig und wichtig erhalten bleiben müssen.

Eine alte Streitsache mit dem Justiziskus wegen der Befestigung des Bürgersteiges in der Nikolaistraße, der Anlegung der Hardenbergstraße, Geländeerwerbs in der Nikolaistraße ist durch einen Vergleich erledigt worden. Dieser Rechtsstreit hat ungefähr 20 Jahre gedauert.

Ein Ortsstatut über Reinigung der öffentlichen Wege war infolge veränderter Gesetzgebung notwendig.

Im übrigen möchte ich auf kleinere Einzelheiten nicht eingehen, um die Versammlung nicht zu ermüden.

Zu erwähnen ist noch die Durchführung der staatlichen Polizei seit dem 1. Oktober 1916; ferner, daß durch das Anwachsen der Verwaltung infolge der Kriegswirtschaft fast das gesamte Gebäude in der Mühlenstraße für das Lebensmittelamt in Anspruch genommen werden mußte, daß außerdem für die Kohlenverteilungsstelle, für die Polizeiverwaltung, für eine Zahlstelle des Zentralhilfsfonds weitere Räume zugemietet werden mußten. Ein Mietseinerigungsamt ist zur Erledigung von Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern eingerichtet worden. Zu berücksichtigen ist auch, daß nach dem Kriege durch gesetzgeberische Aufgaben — Wohnungsgesetz, Wohlfahrtspflege — die Ansprüche an die Verwaltung sich steigern werden.

Es macht sich schon jetzt, wie sonst in vielen Städten eine

große Wohnungsnot

geltend, die Mietpreise haben infolgedessen angezogen. Leerstehende Wohnungen sind so gut wie gar nicht vorhanden. Wir haben daher auf Veranlassung der Staatsaufsichtsbehörde uns mit der Frage der Beschaffung von Baugelände beschäftigt. Die Beschaffung von Geld zum Bau ist durch die staatlichen Maßnahmen, das Bürgschafts-Sicherungs-gesetz, die Bereitstellung staatlicher Mittel zur Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften, das Gesetz betr. die Stadtchaften gesichert. In welcher Weise die Wohnungen herzustellen sind, ob durch private oder gemeinnützige Gesellschaften, wird sich durch spätere Verhandlungen zeigen. Der Beschaffung von Rohstoffen zum Bau werden wir nach Beendigung des Krieges unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Inzwischen sind auch Vorarbeiten für die Beschaffung von Wohnungseinrichtungsgegenständen aufgenommen. Zu diesem Zweck soll für den Regierungsbezirk Oppeln eine gemeinnützige Gesellschaft gegründet werden.

Besondere Schwierigkeiten hatte die Verwaltung zu überwinden durch den Mangel an Beamten. Wir helfen uns, so gut wie möglich mit Ersatzkräften durch. Die Schwierigkeiten der Lebensunterhaltung veranlaßte außerdem, daß den Beamten und Angestellten wiederholt Teuerungszulagen gewährt wurden. Wir sind der Stadtverordnetenversammlung dankbar, daß sie diese stets in entgegenkommender Weise bewilligt hat. Leider haben sich die Verhältnisse immer noch weiter zuspitzt, so daß mit

neuen Teuerungszulagen.

welche die Stadt schon inzwischen beschlossen hat, zu rechnen ist. Nach der Richtung sind Mittel im Haushaltsplan nicht vorgesehen. Die Aufwendungen dafür werden mindestens 45 000 Mark und falls Rattowitz als ein sog. teurer Ort angesehen wird, rund 19 000 Mark betragen, im Ganzen etwa über 64 000

Mark. Die bisherigen Teuerungszulagen betragen rund 154 000 Mark. 64 000 Mark und 154 000 Mark ergibt 218 000 Mk.

Ich gedenke in diesem Augenblicke mit warmen Dank auch derjenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die den Tod fürs Vaterland erlitten haben. Es sind dies: Bürgermeister Neugebauer, Assistent Kille, die Bürogehilfen Nocon und Warfilius, Techniker Schmann, die Kanzlisten Jachnit und Pawlitz, Vollziehungsbeamter Grzesiet, Magistratsbote Preiß, die Arbeiter Mucha, Wilt, Liszowski, Kowollik, Rostek, Vorarbeiter Kolllein, Arbeiter Kabuth, Schlachthofarbeiter Gwaz, Schlachthofbeizer Koh, Badehausbeizer Kruppa, Kammer, Plener. Den größten Verlust hat unsere Lehrerschaft zu beklagen: es sind folgende Lehrer gefallen: Urbanek, Stanjek, Fuhrmann, Schmidt, Lazel, Albrecht, Wanjek, Kroker, Hillebrandt, Köppenstedt. — Die Versammlung hat sich zu Ehren der Gefallenen von den Blagen erhoben, wofür der Oberbürgermeister seinen Dank ausspricht. Von denjenigen Beamten, die zurückgekehrt sind, ist leider ein Teil triegsverletzt und dauernd an der Gesundheit geschädigt.

Im Laufe der Kriegezeit sind uns 2 Vermächnisse zugefallen: nämlich das des früheren langjährigen Stadtverordneten-Vorstehers Geh. Sanitätsrat Dr. Berliner und das des früheren Rattowitzer Bürgers Mitschke. Ferner hat uns Frau Silberstein eine Zuwendung von 5000 M zu Gunsten der Oberrealschule überwiesen. Wir selbst haben uns beteiligt an der Oberschlesischen Ostpreußenhilfe mit 10 300 M und haben ferner eine Hindenburgspende errichtet zu Gunsten der Kriegsverletzten, ungefähr in der Höhe von 300 000 M, von der noch die Hälfte aufzubringen ist.

Wie den Herren bekannt ist, haben wir zu Beginn des Krieges die Schuldentilgung, soweit es möglich war, ausgesetzt. Die durch die Steigerung der Einnahmen aus den direkten Steuern sich ergebenden Mehreinnahmen gestatteten uns, die Länge des Krieges nötigte uns dazu, die Tilgung wieder aufzunehmen. Ebenso wurden wir durch die anhaltende Teuerung der Lebensverhältnisse gezwungen, von der Erhebung der Steuern bei einem Einkommen bis zu 900 M abzusehen. Unsere Finanzverhältnisse sind selbstverständlich durch den Krieg erheblich angespannt. Wir hatten Fehlbeträge: 1915 rund 50 000 M, 1916 rund 200 000 M, 1917 geschätzt rund 100 000 M, zusammen also 350 000 M. Hierzu treten die Zinsen der Reichsfamilienunterstützung von 170 000 M, deren Erstattung ungewis ist. Insgesamt liegt nun ein Fehlbetrag aus den Kriegsjahren mit 250 000 M vor. Auch in diesem Jahre wird sich, wie gesagt, ein Fehlbetrag ergeben. Im nächsten Jahre wird der Fehlbetrag erheblich größer sein, da die fortwauernde Steigerung der Löhne und Teuerungszulagen für die Beamten, Materialpreise usw. zu sehr erheblichen Mehrausgaben führen. Wir hatten im Laufe der Beratungen des Haushaltsplanes gerechnet mit einem Fehlbetrage von 130 000 M. Es erhöhen sich aber die Zuschüsse an der Kgl. Polizei um mindestens 15 000 M, der Zentralhilfsfonds, für den an sich nichts vorgesehen ist, wird rund 30 000 M mehr beanspruchen, die Erhöhung der Beamtengehälter 64 000 M. Die Provinzialabgaben und Landarmenkosten erfordern mehr rund 25 000 M. Man kann also mit einer weiteren Verschlechterung des Haushaltsplanes um rund 130 000 bis 140 000 M, also mit einem Fehlbetrage von rund 280 000 M im Haushaltsplan 1918 rechnen 520 000 M und 280 000 M ergibt 800 000 M und der Krieg ist noch nicht zu Ende. Ob die direkten und indirekten Steuern in ihren

Einnahmen bestehen bleiben werden, ist zweifelhaft. Ganz besonders fallen ins Gewicht die Mindereinnahmen beim Schlachthof, bei der Marktverwaltung, bei der Gasanstalt und beim Badehaus. Selbst unter Berücksichtigung, daß der vorliegende Etat zu dem Haushaltsplan von 1915 in Vergleich zu stellen ist, ergeben sich ungewöhnliche Abweichungen gegen die bisher feststehenden Zahlen. Der Etat von 1918 wird deshalb in Zukunft kaum Vergleichsziffern bieten können. Hierin liegt auch ein Mangel der Aufstellung des Haushaltsplanes. Wenn wir unsere Geldverhältnisse ins Auge fassen, so müssen wir zweierlei festhalten: daß wir nach dem Kriege schon in Rücksicht darauf, daß die Verwaltung 5 Jahre stillgelegen hat, daß auch vieles wieder in Ordnung zu bringen ist, Geld brauchen, daß wir aber andererseits mit neuen Steuern die Bürgerschaft nicht belasten dürfen. Wie den Herren bekannt ist, waren wir vor dem Kriege so weit, daß wir im Jahre 1915 wohl zu einer Steuerermäßigung hätten schreiten können. Schon damals war der Steuersatz von 250 Prozent für die Bürgerschaft zu hoch. Bei den gegenwärtigen gesteigerten Verhältnissen der Lebenshaltung und Wirtschaftsführung und bei der schon eingetretenen Erhöhung der Staatssteuern — der Herr Finanzminister hat gesagt, daß diese Erhöhung zu einer Veruhigung der Ansprüche an den Staat führen wird — die nunmehr nach dem Kriege ausgebaut werden sollen, ist es dringend notwendig, an eine

Ermäßigung der Steuern

zu denken. Nach unserem Dafürhalten hängt die gesamte zukünftige Entwicklung der Stadt wesentlich von dem Steuersatz ab. Da nun nicht von heute auf morgen die Geldverhältnisse geordnet werden können, so muß schon jetzt vorgesorgt werden und wir bitten Sie deshalb, da an eine Erhöhung der Steuern nicht zu denken ist, an eine Erhöhung der Gaspreise doch heranzugehen. Die Vorlage wird Ihnen besonders zugehen. In Betracht zu ziehen ist weiter, daß das Geld nach dem Kriege teurer sein wird, und daß wir mit der Unterbringung langfristiger Anleihen sofort nach dem Kriege auch nicht großen Erfolg haben werden.

Die schwebende Schuld der Stadt ist infolge der Auslagen für das Reich (Reichsfamilienunterstützung), die erheblichen Mittel für die Lebensmittelversorgung, dadurch, daß der Betriebsfonds nicht ausreicht, durch die Beteiligung an den Kriegsanleihen, natürlich stark gestiegen. Sie beträgt z. Bt. rund 6 Millionen Mark. d. h. 1 Million weniger wie die sog. fundierte Schuld. Als Gegenwert stehen gegenüber 3 Millionen Mark Kriegsanleihe, rund 3 Millionen Mark der vorübergehenden Schuld beziehen sich auf Reichsfamilienunterstützung und Lebensmittelversorgung.

Meine Herren! Die Verwaltung arbeitet ungemein schwer. Es fehlen die Beamten, die Arbeiter, Rohmaterialien sind zum Teil garnicht, zum Teil als Ersatzstoffe und nur zu sehr hohen Preisen erhältlich. Wir sind bis jetzt leidlich durchgekommen. Schwere Zwischenfälle und besonders große Verluste sind uns bisher erspart geblieben. Besonders hebe ich hervor, daß wir zwar die Straßenbeleuchtung haben einschränken müssen, aber sonst Licht- und Kochgas beliebig und zu allen Tageszeiten haben abgeben können. Ich glaube, daß die Stadt allen Beamten der Außenbetriebe besonderen Dank schuldet.

Meine Herren! Nach dem Kriege beginnt für den oberschlesischen Industriebezirk und für die Stadt Kattowik eine neue und größere Zukunft.

Der Bergbau und die Zinkindustrie sind ja auch vor dem Kriege gut gegangen. Die Eisenindustrie Oberschlesiens hat sich erholt und gekräftigt. Neue Verkehrs- und Wirtschaftsmöglichkeiten ergeben sich durch die kriegerischen Verhältnisse im Osten. Bisher sahen wir gegen die russische Grenze wie gegen eine Mauer; nunmehr ist diese Mauer gefallen und unserm Blick öffnen sich weite Aussichten. Für die Stadt Rattowitz gilt es, diese neuen Möglichkeiten zielbewußt mit starker Hand auszunutzen, die Aufgaben zu erkennen, die der Stadt durch ihre Verkehrsanlage zugewiesen sind. Daß die Bürgerschaft der Stadt Rattowitz diesen Aufgaben gerecht werden wird, darauf vertrauen wir für jetzt und für alle Zeiten.

Die Versammlung gibt ihrem Danke für den eingehenden Bericht durch Beifallsrufe Ausdruck und Stadtv.-Vorst. Grünfeld spricht dem Oberbürgermeister noch ausdrücklich den Dank der Versammlung aus. Wir haben, so fährt der Stadtv.-Vorst. fort, im wesentlichen erfahren, was sich in der Kriegszeit alles ereignet hat. Ich schlage vor, daß wir wegen der vorgerückten Zeit, es ist schon fast 7 Uhr, für heute die Sitzung schließen und die Besprechung des Versammlungsberichtes, sowie die Beratung des Haushaltsplanes auf den nächsten Montag vertagen. Wir wollen uns am Montag aber nur bei den Referaten über die einzelnen Haushaltspläne möglichst kurz fassen, damit wir an diesem Tage zu Ende kommen. Sollte dies nicht der Fall sein, so müßte ich auf den nächsten Tag gleich wieder eine Sitzung anberaumen.

Schluß der öffentlichen Sitzung kurz vor 7 Uhr

v. M.

Montag, d. 25. März 1918, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Einführung des Herrn Stadtrats Pieler.
2. Mitteilungen.
3. Besprechung des Verwaltungsberichts.
4. Beratung des Haushaltsplanes
 - a) der Allgemeinen Verwaltung,
 - b) der Vermögens- und Schuldenverwaltung,
 - c) der Grunderwerbsverwaltung,
 - d) der Polizeiverwaltung,
 - e) der Bauverwaltung,
 - f) der Kanalisationsverwaltung,
 - g) der Gartenverwaltung,
 - h) der Straßenreinigungs- und Feuermehrverwaltung,
 - i) der Armenverwaltung,
 - j) des Luifenheimes,
 - k) des städt. Arbeitsnachweises und Facharbeitsnachweises,
 - l) der Krankenhausverwaltung,
 - m) der Volksschule,
 - n) der Knabenmittelschule,
 - o) der Mädchenmittelschule,
 - p. des Lyzeums, Oberlyzeums, der Oberrealschul-Studienanstalt und des Lehrerinnenseminars,
 - q) der Oberrealschule,
 - r) der gewerblichen Fortbildungsschule,
 - s) der kaufmännischen Fortbildungsschule,
 - t) des Stadttheaters,
 - u) des Badehauses,
 - v) der Gasanstalt,
 - w) des Wasserwerks,
 - x) des Schlachthofes,
 - y) der Marktverwaltung,
 - z) der Steuerverwaltung,
 - aa) der Stiftungsverwaltung,
 - bb) der außerordentlichen Verwaltung,
 - cc) der Sparkasse,
 - dd) Aufstellung des Beamtenverzeichnisses, Beförderung und Anstellung von Beamten.
5. Festsetzung der im Jahre 1918 zu erhebenden Gemeindesteuern.
6. Beschlussfassung über Fortfall der Erhebung der Gemeindesteuern nach dem fingierten Staatssteuersatz von 4 Mark für das Steuerjahr 1918.

Anwesend sind:

Vom Magistrat die Herren Oberbürgermeister Bohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delsner, sowie die Stadträte Ruoff, Dame und Pieler.

Von den Stadtverordneten die Herren: Grunfeld, Dr. Hoffmann, Wanjura, Borinski, Brauer, Kraemer, Glajer, Ulbrich, Dr. Breiß, Junge, Schalscha, Centawer, Müller I, Breslauer, Weitinet, Herrmann, Karshinsky, Pinkeus, Rudzinski, Kubis, Belonek, Klimanek,

Scharff, Koforny, Münch, Siminna, Boehm, Vogel, Griesel.

Entschuldigst fehlen die Herren: Viktorius, Brätsch und Trupke.

Vaterländische Ansprache des Stadtvorsteher's.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld richtet kurz nach 5 Uhr vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Ansprache an die Versammlung:

„Große Entscheidungsschlachten sind an der Westfront im Gange. Die herrlichen Siegesnachrichten übertreffen unsere kühnsten Hoffnungen, unser aller Herzen sind erfüllt von heißem Danke und felsenfester Zuversicht. Gott der Herr möge unserer gerechten Sache weiter durch das Schwert zum Siege verhelfen, nachdem die hochherzigen Angebote für einen Verständigungsfrieden an dem Willen unserer Feinde, uns militärisch und wirtschaftlich niederzuringen, gescheitert sind. Wir alle aber, die zur Heimarmee gehören, wollen in einmütiger Geschlossenheit jetzt und in der noch kommenden schweren Zeit uns voranleuchten lassen die eiserne, heldenhafte Pflichterfüllung unseres deutschen Volkes in Waffen, das unter seinen ruhmgekrönten Führern in schweren, blutigen Kämpfen so unvergleichlich herrliche Großtaten vollbringt, die unserem deutschen Vaterlande den deutschen Frieden zu bringen bestimmt sind. Lassen Sie uns den Gefühlen der Begeisterung und Bewunderung sowie heißesten Dankes aus innerstem Herzen Ausdruck verleihen in dem Rufe: Unser deutsches Volk in Waffen, an der Spitze unser geliebter Kaiser und sein Generalstabs-Chef, unser Volkshero's Hindenburg, hurra, hurra, hurra!“

Die Versammlung, die sich von den Plätzen erhoben hat, stimmt begeistert in das Hurra ein.

1. Einführung des Herrn Stadtrats Bieler.

Es erfolgt sodann die Einführung des zum unbesoldeten Stadtrat wiedergewählten Herrn Bieler.

Zunächst ergreift Herr Oberbürgermeister Böhlmann das Wort und führt etwas folgendes aus:

In ereignisreicher Stunde habe ich die Ehre, Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, erneut in Ihr Amt einzuführen. Sie haben in Ihrem verantwortungsvollen Amt der Stadt schätzbare Dienste geleistet. Ihre Hauptverdienste liegen auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge, der allgemeinen Wohlfahrtspflege und sonstiger Verwaltungszweige. Sie sind uns immer ein lieber, schätzenswerter Kollege gewesen. Bei Ihrer heutigen Einführung begrüße ich Sie herzlich und hoffe auf ein weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld begrüßt den wiedergewählten Stadtrat mit folgenden Worten:

„Sehr verehrter Herr Stadtrat! Ihre Wiederwahl zum Stadtrat möge Ihnen das Vertrauen und die dankbare Anerkennung bekunden, die Sie durch Ihre arbeitsfreudige und opferwillige ehrenamtliche Tätigkeit insbesondere auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge und Wohlfahrtspflege erworben haben. Daß Sie sich bereit gefunden haben, neben Ihrer großen beruflichen Inanspruchnahme das verantwortliche Ehrenamt wieder auf sich zu nehmen und weiterhin wie bisher, als bewährte Kraft im Magistrat für das Gemeinwohl unserer Stadt zu wirken, dafür danken wir alle Ihnen herzlichst und bringen Ihnen bei Beginn ihrer neuen Amtszeit mit unseren besten Wünschen erneut unser volles Vertrauen entgegen. Der Aufgabenkreis der Stadtverwaltung wird immer größer, die Ansprüche an die Selbstverwaltung der Gemeinden werden fortgesetzt gesteigert, und es bedarf der Anspannung aller Kräfte, um all' den Anforderungen, die an ein voranstrebendes Gemeinwesen jetzt und nach dem Kriege herantreten werden, zu entsprechen. Das einmütige Zusammenarbeiten und schöne Einvernehmen der beiden Körperschaften fördert die Erfüllung dieser Aufgaben und wir sind, sehr verehrter Herr Stadtrat, überzeugt, daß Sie, wie bisher, auch in Ihrer neuen Amtszeit hierzu Ihr Bestes beitragen werden. Namens der Stadtverordneten-Versammlung beglückwünsche ich Sie für Ihre neue Amtszeit aufs Herzlichste.“

Stadtrat Bieler erwidert auf die beiden Begrüßungsreden etwa folgendes:

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, herzlich für die liebenswürdigen und anerkennenden Worte; Ihnen, meine Herren Stadtverordneten, danke ich, daß Sie durch meine Wiederwahl mir Ihr Vertrauen bezeugt haben. Ich werde mich stets bemühen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, und es wird mir eine Ehre sein, für das Wohl der Stadt weiter mitarbeiten zu dürfen.

2. Mitteilungen.

Zu diesem Punkte liegt, wie Stadtv.-Vorst. Grünfeld bemerkt, nichts vor.

3. Besprechung des Verwaltungsberichts.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Bevor wir in die Besprechung des Verwaltungsberichtes eintreten, sage ich dem Magistrat unseren Dank für seine Umsicht bei der Führung der Verwaltungsgeschäfte. Herzlicher Dank gebührt auch allen Beamten, Angestellten und Arbeitern für ihre unermüdlige Arbeitsfreude, die sie bei der Füh-

rung ihrer Aemter betätigt haben. Der Etat macht uns mit allen Einzelheiten und Anforderungen vertraut, die uns das nächste Jahr bringen wird. Allerdings können Ueberraschungen eintreten, die die in den einzelnen Haushaltsplänen aufgeführten Zahlen umstossen. Die Herren, die sich an den Beratungen in den Ausschüssen beteiligt haben, wissen, daß bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sehr vorsichtig operiert worden ist, sowohl bei Festlegung der Einnahmen als auch bei der der Ausgaben. Da die Einzel-Etats in den verschiedenen Ausschüssen in eingehender Weise beraten und beschlossen worden sind, und auch der Vorbereitungsausschuß sich eingehend mit allen Einzelheiten befaßt hat, so dürfte es sich heute erübrigen, in alle Einzelheiten hineinzusteigen. Ich bitte daher, nur das Wesentliche vorzubringen, damit wir rascher vorwärts kommen.

Stadt. Brauer: Aus dem Verwaltungsbericht möchte ich einiges herausgreifen, was mir zu schwarz gemalt erscheint. Der Herr Oberbürgermeister hat die schwebende Schuld von 6 Millionen als eine besonders schwere Last hingestellt. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen. Die 6 Millionen haben doch auch ihre Gegenwerte; zur Hälfte sind sie durch die Kriegsanleihe gedeckt, und die andere Hälfte ist größtenteils durch Ausgaben gedeckt, zu deren Deckung uns zum Teil Einnahmen durch den Staat in Zukunft zufließen werden. An einer Stelle des Verwaltungsberichtes wird gesagt, daß wir zwar einen Teil unserer Ausgaben zurückerstattet bekommen, daß wir aber nicht wissen, ob wir die Zinsen erhalten werden. Der Herr Oberbürgermeister muß durch den Städte-tag oder sonst durch eine geeignete Stelle bei den Staatsbehörden vorstellig werden, daß die Verzinsung auf jeden Fall eintritt. Es wäre zweifellos nicht richtig, daß der Staat Schulden macht und dann die Zinsen nicht bezahlt.

Die Bahn nach dem Südpark.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß uns Verhandlungen mit der Kleinbahn bevorstehen und möchte bitten, daß bei dieser Gelegenheit darauf hingewirkt wird, daß die nach dem Südpark hinausführende Strecke wieder in Betrieb genommen wird. Bei den jetzigen teuren Zeiten und den vielen Umständen, die das Reisen heutzutage mit sich bringt, gibt es sehr viele Leute, die keine Reisen machen können. Alle diese Leute suchen deshalb ihre Erholung im Südpark zu finden. Ohne die Möglichkeit, mit der Kleinbahn hinauszufahren, können aber viele den Weg nicht zurückzulegen. Fuhrwerke sind unerschwinglich im Preise oder sind gar nicht zu haben. Viele Leute möchten gerne die Mittagsstunden dazu be-

nutzen, um einen Spaziergang im Südpark zu machen. Zur Sommerszeit ist es aber unmöglich, in der Sonnenglut den Hin- und Rückweg zurückzulegen. Aus allen diesen Gründen bitte ich den Magistrat, alles daran zu setzen, daß wir die Bahn nach dem Südpark wieder bekommen.

Stadtb. P i n k u s: In der

Frage der Wasserversorgung

Ist der Standpunkt wohl der, daß wir in absehbarer Zeit keine Aussicht haben, daß eine Abhilfe zustande kommt. Es wäre daher wünschenswert, daß die kgl. Regierung sich mehr als bisher für die Wasserangelegenheit interessiert, damit endlich der Zweckverband gegründet wird. Erst dann kann die Wasserversorgung in Fluß kommen. Wie andere Kommunen eine Kohlennot haben, so haben wir bei uns eine Wassernot. Wir haben im Frühjahr wieder großen Wassermangel zu erwarten und auch im Sommer dürfte es nicht viel besser werden.

Die Organisation des Lebensmittelamtes.

In dem Verwaltungsbericht ist auch das Lebensmittelamt erwähnt worden und die großen Umsätze, die dort erzielt werden. Die Sache hat auch den Ausschuß beschäftigt, und es hat eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen, daß vom Lebensmittelamt so umfangreiche Geschäfte gemacht werden, ohne daß in diesem Amt eine richtige kaufmännische Leitung vorhanden ist. Es wäre richtig, eine kaufmännische Kraft einzusetzen, in deren Händen dann die Leitung liegt.

Erwähnen möchte ich auch

die Frage der Wohnungsnot.

Ich hoffe, daß der Magistrat Mittel und Wege finden wird, dieser Not nach Möglichkeit und Kräften zu begegnen. Was die finanzielle Seite des neuen Etats anbelangt, so ist bei dem ungeheuren Zuwachs bei den Endsummen einzelner Haushaltspläne gegenüber dem früheren Etat zu berücksichtigen, daß sich der Zuwachs auf die Zeit von drei Jahren verteilt. Einen großen Rahmen nehmen die Vertretungskosten ein, die schätzungsweise 180 000—200 000 Mark betragen, davon 65 000 Mark für die Allgemeine Verwaltung. Eine Enttäuschung hat der Haushaltsplan der Polizeiverwaltung hervorgerufen, der im Ausgabetitel einen Zuwachs von 20 000 Mark aufweist. Es ist jedoch zu erwarten, daß dieser Etat im nächsten Jahre anders aussehen wird. Die größte Enttäuschung hat uns jedoch der Etat des Schlachthofes bereitet. Bei dem Etat der Straßenreinigungs- und Feuerwehrverwaltung ist eine Trennung der beiden Ressorts zu empfehlen.

Unsere Straßen sind in einem furchtbaren Zustande.

Im Winter läßt es sich noch ertragen, aber im Sommer werden durch die Unreinlichkeit und den Staub die Krankheitserreger unnötig vermehrt. Ich möchte bitten, daß diesem Mißstande abgeholfen wird. Was die Straßenbahn nach dem Südpark anbelangt, so weiß ich nicht, ob eine Wiederaufnahme des Betriebes zur Zeit möglich ist. Aber bei der Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Osten muß der Magistrat alles daran setzen, daß die Stadt Ratowik nicht hinter anderen Städten zurückbleibt. Vielleicht nimmt sich der Magistrat des

Strassenbahnprojektes nach Sosnowik

an. Im Etat sind die Ausgabenposten sehr vorsichtig eingelegt worden, ebenso sind die Einnahmen mit größter Vorsicht geschätzt. Es wird sich an dem Haushaltsplan nicht viel ändern lassen, und ich bin deshalb für eine en bloc-Annahme desselben. Wie ich schon sagte, sind die Einnahmen sehr vorsichtig eingelegt. Der Herr Oberbürgermeister droht mit einer Erhöhung der Gaspreise. Die Sache wird später die Versammlung beschäftigen. Ich gebe mich nicht einem übermäßigen Optimismus hin, andererseits kann ich aber nicht so schwarz sehen, wie der Herr Oberbürgermeister. Vor allem haben wir mit Mehreinnahmen an Steuern zu rechnen. Es ist ein neuer Zuwachs an Steuerzoll zu erwarten. Für

die Rawaregulierung

sind in den Etat 38 000 Mark eingelegt. Die Regulierung ist jedoch völlig ins Stocken geraten. Die Summe wird auch nicht ausgegeben, sondern schon seit mehreren Jahren lediglich in den Etat eingelegt und dann am Schluß des Jahres als Ueberschuß gebucht. Wir haben im Jahre 1914 gut daran getan, daß wir mit dem Steuerfak nicht heruntergegangen sind. Auf diese Weise erzielten wir im Jahre 1914 einen Ueberschuß, und auch in den darauffolgenden Jahren sind wir leidlich herausgekommen. Ich glaube, wir können den Etat ohne vorherige Beschäftigung mit den Einzelheiten annehmen, und ich stelle den Antrag, über die Annahme en bloc abzustimmen.

Stadtv. Vogel: Was die Wasserfrage anbelangt, so muß die Regierung dafür sorgen, daß sich Industrie und Gemeinden zusammenschließen. Es geht nicht, daß Industrie und Gemeinden jeder aus besonderen Leitungen Wasser nehmen. Aus der Bahn nach dem Südpark wird im Kriege nichts werden, denn die Kupferleitungen sind heruntergenommen worden. Das war bittere Not. Haben doch die Gru-

benverwaltungen sogar ihre unterirdischen Kupferleitungen opfern müssen. Diese Frage müssen wir zurückstellen, bis wir wieder Frieden haben. Unsere Stadtverwaltung gibt sich Mühe, in den Straßen Bäume anzupflanzen. In den meisten Straßen ist jedoch diese Mühe vergeblich, denn die Straßen sind zu schmal, und die Bäume haben zu wenig Feuchtigkeit, weil unsere Straßen betoniert sind. Außerdem werden Bäume mit großen Kronen gepflanzt; auch das geht in den schmalen Straßen nicht, wir müssen vielmehr Bäume mit kleinen Kronen anpflanzen.

Die Entgegnung des Oberbürgermeisters.

Die schwebende Schuld macht uns keine so große Sorge, als die Herren nach dem Verwaltungsbericht angenommen haben. Wir glauben vielmehr, daß sich eine Lösung dafür finden wird. Sollten wir in die Lage kommen müssen, abzahlen zu müssen, durch Sammeln von Geld, so würde dies allerdings schlimm werden, aber dazu wird es ja nicht kommen. Wir hoffen, daß wir vom Staat Zinsen bekommen. Die Kriegsanleihe summe wird durch Abstoßen verringert werden; auf welche Weise das geschehen wird, wissen wir heute noch nicht. Die Zinsen für die Reichsinvalidensteuer wird uns der Staat erstatten. Was die Bahn nach dem Südpark anbetrifft, so bin ich derselben Ansicht, wie Herr Stadtv. Vogel, daß zur Zeit in der Angelegenheit nichts zu machen ist. Die Kupferdrähte sind ausgebaut und neue sind nicht zu haben. Sobald der Krieg zu Ende ist, werden wir sofort die Erneuerung dieser Bahnlinie beantragen.

Die Bahnlinie nach Sosnowitz

soll durch einen Vertrag mit der Kleinbahn gesichert werden. Die Kleinbahn-Verwaltung will die Linie nicht selbst bauen, sondern die Stadt wird sie bauen, weil die Stadtgemeinde bei der Erlangung der notwendigen Konzessionen besser fortkommt, als die Kleinbahn-Verwaltung. Jedenfalls haben wir unser Augenmerk auf diese Sache gerichtet. Es hat sich für uns als günstig herausgestellt, daß wir die Straße nach Sosnowitz haben.

Was

die Rawaregulierung

anbelangt, so kann ich der Versammlung mitteilen, daß der betreffende Beamte aus dem Felde wieder zurückgekehrt ist. Sobald der Krieg zu Ende ist, wird das Projekt wieder aufgenommen werden. Vielleicht wird in diesem Jahre schon die Summe von 38 000 Mark wirklich ausgegeben werden. Bei der

Wasserversorgung

liegt die Sache so, daß wir den Zweckverband zwischen dem Landkreis und der Stadt anstreben. Die Industrie ist also mit einbegriffen. Ich möchte in der Sache etwas freundlicher als meine Herren Vorredner in die Zukunft sehen. Wenn erst der Zweckverband da ist, wird das Projekt sicher zustande kommen. Ich hoffe, daß in absehbarer Zeit Abhilfe geschaffen werden kann. Der Wassermangel der Gegenwart ist tatsächlich sehr bedenklich, da nicht genügend Druck vorhanden ist. Ob auch Wasser nicht in genügender Menge vorhanden ist, weiß ich nicht. Wir haben vor kurzem wieder an den Landkreis geschrieben, und haben ihn auf die Wasserfrage aufmerksam gemacht. Es soll eine Besprechung zwischen der Stadt und dem Landkreis stattfinden, hoffentlich kommt etwas dabei heraus. Die Nordstadt muß sich beim Wasserverbrauch etwas einschränken, damit auch für die Südstadt genügend Wasser übrig bleibt.

Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung ist ein Bericht unterwegs, der der Versammlung bald zugehen wird. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß wir im Lebensmittelamt bei den tüchtigen Kräften, die uns zur Verfügung stehen, eine kaufmännische Kraft brauchen. Wir können vielmehr sehr zufrieden sein, daß wir auf diese Weise gewirtschaftet haben. Sind die Herren anderer Meinung, so kann allerdings eine Aenderung eintreten.

Die Wohnungsnot in der Stadt Rattowik

hat einen größeren Abzug von Familien in die Vororte zur Folge gehabt. Dadurch haben sich Schwierigkeiten in der Schulf Frage ergeben. Die Familien, besonders die Beamtenfamilien, die wegen der Wohnungsnot in einen Vorort ziehen müssen, glauben Anspruch darauf zu haben, ihre Kinder in die Rattowitzer Schulen zu schicken.

Der Zuschuß für die Polizei von 100 000 M scheint nicht zu hoch veranlagt. Eine Erleichterung wird erst dann eintreten, wenn die f. Rt. von der kgl. Polizei nicht übernommenen städtischen Polizeibeamten in anderen Verwaltungszweigen untergebracht sein werden. Für die Straßenreinigung werden wir wohl im nächsten Jahre einen besonderen Etat aufstellen; damit werden die Wünsche der Herren erfüllt werden. Es ist richtig, daß die Keinslichkeit der Straßen zu wünschen übrig läßt, aber es läßt sich vorerst keine Abhilfe schaffen, denn es fehlt das Wasser, es fehlen ferner die Pferde und das Material für die Reinigungsmaschinen. Wir werden aber bemüht sein, inzwischen die Zustände etwas zu bessern. Was die Bepflanzung mit Bäumen anbelangt, so sind wir noch auf

Versuche angewiesen. Herr Vogel hat recht, daß man nicht jede Baumart verwenden kann. Da aber jeder Baum der Bürgerschaft Freude macht, so sind wir berechtigt, die Versuche fortzusetzen.

Herr Brauer hat gesagt, daß das Reisen heutzutage Schwierigkeiten macht und damit hat er recht. Die Stadt hat daher die Verpflichtung, für die Erholung der Bürgerschaft jetzt mehr wie bisher zu sorgen. Am Dienstag findet eine Besprechung statt, in welcher über die Verbreiterung des Fußgängerweges zum Südpark beraten werden soll. Ferner soll das Gelände zwischen der Feldstraße und den Straßen nach der Kaserne verschönert werden, damit der Spaziergänger, wenn er die Stadt verläßt, gleich einen schönen Anblick hat. Für den Südpark selbst wird noch einiges getan werden müssen. Ich hoffe, daß Sie uns die nötigen Mittel dazu bewilligen werden, denn wir wollen 14 000 M für diesen Zweck anfordern, damit wir mehr für die Bürgerschaft tun können, weil das Reisen aufhören muß.

Das Steuerjoll ist erfreulich gestiegen, aber in ungesunder und unnatürlicher Weise. Dieses ansteigende Steuerjoll ist eine Erscheinung, die vorübergehen muß. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Steuereinnahmen der Stadt nach dem Kriege sehr erheblich herabsinken werden. Sobald die Lebensmittelpreise nach dem Kriege herabsinken, wird auch ein Sinken der Arbeitslöhne eintreten, und damit fällt auch das Staatseinkommensteuerjoll. Ob diese Veränderung noch in diesem Jahre oder erst im nächsten eintritt, kann niemand wissen. Jedenfalls muß mit einem Sinken der Steuereinnahmen gerechnet werden. Da diese Quelle nachläßt, müssen wir uns nach anderen Quellen umsehen. Meine Herren, Sie werden bei Zeiten vorbeugen müssen. Ich glaube gern, daß es Ihnen schwer fallen wird, eine Erhöhung der Gaspreise zu genehmigen, aber wir leben nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Wir müssen die Finanzen so im Fluß halten, daß wir in Zukunft in der Lage sind, Ihnen die Vorlagen machen zu können, die im Interesse der gesunden Fortentwicklung der Stadt notwendig sind.

Stadtbaurat Delsner äußert sich zu der Frage der Baumbeplantzung. Er räumt ein, daß in einigen Fällen, z. B. in der Holzstraße, schlechte Erfahrungen gemacht worden sind. Mit den Akazien habe man dagegen gute Erfahrungen gemacht. Daß einige Bäume eingegangen sind, habe seinen Grund darin, daß z. B. beim Pflanzen der Bäume nicht mit der erforderlichen Vorsicht vorgegangen worden sei.

Stadtv. Winkus: Ich glaube nicht, daß da-

durch viel erreicht wird, daß wir, um der Südstadt das nötige Wasser zu beschaffen, die Einwohner der Nordstadt im Wasserverbrauch beschränken. Ich hoffe, daß mich niemand so verstanden hat, daß sich die Herren Dezerenten des Lebensmittellamtes durch meine Äußerungen getroffen fühlen können. Ich glaubte nur, daß sich die Herren entlastet fühlen werden, wenn ihnen eine kaufmännische Kraft zugeteilt wird, denn die Geschäfte sind so umfangreich, daß man den Herren eine Entlastung nur wünschen kann. Im nächsten Jahre haben wir einen starken Zugang zu den höheren Schulen zu erwarten. Wir stehen vor der Frage, eine zweite höhere Schule zu gründen. In der Südpark-Angelegenheit habe ich f. Rt. in der Ausschusssitzung absichtlich mit meiner Ansicht zurückgehalten und habe nur die bescheidene Bitte geäußert, man möge mehr und bequemere Sitzgelegenheiten schaffen, denn auf den Birkenbänken kann man nicht sitzen. Was unsere Finanzen anbelangt, so können wir sagen, daß wir in jeder Beziehung für die Zukunft vorgesorgt haben.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Da alle in der Debatte aufgeworfenen Fragen beantwortet sind, so schließe ich die Besprechung mit nochmaligem Dank an den Magistrat und alle Verwaltungsbeamten. Es liegt ein Antrag des Kollegen Pinkeus vor, den Gesamtetat en bloc anzunehmen. Ich bitte, sich dazu zu äußern.

Stadtv. Ulbrich spricht sich für den Antrag Pinkeus aus, ebenso Stadtv. Brauer.

Stadtv. Vogel: Warum wollen wir den Etat „en bloc“ übernehmen? Ich bin für eine Annahme „Im Ganzen“. (Heiterkeit.)

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Ich beantrage also, den Haushaltsplan im ganzen anzunehmen.

Die Versammlung stimmt diesem Antrag einstimmig zu, womit der Haushaltsplan verabschiedet wird.

5. Festsetzung der im Jahre 1918 zu erhebenden Gemeindesteuern.

Referent Stadtv. Borinski: Es sollen für das Rechnungsjahr 1918 an direkten Gemeindesteuern erhoben werden:

250 % Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und zu dem fingierten Normalsteuersatz von 4 Mark.

261,52 % der staatlich veranlagten Realsteuern und zwar:

248,4 % der Grundsteuer,

248,4 % der Gebäudesteuer,

293,75 % der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbebetriebe,

200 % der Betriebssteuer.

Gleichzeitig wird beschlossen, daß die Erhebung der Prozente:

- a) der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer durch 4,3 M vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten und von 6,45 M vom Tausend des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke;
- b) der staatlich veranlagten Gewerbesteuer durch Erhebung von 210 % der staatlich veranlagten Sätze bei den der besonderen Gewerbesteuer nicht unterliegenden Gewerbebetriebe und bei den der besonderen Gewerbesteuer unterliegenden Gewerbebetrieben nach der Gewerbesteuerordnung vom 12. Januar/6. März 1905 und ihrem Nachtrage vom 3. Mai 1912 erfolgt.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage ohne Debatte einstimmig zu.

6. Beschlußfassung über Fortfallen der Erhebung der Gemeindesteuern nach dem fingierten Staatssteuerjahre von 4 M für das Steuerjahr 1918.

Auch hier erfolgt Zustimmung.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Damit ist die Tagesordnung erledigt und ich schließe die Versammlung. Zur Feier des Tages möchte ich die Herren bitten, sich im Anschluß an die Sitzung zu einem gemütlichen Beisammensein im „Wiener Hof“ einzufinden.

Schluß der Sitzung kurz vor 6¼ Uhr.

v. M.

Donnerstag, d. 18. April 1918, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Gewährung einer Beihilfe an den Fürsorgeausschuß für deutsche Kriegsflüchtlinge in der Stettermark.
3. Zeichnung auf die 8. Kriegsanleihe.
4. Ersatz der Reisekosten für die zur Vorstellung aufgeforderten Bewerber um das Stadttheater.
5. Endgültige Festsetzung des Theaterpachtvertrages, insbesondere Festsetzung der Theatereintrittspreise.
6. Wahl eines Theaterleiters.
7. Ankauf des Nowak'schen Grundstücks Blatt 151 Parnenit.
8. Bewilligung der Mehrausgaben bei Titel II des Haushaltsplanes des Wasserwerks infolge Erhöhung des Wasserpreises durch den Landkreis.
9. Erhöhung der Gaspreise.
10. Gewährung von Kleider- und Stiefelgeld an Rohrmeister Kwasniop.
11. Gewährung von Feuerungszulagen an die Schwestern im städtischen Krankenhaus.
12. Bewilligung der erhöhten Feuerungszulagen an die Beamten, Angestellten und Lehrer nach den staatlichen Grundsätzen.
13. Gewährung einer Beihilfe an einen städtischen Beamten.

Anwesend sind:

Vom Magistrat die Herren: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Len, Stadtbaurat Velsner, sowie die Stadträte Rudoff, Guttmann, Feige und Badrian.

Von den Stadtverordneten die Herren: Grünfeld, Bistorius, Wanjura, Borinski, Witinek, Herrmann, Brauer, Dr. Glaser, Schalscha, Junge, Ulbrich, Centamer, Breslauer, Dr. Hoffmann, Staschinski, Vinius, Siwinna, Rudzinski, Kubis, Münch, Griesel, Klimanek, Zelonek, Potorny, Dr. Breiß, Müller I.

Entschuldigt fehlen die Herren: Brätisch, Trupke, Vogel, Kraemer, Scharff, Drees.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld eröffnet kurz nach 5 Uhr die Sitzung mit folgendem

Nachruf für Stadtrat, Sanitätsrat Dr. Sogalla,
den die Versammlung stehend anhört:

„Wiederum hat unsere Stadt den Verlust eines ihrer besten Bürger zu beklagen. Herr Stadtrat, Sanitätsrat Dr. Bruno Sogalla ist als Opfer seines Berufes, als Opfer des Krieges einer tödlichen Infektions-Krankheit erlegen. Die gesamte Bürgerschaft betrauert aufs tiefste das tragische Hinscheiden des vortrefflich bewährten Mannes, der über zwei Jahrzehnte in unserer Stadt als Arzt vorbildlich gewirkt und in wahrer Nächstenliebe den Kranken und Be-

dürftigen ärztliche Hilfe und warmherzige Teilnahme widmete.

Unermüßlich mit Hintansetzung seiner eigenen Gesundheit hat Herr Dr. Sogalla neben seiner ausgedehnten ärztlichen Praxis während der ganzen Kriegszeit viele, viele Kriegsverletzte durch seine ausgezeichnete, ärztliche Kunst und seine teilnehmende Herzensgüte körperlich und seelisch wieder ausgerichtet und sich auch in der Kriegsverletztenfürsorge hervorragend betätigt.

Als der eine seiner beiden seit Kriegsbeginn für des Vaterlandes Ehre kämpfenden Söhne, nachdem er über drei schwere Kriegsjahre hindurch im Osten, Westen und Süden die glorreichen Siege miterkämpft und alle Gefahren glücklich überwunden hatte, nun im Herbst des vorigen Jahres in den siegreichen Kämpfen an der italienischen Schlachtfrente sein blühendes, junges Leben hingeben mußte, da traf tiefes Leid den herzenguten Vater, die treusorgende Gattin und Mutter und die lieben Geschwister, aber trotz der seelischen Leiden blieb der pflichtgetreue Arzt hart gegen seine eigene Person und die fortgesetzten Mahnungen seiner treuen Lebensgefährtin und seiner Freunde, sich zu schonen, scheiterten an seiner strengen Auffassung von den ärztlichen Pflichten in dieser ernstesten Kriegszeit. Edel sei der Mensch, hilfreich und gut, das war seines Lebens Richtschnur.

So segensreich Herr Dr. Sogalla in seinem schweren Berufe als Arzt und Mensch gewirkt hat, ebenso ausgezeichnet hat sich der teure Heimgegangene 15 Jahre lang seit dem Jahre 1904 bis zu seinem so frühzeitigen Tode ehrenamtlich in den beiden städtischen Körperschaften bewährt. Seinen hohen Gemein Sinn, sein warmherziges Interesse für das Gemeinwohl, seine Liebe und Treue zur Heimatstadt befundete Herr Dr. Sogalla durch tatkräftige Mitarbeit im Stadtverordneten-Kollegium vom Jahre 1904 bis 1909 und von 1909 bis zu seinem Tode im Magistrats-Kollegium. Die Wohlfahrts Einrichtungen unserer Stadt fanden in ihm einen eifrigen, zielbewußten Förderer, der mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit diese zu segensreichem Wirken mit ausbaute und u. a. in der Kriegszeit der Säuglingsstation seine hochherzige, ärztliche Hilfe widmete.

Wir sind tiefbetrübt über den frühzeitigen Heimgang dieses im städtischen Ehrendienste hochverdienten treuen Mitarbeiters, wir danken ihm über das Grab hinaus aufs heralichste für sein segensreiches Wirken in unserer Stadt und werden dem bewährten Freunde, dem vortrefflichen Menschen und dem vorbildlichen Arzte immerdar ein dankbares, ehrendes Andenken bewahren. Sie haben sich, meine Herren, zu

Ehren des Verewigten von Ihren Plätzen erhoben; ich stelle dies mit herzlichem Danke fest."

1. Mitteilungen.

Stadtb.-Vorst. Grünfeld teilt mit, daß an der Ruhestätte des verstorbenen Herrn Sanitätsrats Dr. Sogalla in Bogutschütz von Herrn Oberbürgermeister Pohlmann und ihm ein Kranz niedergelegt worden sei.

Bericht des Oberbürgermeisters über den Stand der Lebensmittelversorgung.

Ich halte es für meine Pflicht, wieder einmal einen kurzen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Lebensmittelversorgung zu geben:

Die Fleischversorgung ist augenblicklich nicht sehr erfreulich. Wir werden in dieser Woche voraussichtlich nur 150 Gr. Fleisch und 50 Gr. Wurst zur Verteilung bringen können. Dieser Mangel an Fleisch hat seine Ursache darin, daß sehr viel Vieh hat vorzeitig abgeschlachtet werden müssen. Solche Stockungen können auch in Zukunft eintreten. Auf jeden Fall ist kein Grund zur Beunruhigung vorhanden, denn auch anderwärts sind Herabsetzungen der Fleischration erfolgt.

Auch die Milchversorgung ist a. St. recht schwierig, da die Milchzufuhr knapp und eine Besserung erst in vier Wochen zu erwarten ist. Die Mehllversorgung geht ordnungsgemäß vor sich, ebenso die Fettversorgung.

Große Schwierigkeiten macht uns a. St.

die Kartoffelversorgung,

weil die Landwirte mit der Frühjahrsbestellung beschäftigt sind. Wir haben in dieser Woche eine so geringe Zufuhr zu erwarten, daß wir nicht wissen, ob wir überhaupt in der nächsten Woche eine Verteilung vornehmen können. Wir haben uns gefragt, ob wir nicht sogar, wenn wir in der Lage sein sollten, Kartoffeln zu verteilen, die Verteilung vorübergehend einstellen sollen, um für später Vorräte anzusammeln. Wir können die Herabsetzung der Kartoffelrationen in den nächsten Wochen eher vornehmen, als später, weil wir noch Wintergemüse zur Verfügung haben und sich der Markt bereits mit Frühjahrsgemüse belegt. Man darf hoffen, daß dadurch Ersatz gegeben wird; später haben wir auch Gemüsekonserven zur Verfügung. Zur Beunruhigung ist, wie ich ausdrücklich feststellen möchte, kein Grund vorhanden.

Die Wasserversorgung der Südstadt.

Eine Anfrage des Stadtv. Pistorius.

Stadtv. Pistorius richtet folgende Anfrage an den Magistrat:

Meine f. Rt. gemachte Anregung betr. eine bessere Wasserversorgung der Südstadt, ist leider bisher unbeachtet geblieben. Zur Zeit sind die Anwohner der Südseite tagelang ohne Wasser, nur nachts gibt es dort Wasser. Es ist anzunehmen, daß die Verhältnisse noch schlechter werden, da jetzt ja bald das Gießen der Gärten beginnt. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um den Uebelständen abzuhelpen? Die Bohrungen in Rosaliengrube sind noch nicht so weit, daß man in diesem Sommer mit dieser Quelle rechnen kann. Die Wasserzufuhr wird so zurückgehen, daß man im Sommer vielleicht gar kein Wasser mehr haben wird. Es geht doch nicht, daß sich die Südstadt aus der Nordstadt Wasser holt, um überhaupt das nötige Wasser zum Trinken und Waschen zu haben. Was gedenkt der Magistrat ferner in der Frage der Fäkalienabfuhr zu tun? Es müssen Abfuhrgruben geschaffen werden, um die Fäkalien darin aufzufangen. Meine Anregungen sind bisher nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Was soll nun geschehen, um der Calamität vorzubeugen?

Die Erwiderung des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Bohlmann: Der Wassermangel ist zweifellos bedenklich, weil die Rosaliengrube selbst nicht genügend Wasser hat. Wenn wir den Wasserzufluß bessern, so ist es immer noch nicht sicher, daß der Mangel behoben wird. Es rächt sich, daß die Wasserversorgung des gesamten Industriezirks ein Dezennium lang nicht gefördert wurde. Wir sehen in der That, daß nicht bloß der Mangel an Trinkwasser, sondern sogar der Wassermangel zur Abfuhr der Fäkalien schwere Rückwirkungen haben kann. Nun ist erwogen worden, ob es angängig ist, dem südlichen Teile der Stadt dadurch zu helfen, daß man dem nördlichen Teile etwas von seinem Wasser abnimmt. Es wurden diesbezügliche Vorarbeiten vorgenommen, die jetzt beendet sind. Die f. Rt. von mir angekündigte

Besprechung mit dem Kreisausschuß

hat heute stattgefunden und wir sind zu folgendem Entschluß gekommen:

Es soll eine Querverbindung zwischen der alten und der neuen Leitung geschaffen werden, von der aus der neuen Leitung mehr Wasser zugeführt werden soll. Bei Anlage der neuen Leitung ist nämlich ein Versehen vorgekommen

insofern, als der Wasserspiegel derselben höher ist, als der der alten. Die Folge davon ist, daß die neue Leitung nur dann Wasser hergibt, wenn ihr Wasserspiegel die gleiche Höhe hat, als der der alten Leitung. Daher soll eine Querleitung geschaffen werden, damit der Wasserstand der alten Leitung auch für die neue ausgenutzt werden kann. Ferner lassen sich für den nördlichen Stadtteil Vorkehrungen treffen, um eine Ersparnis des Wasserverbrauchs zu erzielen. Wir sind uns bewußt, alles getan zu haben, was möglich ist, aber das läßt sich nicht so schnell erreichen, dazu gehören Jahre. Hoffentlich hilft uns ein nasser Sommer über diese Schwierigkeiten hinweg. Eine wirkliche Abhilfe wird erst dann möglich sein, wenn ein neues großes Wasserwerk geschaffen ist.

Stadtrat Ruoff: Wir mußtten davon ausgehen, daß nicht nur die Stadt Kattowitz an Wassermangel zu leiden hat, sondern ebenso alle anderen Orte, die von der Rosaliengrube gespeist werden. Wir haben dann, da wir uns einmal im Zeitalter der Rationierung befinden, den Gedanken gefaßt, ob es nicht möglich ist, den Verbrauch der Nordstadt einzuschränken, um der Südstadt größere Wassermengen als bisher zuzuführen. Aber heute ist das nicht möglich, denn wenn wir in der Nordstadt Ersparnisse machen, so kommen diese nicht der Südstadt, sondern anderen Abnehmern zu gute. Wir haben deshalb beraten, ob man die Druckverhältnisse in Kattowitz verbessern kann. Da ergab sich, daß eine Querverbindung zwischen der alten und der neuen Leitung herzustellen ist. Dazu werden Vorarbeiten nötig sein, die erst in einiger Zeit erledigt werden können. Wir haben die Berechnungen vervollständigt und uns an den Landkreis gewandt, der ja heute mit uns in eine gemeinsame Besprechung eingetreten ist. Unser Vorschlag wird zur Ausführung kommen. Wenn wir auf diese Weise die Druckverhältnisse verbessern und die Nordstadt sich Mühe gibt, sich im Wasserverbrauch möglichst einzuschränken, dann hoffen wir, daß die Versorgung in der Südstadt besser werden wird. Wir haben auch noch andere Maßnahmen erwogen, u. a. die Aufstellung einer Pumpe; diese Maßnahme hätte aber nur dann Zweck, wenn wir gleichzeitig einen Behälter haben. Den Behälter können wir aber zur Zeit nicht bauen, da noch ein Rechtsstreit mit den Hohenloherwerken schwebt.

Stadtv. Pinz: Die Anregung, die Stadtv. Pistorius s. Zt. gegeben hat, hat nicht geruht; es sind vielmehr Vorarbeiten gemacht worden und außerdem hat heute die erwähnte Sitzung stattgefunden.

Stadtv. Pistorius: Ich glaube nicht, daß der Vorschlag des Magistrats den gewünschten Erfolg haben wird, da er zu spät kommt. Wir müssen damit rechnen, daß die notwendigen Verbindungsstücke erst in 6 bis 8 Wochen geliefert werden können und daß eine Besserung der Wasserverhältnisse vor August nicht eintreten wird. Ich sehe sehr schwarz in die Zukunft, denn auf einen nassen Sommer wage ich nicht zu hoffen. Ich bedauere, daß eine Besserung nicht schon jetzt ermöglicht werden kann.

Stadtrat Ruoff: Es muß hier ausdrücklich gesagt werden, daß

die Lösung der Wasserfrage Aufgabe des Landkreises

gewesen wäre. Wir haben uns alle erdenkliche Mühe gegeben. Wir haben alle Vorarbeiten, die notwendig waren, selbst machen und die erforderlichen Berechnungen etc. selbst anfertigen müssen, um vorwärts zu kommen. Uns fehlte das ganze Material und wir geben uns alle Mühe, dasselbe zu vervollständigen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Die Unterlagen sind nur da, und es fragt sich nur, an welchem Zeitpunkt wir Abhilfe schaffen können.

Oberbürgermeister Pohlmann: Die Ausführung liegt nicht in unserer Hand. Wir haben uns bereit erklärt, die Kosten zu tragen; damit haben wir alles getan, was in unserer Macht steht. Es ist eine alte Sache, daß die Wasserangelegenheit eine Aufgabe des Kreises ist. Jedenfalls bitte ich, sich nicht an uns zu halten, sondern an den Kreis heranzutreten.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Es besteht die Befürchtung, daß eine Abhilfe nicht vor August eintritt. Es fragt sich, ob wir Mittel haben, die Abhilfe zu beschleunigen.

Eine Bitte an den Regierungspräsidenten.

Stadtv. Pistorius: Ich halte es für richtig und möchte dies öffentlich betonen, daß der Herr Regierungspräsident einen Druck auf den Kreis ausübt, um uns zu helfen. Der Regierungspräsident ist dazu in der Lage, denn er hat auch auf uns i. Rt. den nötigen Druck ausgeübt, sodaß wir unser Wasser aus der Rosaliengrube nehmen mußten. Also soll der Regierungspräsident jetzt den gleichen Druck auch auf den Kreis ausüben. (Sehr richtig.)

Stadtrat Ruoff erwidert auf eine Anfrage aus der Versammlung, daß eine Wasserversorgung aus der Cleophasgrube nicht möglich sei, weil diese dazu nicht in der Lage und das Wasser außerdem zu Trinkzwecken nicht geeignet sei. Die Cleophasgrube gebe z. Rt. ihr Wasser an die Bismarckhütte zu Kesselspeisungen etc. ab.

Auch eine Versorgung aus der Oheimgrube sei nicht möglich, weil dieses Wasser gleichfalls zu Trinzszwecken unbrauchbar sei.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als dem Plan des Magistrats zuzustimmen. Ich glaube, ich kann mich der von Stadtv. Pistorius angeregten Bitte an den Herrn Regierungspräsidenten namens der Versammlung anschließen.

Stadtv. Brauer schlägt vor, eine ausdrückliche Abstimmung über diesen Vorschlag vorzunehmen. Die Versammlung schließt sich daraufhin einstimmig der Bitte des Stadtv. Pistorius um Einschreiten des Regierungspräsidenten an.

Es liegt der Kassenprüfungsbericht der Stadthauptkasse für die Monate Februar und März vor. Es hat sich daran nichts zu erinnern gefunden. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Stadt bis Ende März für Zwecke der Lebensmittelversorgung eine Summe von

etwa 9 Millionen Mark

ausgegeben hat, der Einnahmen von über 8 Millionen Mark gegenüberstehen, sodaß ein Bestand von etwa 310 000 M. z. Rt. vorhanden sein muß.

Die Straßenbahn nach dem Südpark.

Stadtv. Wanjura fragt beim Magistrat an, ob es nicht angehe, die Kleinbahnstrecke nach dem Südpark noch in diesem Sommer in Betrieb zu nehmen. Es sei dies die einzige Strecke, die im Industriebezirk außer Betrieb gesetzt worden sei.

Oberbürgermeister Bohlmann: Wir haben einen entsprechenden Antrag bereits eingereicht. Ich möchte es jedoch aussprechen, daß wir wenig dazu tun können, denn wir haben nicht einmal ein vertragliches Recht darauf. Der Vorschlag des Stadtv. Wanjura wird darauf einstimmig zum Beschluß erhoben.

2. Gewährung einer Beihilfe an den Fürsorgeauschuß für deutsche Kriegsflüchtige in der Steiermark.

Referent Stadtv. Kubiz: Es handelt sich um Deutsche, die vor den Schrecknissen des Krieges Zuflucht in der Steiermark gefunden haben. Ihre Lage ist eine schreckliche, denn ihre Heimat ist durch die Kriegsfurie verwüstet und ihre Kirchen u. Schulen sind zerstört. Der Magistrat schlägt vor, die Summe von 50 M. zu bewilligen. Das Plenum schließt sich diesem Vorschlage an.

3. Zeichnung auf die 8. Kriegsanleihe.

Das Plenum schließt sich dem Vorschlage des Magistrats und des Vorberatungsausschusses, auch auf die 8. Anleihe die Summe von

2 Millionen Mark

zu zeichnen, ohne Debatte und einstimmig an.

4. Ersatz der Reisekosten für die zur Vorstellung aufgeforderten Bewerber um das Stadttheater.

Referent Stadtb. Schalscha: Vorgeesehen ist ein Eratz der Reisekosten und eine Zahlung von Tagegeldern in Höhe von 15 M. Ich stelle den Antrag, Reisekosten und Tagegelder nur an die Herren zu zahlen, die nicht für den Vertragsabschluß in Frage kommen; ferner stelle ich anheim, die Tagegelder mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerung von 15 M auf 25 M pro Tag zu erhöhen.

Oberbürgermeister Pohlmann bittet, es bei dem Magistratsantrage, der diese Vergünstigung für alle Bewerber vorsieht, zu belassen.

Stadtb. Schalscha zieht darauf seinen Antrag zurück und das Plenum stimmt dem Magistratsantrage zu.

5. Endgültige Festsetzung des Theaterpachtvertrages, insbesondere Festsetzung der Theater-Eintrittspreise.

Referent Dr. Hoffmann: Magistrat, Theaterauschuß und Vorberatungsausschuß haben sich in einer Reihe von Sitzungen darüber beraten, wie man den Vertrag mit dem neuen Direktor am besten abschließen kann. Den Herren Stadtberordneten ist f. Rt. schon ein Umdruck zugegangen, in dem der Vertrag enthalten war. Aber es sind noch einige, allerdings nicht umfassende, Änderungen gemacht worden. Zunächst im § 2 bezüglich der Spielbauer. Dieser Paragraph sieht vor, daß die Spielzeit nicht vor Mitte September, spätestens aber am 1. Oktober, beginnen und am Palmsonntag oder spätestens am 1. April enden soll. Jedoch soll der Wächter berechtigt sein,

die Spielzeit auszudehnen.

Das erschien ratsam im Interesse des Direktors und auch im Interesse des Publikums. Außerdem sind die Schauspieler immer geneigt, ein Theater mit längerer Spielbauer vorzuziehen. Infolgedessen ist auf Anraten der Herren Bewerber um den Direktorposten der Paragraph in diesem Sinne geändert worden. Im Falle einer Ausdehnung der Spielzeit erhält der Wächter monatlich 1200 M und für den Teil eines Monats den entsprechenden Bruchteil

dieser Summe. Außerdem darf der Pächter für Unkosten bei Verpflichtung der Kräfte 2000 *M* in jeder Spielzeit in Anrechnung bringen, für die erste Spielzeit sogar 3000 *M*. Die Versammlung gibt den erwähnten Abänderungen ihre Zustimmung.

Stadtv. Dr. Hoffmann (fortfahrend): Eine ziemlich einschneidende Aenderung hat der § 12 erfahren; der sich mit den Eintrittspreisen befaßt. Der Tendenz unserer Zeit entsprechend, haben wir uns entschlossen, die Eintrittspreise zu erhöhen, zumal alle Unkosten größer geworden sind und die Schauspieler höhere Gagen bekommen müssen. Dem einzelnen Theaterbesucher wird keine größere Ausgabe zugemutet. Es wird folgende Preisklassifikation vorgeschlagen:

Orchester- und Proszeniumsloge 5,20 *M* (früher 5,— *M*); eine ganze Loge im 1. Rang 13,— *M* (12,— *M*); einzelne Logenplätze 3,80 *M* (3,60 *M*); 1. Rang-Reihe 1—3 2,70 *M* (2,50 *M*); 1. Rang-Reihe 4—5 2,20 *M* (2,— *M*); Parkett-Reihe 1—8 2,50 *M* (2,30 *M*); Parkett-Reihe 9—13 2,20 *M* (2,— *M*); Parkett-Reihe 14—16 1,60 *M* (1,40 *M*); 2. Rang-Reihe 1—3 1,60 *M* (1,40 *M*); 2. Rang-Reihe 4—9 1,20 *M* (1,00 *M*); 2. Rang-Reihe 9—13 0,90 *M* (0,70 *M*).

Bei Opernvorstellungen soll im Parkett und 1. Rang ein Zuschlag von 50 *S*, in den ersten 3 Reihen des 2. Ranges ein solcher von 30 *S* erhoben werden. Für Operettenvorstellungen ist ein Zuschlag von 20 *S* im Parkett und 1. Rang vorgesehen. Außerdem soll in der Spielzeit 1918/19 ein Kriegsteuerzuschlag von 50 *S* im Parkett und 1. Rang und von 30 *S* im 2. Rang erhoben werden. Die sog. Vorpseise sollen in Wegfall kommen.

Stadtv. Pinke: Weshalb soll bei Opernvorstellungen ein Zuschlag von 50 *S* und außerdem noch ein Kriegsteuerzuschlag erhoben werden?

Oberbürgermeister Pohlmann: Der Zuschlag von 50 *S* für Opernvorstellungen hat schon immer bestanden; den Kriegsteuerzuschlag haben wir bereits im vorigen Jahre beschlossen.

Referent Dr. Hoffmann (fortfahrend): Im § 13 des Vertrages sind

Volksvorstellungen zu billigen Preisen

vorgesehen, und zwar ist der Pächter pro Spielzeit zu 24 derartigen Vorstellungen verpflichtet. Für diese Volksvorstellungen sollen Preise von 3,20 *M* bis 0,50 *M* erhoben werden, gleichgültig ob Schauspiel, Oper oder Operette gegeben wird und ohne Erhebung eines Kriegszuschlages.

Stadtrat G u t t m a n n erwidert auf eine Anfrage, daß eine Vorbestellungsgebühr niemals erhoben worden sei. Wenn dies doch geschehen sei, so sei es ohne Wissen des Magistrats getan worden.

Die vorgeschlagenen Aenderungen werden bei der nun folgenden Abstimmung einstimmig genehmigt und der Vertrag in seiner Gesamtheit angenommen.

Referent Dr. H o f f m a n n gibt der Versammlung noch nachträglich davon Kenntnis, daß auf Grund einer Abänderung des § 6 des Vertrages der Pächter berechtigt ist, dem Magistrat die Arbeitslöhne zur Instandsetzung seines Fundus in Rechnung zu setzen. Das Plenum erklärt sich mit dieser Aenderung einverstanden.

6. Wahl eines Theaterleiters.

Referent Dr. H o f f m a n n: Es liegt auf der Hand, daß für unsere Stadt die Frage, ob der richtige Mann für die Leitung unseres Theaters gefunden wird, von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Dementsprechend ist mit großer Geschäftigkeit vom Magistrat, Theaterausschuß und Vorberatungsausschuß vorgegangen worden. Es sind

48 Meldungen eingegangen:

davon scheiden eine Anzahl von vornherein aus. Der Magistrat hat 5 Herren eingeladen, sich vorzustellen. Vier von ihnen sind gekommen, und zwar sind das die Herren

• Oberregisseur Paul B a r n a b aus Wien;
Theaterdirektor S k u h r a aus Brandenburg a. S.;

Theaterdirektor H e n n i n g aus Stralsund;
Theateragent H a r r y O s c a r aus Charlottenburg;

Theaterdirektor W a s s e r m a n n vom Deutschen Theater in Lodz.

Herr Wassermann ist z. Rt. krank und konnte daher nicht kommen. Ich kann versichern, daß uns die Wahl außerordentlich schwer geworden ist. Die drei erstgenannten Herren haben uns besonders gut gefallen. Wir haben uns entschlossen, Ihnen die

Wahl des Herrn Barnab

vorzuschlagen.

Herrn B a r n a b steht neben einer Summe von 30 000 M für die Kaution noch ein Kapital von 50 000 M zur Beschaffung eines Fundus zur Verfügung. Der Herr hat außerdem, was künstlerische Grundsätze und Persönlichkeit anbelangen, einen

außerordentlich guten Eindruck

auf uns gemacht, und wir haben uns einstimmig entschlossen, Ihnen seine Wahl vorzuschlagen. Ich bitte Sie, die Wahl anzunehmen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Falls Neigung dazu bestehen sollte, eine Aussprache über die Persönlichkeiten der einzelnen Herren vorzunehmen, so müßte ich den Antrag stellen, dies in geheimer Sitzung zu tun. Wenn Sie aber die Absicht haben sollten, Herrn Barnah zu wählen, so würde dies nicht notwendig sein.

Stadtv. Dr. Reiß: Ueber die bisherige Tätigkeit des Herrn Barnah können doch wohl in öffentlicher Sitzung Mitteilungen gemacht werden.

Referent Dr. Hoffmann: Herr Barnah war eine Zeit lang Regisseur in Regensburg und ist gegenwärtig Oberregisseur an der Volksbühne in Wien. Von seinem Direktor werden ihm sehr gute Zeugnisse ausgestellt.

Stadtv. Ulrich: Es könnte uns trotz aller Vorsicht ja passieren, daß wir einen Mißariff machen, aber nach dem Wortlaut des Vertrages sind wir ja in der Lage, dem Pächter nach einem Jahr zu kündigen.* Also gehen wir kein Risiko ein, wenn wir Herrn Barnah ohne Ausschluß der Öffentlichkeit kurzerhand wählen.

Ein Lebensbild des neuen Theaterdirektors.

Referent Dr. Hoffmann: Herr Barnah ist geborener Wiener, 34 Jahre alt und evangelisch. Nach Absolvierung seiner Gymnasialzeit studierte er an den Universitäten in Berlin und Wien Germanistik, um dann auf Rat seines Onkels, des berühmten Theaterdirektors Ludwig Barnah, die Bühnenlaufbahn einzuschlagen. Seine Bühnentätigkeit führte ihn u. a. an die Theater in Görlitz, Strassburg, Regensburg und Bremen, wo er an den Vereinigten Theatern bis zum Jahre 1915 als Oberregisseur tätig war. Dann wurde er militärisch eingezogen und 7 Monate lang Soldat, wurde aber eines Fußleidens wegen wieder vom Militär entlassen und nahm ein Engagement an die Wiener Volksbühne als Regisseur und erster Charakterdarsteller an.

Da eine Aussprache nicht gewünscht wird, nimmt Stadtv.-Vorst. Grünfeld die Abstimmung vor, die zu einer

einstimmigen Wahl des Herrn Paul Barnah führt.

7. Ankauf des Nowak'schen Grundstücks Blatt 151, Banewnik.

Referent Stadtv. Rudzinski: Es handelt sich um ein Grundstück, das neben dem Luise-

heim gelegen ist und für eine eventl. Erweiterung des Luisenheims in Betracht kommt. Das Grundstück liegt östlich vom Luisenheim, ist 5380 Quadratmeter groß und enthält an Baulichkeiten zwei kleine Bauernhäuser und eine hölzerne Scheune. Der Kaufpreis beträgt 10 000 M. Dem Vorberatungsausschuß erschien dieser Preis zu hoch und es wurde beschlossen, noch einmal an den Besitzer heranzutreten, was auch geschehen ist. Herr Nowat hat in einem Schreiben vom 12. Februar geantwortet, daß er nicht in der Lage sei, etwas an dem Preise zu ändern. Es ist klar, daß wir über kurz oder lang das Grundstück haben müssen. Wenn wir jetzt nicht abschließen, so wird das Grundstück nur noch teurer werden. Die Notwendigkeit des Ankaufs ist unbestritten, denn wir brauchen das Gelände zu Gartenzwecken oder zur Erweiterung des Luisenheimes. Von dem Ankauf der neben dem Grundstück gelegenen Wiese, der von einer Seite gewünscht wurde, bitte ich Abstand zu nehmen.

Das Plenum stimmt darauf dem Magistratsantrage zu.

8. Bewilligung der Mehrausgaben bei Titel II des Haushaltsplanes des Wasserwerks infolge Erhöhung des Wasserpreises durch den Landkreis.

Referent Stadtv. Wanjura: Es liegt ein Antrag des Landkreises vor, der mit Rücksicht auf die Erhöhung der Löhne usw. und in Anbetracht der bevorstehenden Arbeiten an der Rosaliengrube eine Erhöhung des Wasserpreises von 5 auf 6 fl pro Kubikmeter fordert. Der Magistrat hat sich entschlossen, die erforderlichen Mehrausgaben in Höhe von 17 200 M. nachträglich zu bewilligen. Von der Erhöhung des Wasserpreises in der Stadt Rattow will der Magistrat absehen, falls der Vorlage Nr. 9, die eine Erhöhung der Gaspreise vorsieht, im vollen Umfange zugestimmt wird. Nachträglich ist dann der Magistratsantrag zurückgezogen worden, weil der Magistrat in Erwägung ziehen will, eventl. doch

eine Erhöhung des Wasserpreises

vorzunehmen.

Dieser Schritt des Magistrats hängt, wie Oberbürgermeister Pohlmann mitteilt, mit dem Umfande zusammen, daß es zweifelhaft ist, ob die geforderte Erhöhung der Gaspreise vom Plenum genehmigt werden wird.

Stadtv. Brauer: Am bequemsten dürfte es sein, wenn wir einfach erklären, daß wir die Vorlagen 8 und 9 zusammenfassen und beide

Vorlagen von der heutigen Tagesordnung absehen.

Auch Oberbürgermeister Pohlmann bittet, die beiden Punkte abzusehen, da die Sachlage noch zweifelhaft sei, und sich im Haushaltsplan für 1918 Irrtümer in der finanziellen Berechnung eingeschlichen hätten. Es sei besser, die Fragen noch einmal ernstlich zu prüfen. Wenn ich Stadtverordneter wäre, so fährt Oberbürgermeister Pohlmann fort, so würde ich einen Preisausschlag von 2 $\%$ für Wasser und Gas bewilligen, denn unsere Finanzlage ist derartig, daß es besser ist, beizzeiten eine gründliche Aufbesserung vorzunehmen.

Nachdem Oberbürgermeister Pohlmann eine möglichst baldige Regelung der Gas- und Wasserangelegenheit zugesagt hat, wird der Vortragsantrag einstimmig angenommen.

10. Gewährung von Kleider- und Stiefelgeld an Rohrmeister Kwasniok.

Dem Magistratsantrage, vom 1. Februar 1918 ab die Summe von 100 $\mathcal{M}$ zu bewilligen, schließt sich das Plenum an.

11. Gewährung von Feuerungszulagen an die Schwestern im städtischen Krankenhaus.

Wie Referent Stadth. Brauer mitteilt, hat der Magistrat beschlossen, vom 1. Februar 1918 ab monatlich 30 $\mathcal{M}$ für jede Schwester zu zahlen, falls das Mutterhaus damit einverstanden ist. Das Mutterhaus hat auf Anfrage die Bitte ausgesprochen, eine Regelung in dem gleichen Rahmen, in welchem in Breslau die Feuerungszulagen gezahlt werden, vorzunehmen. Magistrat und Vorberatungsausschuß sind jedoch bei ihrem ursprünglichen Vorschlage geblieben, dem sich nunmehr auch das Plenum anschließt.

12. Bewilligung der erhöhten Feuerungszulagen an die Beamten, Angestellten und Lehrer nach den staatlichen Grundsätzen.

Referent Stadth. Ueblich gibt zunächst einen Ueberblick über die Klasseneinteilung der staatlichen Beamten und die vom Staate an seine Beamten gezahlten Sätze, denen sich Magistrat und Vorberatungsausschuß anzuschließen entschlossen haben. Die neuen Zulagen sollen vom 1. April d. Js. ab gezahlt werden.

In Zukunft werden sich demnach die Feuerungszulagen folgendermaßen belaufen:

Für Lehrkräfte auf 97 472 $\mathcal{M}$ gegen bisher 64 481 $\mathcal{M}$ (+ 32 991 $\mathcal{M}$); für Beamte und Angestellte auf 103 420 $\mathcal{M}$ gegen 74 906 $\mathcal{M}$ (+ 29 514 $\mathcal{M}$); für Beamte und Angestellte im Seeresdienst auf 30 885 $\mathcal{M}$ gegen 15 885 $\mathcal{M}$ (+ 15 000 $\mathcal{M}$).

Insgesamt belaufen sich die Feuerungszulagen auf 232 777 *M* gegen bisher 155 272 *M*, so daß also

eine Mehrausgabe von 77 505 *M*

erforderlich ist.

Referent Stadtv. U l b r i c h: Das ist eine erhebliche Summe, aber Sie wissen ja, daß gerade der Mittelstand nicht in der Lage ist, auf andere Weise sein Einkommen zu erhöhen. Ich bitte Sie, auch für die städtischen Beamten dieselben Sätze zu bewilligen, wie der Staat sie seinen Beamten zahlt, und appelliere an Ihr schon oft bewiesenes Wohlwollen für die Beamten.

Die Vorlage wird ohne Debatte a n g e n o m m e n und die Summe von 77 505 *M* bewilligt.

Da der nächste Punkt in die geheime Sitzung verwiesen wird, so ist damit die Tagesordnung erschöpft und Stadtv.-Vorst. G r ü n f e l d schließt kurz vor 7 Uhr die öffentliche Sitzung.

Geheime Sitzung.

13. Gewährung einer Beihilfe an einen städt. Beamten.

Es werden für diesen Zweck 500 *M* bewilligt.
v. M.

Montag, den 27. Mai 1918, 5 Uhr nachmittags.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Annahme einer Schenkung von den L. Utzmann'schen Erben.
3. Beitritt zum Zweckverband „Wasserwerk Oberschleien“ und Genehmigung der Satzungen.
4. Erhöhung der Gaspreise.
5. Erhöhung der Wasserpreise.
6. Ankauf des Grundstücks der Zimmermann'schen Erben Blatt Nr. 803, Kattowitz, Mühlstraße.
7. Bewilligung eines Betrages von 150 000 Mark an den Zentralhilfsfonds.
8. Verwendung des Betriebs- und Zinsenüberschusses der städt. Sparkasse aus dem Jahre 1917.
9. Auserweitigte Festsetzung der Reisekostenentschädigung für die Oberlehrerinnen am hiesigen Lyzeum.
10. Einrichtung einer neuen Klasse am Lyzeum und Entlastung des Direktors.
11. Errichtung neuer Klassen an den hiesigen Schulen.
12. Bewilligung einer Beihilfe für die Volksbibliothek
13. Bewilligung der Kosten für einen neuen Heizkessel in der Knaben-Mittelschule.
14. Verstärkung des Titels III C 3 des Haushaltsplanes der Armenverwaltung (Entschädigung für die Säuglingsheimleiter)
15. Aufbesserung der Löhne für Anstaltskräfte und Nachbewilligung der erforderlichen Mittel.
16. Bewilligung von Mitteln für die Wasserversorgung des Südparks.
17. Wahl eines Mitgliedes für das Gas- und Wasserwerksratatorium.
18. Gewährung einer Unterstützung an die Witwe eines städtischen Arbeiters.
19. Gewährung einer Beihilfe an eine Lehrerin.
20. Gewährung einer Unterstützung an einen Lehrer.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delsner, Stadtrat Knoff, Stadtrat Dame.

Anwesend sind die Stadtverordneten: Grünfeld, Wanjura, Braetsch, Zelonek, Rudzinski, Klimanek, Vogel, Münch, Müller II, Scharff, Dr. Hoffmann, Centauer, Dr. Kreib, Ulbrich, Boitinek, Siwinna, Pinks, Potornb, Herrmann, Ratschinski.

Entschuldigt fehlen die Herren Stadtverordneten: Borinski, Brauer, Junge, Krämer, Breslau, Kurbis, Drees, Schalscha, Griefe und die im Felde stehenden Herren.

Kurz vor 5½ Uhr eröffnet Stadtv.-Vorst. Grünfeld die Sitzung mit folgenden

Nachrufen für Bürgermeister Rosch und Stadtv. Trupke.

„Der frühere zweite Bürgermeister unserer Stadt, Herr Adolf Rosch, ist am 10. Mai in Breslau, wo er seit 1904 im Ruhestand lebte, nach längerem Leiden gestorben. Vertreter der beiden städtischen Körperschaften wohnten der Bestattung auf dem Salvator-Friedhof bei und legten als letzten Gruß der Stadt Rattowitz Kränze an der Bahre des Verewigten nieder. Herr Bürgermeister Rosch war ein Mann von vornehmer Gesinnung und ernstester Pflichtauffassung, der sein verantwortliches Amt 14 Jahre hindurch von 1890 bis 1904 zum Segen unserer Stadt verwaltet hat. In treuer Mitarbeit mit seinem Studienfreunde, unserem früheren hochverdienten Ersten Bürgermeister und jetzigen Ehrenbürger unserer Stadt, Herrn Geheimrat August Schneider, hat der Heimgegangene in vorbildlicher Hingabe und aufopfernder Treue die Entwicklung von Rattowitz in ganz hervorragender Weise gefördert. Wir gedenken seines anspruchslosen, liebenswürdigen Wesens, seiner Herzensgüte, seines frohen Gemüts und seiner auch während der 14 jährigen Anwesenheit in Breslau fortgesetzten, warmen Anteilnahme bei allen Vorkommnissen in unserer Stadt. Dem pflichtgetreuen und vorzüglich bewährten Bürgermeister, der sein großes Können mit außerordentlicher Schaffensfreude dem ihm anvertrauten verantwortlichen Amte voll und ganz gewidmet hat, wollen wir über das Grab hinaus immer ein dankbares, ehrendes Andenken bewahren.

Ein gleich ehrendes, dankbares Andenken wollen wir unserem am 24. April heimgegangenen Kollegen und Freunde, Herrn Stadtv. Wilhelm Trupke, bewahren, den wir unter zahlreicher Beteiligung der beiden städtischen Körperschaften am 26. April zu Grabe geleitet haben. Wir betrauern den Verlust dieses braven, bewährten Mannes, der viele Jahre hindurch sich uneigennützig im Ehrendienste unserer Stadt dem Gemeinwohl gewidmet und sein ganzes Können und Wollen stets mit großer opferfreudiger Bereitwilligkeit in den Dienst unseres Gemeinwesens gestellt hat. Die gleiche Pflichttreue und Arbeitsfreude wie in seinem Berufe, in dem ihn seine Berufskollegen das führende Amt ihres Berufsverbandes anvertrauten, hat der Verewigte auch hier in der Stadtverordneten-Versammlung und ihren Ausschüssen viele Jahre hindurch bewiesen. Sie haben sich, meine Herren, zum ehrenden Andenken der Heimgegangenen von Ehren Plätzen erhoben, ich darf dies mit herzlichem Danke feststellen.“

1. Mitteilungen.

Die Wasserversorgung der Stadt Kattowik.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Wir haben uns in letzter Zeit sehr häufig mit der Frage der Wasserversorgung beschäftigt. Vom Vorsitzenden des Kreisausschusses des Landkreises Kattowik ist dem Magistrat unter dem 30. April als Erwiderung auf ein Schreiben der Stadt Kattowik, vom 23. April folgendes Schreiben zugegangen:

Ich hoffe, Ende der Woche die verabredete endgültige Besprechung anberaumen zu können. Schon jetzt möchte ich aber den

Standpunkt der Kreisverwaltung

hinsichtlich seiner Verpflichtung der Stadt gegenüber darlegen. Ich halte dies auch insoweit für unbedingt erforderlich, weil in der Stadtberordneten-Versammlung am 18. d. Mts. Angriffe gegen die Kreisverwaltung gerichtet worden sind, die ich keinesfalls unwiderprochen lassen kann. Da diese Angriffe in der Öffentlichkeit erfolgt sind, habe ich mich für verpflichtet gehalten, auf sie gleichfalls vor der Öffentlichkeit und zwar in der Sitzung des Kreistages am 27. d. Mts., zu erwidern.

Es handelt sich um zwei Vorwürfe, die gegen den Kreis erhoben werden, und zwar zunächst um den Vorwurf, bei dem Bau der neuen Leitung sei ein Versehen vorgekommen. Dies ist nicht der Fall. Die alte Leitung ist beim Bau des Hochbehälters sofort mit eingebaut. Sie führt durch das Fundament des Hochbehälters und ist mit einer Einlauf-Einrichtung derart versehen, daß alles im Hochbehälter irgendwie vorhandene Wasser in die Leitung hineinfließen kann. Die Anbringung der neuen Leitung in ähnlicher Weise war technisch unmöglich. Der Hochbehälter war, als die neue Leitung gebaut wurde, durch den Bergbau beschädigt, das Fundament wies Risse auf und es wäre außerordentlich gefährlich gewesen, das Fundament anzurühren und die neue Leitung durch dieses hindurchzulegen; so mußte die Leitung durch die Wandung des Hochbehälters gelegt werden und konnte nur mit der Unterkante in Höhe der Sohle des Hochbehälters liegen. Die Unterkante des Rohrs liegt etwa 20 cm, d. i. um soviel über der Sohle, wie die Dicke der Rohrmuffe beträgt. Beim Bau der neuen Leitung war dies, abgesehen davon, daß nicht anders hätte verfahren werden können, auch ganz unbedenklich, da damals genügend Wasser vorhanden war, um allen Ansprüchen zu genügen, und da

also stets ein so hoher Wasserstand im Hochbehälter gehalten werden konnte, daß stets eine Beschickung der neuen Rohrleitung möglich war. Von einem Versehen kann nach alledem keine Rede sein.

Der zweite noch schwerere gegen den Kreis erhobene Vorwurf ist in den

Ausführungen des Herrn Stadtrats Knoß

zu erblicken, daß die Lösung der Wasserfrage Aufgabe des Landkreises gewesen wäre, daß aber die Stadt alle notwendigen Vorarbeiten und Berechnungen selbst hätte machen müssen. Selbstverständlich mußten die Zuhörer nach diesen Ausführungen der Meinung sein, daß der Kreis seine Verpflichtungen gegenüber der Stadt vernachlässigt hatte.

Hiergegen verwahre ich mich mit allem Nachdruck.

Nach den vertraglichen Abmachungen zwischen Stadt und Kreis ist letzterer lediglich verpflichtet, der Stadt 1 000 000 cbm Wasser zu liefern. Dieser Verpflichtung ist der Kreis stets nachgekommen. In den Verträgen ist nirgends eine Bestimmung enthalten, wonach das Wasser der Stadt unter einem bestimmten Druck zugeführt werden müßte. Im Vertrage von 1894/95 ist in der Einleitung ausdrücklich vorbehalten, daß von der herzustellenden Leitung zur Versorgung von an der Leitung liegenden Orten und Werken Anschlußleitungen abgezweigt werden sollten. Daß dadurch die Druckverhältnisse in der Leitung zu Ungunsten der Stadt beeinträchtigt werden mußten, ist selbstverständlich. Auch die weitere Bestimmung des Vertrages, daß die Stadt das Recht haben sollte, den Hochbehälter auf der Beatehöhe zu benutzen, und daß dem Kreise das Recht — nicht die Pflicht — zustehe sollte, daß Wasser in diesen Hochbehälter zu drücken, hat eine Verpflichtung des Kreises nicht geschaffen, um etwa soviel Druck in der Leitung zu halten, daß der Hochbehälter an der Beatehöhe beschickt werden kann. Unter diesen Umständen kann von einer Verpflichtung des Kreises keine Rede sein, seinerseits die Wasserschwierigkeiten zu beseitigen, die für die Stadt nicht etwa aus einer mangelnden Zufuhr von Wasser, sondern aus den ungenügenden Druckverhältnissen entstanden sind. Die Verteilung des vertragsmäßig gelieferten Wassers innerhalb der Stadt und die Herstellung der dazu erforderlichen Einrichtungen muß allein der Stadt überlassen bleiben.

Nach bedauere auf das allerlebhafteste, daß noch an demselben Tage, an dem ich mit den Herren Vertretern des Magistrats in entgegenkommender Weise verhandelt habe, von diesen selben

Herrn Vertretern vor der Öffentlichkeit derartige unbegründete Angriffe gegen den Kreis gerichtet worden sind. Ich muß befürchten, daß die Stellungnahme des Kreisausschusses bei den weiteren Verhandlungen hierdurch nicht uneinträchtigt bleiben wird, trotzdem werde ich mich persönlich dafür einsetzen, daß die Verhandlungen auf der Grundlage unserer neulichen Besprechung abgeschlossen werden, dabei möchte ich dringend bitten, daß von Seiten des Magistrats alles unterlassen wird, was die Neigung des Kreisausschusses zu diesem Entgegenkommen gegenüber der Stadt beeinträchtigen könnte.

Stadtv.-Vorst. Grünke l. d.: Der Magistrat hat daraufhin zu seiner Rechtfertigung unter dem 21. Mai einen ausführlichen Bericht an die Stadtverordneten = Versammlung gerichtet, der den Herrn Stadtverordneten bereits zugegangen ist. Herr Stadtv. Pistorius wird zu diesem Bericht noch nähere Ausführungen machen.

Der Magistratsbericht vom 21. Mai

lautet wörtlich folgendermaßen:

„Wunschgemäß überreichen wir die Vorgänge, die sich auf die Stadtverordneten = Versammlung vom 18. April 1918 beziehen und das darauf erfolgte Schreiben des Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses vom 30. 4. d. Jz. In diesem Schreiben wird gesagt, daß Angriffe gegen die Kreisverwaltung gerichtet und zwei Vorwürfe erhoben worden sind. Wir können weder angeben, daß Angriffe gegen die Kreisverwaltung gerichtet, noch daß Vorwürfe erhoben worden sind. Es sind lediglich Tatsachen festgestellt worden in einer Form, die, wie die amtliche Verhandlungsniederchrift über die Sitzung am 18. April 1918 nachweist, keineswegs vertehend waren.

Der erste Vorwurf soll darin liegen, daß gesagt sei, bei dem Bau der neuen Leitung sei ein Versehen vorgekommen. Von dem Unterzeichneten ist ausdrücklich nicht von einem Versehen gesprochen worden, sondern von einem Irrtum. Daß dieser Irrtum der Höherlegung der neuen, im Jahre 1910/11 erbauten Leitung gegenüber der damals schon vorhandenen Leitung tatsächlich vorgekommen ist, wird in dem Schreiben vom 30. 4. d. Jz. nicht mehr bestritten. Aus welchen Gründen der Irrtum entschuldbar war, ist für jetzt unerheblich, ebenso wie es unerheblich ist, daß der Irrtum erst jetzt sich in seiner Wirkung zeigt. Denn wenn sich auch die Höherlegung der zweiten Leitung unter anderen Voraussetzungen nicht als irrtümlich erwiesen hätte, weil diese anderen Voraussetzungen den Irrtum aufgehoben hätten, so bleibt doch der Irrtum als solcher bestehen.

Im übrigen steht heute noch nicht fest, welcher Unterschied in der Höhenlage der alten und der neuen Leitung beim Anschlusse an den Behälter in Wittkow besteht. Er wurde zunächst mit 300 mm, dann mit 500 mm angegeben. Nach den letzten Mitteilungen im Kreistage müssen wir jedoch annehmen, daß die neue Leitung mindestens 650 mm höher liegt.

Bereits im Jahre 1914 traten Erscheinungen bei der Wasserversorgung von Rattowik auf, welche darauf hindeuten, daß die neue Leitung nicht in derselben Höhe liegen könne, wie die alte. Als ein von uns angestellter Sonderversuch die Vermutung zu bestätigen schien, schrieben wir unter dem 23. Juli 1914 folgendes an den Kreisausschuß:

„Wir müssen den Grund hierfür in Maßnahmen der Wasserwerksverwaltung des Kreises suchen, die darauf hinauslaufen, der Stadt Rattowik nicht das Wasserquantum zukommen zu lassen, das derselben zugeführt werden könnte, sondern nur das, was nach Deckung des gesamten Wasserbedarfes der übrigen Abnehmer verbleibt.

Ein von uns angestellter Versuch weist darauf hin, daß entweder beim Bau der zweiten Leitung diese im Wittkower Hochbehälter höher angeschlossen wurde, als es die alte Leitung nach Rattowik und die nach Müßlowitz war oder daß der Einlaßschieber zur neuen Leitung erheblich gedrosselt wird.“

Hierauf erhielten wir unter dem 27. Juli 1914 folgende Antwort:

„Die Stadt Rattowik erhält ihr Wasser unverkürzt und ungedrosselt. Eine Begünstigung anderer Wasserabnehmer findet nicht statt. Die Unterstellungen des Magistrats sind also ungerechtfertigt.“

Die Tatsache der Höherlegung der sog. neuen Leitung ist also im Schreiben vom 27. Juli 1914 nicht mitgeteilt worden und wir durften nach dem Inhalt dieses Schreibens annehmen, daß unsere Vermutung bestritten wurde.

Bei den Verhandlungen über den Vertrag vom Juli 1916 hat Herr Oberbergwerksdirektor Pistorius in der Stadtverordneten-Versammlung unsere Vermutung erwähnt, daß die neue Leitung höher angeschlossen sei als die alte. Die Tatsache wurde in einer kurz darauf folgenden Besprechung mit Herren des Kreisausschusses zum ersten Male zugegeben zur Überraschung des damaligen Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses, Herrn Landrat Werlach, dem sie unbekannt war, und der erklärte, daß dies nicht Absicht der Kreisverwaltung gewesen sei. Wir stellen auch hier nur die Tatsachen fest.

Als zweiter Vorwurf wird angeführt, daß Herr Stadtrat Ruoff gesagt habe, die Lösung der Wasserfrage sei eigentlich Aufgabe des Landkreises, die Stadt habe sich das ganze Material wie Wassermessungen und Höhenmessungen mühsam beschaffen müssen; man habe tagelang gerechnet. Hierzu stellen wir folgendes fest:

Die Wasserleitung ist Eigentum des Kreises; jede Arbeit an ihr kann nur vom Kreise ausgeführt werden. Alle Unterlagen für solche Arbeiten besitzt der Kreis. Nach den Erfahrungen des Jahres 1917 haben wir uns wiederholt an die Kreisverwaltung gewandt mit der Bitte, die Angelegenheit der Wasserversorgung der Stadt in einer gemeinschaftlichen Besprechung zu erörtern. Schließlich ist uns am 6. Dezember 1917 und zwar erst auf Einwirkung des Herrn Regierungspräsidenten, eine Besprechung zugesagt worden. Diese Besprechung hat erst am 18. April 1918 stattgefunden und in dieser Besprechung hat lediglich Herr Stadtrat Ruoff diejenigen Unterlagen mitgebracht und erörtert, welche eine Entscheidung herbeiführen konnten. Die Beschaffung der Unterlagen war, wie oben gesagt, Sache des Kreis Ausschusses. Bis zu dieser Besprechung fand lediglich die Erörterung des Vorschlags einer Verbindung zwischen der alten und der neuen Leitung statt. In der Besprechung selbst hat Herr Stadtrat Ruoff aus sich heraus noch den Vorschlag gemacht, durch gewisse Arbeiten im Wittkower Hochbehälter den Unterschied in der Höhenlage der beiden Rohrleitungen auszugleichen. Dieser Vorschlag wird nunmehr von der Kreisverwaltung ausgeführt. Die Behauptung des Herrn Stadtrat Ruoff ist also eine Tatsache, die wir als solche hier nur erneut feststellen können.

Zu den weiteren Ausführungen des Herrn Vorsitzenden des Kreis Ausschusses in dem Schreiben vom 30. 4. 18 können wir an sich nur sagen, daß sie u. G. nicht im Zusammenhang mit den Ausführungen des Herrn Stadtrat Ruoff in der Sitzung vom 18. 4. 18 stehen. Aber wir nehmen zu diesen Ausführungen doch insoweit hier Stellung, als wir die Kreisverwaltung für verpflichtet erachten, das Wasser unter einem bestimmten Druck der Stadt zu liefern und daß wir glauben, daß sie im Allgemeinen, abgesehen von der Ergiebigkeit der Rosalienarube, mehr Wasser der Stadt zuführen hat, als uns z. B. geliefert wird.

Was den Druck anbelangt, unter dem das Wasser zu liefern ist, so ist davon auszugehen, daß bei der Errichtung der Kreiswasserleitung der Hochbehälter in Wittkow so hoch angelegt worden ist, daß unter normalen Verhältnissen

das Wasser in den Hochbehälter auf der Beatenhöhe ausfloß, auch wenn die Einleitung über dem höchsten Wasserspiegel des Behälters erfolgte. Die Bedingung, daß das Wasserzuführungsrohr über dem höchsten Wasserspiegel in den Behälter auf der Beatenhöhe einzumünden habe, ist vom Kreise selbst gestellt worden. Demnach war stillschweigende Vereinbarung, wenngleich ein bestimmter Druck im Vertrage nicht genannt worden ist, daß das Wasser unter einem Druck geliefert werden sollte, der genügte, das Wasser in den Hochbehälter der Beatenhöhe über dem höchsten Wasserspiegel auslaufen zu lassen. Die Verpflichtung des Kreises, für einen Druck zu sorgen, daß das Wasser in den Hochbehälter auf der Beatenhöhe gelangen könne, war eigentlich selbstverständlich, weil nicht einzusehen ist, warum das Wasser erst in den reichlich hoch liegenden Behälter in Wittkow von Rosaliengrube gehoben wird und weshalb dann dieser Druck durch irgend welche unzweckmäßige Maßnahmen wieder vernichtet wird. Um es kurz zu wiederholen: Der Druck, den der Behälter in Wittkow gibt, ist bei normalen Verhältnissen noch um ca. 20 Meter höher, als er zur ordnungsmäßigen Belieferung der Feldstraße erforderlich ist. Weil die alte Leitung im Laufe der Jahre überlastet worden war, sodaß der Druck von Wittkow infolge großer Reibung aufgezehrt wurde, wurde Ende des Jahres 1910 die zweite Leitung gebaut. Wird dieser Leitung, die allein zur Verfügung der Stadt steht, an ihrem Beginne das ganze Wasser für die Stadt Kattowitz zugeführt, so ist die Voraussetzung gegeben, daß die Stadtverwaltung im eigenen Rohrnetze ausreichende Druckverhältnisse herstellen kann.

Was die Wassermenge anbetrifft, so ist richtig, daß nach dem Vertrage der Kreis nur verpflichtet ist, 675 000 ckm im Jahre zu liefern. Die verschiedensten Anstrengungen, welche später, insbesondere im Jahre 1904, gemacht sind, um den Kreis zu einer vertraglichen Mehrleistung zu verpflichten, sind gescheitert. Aber es ist nicht von der rein vertraglichen und vielleicht einklagbaren Verpflichtung auszugehen, sondern davon, welchen Standpunkt die Kreisverwaltung immer gegenüber der Stadtverwaltung eingenommen hat. Nun hat die Kreisverwaltung immer auf dem Standpunkte gestanden, daß sie die Stadt ausreichend auch im Quantum beliefe und sie hat es stets als ein Unrecht der Stadt gegenüber der Kreisverwaltung erklärt, daß die Stadt sich um eine eigene ergänzende Wasserversorgung bemühte. Aus diesem Gesichtspunkt allein ist im Vertrage vom Juli 1916 zu erklären: Damals hat sich die Stadt verpflichten müssen, wenn sie künftig nur noch eine

Million cbm aus der Kreiswasserleitung bezieht, für jeden cbm, den sie gegenüber den beiden Vorjahren weniger entnimmt, 2 $\%$ Schadenersatz, d. h. jährlich im Höchstfalle 20 000 M , zu zahlen, falls der Kreis diese Wassermengen nicht anderweitig abzieht. Der Standpunkt der Kreisverwaltung ist also noch im Jahre 1916 der gewesen, daß sie nicht nur glaubte, die Stadt ordnungsmäßig beliefern zu können, sondern daß sie sogar glaubte, etwa freiwerdende Wassermengen nicht anderweitig abziehen zu können. Demnach haben wir, wenngleich, wie oben schon gesagt, nicht rein vertraglich und eintragbar, doch einen Anspruch auf volle Belieferung in unserem Bedarf seitens der Kreiswasserwerke. Denn sonst wäre der Vertrag vom Juli 1916 unverständlich und stände im vollen Widerspruch mit sich selbst, wie er in Widerspruch steht zu den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden des Kreis Ausschusses vom 30. April 1918. Daß wir jetzt nicht ordnungsmäßig im Quantum beliefert werden, steht fest. Denn unser Jahresbedarf ist ungefähr 1 900 000 cbm, während die Belieferung in dem Jahre 1917/18 rund nur 1 600 000 cbm betragen hat. Nach der Belieferung im gegenwärtigen Haushaltsplanjahr, also seit dem 1. April 1918, ist anzunehmen, daß das Belieferungsquantum sich noch mehr ermäßigen wird. Wir können wegen dieser geringen Belieferung keinen Rechtsanspruch gegen die Kreisverwaltung erheben, aber wir können nach der Entwicklung der Dinge verlangen, daß das Belieferungsquantum nach der Ergiebigkeit der Rossiengrube bemessen wird.

Im Anschluß hieran wollen wir noch weiter folgendes feststellen: Ebenso wie die Kreisverwaltung Rattowitz, haben die beiden früheren Herren Regierungspräsidenten und auch diejenigen Sachverständigen und die Kommission, welche früher die Wasserversorgung des Industriebezirks bearbeitet haben, auf dem Standpunkt gestanden, daß die Stadt Rattowitz bei den Verhandlungen über eine ergänzende Wasserversorgung auszuscheiden sei, da sie von dem Kreise genügend versorgt werde.

Es hat damals sehr kräftiger Anstrengung bei allen Sitzungen bedurft, um der Stadt Rattowitz wenigstens die Möglichkeit des Anschlusses an den nunmehr in der Bildung begriffenen Zweckverband „Wasserwerk Oberschlesien“ und der Mitarbeit an den vorbereitenden Verhandlungen und Erörterungen zu sichern, sodaß wir ein zutreffendes Bild über die zu übernehmenden Verpflichtungen und die zu gewinnenden Rechte erlangen konnten.

Zu dem Abschlusse des Vertrages vom 17./20. Juli 1916 sind wir, wie bekannt, von dem

damaligen Herrn Regierungspräsidenten veranlaßt worden unter dem Hinweis, daß vor dem endgültigen Anschlusse der Stadt Rattowitz an den Zweckverband eine Auseinandersetzung mit dem Landkreise stattfinden müsse.

Wir bitten, hierzu den nachfolgenden Aftenauszug zu vergleichen.

Es kann weiter schließlich die Frage aufgeworfen werden, warum die Stadt Rattowitz sich nicht allein ein eigenes Wasserwerk geschaffen hat. Hierauf ist zu erwidern, daß die Schaffung eines eigenen Wasserwerks für eine Stadt von der Größe wie Rattowitz nicht einfach ist, wesentlich schwieriger ist aber die Errichtung einer eigenen ergänzenden Wasserversorgung, da die Wirtschaftlichkeit von einem gewissen Umfange abhängig ist. Als unmöglich hat sich die Errichtung eines derartigen Wasserwerks jedoch im Verabgabegebiet erwiesen, da die in diesem liegenden Wasserquellen unsicher sind. Man muß also die Gewinnungsanlage außerhalb des Verabgabegebietes errichten und kann deshalb nur an ein Wasserwerk denken, welches die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt, ganz abgesehen von den von ihr allein nicht zu überwindenden sonstigen Schwierigkeiten, übersteigt. Im übrigen hat die Stadtverwaltung in den letzten 15 Jahren die Frage der Schaffung einer ergänzenden Wasserversorgung fortwährend verfolgt."

Der Magistrat.

gez. Bohlmann.

In fast einstündiger Rede erläutert

Stadtv. B i s t o r i u s

diesen Bericht des Magistrats unter teilweiser Verlesung desselben und nimmt in ausführlicher Weise zu den Erklärungen Stellung, die Herr Landrat Dr. Schwend in der letzten Sitzung des Kreistages in der Frage der Wasserversorgung abgegeben hat. Die Ausführungen des Redners waren rein technischer Natur und bezogen sich namentlich auf die verschiedenen Druckverhältnisse der Leitung, auf die Wasserverhältnisse im Bittkower Hochbehälter, die verschiedenen technischen Verhältnisse der alten und der neuen Leitung usw. Auf diesen Teil seiner Ausführungen näher einzugehen, ist uns in Anbetracht der beschränkten Raumverhältnisse leider nicht möglich.

Im Anschluß an die Erörterungen der rein technischen Fragen ging Stadtv. Bistorius sodann auf die verschiedenen Vorwürfe ein, die dem Magistrat von der Bürgerschaft bezüglich der Wasserversorgung gemacht worden sind. Hierbei stützte sich der Redner auf einen Bericht des Magistrats vom 24. Mai an die

Stadtverordneten = Versammlung, der die Maßnahmen zum Gegenstand hat, die vom Magistrat zur Verbesserung der Wasserversorgung gemacht worden sind.

Wir wollen im Interesse unserer Leser auch diesen Bericht, der ebenfalls zum Teil durch Herrn Stadtv. Bistorius zur Verlesung kam, im Wortlaut folgen lassen.

Der Bericht des Magistrats vom 24. Mai
lautet:

„Die dauernd ungenügende Wasserversorgung des südlichen Stadttheiles versuchen wir durch folgende Maßnahmen zu mildern: Außer den schon bestehenden Wasserständen wurden noch weitere an der Kreuzung Gustav Freitag- und Charlottenstraße, am Ende der Charlottenstraße bei der Beatestraße und am Nikolaiplatz aufgestellt. Außerdem wurden Standrohre auf die Hydranten in der oberen Heintelstraße, Beatestraße und Nikolaistraße aufgesetzt, welche, wenn möglich, durch Wasserstände ersetzt werden sollen. Diese Wasserentnahmestellen erfüllen ihren Zweck natürlich nur dann, wenn der Druck im Rohrnetz das Wasser bis zur Ausflußöffnung zu heben imstande ist. An noch höher gelegenen Punkten, nämlich in der Bernhardtstraße, an den oberen Enden der Heintelstraße, Beatestraße und Nikolaistraße, sind Wasserwagen aufgestellt worden; diese Wasserwagen sollen von jetzt ab in der Südstadt bereitgestellt werden, solange die Druckverhältnisse die unmittelbare Versorgung der Südstadt aus dem Rohrnetz nicht ermöglichen.

Außerordentlich gering war die Wasserzufuhr unmittelbar vor den Feiertagen, sie erklärt sich durch den größeren Wasserverbrauch für Reinigungszwecke. Am Sonnabend, den 18. Mai, war der geringste Wasserdruck im Wassermesserschachte am Friedrichsplatz 1,8 und am Manometer in der Gasanstalt 0,3 Atm. und der geringste Wasserzufluß nur 145 cbm in der Stunde. Diese Verhältnisse veranlaßten uns, am 18. Mai, nachmittags von 2 bis gegen 9 Uhr abends, die Rohrstränge, welche die Friedrichstraße und Holbestraße einschließlich ihrer Nebenstraßen, versorgen, abzusperren, um den Wasserverbrauch in der Nordstadt herabzudrücken und zu versuchen, dadurch eine Steigerung des Druckes im Rohrnetz und somit eine Wasserbelieferung der Südstadt herbeizuführen. Wenn eine Abspernung von Teilen der Nordstadt der Südstadt nützen konnte, so mußte dies bei den sehr ungünstigen Verhältnissen an diesem Tage sich besonders deutlich zeigen. Der Versuch hatte aber keinen Erfolg, der Wasserdruck in dem Rohrnetz besserte sich nicht.

Am Sonntag, den 19. Mai, wurde das Rohrnetz der Grundmann- und Bismarckstraße einschließlich des nördlich von ihnen gelegenen Stadtheiles in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis abends 6 Uhr völlig abgeleert. Die Beobachtung war zunächst die gleiche wie am vorhergehenden Tage:

die Druckverhältnisse in der Südstadt besserten sich nicht.

Erst als die Wasserzufuhr aus der Kreiswasserleitung sich steigerte, stieg auch der Druck im Rohrnetz an und damit verbesserte sich die Versorgung der Südstadt. Nach Aufhebung der Absperzung fiel der Druck im Rohrnetz noch längere Zeit in derselben Weise weiter an.

Die Absperzung von wesentlichen Teilen der Nordstadt hat also eine Verbesserung der Versorgung der Südstadt nicht herbeigeführt, dagegen ist festgestellt worden, daß die Wasserzufuhr nach der Stadt Rattowiz während der Absperzung wesentlich geringer war, als vor und nachher.

Da der Druck an dem Gasanstaltsmanometer 3,3—3,4 Atm. betragen muß, damit Wasser in den Hochbehälter auf der Beatenhöhe eintritt, und da der höchste Druck an dem Gasanstaltsmanometer in der Nacht vom 20. zum 21. Mai nur 2,4 Atm. betrug, so hätte sich der Behälter auf der Beatenhöhe auch bei den besten Druckverhältnissen an diesen Tagen nicht gefüllt; gleichwohl gab aber der Wasserstand in der Feldstraße, der höchst gelegenen Straße der Südstadt, am Abend des 20. Mai reichlich Wasser, was sich daraus erklärt, daß die Feldstraße um etwa 13 Meter tiefer liegt, als der mittlere Wasserpiegel im Erdbehälter war. Der Versuch ergab also, daß selbst durch Absperren der gesamten Nordstadt an Tagen mit hohem Wasserverbrauche außerhalb von Rattowiz die Druckverhältnisse sich keineswegs derartig bessern, daß sie ausreichen würden, um den Behälter auf der Beatenhöhe zu füllen, daß aber an Tagen mit geringem Wasserverbrauche außerhalb von Rattowiz die Druckverhältnisse — gleichgültig, ob die ganze Stadt oder nur ein Teil versorgt wird — so günstige sind, daß auch den höchst gelegenen Punkten der Südstadt Wasser zugeführt werden kann.

Der Vorwurf, der gegen die Stadtverwaltung erhoben wird, die Versorgung der Südstadt sei so ungünstig, weil die Stadt sich den Hochbehälter auf der Beatenhöhe habe zu bauen lassen und bisher für einen Ersatz nicht gesorgt habe, ist demnach unbegründet.

Die Drucksteigerung in der Nacht vom 21. zum 22. Mai 1918 läßt sich nur so erklären, daß die an die alte Leitung angeschlossenen Abnehmer

weniger Wasser verbraucht haben, daß deshalb ein größerer Wasservorrat sich im Bittfower Hochbehälter ansammelte und daß dadurch auch unserer neuen Leitung unmittelbar aus dem Hochbehälter Wasser ausfloß. Die Verhältnisse wären voraussichtlich noch günstiger gewesen, wenn nicht durch die Querverbindung bei Hoheniohehütte der wesentlich stärker belasteten alten Leitung aus der neuen Wasser zugeführt worden wäre. Nach Vornahme der geplanten Arbeiten im Bittfower Hochbehälter muß die Querverbindung geschlossen werden, wodurch die Druckverhältnisse sich noch etwas günstiger gestalten können als am 20. Mai 1918. Hierdurch sind dann die Voraussetzungen dafür gegeben, durch weitere Maßnahmen im Stadtkanal die einzelnen Stadtteile mit Wasser möglichst gleichmäßig zu beliefern.

Inzwischen hat mit Herrn Zivilingenieur Rosenquist aus Breslau eine Besprechung stattgefunden; er wird auf Grund des nunmehr vorhandenen, von ihm für ausreichend gehaltenen Materials baldigst ein Gutachten einreichen."

Der Magistrat.

gez. Len. gez. Ruoff.

Am Anschluß an diesen Bericht des Magistrats führt Herr Stadtv. Viktorius noch etwa folgendes aus:

Herr Oberbürgermeister Pohlmann sei jederzeit für Selbständigkeit der Stadt Ratowitz in der Wasserversorgung eingetreten, während der Landkreis immer den Standpunkt vertreten habe, daß er in der Lage sei, die Stadt Ratowitz genügend mit Wasser zu versorgen. Die Stadt dürfe sich unter keinen Umständen auf eine einzige Leitung beschränken. Bei allen Verhandlungen habe der Landkreis zu verstehen gegeben, daß die Stadt auf eine Wassermenge von 2 Millionen cbm rechnen könne, und daß er nicht wüßte, wohin er seinen Ueberfluß an Wasser abgeben solle.

Es frage sich nun, was geschehen solle. Man beabsichtige, in Bittfow

einen Staudamm anzulegen,

damit das Wasser nicht früher in die alte Leitung einfließen könne, bevor nicht auch die neue Leitung Zufluß erhalte. Auf diese Weise könne dann das Wasser nach Belieben verteilt werden. Dieser Vorschlag sei das richtigste Mittel, um eine Verbesserung der Wasserversorgung herbeizuführen. Es sei sehr erfreulich, daß der Landkreis diesem Vorschlage beigestimmt habe, und es sei zu hoffen, daß der Landkreis bald an die Ausführung des Staudammes herangehe. Dann würden weitere Differenzen nicht mehr vor-

kommen. Die Stadt verlange keine besonderen Vorteile für sich, sondern wolle nur das haben, was ihr vertragsmäßig zustehe.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Die umfangreichen Ausführungen des Herrn Ristorius haben den Sachverhalt genügend klargestellt. Auch ich hoffe, daß auf diese Weise die Verhältnisse sich bessern werden. Die Wasserabsperrung zu Pflanzungen hat keinen Einfluß auf die Südstadt gehabt, lediglich der Landkreis hat Vorteile davon zu verzeichnen gehabt. Die Vorwürfe gegen den Magistrat bezüglich der Versorgung der Südstadt haben sich als vollständig unbegründet erwiesen.

Stadtv. Ulrich bemerkt, daß die Bürgerschaft sich am meisten für die Maßnahmen interessiere, die von der Stadt zur Bekämpfung der gegenwärtigen Notlage getroffen worden seien. Der Redner wird jedoch vom Stadtv.-Vorst. darauf aufmerksam gemacht, daß ja der bereits von Herrn Ristorius erörterte Bericht vom 24. Mai diese Maßnahmen ausgiebig erörtere.

Stadtv. Braetich widerspricht in einigen Punkten den Ausführungen des Stadtv. Ristorius und vertritt die Ansicht, daß der fehlende Druck seinen Grund darin habe, daß die Stadt

keinen eigenen Hochbehälter

besitze. Wenn Ausbesserungen gemacht würden, so sei das nur ein Nothbehelf. Die Stadt Rattow müsse vielmehr das ganze Wasser nach einem Punkt leiten, von dem aus es allen Teilen der Stadt zugeführt werden kann. (Die Ausführungen des Redners waren am Pressetisch leider nur teilweise verständlich. Die Red.)

Überbürgermeister Pohlmann: Daß wir einen Hochbehälter bauen, ist selbstverständlich, sobald die Verhältnisse es gestatten. Im Kriege dürfte das jedoch nicht möglich sein. Ob wir nach dem Kriege einen Hochbehälter bauen, hängt davon ab, ob wir das nötige Material dazu bekommen können. Daraus folgt jedoch noch nicht, daß der Bau eines Hochbehälters tatsächlich notwendig ist, um die gegenwärtigen Uebelstände zu beseitigen. Wenn wir nachweisen können, daß wir auch beim Vorhandensein eines Hochbehälters nicht mehr Wasser haben würden, so hat Herr Stadtv. Braetich Unrecht. Einen Hochbehälter brauchen wir unter normalen Verhältnissen, weil wir uns nicht der Gefahr aussetzen können, daß in der Leitung ein Bruch eintritt. Daß wir während des Krieges keine Besserung erreichen konnten, wird niemand der Stadt verübeln können. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es richtig ist, erst den Prozeß mit den Höhenloshewerken weiter zu führen. Ich bestreite

nochmals ausdrücklich, daß ein Hochbehälter, wenn er vorhanden wäre, die schwierigen Verhältnisse lockern könnte. Es wird gesagt, die Stadt bekäme genügend Wasser, nur

der Wasserverbrauch der Bürgerschaft

sei zu groß. Die Zahlen, die man für den erforderlichen Wasserverbrauch der Stadt Rattow berechnet hat, berücksichtigen nicht genügend die örtlichen Verhältnisse. Die Bürgerschaft stellt größere Ansprüche, die Eisenbahn braucht viel Wasser und schließlich ist auch mit dem Wasserverbrauch der Krankenhäuser zu rechnen. Ob es möglich ist, daß die Bürgerschaft sich mit dem Wasserverbrauch einschränkt, ist in Erwägung zu ziehen. In einer Veröffentlichung in den Zeitungen ist schon die Bürgerschaft darum gebeten worden, sich einzuschränken. Freiwillig ist nichts zu erreichen, es bleibt also schließlich nur der Zwang übrig. Man darf aber aus alledem nicht folgern, daß die Bürgerschaft zu viel Wasser verbraucht.

Stadttrat Ruoff geht gleichfalls auf den Vorwurf des Stadt. Braetich ein, daß die Stadt nur deswegen schlechte Druckverhältnisse habe, weil kein Hochbehälter vorhanden sei. Auch er stehe auf dem Standpunkt, daß ein Hochbehälter nichts nützt, so lange die Wasserzufuhr sich nicht bessert.

Stadt. Braetich verteidigt darauffin nochmals seinen Standpunkt, daß ein Hochbehälter dem Ausgleich der Druckverhältnisse dienlich sei.

Stadt. Pistorius: Wir werden der Nordstadt Wasser entziehen und dadurch zu erreichen suchen, daß die Südstadt mehr Wasser erhält.

Stadt. Braetich: Wir werden den Druck nie ausgleichen können. Es ist sehr fraglich, ob es nicht richtiger ist, mit dem Preis über den Hochbehälter zu verhandeln.

Oberbürgermeister Pohlmann und Stadttrat Ruoff gehen darauf nochmals auf die Frage des Hochbehälters ein und vertreten die Ansicht, daß ein Hochbehälter dem schlechten Wasserdruck nicht abhelfen könne.

Stadttrat Ruoff bemerkt u. a., daß die Tatsache, daß eine große Anzahl von Städten überhaupt keinen Hochbehälter habe, den unumstößlichen Beweis liefere, daß der Wasserdruck von dem Vorhandensein eines solchen Behälters nicht abhängt.

Auch Stadt. Pistorius ist der Ansicht, daß ein Hochbehälter vielleicht nur 30—50 Mal im Jahre einen Vorteil bringen würde, nämlich an solchen Tagen, an denen die Industrie weniger Wasser verbraucht.

Stadtv. Vogel: Es ist zu befürchten, daß, wenn wir nicht genügend Wasser haben, alle Maßnahmen nutzlos sein werden. Ich empfehle, in den Nachtstunden das Wasser in der Nordstadt abzusperrn, damit die Südstadt mehr Wasser bekommt.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld weist den Voredner auf den schon mehrfach erwähnten Bericht des Magistrats vom 24. Mai hin.

Stadtv. Vogel geht sodann auf den Bericht des Magistrats vom 21. Mai ein und sagt, daß ihm die Lesart auf der ersten Seite desselben nicht gefalle, weil dadurch

der Kreis nur gereizt werde.

Ob, wie es an einer Stelle heiße, ein Versehen oder ein Irrtum vorliege, sei praktisch vollständig gleichgültig. Der Kreis könne nichts dafür, daß die Wasserergiebigkeit der Rosaliengrube nachgelassen hat. Das habe u. a. seine Ursache darin, daß die Kriegsindustrie sehr viel Wasser verbrauche. Die Stadt müsse unter allen Umständen

eine Verärgerung des Kreises vermeiden:

die Stadt stehe bereits mit vielen Städten, Industriewerken usw. auf schlechtem Fuße. Eine Tonart, wie sie auf Seite 1 des Berichtes angeklagen worden sei, müsse unbedingt vermieden werden.

Überbürgermeister Pohlmann verwahrt sich energisch gegen die Vorwürfe des Stadtv. Vogel. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß bei Anlage der neuen Leitung tatsächlich ein Irrtum vorgelegen hat. Der Irrtum ist auch von dem früheren Landrat Gerlach zugegeben worden. Der Magistrat hat sich bei der Durchführung der Verhandlungen mit dem Landkreise so große Mühe gegeben und so viel Arbeit geleistet, daß wir sagen können, wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit getan.

Stadtv. Vogel: Daß der Magistrat etwas versäumt hat, habe ich nicht gesagt. Ich habe nur dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Lesart etwas herabgestimmt wird.

Stadtv. Pistorius: Soviel ich weiß, ist der vom Stadtv. Vogel erwähnte Bericht ursprünglich garnicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Nur durch die Äußerungen des Stadtv. Vogel werden die darin enthaltenen Äußerungen in die Öffentlichkeit gelangen. Der Irrtum, von dem in dem Bericht gesprochen wird, ist tatsächlich vorgekommen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Daß ein Irrtum des Kreises vorliegt, kann nicht bestritten werden. Diese Tatsache zieht sich wie ein roter Faden durch die langjährigen Verhandlungen. Wir haben immer das Bestreben gehabt, mit allen Behörden gut zu stehen. Wenn es

zu einer Differenz zwischen dem Kreise und der Stadt gekommen ist, so sind dafür andere Gründe maßgebend.

Stadtv. Vogel: Diese Fehler rühren von den Verhältnissen her. Ich kann auch meine Ansicht offen aussprechen und habe meine Ausführungen in einer Form gemacht, die ich jeder Zeit vertreten kann.

Stadtv.-Vorsteher Grünfeld: Das Recht, Ihre Ansicht zu äußern, ist Ihnen von niemandem bestritten worden. Wir wollen hoffen, daß die Verhandlungen mit dem Kreise zu einem friedlichen und für beide Teile vorteilhaften Ergebnisse kommen, sonst würden wir gezwungen sein,

die Hilfe der Staatsregierung anzurufen.

Stadtv. Ratschinsky: Ich bin nur Laie und weiß nicht, ob es richtig ist, daß die Rosaliengrube nicht mehr soviel Wasser liefern kann, wie wir brauchen. Ein sachverständiger Herr hat mir gesagt, daß derselbe Wassermangel bald auch bei allen anderen Abnehmern der Rosaliengrube eintreten wird infolge des erheblich tiefer liegenden Schachtes der Saturngrube in Polen. Die Stadt Rattowitz handelt auf jeden Fall richtig, wenn sie sich nach anderen Quellen umsieht.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Wir haben nur den Wunsch, daß uns das Wasser mit dem nötigen Druck zugeführt wird. Die Stadt stellt keine besonderen Ansprüche, sie erkennt an, daß der Kreis nicht mehr soviel Wasser liefern kann wie früher, wünscht jedoch, daß durch die projektierte Ueberung in Bittkow der nötige Druck in die Leitung kommt. Nach weiteren Ausführungen des Stadtv. Pistorius und des Stadtrats Ruppff stellt Stadtv. Dr. Breiß die Frage, ob Gieschewald nicht selbst für sein Wasser sorgen wolle, oder ob es weiter von uns Wasser beziehen wolle.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Wir haben im Vorberatungsausschuß über diese Frage gesprochen und wollen eine diesbezügliche Anfrage an die Gemeinde Gieschewald richten. Vorläufig bezieht Gieschewald in vollem Umfange sein Wasser von der Rosaliengrube. Alle Gerüchte, die da behaupten, daß dies nicht der Fall sei, sind unrichtig.

Stadtv. Pistorius: Ich möchte noch eine Bitte zum Ausdruck bringen: Mir ist zu Ohren gekommen, daß eine Anzahl Bewohner der Südstadt

nachts das Wasser laufen lassen,

und zwar den Wasserhahn der Badewanne aufdrehen, und die Wanne, die ja bekanntlich mit einem Abflusrohr versehen ist, vollaufen

lassen. Auf diese Weise bekommen die darüberwohnenden Einwohner überhaupt kein Wasser. Ich finde ein solches Verhalten rücksichtslos und möchte daher die Bitte an die Bürgerschaft richten, das zu unterlassen. Den Magistrat bitte ich, eventuell mit Straandrohungen vorzugehen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß solch ein Verhalten nicht stark genug geegelt werden kann.

Stadtv. Vogel empfiehlt, daß die Hauswirte auf ihre Mieter acht geben und, wie es z. B. sein Hauswirt mache, nachts das Ohr an die Leitung legen, um zu hören, ob sie raucht.

Stadtv.-Vorsteher Grünfeld: Ich glaube, wir können die Debatte schließen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß ein

freundschaftliches Verhältnis zwischen Stadt- und Landkreis

den erwünschten Erfolg erzielen wird. Ich bitte, nunmehr zunächst Punkt 3 der Tagesordnung zu behandeln, weil der Referent Stadtv. Pistorius verreisen muß. Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlage einverstanden.

3. Beitritt zum Zweckverband „Wasserwerk Oberschlesien“ und Genehmigung der Satzungen.

Referent Stadtv. Pistorius: Es ist Ihnen aus den Zeitungen, besonders aus dem Bericht über die letzte Sitzung des Kreisausschusses die ganze Entwicklung der Zweckverbandsangelegenheit hinreichend bekannt; ich brauche daher nicht näher darauf einzugehen. Wir haben uns über zwei Fragen zu entscheiden: Erstens, ob wir dem Zweckverbande beitreten sollen, und zweitens, mit welchem Pflichtquantum wir uns beteiligen sollen. Bezüglich des Beitritts glaube ich, daß nach allem, was wir heute über die Wasserverhältnisse gehört haben, eine weitere Begründung nicht notwendig ist. Wir glauben, daß die Sache zur Perfektion kommen wird, weil Stadt- und Landkreis Beuthen auf ein Zustandekommen des Zweckverbandes dringen werden. Also ist eine gewisse Sicherheit für ein Zustandekommen des Unternehmens gegeben. Was das Pflichtquantum anbelangt, so glaube ich, daß wir mit einem Quantum von einer Million cbm hinreichend eingedeckt sein werden. Der Magistrat hat sich

für 900 000 cbm entschieden.

Besonders wichtig ist für uns ferner noch die Frage der Vertretung im Ausschuß des Zweckverbandes. Die einzelnen Mitglieder des Zweckverbandes werden sich mit folgendem Pflichtquantum beteiligen: Stadt Beuthen

1½ Millionen cbm, Landkreis Beuthen
1½ Millionen cbm, Stadt Rattowiz 0,9
Millionen cbm, Landkreis Rattowiz 0,5 Mil-
lionen cbm, Landkreis Tarnowiz 0,5 Mil-
lionen cbm, Hindenburg 125 000 cbm, Königshütte 125 000 cbm.

Zur ganzen würden im Ausschuß 22 Stimmen vertreten sein. Da die Stadt Beuthen 12 Stimmen und die Stadt Rattowiz 4 Stimmen haben würde, so würden die Städte Beuthen und Rattowiz Zweidrittelmehrheit haben. Bei der Frage, welches Pflichtquantum die Stadt Rattowiz übernehmen soll, hat sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt, daß die Stadt aus tatsächlichen Gründen mindestens 4 Stimmen im Ausschuß haben müsse. Deswegen war es nötig, daß wir mindestens 875 000 cbm übernehmen.

Stadtv. Bistorius erörtert sodann, die wichtigsten Bestimmungen der Satzungen des Zweckverbandes:

Den

Satzungen des Zweckverbandes „Wasserwerk Oberschlesien“

seien folgende Einzelheiten entnommen:

§ 1 besagt: Ein Zweckverband ist auf Grund des Gesetzes vom 19. Juli 1911 aus den Kreisen Beuthen D.-S., Beuthen D.-S. Stadt, Hindenburg D.-S. Rattowiz Land, Rattowiz Stadt, Königshütte und Tarnowiz aus Verbandsgliedern gebildet. Beitrittsberechtigt sind auch andere angrenzende Kreise.

Nach § 3 ist der Zweck des Verbandes folgender: 1. Wasserversorgung der Verbandsglieder und Dritter. 2. Erwerb, Bau, Betrieb und Unterhaltung von Wasserwerken und zugehörigen Anlagen. Der Verband wird nach gemeinnützigen Grundsätzen, d. h. ohne Verteilung von Gewinn an die Verbandsglieder, verwaltet.

§ 4 lautet: Der Zweckverband hat

Sitz und Verwaltung in Beuthen D.-S.

Seine Organe sind Verbandsausschuß, Verbandsvorstand und Verbandsvorsteher.

Ueber den Umfang des Verbandsausschusses gibt § 6 Aufschluß. Es heißt darin:

Die Zahl der Abgeordneten zum Verbandsausschuß wird auf die Verbandsglieder nach Verhältnis ihrer dem Verband tatsächlich bezahlten Jahreswassermenge verteilt. Maßgebend ist der Durchschnitt der drei letzten Geschäftsjahre.

Die Teileinheit, die zur Entsendung eines Abgeordneten berechtigt, ist 250 000 cbm. Ein überschießender Betrag von mehr als 125 000 cbm ist als volle Einheit zu rechnen. Jedes Verbands-

glied hat jedoch mindestens einen Abgeordneten zu stellen. Kein Verbandsglied darf mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Abgeordneten entsenden (vergl. Uebergangsbestimmung § 29).

Der Wasserpreis der Verbandsglieder ist in § 26 geregelt. Es heißt darin: Der ordentliche Wasserpreis je Kubikmeter ist für alle Verbandsglieder einheitlich. Doch wird der Wasserpreis ermäßigt (außerordentlicher Wasserpreis): a) um 1 Pfg. per Kubikmeter für die bei Gründung des Verbands festgesetzten Pflichtwassermengen, b) um $\frac{1}{2}$ Pfg. per Kubikmeter für die darüber hinaus bis zum Verbandsbeschluß über den eigenen Bau des Hauptwasserwerks oder über den Anlauf eines solchen Wasserwerks festgesetzten Pflichtwassermengen oder tatsächlichen Mehrabnahmen. Die Mehrabnahme wird berechnet nach dem Gesamtdurchschnittsverbrauch der einzelnen Jahre.

§ 27 lautet: Außerhalb des Verbandes stehende Kreise haben einen höheren als den ordentlichen Wasserpreis der Verbandsglieder zu zahlen.

Stadtv. Bistorius empfiehlt den Beitritt zum Zweckverbande und die Uebernahme eines Pflichtquantums von 900 000 cbm. Wie er mittheilt, hat auch der Vorberatungsausschuß dem Antrage des Magistrats zugestimmt. Bei der nun folgenden Abstimmung schließt sich das Plenum den Vorschlägen einstimmig an.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld schließt darauf auf Wunsch der Versammlung der vorgerückten Zeit wegen — es ist bereits 7 $\frac{1}{2}$ Uhr geworden — die Sitzung und vertagt die Erledigung der übrigen 18 Punkte der Tagesordnung auf den kommenden Montag.

v. M.

Montag, den 3. Juni 1918, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Annahme einer Schenkung von den L. Altmann'schen Erben.
3. Beitritt zum Zweckverb und „Wasserwerk Oberschlesien“ und Genehmigung der Satzungen.
4. Erhöhung der Gaspreise.
5. Erhöhung der Wasserpreise.
6. Ankauf des Grundstücks der Zimmermann'schen Erben Blatt Nr. 803, Rattowitz, Mühlenstraße.
7. Bewilligung eines Betrages von 150 000 Mark an den Zentralhilfsfonds.
8. Verwendung des Betriebs- und Zinsenüberschusses der Stadt Spartasse aus dem Jahre 1917.
9. Unerwartete Festsetzung der Reisekostenentschädigung für die Oberlehrerinnen am hiesigen Lyzeum.
10. Einrichtung einer neuen Klasse am Lyzeum und Entlastung des Direktors.
11. Errichtung neuer Klassen an den hiesigen Schulen.
12. Bewilligung einer Beihilfe für die Volksbibliothek.
13. Bewilligung der Kosten für einen neuen Heizkessel in der Knaben-Mittelchule.
14. Verstärkung des Titels III C 3 des Haushaltsplanes der Armenverwaltung (Entschädigung für die Säuglings-schwester.)
15. Aufbesserung der Löhne für Aus Hilfskräfte und Nachbewilligung der erforderlichen Mittel.
16. Bewilligung von Mitteln für die Wasserversorgung des Südparks.
17. Wahl eines Mitgliedes für das Gas- und Wasserwerks-furatorium.
18. Gewährung einer Unterstützung an die Witwe eines städtischen Arbeiters.
19. Gewährung einer Beihilfe an eine Lehrerin.
20. Gewährung einer Unterstützung an einen Lehrer.

Anwesend sind:

Vom Magistrat die Herren Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delsner und Stadtrat Knopf.

Von dem Stadtverordnetenkollegium die Herren: Grünfeld, Ristorius, Wanjura, Borinski, Ulbrich, Ratschinski, Hoffmann, Pinkus, Griesse, Klimanek, Braetisch, Rudzinski, Junge, Herrmann, Münch, Scharff, Dr. Preiß, Fodorng, Belonek, Boitinet, Boehm, Gentawer, Siwinna.

Entschuldigt fehlen die Herren: Drees, Krabis, Kraemer, Brauer, Breslauer, Schalscha, Vogel und die im Felde befindlichen Herren.

1. Mitteilungen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld eröffnet kurz nach 5 $\frac{1}{4}$ Uhr die Versammlung mit der Bekanntgabe des Dankschreibens eines Neffen des verstorbenen Bürgermeisters Rosch

für die Teilnahme der Stadt an dessen Tode. — Ferner gibt der Vorsteher der Versammlung Kenntnis von einer Einladung zu dem am 19. Juni in Bentzen stattfindenden Schlesischen Städtetag. Vom Magistrat seien Herr Bürgermeister Leu und die Stadträte Dame und Zimmermann zur Teilnahme bestimmt worden. Die Versammlung solle sich schlüssig werden, welche Herren sie als Vertreter auf den Städtetag delegieren wolle. Es war bisher üblich, die Herren des Büros zu entsenden. Da jedoch die Tagung in nächster Nähe stattfindet und der Magistrat drei Herren delegiert hat, so könnte die Stadtverordneten-Versammlung die doppelte Anzahl entsenden.

Die Versammlung beschließt, die Herren des Büros sowie die Herren Stadtv. Dr. Hoffmann und Münch zu delegieren.

Das Kgl. Provinzialschulkollegium hat die Wahl der Oberlehrerin Bertha Deventer bestätigt.

Die Straßenbahn nach dem Südpark.

Wie der Vorsteher weiter berichtet, ist auf ein Schreiben des Magistrats an die Verwaltung der Schlesischen Kleinbahn, das die Wiederaufnahme des Straßenbahn-Betriebes nach dem Südpark zum Gegenstand hatte, eine Antwort der Verwaltung eingegangen, worin es u. a. heißt, daß der Wunsch der Stadtverwaltung

zur Zeit unerfüllbar

sei, da keine Wagen und Motore zur Verfügung ständen. Die Strecke nach dem Südpark sei zudem nicht die einzige Straße, die außer Betrieb gesetzt worden sei, vielmehr wären in Gleiwitz sämtliche Strecken eingestellt worden. — Stadtv.-Vorst. Grünfeld stellt im Anschluß daran ausdrücklich fest, daß der Magistrat nichts unterlassen habe, um den Wünschen des Stadtverordneten-Kollegiums entgegenzukommen; aber leider sei eben in der Angelegenheit z. St. nichts zu erreichen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld gibt sodann der Versammlung Kenntnis von einem

Schreiben des Herrn Otto Whnen,

worin es u. a. heißt, daß schon wieder einmal versucht worden sei, die künstlerische Qualität seiner Konzerte und ihre Leitung einer Kritik zu unterziehen, und daß er ferner bitte, um seinen künstlerischen Veranstaltungen einen würdigeren Rahmen, als ihn die „Reichshalle“ bieten könne, zu geben, ihm ein- oder zweimal während des Winters die Räume des Stadttheaters zu überlassen. Der Stadtv.-Vorst. bemerkt hierzu, daß seines Wissens von der

Stadtverordneten = Versammlung die künstlerische Qualität der Wñnen-Konzerte niemals angegriffen worden sei.

Stadtv. Dr. Hoffmann: Ich glaube, Herr Wñnen überieht einen Unterschied. Wenn der Magistrat dem Meister'schen Gesangsverein das Stadttheater zur Verfügung stellt, so tut er das einem Verein gegenüber, dessen Mitglieder im Interesse der Fortentwicklung der Kunst ihre Kraft und Zeit opfern. Wenn Herr Wñnen Konzerte veranstaltet, so tut er das gewissermaßen vom kaufmännischen Standpunkte aus. Von Seiten der Stadt liegt keine Veranlassung vor, dieses Unternehmen dadurch zu fördern, daß sie Herrn Wñnen das Theater zur Verfügung stellt. Deshalb sieht sich die Stadtverordneten = Versammlung nicht veranlaßt, sich im Sinne des Schreibens für Herrn Wñnen zu verwenden.

Stadtv. Ulrich: Ebenso gut könnten sich ja zwei oder drei weitere Unternehmer in Rattowitz oder Beuthen niederlassen, um Konzerte zu veranstalten und könnten mit der gleichen Förderung wie Herr Wñnen an die Stadt herantreten. Dazu ist das Stadttheater nicht gebaut worden.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Ich bitte diejenigen Herren, die den Ausführungen der Herren Vorredner zustimmen, als Zeichen des Einverständnisses die Hand zu erheben. Wir zweifeln nicht die künstlerische Qualität der Wñnen-Konzerte an, aber wir können Herrn Wñnen nicht dieselben Rechte zuerkennen, wie dem Meister'schen Gesangsverein, dessen Mitglieder Bürger der Stadt sind und ihre Kraft und Zeit den künstlerischen Interessen opfern. — Die Versammlung erteilt einstimmig ihre Zustimmung.

Der Stadtv.-Vorst. gibt Johann Kenninisz von dem am 16. April erteilten Revisionsbericht der städt. Kassen und von dem am 15. Mai vorgelegten Rechnungsabluß der Stadthauptkasse. Gegen beide Berichte hat sich nichts zu erinnern gefunden.

Gutachten über die städtische Wasserversorgung.

Weiter teilt Stadtv.-Vorst. Grünfeld mit, daß das Gutachten des Ingenieurs Rosenquist aus Breslau über die Wasserfrage eingegangen sei, daß er aber nur den Schlußatz des umfangreichen Schriftstückes zur Verlesung bringen wolle, welcher wörtlich folgendermaßen lautet:

„Zusammenfassend geht mein Gutachten dahin, daß der Magistrat alles gethan hat, um die Ursachen der mangelhaften Wasserversorgung des südlichen Stadtteiles von Rattowitz klarzustellen und für Abhilfe zu sorgen. Die Ur-

sache des mangelhaften Druckes war nicht das Fehlen des Hochbehälters an der Beatehöhe, sondern die ungewöhnliche, durch den Rückgang der Wasserförderung von der Rosaliengrube hervorgerufene Ausschaltung eines Hauptteiles der eigentlichen Versorgungsleitung vom Bittkower Hochbehälter nach der Stadt, wodurch ein Druckabfall bis zur Stadt von über 30 Meter eingetreten ist. Durch die von dem Magistrat vorgesehenen Maßnahmen im Bittkower Behälter werden, wenn sie technisch richtig durchgeführt werden, und wenn im Anschluß hieran die Schließung der Verbindung zwischen der alten und neuen Leitung nach Rattowik erfolgt, die Druckverhältnisse sich so bessern, daß wenigstens zu bestimmten Tageszeiten das Wasser auch in die höher gelegenen Wohnungen der Südstadt gelangen kann. Inwieweit eine zwangsläufige Einschränkung der Wasserabgabe zur gleichmäßigen Verteilung an alle Abnehmer stattfinden muß, kann erst festgestellt werden, nachdem die Maßnahmen des Kreises zur besseren Versorgung der Stadt Rattowik mit Wasser durchgeführt werden.“

Stadtv. Braetich: Ich sehe mich veranlaßt, noch einmal auf meine in der letzten Stadtverordneten-Sitzung gemachten Ausführungen bezüglich der Wasserversorgung zurückzukommen und noch einmal die von mir aufgestellten Zahlen anzuführen, zumal in der „Rattowiker Zeitung“ gesagt wurde, daß meine Ausführungen unverständlich gewesen seien.

Nach den darüber veröffentlichten Zahlen sind von der Kreiswasserleitung an die Stadt Rattowik in der Zeit vom 1. 4. 1916 bis 31. 3. 1917 1 887 503 cbm, vom 1. 4. 1917 bis 31. 3. 1918 1 639 607 cbm, und im April 1918 141 220 cbm abgegeben worden. Das entspricht, die Einwohnerzahl von Rattowik zu rund 50 000 gerechnet, einer Wassermenge pro Kopf und Tag in 1916/17 von 104 Liter, 1917/18 von 91,1 Liter und im April 1918 von 94,1 Liter. Die Wasserversorgung hat also seit dem als bisher bestes bezeichneten Jahr 1916 um 10 Liter abgenommen und steht demjenigen Quantum, das von der städtischen Verwaltung als reichlich bezeichnet wurde, nämlich 100 Liter pro Kopf und Tag, immer noch nahe. Daher kann meiner Ansicht nach die Wasserversorgung als eine zu geringe und durch den notorischen Wassermangel hervorgerufene nicht bezeichnet werden.

Mangelhaft allein sind Druck und Verteilung. Was die Druckverhältnisse anbetrifft, so ist folgendes hervorzuheben: Die Sohle des Hochbehälters Bittkow liegt bei 318,5 Meter, die Sohle des Hochbehälters Beatehöhe bei 304,7 Meter, der höchste Punkt der Feldstraße bei

293,5 und der Berhardstraße bei 284 Meter. Wird mit einem Druckverlust von Wittkow bis Beatehöhe von 10 Meter gerechnet, so müßte immer noch ein Ueberdruck von 3,8 Meter vorhanden sein, der also genügen würde, um das Hochbehälterbassin ganz zu füllen, weil sein oberer Wasserspiegel nur 3,8 Meter höher liegt als seine Sohle. Rechnet man davon die 65 cm ab, um welche die neue Leitung im Hochbehälter Beatehöhe höher mündet als die alte, so blieben nur noch 3,15 Meter übrig. Würde also der Hochbehälter im Betrieb sein, so würden sämtliche Punkte der Stadt mit Wasser versorgt werden können, und der höchste Punkt in der Feldstraße würde immer noch mit einem Druck von 10 Meter in Betracht kommen. Man rechnet aber erfahrungsmäßig mit einem sog. bürgerlichen Druck ab Straßenoberfläche von 20 bis 25 Metern und als Feuerwehldruck mit noch etwa 10 Metern mehr; daraus folgt, daß der alte Hochbehälter Beatehöhe in keiner Weise dem genügt, was von einer modernen städtischen Wasserversorgung verlangt werden kann.

Nun ist weiter hervorzuheben, daß die Tatsache der höheren Lage der neuen Leitung nach den in der letzten Stadtverordneten = Sitzung übergebenen Schriftstücken schon im Jahre 1916 zur Kenntnis der städtischen Verwaltung gekommen ist und man muß die Frage aufwerfen, warum die verflossenen 2 Jahre nicht zu einer Mithilfe benutzt worden sind. Denn es ist zu wiederholen und kann bewiesen werden, daß schon im Jahre 1916 die Wasserkalamität eine große war, wenn sie auch noch nicht den Umfang erreicht hatte, wie die augenblickliche.

Wir erscheint die Schuld an den geradezu schlechten Wasserverhältnissen daran zu liegen, daß Rattowitz bisher von einer Leitung versorgt worden ist, aus welcher nach verschiedenen Richtungen hin Wasser entnommen wurde, ohne daß Ausgleich durch einen Hochbehälter erfolgt ist. Unter den hiesigen Terrainverhältnissen bleibt meiner Auffassung nach nichts anderes übrig, als das ganze der Stadt gelieferte Wasser mit Hilfe eines Pumpwerkes einem zu erbauenden Hochbehälter zuzuführen und von dort aus auf das Gebiet der Stadt zu verteilen.

Stadtrat R u o f f ist der Ansicht, daß man in der Wasserversorgung nicht mit Durchschnittszahlen operieren dürfe. An Tagen, an welchen ein erhöhter Wasserverbrauch stattfindet, gehe die Zahl hoch über den Jahresdurchschnitt hinaus. Die Zahlen, die Herr Stadtv. Braetich angeführt habe, seien Durchschnittszahlen, bei denen auch der Verbrauch in den Wintermonaten mitgerechnet worden sei.

Stadtv. Braetsch erwidert darauf, er habe die Zahlen nach den einzelnen Monaten berechnet.

Stadtrat Ruoff erwähnt, daß der Winderverbrauch an Wasser in den kalten Monaten durch einen Hochbehälter nicht ausgeglichen werden könne; um einen Ausgleich zu erreichen, müsse man eine Talsperre besitzen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: In der letzten Sitzung hat ja der Magistrat offiziell zugegeben, daß wir einen Hochbehälter haben wollen und auch haben müssen. Es fragt sich nur, ob der fehlende Hochbehälter die Schuld an dem Druckmangel trägt. Diese Frage sei ja in der letzten Sitzung zur Genüge erörtert worden.

Stadtv. Münch: Etwasige Befürchtungen, daß wir bei Feuergefahr mit dem Wasser nicht auskommen könnten, liegen nicht vor, seitdem wir eine Berufsfeuerwehr in Rattowitz haben. Das hätten die zahlreichen kleinen Brände in letzter Zeit deutlich bewiesen.

2. Annahme einer Schenkung von den L. Altmann'schen Erben.

Wie der Referent, Stadtv. Wanjura, mitteilt, ist von den Altmann'schen Erben dem Magistrat eine Schenkung in Höhe von 5000 M in Kriegsanleihe angeboten worden. Der Magistrat hat die Schenkung mit Dank angenommen und auch die Versammlung erklärt sich mit der Annahme der Schenkung mit Dank einverstanden.

3. Beitritt zum Zweckverband „Wasserwerk Oberschlesien“ und Genehmigung der Satzungen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Es hat sich herausgestellt, daß die Versammlung bei der Abstimmung über diesen Punkt in der letzten Sitzung nicht mehr beschlußfähig war; ich bitte daher die Abstimmung noch einmal zu wiederholen. Die Versammlung nimmt darauf die Vorlage einstimmig an.

4. Erhöhung der Gaspreise.

Referent Stadtv. Pinkus führt zur Begründung der Vorlage folgendes aus:

Schon bei Aufstellung des Haushaltsplanes der Gasanstalt hatte das Kuratorium eine Erhöhung der Gaspreise vorgeschlagen, die sich unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse in mäßigen Grenzen bewegte und zwar für Leuchtgas von 20 auf 22 M, für Koch- und Heizgas von 15 auf 18 M. Der Magistrat ging schon damals in seiner Sitzung vom 18. Dez. 1917 über diese Zahlen hinaus u. setzte die Preise für Leuchtgas auf 24 M, für Koch- und Heizgas auf 20 M fest.

In einer späteren Sitzung des Magistrats vom 19. 2. 18 wurden dann diese Preise weiter erhöht, für Leuchtgas auf 26 M und für Koch- und Heizgas auf 24 M .

Diesem Beschlusse hatte sich das Kuratorium in seiner Sitzung vom 27. 3. 18 mit der Maßgabe angeschlossen, daß die Erhöhung nur für 1 Jahr gelten soll, und der Magistrat war diesem Beschlusse beigetreten. Den Vorberatungsausschuß hat die Vorlage dreimal beschäftigt, es waren erhebliche Bedenken gegen die Erhöhung von Heiz- und Kochgas auf 24 M geltend gemacht worden. Die Erhöhung bei Leuchtgas spielt für den Einzelnen sowohl als für die Mehreinnahme der Stadt nur eine untergeordnete Rolle, weil der Verbrauch zu gering ist, — man befürchtete eine zu große Belastung der Haushaltungen. Nach dieser Richtung wurden eingehende Berechnungen aufgestellt und diese ergaben, daß der Durchschnittsverbrauch etwa 20 Kubikmeter monatlich beträgt, was eine Mehrausgabe von 1,80 M bedingen würde.

Die Feststellungen über die Ursachen des Rückganges der Einnahmen aus der Gasanstalt ergaben, daß die Lohnaufbesserungen schon im September 1917 eine Mehrausgabe von 8400 M erforderten, während der Kohlenpreis von 14,20 M auf 32,50 M für die Tonne stieg. Eine weitere Verschlechterung des Haushaltsplanes für 1918 ist neuerdings dadurch eingetreten, daß für die Anfuhr der Kohle gegen den eingelegten Betrag etwa 8000 M mehr erforderlich werden.

Ich darf als bestimmt voraussetzen, daß diese erwarteten Mehreinnahmen von rund 83 000 M zur Deckung des Fehlbetrages für das Jahr 1918 dienen sollen. Der Herr Regierungspräsident hat die von uns beschlossenen Steuern für das Jahr 1918 davon abhängig gemacht, daß die Erhöhung der Gaspreise beschlossen wird.

Der Vorberatungsausschuß hat nach eingehender Beratung der Erhöhung des Preises für Koch- und Heizgas von 24 auf 26 M zugestimmt mit der Maßgabe, daß die Erhöhung nur für 1 Jahr erfolgt.

Auf Wunsch der Versammlung wird die Besprechung über die Vorlage mit der Aussprache über den nächsten Punkt, der die Erhöhung der Wasserpreise zum Gegenstand hat, vereinigt.

5. Erhöhung der Wasserpreise.

Bekanntlich hat der Preis vom 1. April dieses Jahres ab den Wasserpreis um 1 M für den Kubikmeter erhöht, wodurch der städtische Etat eine Mehrbelastung von 17 000 M erfahren hat. Um diese Mehrausgabe zu decken, beantragt der Magistrat eine Erhöhung des Wasserpreises um 2 M für den Kubikmeter, also auf 20 M , vom 1. Juli d. Js. ab.

Der Magistratsbeschluß lautet folgendermaßen:

I. Der Preis für den Kubikmeter Wasser wird vom 1. Juli 1918 ab bis auf weiteres auf 0,20 $\mathcal{M}$ festgesetzt. Der Eigentümer (Nießbraucher) des angeschlossenen Grundstückes ist nach dem durch Wassermesser festgestellten Verbrauch zur Zahlung verpflichtet.

II. Bei Benutzung der Wasserleitung:

- a) für Fabriken und solche gewerbliche oder landwirtschaftliche Betriebe, welche mehr als 1000 cbm im Jahre verbrauchen (Färbereien, Gerbereien, Brauereien, Brennereien, Gärtnereien, Viehhaltungen);
- b) für vorübergehende Zwecke;
- c) für Wasserkraft-Betriebe mit Ausnahme derjenigen, welche sich in Häusern zum Alleinbewohnen befinden und lediglich häuslichen Zwecken dienen;

beträgt der Preis des Kubikmeters Wasser 24 $\mathcal{S}$.

Die Sätze zu I und II ermäßigen sich bei einem Jahresverbrauch von 3001—5000 cbm um 3 $\mathcal{S}$, 5001—8000 cbm um 4 $\mathcal{S}$, über 8000 cbm um 5 $\mathcal{S}$ für den Kubikmeter.

Wie der Referent, Stadtv. W a n j u r a, mitteilt, hat der Vorberatungsausschuß der vom Magistrat vorgeschlagenen Erhöhung des Wasserpreises zugestimmt und sich mit einer Erhöhung von 18 auf 20 $\mathcal{S}$ pro Kubikmeter einverstanden erklärt.

Persönlich stellt Stadtv. W a n j u r a den Antrag, der Magistrat möge, um nicht den Hausbesitzerstand aufs neue zu belasten, eine anderweitige Deckung der durch die Wasserpreiserhöhung des Landkreises entstandenen Mehrbelastung von 17 000 $\mathcal{M}$ zu ermöglichen suchen.

Stadtv. M ü n c h: Herr Oberbürgermeister Pohlmann sagte vor kurzer Zeit, wenn Sie mir die Erhöhung der Gaspreise genehmigen, brauchen wir die Wasserpreise nicht erhöhen. Was der Hausbesitzerstand im Kriege an Opfern schon hat bringen müssen, das brauche ich nicht ausführlich auseinanderlegen. Ein neues Opfer ist uns mit der Metallbeschlagnahme auferlegt worden. Nun stehen wir einer weiteren Belastung durch Erhöhung des Wasserpreises gegenüber. Die Erhöhung des Gaspreises trifft die Allgemeinheit, mit der Erhöhung des Wasserpreises wollen Sie den Hausbesitzerstand belasten. Ich bitte daher, den Antrag Wanjura anzunehmen und die 17 000 $\mathcal{M}$ anderweitig zu decken.

Oberbürgermeister P o h l m a n n: Ich möchte erwähnen, daß der Einfluß des Krieges einen großen Ausfall in unseren städtischen Betrieben hervorgerufen hat und daß es nicht möglich ge-

wesen ist, mehr aus ihnen herauszuholen. Der Fehlbetrag der städtischen Betriebe belief sich im Haushaltsplan auf 73 000 M., sodaß wir selbst bei Erhöhung des Gas- und Wasserpreises uns noch nach anderen Geldquellen umsehen müssen. Wenn wir einen anderen Ausweg nicht finden können, so bleibt uns nichts anderes übrig, als eine

Erhöhung der Steuerzuschläge

vorzunehmen. Eine 10 prozentige Erhöhung würde schwerlich ausreichen, wir müßten vielmehr eine Erhöhung um 20 Prozent vornehmen, würden also zu einem Steuersatz von 270 Prozent gelangen. Unter diesen Gesichtspunkten möchte ich Sie bitten, jedes Bedenken gegen die Magistratsvorlagen zurückzustellen. Wir kommen ohne eine Erhöhung der Gas- und Wasserpreise nicht aus, es gibt keinen anderen Ausweg, es sei denn, Sie finden sich mit einer Steuererhöhung für die Zukunft ab. Wenn Sie die Akten verfolgen, so werden Sie sehen, daß wir uns haben schieben und drängen lassen, aber wir kamen so nicht weiter. Was die Zukunft bringen wird, kann ich heute noch nicht sagen, ich müßte sonst Ausführungen machen, zu deren Erörterung ich die Öffentlichkeit ausschließen müßte. Sie können uns vertrauen, daß die Dinge wirklich dringend sind.

Stadtv. P i n k u s: Der Hausbesitzerstand wehrt sich ja nicht gegen die Erhöhung des Wasserpreises selbst, sondern gegen die ungerechte Verteilung der Mehrlasten. Das ist auch im Beratungsausschuß erörtert worden. Ich möchte bitten, die Erhöhung zeitlich zu begrenzen, weil der Preis an sich nicht geringer scheint. Ich gebe zu, daß in diesem Jahre auf anderem Wege Mittel nicht aufgebracht werden können. Die Herren wissen, daß die Betriebe alle gelitten haben, und daß nach dem Kriege zu ihrer Herstellung erhebliche Aufwendungen notwendig sein werden. Ich bitte nochmals, die Erhöhung zeitlich zu begrenzen und zwar auf 2 Jahre.

Oberbürgermeister B o h l m a n n: Gegen eine zeitliche Begrenzung von 2 Jahren hat der Magistrat keinerlei Bedenken. Bezüglich der Verteilung der Lasten haben auch wir Beratungen angestellt, aber wir haben keinen anderen Ausweg gefunden. Wir wollen uns Mühe geben, in gemeinsamer Beratung mit den Hausbesitzern zu einer anderen, erspriechlichen Lösung zu kommen. Meines Erachtens läßt sich ein Ausgleich der Lasten nur durch eine Erhöhung der Mietpreise erzielen.

Stadtv. M ü n n: Ich muß nochmals betonen, daß der Vorstand des Hausbesitzervereins eine

Erhöhung des Wasserpreises nicht zulassen kann, und bitte, einen anderen Ausweg zu schaffen.

Stadtv. Ratschinsky: Man muß sich wundern, daß es dem Magistrat auf eine Erhöhung des Wasserpreises ankommt und ich bin der Ansicht, daß der Magistrat nur durch das Verhalten des Landkreises auf diese Idee gekommen ist. Wenn man sich die beiden nächsten Punkte der Tagesordnung ansieht, in denen 175 000 *M* für den Ankauf eines Grundstückes und 150 000 *M* für den Zentralhilfsfonds gefordert werden, so muß man sich wundern, daß gerade das Wasser daran glauben muß. Eine Erhöhung des Wasserpreises dürfte in der Bürgerschaft wenig Anklang finden. Wenn man sich derartige Ausgaben für den Ankauf eines Grundstückes leisten kann, dann erscheint einem die Erhöhung des Wasserpreises unverständlich. Unverständlich ist es ferner, warum gerade der Hausbesitzerstand daran glauben muß. Nützlich mag die Erhöhung des Wasserpreises sein, aber notwendig ist sie nicht.

Oberbürgermeister Pohlmann: Die Erhöhung des Wasserpreises ist zwar nicht nützlich, aber notwendig. Ich erkenne die schwere Lage des Hausbesitzerstandes an. Wir wollen versuchen, ob wir die Lasten der Hausbesitzer auf die Mieter abwälzen können. Wir hatten zunächst die Absicht, falls die Erhöhung der Gaspreise bewilligt würde, von einer Erhöhung des Wasserpreises abzusehen, aber wir sind schließlich doch dazu gedrängt worden. Wir haben tatsächlich nicht anders handeln können. Die Entwicklung kann nicht stillstehen, und die Herren werden sich noch an ganz andere Zahlen gewöhnen müssen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Ich schließe hiermit die Besprechung. Die Ausführungen des Referenten haben ergeben, daß die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise eine notwendige Finanzmaßnahme ist. Eine Belastung des Hausbesitzerstandes läßt sich nicht umgehen. Ich bitte daher, den Vorlagen zuzustimmen.

Bei der nun folgenden

Abstimmung

wird Punkt 4 der Tagesordnung (Erhöhung der Gaspreise) mit der Maßgabe, daß die Erhöhung für 1 Jahr gelten soll, einstimmig angenommen.

Punkt 5 (Erhöhung der Wasserpreise) wird dagegen mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Oberbürgermeister Pohlmann beantragt darauf, wenigstens eine

Wassererhöhung um 1 *M* pro Kubikmeter

zu genehmigen, da er sonst dem Regierungspräsidenten berichten müsse, daß er eine Vorlage auf Erhöhung der Steuern einbringen werde.

Stadtv. Borinski: Bei einer Wasserpreiserhöhung um 1 $\mathcal{A}$ werde die Mehrbelastung des einzelnen Hausbesizers nur 20 $\mathcal{M}$ betragen. Ich bitte die Hausbesizer, diese Belastung auf sich zu nehmen und den Haushaltsplan ins Gleiche zu bringen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird

der neue Antrag einstimmig angenommen

und somit eine Erhöhung der Wasserpreise um 1 $\mathcal{A}$ pro Kubikmeter zum Beschluß erhoben.

6. Verkauf des Grundstückes der Zimmermannschen Erben Blatt Nr. 803, Rattowitz, Mühlstraße.

Wie der Referent, Stadtv. Ulbrich, mitteilt, haben die Zimmermannschen Erben der Stadt ein Grundstück, das in der Biegung der Mühlstraße gelegen ist, für den Preis von 180 000 $\mathcal{M}$ angeboten. Der Grundstücksausschuß wollte jedoch nur 160 000 $\mathcal{M}$ bewilligen. Bei den weiteren Verhandlungen einigte man sich dann auf einen Preis von 170 000 $\mathcal{M}$, der auch die Zustimmung des Vorberatungsausschusses fand. Auf dem erwähnten Grundstück stehen vier Arbeiterhäuser mit Stallungen. Das Grundstück ist 4838 Quadratmeter groß, von denen 889 Quadratmeter zur Mühlstraße gehören. Bei einem Preise von 170 000 $\mathcal{M}$ beläuft sich der Quadratmeter auf 35 $\mathcal{M}$ und nach Abzug der Straßenfläche auf 43 $\mathcal{M}$. Durch Mißeinnahmen würden rund 5 Prozent des Kaufpreises gedeckt werden können. Das Grundstück hat eine Front von 107 Metern und eine Tiefe von durchschnittlich 36 Metern. Das Grundstück liegt mitten in der Stadt, ein anderes derartiges Grundstück dürfte nicht zu haben sein. Man kann die Frage aufwerfen, ob jetzt ein Ankauf notwendig sei oder erst dann, wenn man das Grundstück wirklich braucht. Die Erben werden sicher nicht warten, sondern das Grundstück jedem belichigen Reflektanten verkaufen. Wenn es tatsächlich in der Stadt ein günstigeres Grundstück nicht zu kaufen gibt, so sollen wir es kaufen, ein besseres werden wir nicht finden. Die Entwicklung der Stadt wird weitere Fortschritte machen, und wir müssen dafür sorgen, daß sich die Stadt für ihre eigenen Zwecke Grundstücke sichert. Zu welchem Zwecke das Grundstück in der Mühlstraße Verwendung finden wird, steht noch nicht fest; das ist auch nicht nötig, denn wir können es zu allen möglichen Zwecken gebrauchen. Der Preis ist nicht zu hoch, er ist nicht billig, aber auch nicht zu teuer. Selbst wenn wir den Wert der ziemlich baufälligen Gebäude gleich Null rechnen, ist der Kaufpreis immer noch erträglich. Ich bitte daher, dem Beschluß des Magistrats und des Vor-

beratungsausschusses, die beide dem Kauf zugestimmt haben, beizutreten.

Stadtv. Pinkeus fragt, ob man mit großen Herstellungskosten rechnen müsse, um aus dem Grundstück Einnahmen herauszuholen.

Stadtv. Ulrich erwidert, daß durch Vermieten interimistische Einnahmen geschaffen werden würden und daß das eine Gebäude vorläufig als Kulissenhaus für das Stadttheater dienen solle.

Oberbürgermeister Bohlmann erwähnt, daß zur Aufbringung des Kaufpreises die Aufnahme einer neuen Anleihe nicht erforderlich sein werde. Die Gebäude könne man zum Teil zu Wohnungen für Arbeiter und Angestellte verwenden. Einnahmen aus dem Grundstück würden, wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch sicher mit der Zeit, erwachsen. Bei dem Ankauf des Grundstückes handle es sich um einen Gelegenheitskauf, den der Magistrat mit großer Freude begrüße, denn die Stadt brauche ein solches Grundstück notwendig.

Stadtbaurat Delsner: Das Grundstück wird uns nach dem Kriege gute Dienste leisten. Es enthält 32 Wohnungen mit Stube und Küche, die zum Teil sehr verwahrloßt, zum Teil unbebaut sind. Die Speicher können teilweise zu Wohnungen ausgebaut werden. Was später aus dem Grundstück wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die Lage des Grundstückes ist deshalb sehr günstig, weil es in der Krümmung der Mühlstraße liegt und so das Straßenbild beherrscht.

Stadtv. Münch: Der Preis für das Grundstück ist durchaus gerechtfertigt. Vor rund 20 Jahren hat dasselbe Grundstück 100 000 M gekostet.

Stadtv. Ratschinsky: Ich kann die Vorlage als nützlich anerkennen, aber nicht als notwendig. Ich wundere mich, daß das Grundstück, das vor 20 Jahren 100 000 M gekostet hat, bei der wachsenden Konjunktur der Jahre noch keinen Käufer gefunden hat. Nur ein Gebauen des Grundstückes ist in den nächsten 5 Jahren nicht zu denken. Ich bin jedenfalls von der Notwendigkeit des Ankaufes nicht durchdrungen. Wenn wir das Grundstück nach dem Kriege selbst mit 200 000 M bezahlen müßten, so würden wir immer noch ein besseres Geschäft machen, als wenn wir es jetzt kaufen und größere Summen für Ausbesserungsarbeiten hineinstecken.

Stadtv. Dr. Reich: Herr Kollege Ratschinsky gibt uns den Rat, mit dem Ankauf zu warten. Ich kann diesem Rate nicht folgen, denn wir wissen nicht, ob wir das Grundstück später bekommen. Die Grundstückspreise werden nicht so bleiben, wie sie heute sind, wir werden

vielmehr mit einer erheblichen Steigerung der Grundstückspreise rechnen müssen. Viele Häuser stehen der Stadt nicht zur Verfügung. Ich habe mich direkt gefreut, daß uns dieses Grundstück in der Mühlstraße zum Kaufe angeboten worden ist. Wir Anwohner der Mühlstraße haben ein großes Interesse daran, daß dieses Grundstück nicht in seiner heutigen Verfassung bleibt, denn die Häuser sehen sehr schlecht aus. Wenn wir mit geringen Mitteln eine Besserung erzielen können, so wird uns die Bürgerchaft dankbar sein.

Stadtv. Pistorius tritt gleichfalls für den Ankauf des Grundstückes ein, das besonders zur Beschaffung von Arbeiterwohnungen geeignet sei. Wir werden froh sein, wenn uns derartige Wohnungen zur Verfügung stehen.

Oberbürgermeister Pohlmann: Das Grundstück ist früher schon höher taxiert worden. Wir werden anfangs 2000 bis 3000 M zu setzen müssen, mehr nicht. Daß wir das Grundstück in der Zukunft gebrauchen können, steht außer Frage.

Bei der Abstimmung über die Vorlage, von der sich Stadtv. Wanjura in seiner Eigenschaft als Pfleger der Zimmermannschen Kinder ausschließt, wird der Ankauf des Grundstückes einstimmig beschlossen.

7. Bewilligung eines Betrages von 150 000 M an den Zentralhilfsfonds.

Referent Stadtv. Dr. Hoffmann: 150 000 M sind keine Kleinigkeit, aber es bleibt uns nichts übrig, als den Betrag zu bewilligen. Die Ausgaben sind derartig erzwungen, daß uns keine andere Wahl bleibt. Es handelt sich da um Ausgaben für Verpflegung durchfahrender Krieger und Verwundeter, für Nähstuben, Volksküchen, Suppenküchen, Soldatenheime usw. Die Summe von 150 000 M ist i. Rt. vorschußweise bewilligt worden, muß aber jetzt unter allen Umständen bezahlt werden. Deswegen hat der Magistrat den Antrag gestellt, die 150 000 M zu bewilligen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld verliest darauf verschiedene Zahlen aus der der Stadtverordneten = Versammlung zugegangenen Gesamtübersicht über Einnahmen und Ausgaben des Zentralhilfsfonds der Stadt Raitowik. Danach betrugen die Gesamteinnahmen des Zentralhilfsfonds für die Zeit vom August 1914 bis Ende März 1918 2 071 119 M. Die Stadt hat zu dieser Summe folgende Zuschüsse geleistet: Im August 1914 30 000 M, Dezember 1915 90 000 M, Oktober 1916 175 000 M, September 1917 100 000 M, zusammen 395 000 M. Zu dieser Summe kommen noch die vorschußweise be-

willigten 150 000 *M* hinzu, sodaß sich also die

Gesamtzuschüsse der Stadt auf 545 000 *M*

belaufen. Von dieser Summe soll ein Drittel von der Stadt getragen werden, während der Staat zwei Drittel zuschießt.

An weiteren Einnahmen hatte der Zentralhilfsfonds an Reichs- und Staatsbeihilfen bis Ende Dezember 1917 1 145 782 *M*, an Spenden aller Art 249 167 *M*, an sonstigen Einnahmen 131 169 *M* zu verzeichnen.

Oberbürgermeister **Pohlmann**: Wir sind in einer Zwangslage und müssen die Summe bewilligen, denn der Staat gibt seine Zuschüsse nur unter der Bedingung, daß ein Drittel von uns getragen wird. Im großen und ganzen sind wir noch glimpflich davongekommen.

Stadtv.-Vorst. **Grünfeld** verliest sodann eine detaillierte Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des Zentralhilfsfonds, die voraussichtlich vom Magistrat in den Tageszeitungen veröffentlicht werden wird, weshalb wir von einer Wiedergabe an dieser Stelle absehen können.

Stadtv. **Braetisch**: Ich will nicht gegen die Vorlage stimmen, aber ich bin der Ansicht, daß wir über die Ausgaben des Zentralhilfsfonds genauer unterrichtet werden müssen. Die Zusammenstellung nennt nur die Endsummen, gibt aber nicht an, in welcher Weise die Gelder ausgegeben werden.

Oberbürgermeister **Pohlmann**: Wir werden dem Wunsche Rechnung tragen und mit der Zeit eine Uebersicht über die Einnahmen, Ausgaben und Organisation des Fonds zur Verfügung stellen. Die Verwaltung ist z. Rt. derzeit mit Arbeit überlastet, daß wir dazu noch nicht gekommen sind.

Stadtv.-Vorst. **Grünfeld**: Die Rechnungsberichte existieren ja, vielleicht können wir sie vervielfältigen lassen und den Stadtverordneten zur Verfügung stellen. Es wird monatweise Rechnung gelegt.

Stadtv. **Pistorius**: Es wäre gut, wenn in der „Kattowitzer Zeitung“ eine Veröffentlichung über die Einnahmen und Ausgaben des Zentralhilfsfonds erfolgen würde. In früheren Jahren ist die Veröffentlichung regelmäßig erfolgt. Es empfiehlt sich, dies Verfahren zu wiederholen.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die 150 000 *M* einstimmig bewilligt.

Stadtv. Dr. **Reich** richtet sodann folgende Anfrage an den Magistrat:

„Hat der vorjährige längere

Landaufenthalt unserer Schulkinder
auf die körperliche und geistige Entwicklung und

auf ihre Nahrung günstig eingewirkt. Wird in diesem Jahre eine Entsendung der Kinder in dem gleichen Umfange erfolgen können?"

Oberbürgermeister Pohlmann erwidert darauf folgendes:

Der vorjährige längere Aufenthalt unserer Kinder auf dem Lande hat auf ihre körperliche Entwicklung sehr günstig eingewirkt. In einigen Fällen ist eine bedeutende Zunahme an Körpergewicht festgestellt worden. Die geistige Entwicklung in Bezug auf die Fortschritte in der Schule ist naturgemäß weniger günstig gewesen. Als Hindernismomente kamen in Frage die Verletzung in weniger gegliederte Schulen mit zum Teil überfüllten Klassen und manchmal Unterrichten sämtlicher Kinder in einer Abtheilung. Andererseits haben die Kinder wiederum Kenntnisse und Fertigkeiten gewonnen, die das Landleben bietet, wodurch der Erfahrungskreis der Kinder bereichert wurde. Für die geistige Reifung war also der Aufenthalt immerhin von Bedeutung. In Bezug auf die Nahrung sind von denjenigen Kindern, die während der ganzen Zeit des Aufenthalts auf dem Lande geblieben sind, günstige Einwirkungen wahrzunehmen gewesen. In diesem Jahre haben sich der Unterbringung der Kinder auf dem Lande erhebliche Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Deshalb waren wir gezwungen, die Kinder bis nach Niederschlesien, u. a. nach dem Kreise Löwenberg, zu schicken. Wir hoffen jedoch, trotz der großen Schwierigkeiten, die Zahl von 500 erreichen zu können.

8. Verwendung des Betriebs- und Zinsenüberschusses der städtischen Sparkasse aus dem Jahre 1917.

Der Magistratsbeschluss lautet folgendermaßen: Die Betriebs- und Zinsenüberschüsse des Jahres 1917 betragen 109 960 Mark. Verwendbar sind hieraus gemäß Statut 76 972 Mark. Diesem Betrage sollen nur entnommen werden: 1000 Mark für Wohltätigkeitszwecke aller Art zur Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters, 3000 Mark zur Vergabe von Mietsbeihilfen an kinderreiche Familien in der Stadt Rattowitz, bis zu 2000 Mark zur Sparprämienvergabe an Sparer, bis zu 250 Mark zur Gewährung von Prämien an etwa 50 Schüler und Schülerinnen der Volksschulen. Die einzelne Schulprämie soll 5 Mark nicht übersteigen. Das sind zusammen 6250 Mark.

Der Ueberrest der Betriebs- und Zinsenüberschüsse des Jahres 1917 soll dem Reservefonds verbleiben.

9. Anderweitige Festsetzung der Reisekosten- entschädigung für die Oberlehrerinnen am hiesigen Lyzeum.

Wie der Referent Stadtb. Ulrich mitteilt, entsprechen die gegenwärtigen Sätze nicht mehr der Zeit. Deshalb hat der Magistrat beschlossen, den Oberlehrerinnen die gleichen Sätze, wie den wissenschaftlichen Lehrern in der Oberrealschule und am Lyzeum zu bewilligen. Das Plenum erklärt sich damit einverstanden.

10. Einrichtung einer neuen Klasse am Lyzeum und Entlastung des Direktors.

Referent Stadtb. Pinkus führt zur Begründung der Vorlage folgendes aus:

Der starke Zugang zu den höheren Schulen ist schon seit mehreren Jahren eine große Sorge der städtischen Verwaltung, weil die Errichtung weiterer höherer Schulen und die damit verbundene ungeheure Belastung der Stadt immer drohender wird. Um diese Gefahr nach Möglichkeit hinauszuschieben, hatte der Magistrat vor mehreren Jahren bereits beschlossen, auswärtige Schülerinnen nur soweit aufzunehmen, als damit eine Klassenteilung nicht stattfindet. Auch diese Maßnahme hat aber nicht ausgereicht, denn in diesem Jahre war nicht einmal für unsere einheimischen Kinder in den beiden Klassen 7 des Lyzeums Platz vorhanden, sodaß zur Errichtung der 3. Klasse geschritten werden mußte. Es hängt das damit zusammen, daß in dieser Klasse ein besonderer Zugang von Schülerinnen stattfindet, die bis dahin die Mittelschule besucht haben. Der Entschluß hierzu war deshalb nicht leicht, weil wir uns darüber klar sein müssen, daß damit der Grund zur

Errichtung eines zweiten Lyzeums

gelegt ist, denn diese 3. Klasse 7 wird im nächsten Jahre eine dritte Klasse 6 und so fort. In einem Schreiben vom 7. April 1918 wird dies auch von dem Direktor des Lyzeums betont und gleichzeitig darin zum Ausdruck gebracht, daß das so entstehende neue Lyzeum an die jetzt bestehenden beiden Vollanstalten mit seinen 30 Klassen natürlich nicht mehr angegliedert werden kann, weil dazu weder der vorhandene Klassenraum noch auf die Dauer die Arbeitskraft eines Direktors ausreicht. Es ist daher dringend wünschenswert und notwendig, daß die

Trennung der beiden Vollanstalten

ernstlich erwogen und in die Wege geleitet wird. Dazu ist die Bestellung eines zweiten Direktors, die Teilung des Kollegiums, der Lehrmittel und die Beschaffung der nötigen Klassenräume notwendig. Das wird nach menschlicher Voraussicht Ostern 1920 eintreten.

Herr Direktor B ü n g e r hatte zunächst erklärt, daß er nicht in der Lage sei, die etwa notwendig werdende Einrichtung der dritten Klasse 7c durchzuführen. Auf Grund einer Besprechung mit Herrn Oberbürgermeister Pohlmann und Bürgermeister Leu, hat sich Herr Direktor B ü n g e r dann doch bereit erklärt, die neue Klasse L 7c zu übernehmen und den weiteren Ausbau der Anstalt bis zu dem gedachten Zeitpunkt durchzuführen, wenn ihm von jetzt ab eine namhafte Einkommensaufbesserung und eine

wesentliche Entlastung

gewährt wird. Bei der Aufbesserung bittet Herr Direktor B ü n g e r zu berücksichtigen, daß er seit Ostern 1914 zwei Vollanstalten leitet, an denen 36 etatsmäßige Lehrkräfte tätig sind und daß er bis Ostern 1916 das Volksschullehrerinnenseminar geleitet hat, ohne hierfür eine besondere Vergütung erhalten zu haben.

Die Entlastung soll darin bestehen, daß Aufsicht und Verwaltung des Hauses einschl. Beschaffung und Verwaltung des Inventars und der Lehrmittel sowie die Beiseinigung der Rechnungen einem Mitgliede des Kollegiums übertragen wird. Ferner soll der Betrag für Beschaffung der Schreibhilfe sachgemäß erhöht werden, da der bisherige Betrag zur Erhaltung einer eingerichteten Kraft nicht ausreicht.

Das Kuratorium hat sich mit dieser schwerwiegenden Frage eingehend beschäftigt. Im Vorberatungsausschuß wurden die auch schon im Kuratorium geltend gemachten Bedenken hervorgehoben, ob durch unsere Beschlüsse die im Interesse der Anstalt und der Schülerinnen gewünschte Entlastung tatsächlich stattfindet und es wurde auch hier anerkannt, daß eine möglichst baldige Teilung der Anstalt mit je einem Direktor ein dringendes Bedürfnis und im Interesse der Anstalt wünschenswert sei. Auch die Frage der Zulassung auswärtiger Schüler bei den hiesigen höheren Lehranstalten ist eingehend erörtert worden. Hierbei wurde angeregt, der Magistrat möge die

Bildung eines Zweckverbandes

mit den umliegenden Ortschaften in Erwägung ziehen. Dadurch würden die betreffenden Orte die Möglichkeit haben, soweit sie selbst keine Schulen unterhalten wollen oder können, durch Leistung eines Beitrages zu den Unterhaltungskosten sich die Aufnahme der betreffenden Kinder an den hiesigen Schulen zu sichern.

Der Vorberatungsausschuß stimmte schließlich dem Magistratsantrage zu mit der Maßgabe, daß Herrn Direktor B ü n g e r vom 1. Oktober 1917 ab bis zur Durchführung der Trennung

der Anstalten eine nicht pensionsberechtigte Gehaltszulage von 1000 M bewilligt wird.

Stadtv. Dr. Hoffmann: Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Leitung einer solchen Anstalt über die Kraft eines einzelnen Menschen hinausgeht. Die Arbeitsleistung des Herrn Direktor Büniger wird nicht zu hoch bewertet. Ich möchte aber andererseits feststellen, daß Herr Direktor Büniger trotz der Zulage nicht in der Lage sein wird, alle Aufgaben, die an ihn gestellt werden, zu erfüllen. Es bleibt uns nichts übrig, als die Anstalten zu zerlegen. Unter dieser Voraussetzung bitte ich, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Pistorius: Ich bitte die Trennung der Anstalt in zwei Vorkanstalten baldigst vorzunehmen.

Oberrürgermeister Pohlmann: Das Wort „baldigst“ ist in der Bürokratisprache ein dehnbarer Begriff. Eine baldige Trennung halte ich für ausgeschlossen. Ich möchte deshalb schon heute betonen, daß wir eine baldige Trennung der Anstalt heute nicht versprechen können.

Stadtv. Pistorius: Die Trennung der Studienanstalt und des Gymnasiums bedarf nur eines neuen Direktors und der wird auch jetzt zu haben sein. Herr Direktor Büniger ist sehr überlastet; man kann durch Mehrbezahlung nicht mehr aus einem ausgequetschten Menschen herausholen. Man muß etwas tun, um eine wirkliche Entlastung herbeizuführen. Das kann nur durch eine Trennung erfolgen. Ich möchte bitten, die Trennung noch in diesem Jahre stattfinden zu lassen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Wir wollen unsere Wünsche dahin zusammenfassen, daß wir den Magistrat bitten, uns bis spätestens Oktober d. Js. nähere Vorschläge für die Trennung zu machen.

Oberrürgermeister Pohlmann: Wir werden bis dahin keine durchgreifenden Vorschläge machen können, dafür fehlen uns die Mittel. Ich betone nochmals, daß wir heute nichts Bestimmtes versprechen können.

Es folgt sodann die Abstimmung, bei welcher der Magistratsvorlage zugestimmt wird mit der Maßgabe, daß Herrn Direktor Büniger ab 1. Oktober 1917 bis zur Trennung der Anstalt eine nicht pensionsberechtigte Zulage von 1000 M bewilligt und daß die Trennung möglichst schnell in die Wege geleitet wird.

11. Errichtung neuer Klassen an den hiesigen Schulen.

Zur Begründung führt Referent Stadtv. Dr. Hoffmann folgendes aus: Auch die Volksschulen haben einen starken Zuwachs zu verzeichnen. Der Magistrat schlägt deshalb vor,

in der Volksschule 2 eine Vertretungskraft mit einem Gehalt von 1380 *M* anzustellen. Das Plenum schließt sich diesem Vorschlage an und bewilligt die erforderlichen Mittel.

12. Bewilligung einer Beihilfe für die Volksbibliothek.

Der Magistrat hat beschlossen, 400 *M* zu bewilligen, falls die Regierung den gleichen Betrag zufügt. Dießem Beschlusse stimmt das Plenum zu.

13. Bewilligung der Kosten für einen neuen Heizkessel in der Knaben-Mittelschule.

Anfang März sind zwei Kessel in der Knaben-Mittelschule gesprungen, während der dritte heil geblieben ist. Aus den zwei beschädigten Kesseln ist ein betriebsfähiger zusammengesetzt worden. Es muß also noch ein weiterer Kessel beschafft werden. Es liegt das Angebot einer Firma in Höhe von 7220 *M* vor. Die Gesamtausgaben werden sich einschließlich den Einbaukosten auf etwa 7900 *M* belaufen, das ist etwa 2½ Mal soviel, als ein neuer Kessel in Friedenszeiten gekostet hätte.

Die Versammlung bewilligt darauf ohne Debatte die Summe von 7900 *M*.

Stadtv. Dr. Hoffmann stellt der vorgeschrittenen Zeit wegen einen

Antrag auf Vertagung

der noch nicht behandelten Vorlagen. Auf Wunsch der Versammlung wird noch eine wichtige Vorlage zur Erledigung gebraucht.

16. Bewilligung von Mitteln für die Wasserversorgung des Südparkes.

Vor einiger Zeit ist der Elektromotor des Pumpwerkes im Hochbehälter auf der Beatehöhe für den Südpark und die ehemalige Heuserische Biegelei, sowie ein großer Teil der zugehörigen Auleitung gestohlen worden. Es ist daher eine Neubeschaffung des Motors notwendig, der in einem Hause Feldstraße aufgestellt werden soll und 2650 *M* kostet. Diese Summe wird von der Versammlung debattelos bewilligt.

Darauf werden die übrigen Punkte der Tagesordnung auf unbestimmte Zeit vertagt und die Sitzung wird kurz nach 7½ Uhr geschlossen.

v. M.

Donnerstag, den 27. Juni 1918, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Verstärkung des Titels IIIc 3 des Haushaltsplanes der Armenverwaltung (Entschädigung für die Säuglings-schweker).
3. Beitritt zum Bilderbühnenbund deutscher Städte G. B.
4. Beitritt zum Akademischen Hilfsbund, Ortsauschuß Kattowiz.
5. Erhöhung der Miete für die Räume der Kaufmännischen Fortbildungsschule.
6. Bewilligung von Kosten für ein Gutachten betr. die Wasserversorgung von Kattowiz.
7. Gewährung von Zuschlägen bei Dienstreisen.
8. Genehmigung der Haushaltsplanüberschreitungen aus dem Rechnungsjahre 1916.
9. Erlass eines Gemeindefbeschlusses über die Beschlußfähigkeit der Stadtverordneten-Versammlung.
10. Aufbesserung der Bühne für Aushilfskräfte und Nachbewilligung der erforderlichen Mittel.
11. Vertrag mit der Schlesischen Kleinbahn-Gesellschaft wegen Ausbau der alten Linien in Normalspur und Doppelgleis und wegen des Baues neuer Linien.
12. Wahl
 - a) eines Mitgliedes für das Gas- und Wasserwerk-suratorium,
 - b) eines Orates in den Einquartierungsausschuß, Handels- und Verkehrsausschuß, Markt-Preis-Notierungskommission, Markt-, Straßen- und Sicherheitsauschuß, Steuerauschuß, Steuerverwaltungsausschuß, Verschönerungsausschuß.
13. Gewährung einer Unterstützung an die Witwe eines städt. Arb. iters.
14. Gewährung einer Beihilfe an eine Lehrerin.
15. Gewährung einer Unterstützung an einen Lehrer.

Anwesend sind:

Von Magistrat die Herren: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbau- rat Delsner, Stadtrat Ruoff.

Vom Stadtverordnetenkollegium die Herren: Grünfeld, Wanjura, Borinski, Brauer, Kraemer, Woitinek, Herrmann, Rudzinski, Müller I. Gelonek, Münch, Klimanek, Drees, Scharff, Griesel, Bokorn, Dr. Breich, Schalicha, Ilbrich, Siwinna, Breslauer, Boehm, Braetich, Pinkus.

Entschuldigt fehlen die Herren: Pistorius, Vogel, Ratschinski, Dr. Hoffmann und die im Seeresdienst befindlichen Herren.

1. Mitteilungen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld teilt den Eingang zweier Schreiben des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung betr. die Frage der Wasserversorgung mit. Beide Schreiben sollen am Schluß der Tagesordnung verlesen und ihr Inhalt erörtert werden.

Die stenographischen Berichte über die Stadtverordneten-Versammlungen

sind den Stadtverordneten übergeben worden. Stadtv.-Vorst. Grünfeld teilt mit, daß auch die „Rattowizer Zeitung“ ein Exemplar der Berichte über die Stadtverordneten-Versammlungen für das verflossene Jahr und das zweite Halbjahr 1916 den Mitgliedern des Kollegiums zur Verfügung gestellt hat und spricht dem Verleger der „Rattowizer Zeitung“, dem Kollegen Carl Siwina, den herzlichsten Dank der Versammlung aus.

2. Verstärkung des Titels III. C. 3 des Haushaltsplanes der Armenverwaltung.

Stadtv. Wanjura: Es handelt sich um die Nachbewilligung von 15 M für die Säuglings-ischwester. Da gegen die Vorlage nichts einzuwenden ist, wird sie von der Versammlung genehmigt.

3. Beitritt zum Bilderbühnenbund deutscher Städte.

Stadtv. Rudzinski: Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Adermann in Stettin hat sich unter dem Namen Bilderbühnenbund deutscher Städte ein Verein gegründet, der den Sitzungen nach den Zweck hat, das deutsche Lichtspielwesen organisatorisch und technisch zu fördern, zu bereichern und zu veredeln und es so für die Schulen und für die Volksbildung nutzbar zu machen. Vor längerer Zeit hat hier ein Vortrag des Schriftführers des Vereins, Dr. Aderfnecht, stattgefunden, dem viele Herren beigewohnt haben, die dabei den Eindruck gewonnen haben dürften, daß es sich um ein ernstes Werk handelt. Der Magistrat hat beschlossen, dem Verein als außerordentliches Mitglied beizutreten und einen Beitrag von jährlich 250 M zu zahlen. Wir haben dann das Recht, für unsere Zwecke Bilder auszuleihen, natürlich gegen eine besondere Gebühr. Der Vorberatungsausschuß ist dem Beschluß des Magistrats beigetreten. Ich bitte um die Genehmigung der Versammlung. Die Vorlage wird angenommen.

4. Beitritt zum Akademischen Hilfsbund, Ortsausschuß Rattowitz.

Stadtv. Braetisch referiert über die Vorlage, verbreitet sich an Hand der Sitzungen über die Zwecke des Akademischen Hilfsbundes, die der Öffentlichkeit aus der Presse bekannt geworden sind und teilt mit, daß der Magistrat beschlossen hat, dem Ortsausschuß Rattowitz mit einem Jahresbeitrag von 100 M beizutreten. Die Vorlage wird ohne Abstimmung angenommen.

5. Erhöhung der Miete für die Räume der kaufmännischen Fortbildungsschule.

Stadtb. Breslauer: Für die Räume werden jetzt 2300 M. verlangt. Es ist z. Bt. unmöglich, andere Räume zu bekommen. Es handelt sich bei der Erhöhung der Miete um einen Preis, der der allgemeinen Mietssteigerung entspricht und ich empfehle deshalb die Annahme der Vorlage. Die Versammlung nimmt die Vorlage an.

6. Bewilligung von Kosten für ein Gutachten betr. die Wasserversorgung von Kattowitz.

Stadtb. Braetisch: Das von der Versammlung beschlossene Gutachten ist eingegangen und den Herren in Abschrift mitgeteilt. Der Gutachter, Ingenieur Rosenquist = Breslau, berechnet dafür den Betrag von 1000 M., welcher dem Tarif deutscher Ingenieure entspricht. Die Versammlung genehmigt die Vorlage ohne Aussprache.

7. Die Gewährung von Zuschlägen bei Dienststreifen.

Stadtb. Brauer: Infolge der Verteuerung der Eisenbahnfahrten hat der Finanzminister angeordnet, daß die Zuschläge zu der Fahrt zu bewilligen sind und daß ferner eine Erhöhung der Tagegelder eintritt. Der Magistrat hat beschlossen, sich diesem Vorgehen auch für die Verwaltung der Stadt Kattowitz anzuschließen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

8. Genehmigung der Haushaltsplanüberschreitungen aus dem Rechnungsjahr 1916.

Stadtb. Pinkus: Die Nachbewilligungen sind den Herren zugegangen. Ich kann mich darauf beschränken, die größeren Ausgaben, die in der Hauptsache zur Höhe der Summe beitragen, zu erläutern. Die Überschreitungen finden ihren Aufschluß in der Verteuerung der Verhältnisse. Es ist bekannt, daß ein Haushaltsplan für die Jahre 1916 und 1917 nicht aufgestellt werden konnte. Deshalb sind diese Überschreitungen des Haushaltsplanes als solche nur anzupprechen im Vergleich zu den Verhältnissen des Jahres 1915, da sie nach diese bemessen werden. Selbstverständlich sind die Verhältnisse heute wesentlich andere. Die zunehmende Einziehung von Beamten erforderte Vertretungskosten in Höhe von 70 000 M. An Heizungs- und Beleuchtungskosten mußten 12 000 M., an Löhnen 5500 M. mehr aufgewendet werden. Dadurch erhöhten sich auch die Beiträge für die sozialen Versicherungen um etwa 8000 M., an Landarmenkosten wurden 4500 M. mehr aufgewendet. Bei der Steuerverwaltung wurden ebenfalls Mehraufwendungen

gen nötig. Beim Krankenhaus betragen sie 36 000 *M* für Verpflegung, weil diese ganz erheblich teurer geworden ist; diesem Betrage stehen aber Mehreinnahmen von 35 000 *M* entgegen. Die Rechnung ist geprüft worden, hat aber zu Ausstellungen keinen Anlaß geboten. Die Summe der Ueberschreitungen beträgt 212 466,99 *M*. Redner bittet, die Ueberschreitungen des Haushaltsplanes zu genehmigen, was ohne Aussprache geschieht.

9. Erlass eines Gemeindebeschlusses über die Beschlussfähigkeit der Stadtverordneten- Versammlung.

Stadtb. Albrich: Die Schwierigkeiten des Krieges haben Anlaß gegeben, für die Kommunen in einem Notgesetz zu bestimmen, daß an Stelle der bislang vorgeschriebenen Beschlussfähigkeit mit über die Hälfte des Kollegiums

**eine solche von mehr als ein Drittel der
Mitglieder**

eintreten kann. Der Magistrat hat beschlossen, daß diese Aenderung auch für die Stadtverordneten-Versammlung in Ratowitz Platz greifen soll, daß also die Beschlussfähigkeit der Versammlung besteht, wenn mehr als ein Drittel der gewählten Mitglieder anwesend sind. Der Vorberatungsausschuß ist dem Beschluß des Magistrats beigetreten, hat aber eine kleine Einschränkung beschlossen, nämlich, daß die Aenderung nicht auch auf den Vorberatungsausschuß, Platz greifen soll, sodaß also beim Vorberatungsausschuß die Beschlussfähigkeit nur dann vorhanden ist, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

Es handelt sich bei dieser Vorlage

um einen schwerwiegenden Beschluß.

Wird es für uns Gejeh, so könnten wir über das Wohl und Wehe der Stadt beschließen, wenn nur mehr als ein Drittel der Stadtverordneten anwesend sind. Bei dem großen Interesse, das die Mitglieder der Versammlung bisher dem Allgemeinwohl entgegengebracht haben, kann man aber annehmen, daß wir niemals oder nur selten von der neuen Vorschrift Gebrauch machen müßten. Wir wollen hoffen, daß jeder Kollege nach wie vor seine Pflicht für das Allgemeinwohl erfüllen wird und ich kann deshalb den Antrag zur Annahme empfehlen.

Stadtb.-Vorst. Grünfeld stellt fest, daß nach der neuen Vorlage die Anwesenheit von 15 Mitgliedern zur Beschlussfähigkeit genügt.

Stadtb. Boehm: Der Beschluß ist

**äußerst wichtig und in seiner Tragweite gar-
nicht zu übersehen.**

Ich bitte die Vorlage dahin zu formulieren, daß sie nur für die Dauer des Krieges Geltung behält.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld bemerkt dazu, daß das selbstverständlich sei.

Oberbürgermeister Pohlmann: Es ist selbstverständlich, daß dieser Beschluß jeden Tag wieder abgeändert werden kann. Wir müssen zunächst Erfahrungen sammeln, wie sich die Verhältnisse unter den neuen Bestimmungen gestalten.

Stadtv. Brauer: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir 42 Mitglieder sein sollen, daß wir aber schon lange nicht mehr diese Zahl von Mitgliedern beisammen haben. Wir sind höchstens noch 33. So groß ist die Differenz zwischen dieser Ziffer bezw. zwischen der sich daraus ergebenden Beschlußfähigkeit und der Beschlußfähigkeit nach der neuen Bestimmung nicht, daß wir darüber Sorge haben sollten. Wir können nicht annehmen, daß nach diesem neuen Beschluß die Herren ihre Aufgaben minder schlecht erfüllen werden.

Stadtv. Griesse: Ich habe gegen die Vorlage

die allerschwersten Bedenken,

weil wir dadurch zu einer noch größeren Einschränkung unserer Rechte kommen. Es muß festgelegt werden, daß der Beschluß nur für die Dauer des Krieges Geltung haben soll. Wenn wir ohne diese Einschränkung den Beschluß annehmen, so ist er einmal eingeführt und das Liebgewordene läßt sich bekanntlich schwer wieder beseitigen. Es könnte in der Zukunft der Zufall eintreten, daß das Interesse der Mitglieder des Kollegiums einschläft und es ist doch sehr leicht möglich, daß in einer so beschlußfähig gewordenen Versammlung die anwesenden Mitglieder

die Majorität durch Beschlüsse vergewaltigen.

Diese Befürchtung besteht zwar nicht jetzt, sie kann aber in der Zukunft bestätigt werden. Daher bitte ich, die Einschränkung zu machen, daß der Beschluß nur für die Kriegsdauer Geltung haben soll.

Oberbürgermeister Pohlmann: Die Debatte ist sehr interessant. Es handelt sich hier um einen Teil der Verwaltungsreform, wie sie kommen soll. Man hat in erster Linie daran gedacht, die Verwaltung während des Krieges zu vereinfachen, und dann später weiter zu gehen. Selbstverständlich sind die hier geäußerten Bedenken auch an anderer Stelle aufgetaucht, aber man will sehen, wie weit man in der Verwaltungsreform gehen kann. Das hier in Frage kommende Gesetz ist

nur als ein Versuch aufzufassen. Artikel 13 des Notgesetzes besagt, daß die abgeänderten Bestimmungen nur für 2 Jahre nach Friedensschluß Geltung haben sollen. Wenn das Gesetz außer Kraft tritt, treten selbstverständlich auch wieder die alten Bestimmungen in ihre Gültigkeit. Die hier geäußerten Bedenken sollen damit weg. Wir könnten nur von neuem mit dieser Frage beschäftigt werden, wenn infolge der Aenderung der Verwaltungsgeetze auch diese Bestimmung geändert würde. Zur Zeit bestehen solche Bedenken nicht.

Stadt v. Braetisch: Ich habe nur das Bedenken, daß die Vorlage bei der geringen Zahl von Stadtverordneten

den Schwerpunkt unserer Verhandlungen noch mehr in die Ausschüsse verlegt,

was keineswegs zu wünschen ist. Ich werde für die Vorlage stimmen, möchte aber anheimgeben, sie dahin abzuändern, daß die Beschlußfähigkeit mit der Hälfte der vorhandenen Stadtverordneten eintritt.

Oberbürgermeister Bohlmann: Dieser Vorschlag ist nicht annehmbar, weil er dem Gesetz widerspricht, an dessen Wortlaut wir uns halten müssen.

Stadt v. Vorst. Grünfeld: Wir haben im Laufe der Zeit nicht die Erfahrung gemacht, daß es schwer fällt, eine beschlußfähige Versammlung zusammenzubringen. Dieser Fall könnte aber infolge der Verhältnisse eintreten. Dann können die Vorlagen nicht erledigt werden. Ich glaube aber, daß das Interesse der Herren immer so groß bleibt, wie es bisher gewesen ist. Der Magistrat wird auch wichtige Vorlagen nur dann einbringen, wenn eine beschlußfähige und möglichst zahlreiche Versammlung darüber zu beraten hat.

Nach weiteren Aeußerungen der Stadtverordneten Pinkus, Boehm und Griesel schlägt Stadt v. Vorst. Grünfeld vor, in die Vorlage einzufügen, daß sie

nur bis zu den nächsten Ergänzungswahlen der Stadtverordneten

Gültigkeit hat. Die Vorlage wird von der Versammlung in dieser Fassung angenommen.

10. Aufbesserung der Löhne für Aushilfskräfte und Nachbewilligung der erforderlichen Mittel.

Stadt v. Pinkus: Die städtischen männlichen und weiblichen Aushilfskräfte haben ein Geheiß um Aufbesserung der Löhne eingereicht und dieses mit den erheblich verteuerten Verhältnissen begründet. Die Mehrkosten für diese Aufbesserung werden sich auf 10 000 bis 11 000 M belaufen. Das Grundgehalt soll nicht erhöht werden. Die Erhöhung soll aber vom 1. April d. Js. an eintreten, sodaß heute eine

Summe von 30 000 *M* nachzubewilligen ist. Die Stadt hat ein Interesse daran, die vorhandenen Hilfskräfte nach Möglichkeit zu erhalten, da ein häufiger Wechsel die bestehenden Verhältnisse nur noch schwieriger und teurer gestaltet. Die Vorlage wird ohne Aussprache angenommen.

11. Vertrag mit der Schlesiſchen Kleinbahn A.-G. wegen Ausbau der alten Linien in Normalspur und Doppelgleise und wegen des Baues neuer Linien.

Stadtv. Ubrich: Die Kleinbahnlinien, die unser Stadtgebiet durchschneiden, sind l. Rt. von zwei verschiedenen Gesellschaften ausgebaut worden.

Die Firma Schifora u. Wolff baute die Linie Balenze—Friedrichsplatz, während die Linie in der Richtung nach Mysłowiz von der Firma Kramer u. Co. ausgeführt wurde. Von der Firma Schifora u. Wolff ging das Unternehmen auf die Oberſchl. Kleinbahn- und Elektrizitätswerke über. Die Konzession der Firma Kramer u. Co. wurde zunächst auf die Oberſchl. Dampfstraßenbahn und später gleichfalls auf die Oberſchl. Kleinbahn- und Elektrizitätswerke übertragen. Die Kleinbahn A.-G. führte die Verwaltung. Mit der Firma Schifora u. Wolff hat die Stadt Katowitz l. Rt. einen Vertrag über die Straßenbenutzung abgeschlossen,

dessen Urschrift abhanden gekommen ist.

Die Schlesiſche Kleinbahn A.-G. und die Oberſchlesiſchen Kleinbahnen und Elektrizitätswerke bestreiten nun, daß ein Vertrag überhaupt zustande gekommen ist, und daß, wenn er wirklich bestände, auf die Schlesiſche Kleinbahn A.-G. übergegangen sei. In den Stadtakten ist ein anderer Vertrag vorhanden, der aber nur eine Unterschrift trägt und dessen Gültigkeit bestritten wird. Die Kleinbahn hat sich auch geweigert, die daraus ihr obliegenden Verpflichtungen, namentlich in Bezug auf die Pflasterkosten, zu erfüllen. Die Gültigkeit dieses Vertrages wird gleichgültig, wenn der heute zur Beratung stehende Vertrag Rechtskraft erlangt, der alle bisher bestehenden Abmachungen aufhebt.

Aus dem Fehlen rechtsgültiger Verträge bildeten sich sehr

mißliche Verhältnisse zwischen der Stadt und der Kleinbahn,

aus denen sogar eine Anzahl Prozesse entstanden, die noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Die Kleinbahn beabsichtigt, ihre Strecken in Normalspur umzubauen und zum Teil zweigleisig herzustellen. Als die Entwürfe

hierfür zur Vorlage kamen, entschied die Auf-
sichtsbehörde, daß es sich im vorliegenden Falle
nicht um einen Erweiterungsbau, sondern um
ein vollständig neues Unternehmen
handle und die Kleinbahn, um bessere Bedingun-
gen zu erreichen, mit dem Wegekapitalisten
neue Verträge über die Benutzung der Straßen
abzuschließen habe. Die Stadt Rattowitz hat
natürlich

**ein großes Interesse daran, mit der Kleinbahn
im besten Einvernehmen zu leben**

und so wurde denn diese Gelegenheit von beiden
Parteien benutzt, um nicht nur die Verhältnisse
des Umbaus der Straßenbahn in Normalspur
zu regeln, sondern auch um alle Un-
stimmigkeiten zu beseitigen und auch
den Ausbau der neuen Linien nach Bogulisch,
Adaweiche und Sosnowitz zu fördern und sicher-
zustellen. Das Ergebnis der Bemühungen beider
Verwaltungen liegt nun heute in dem Vertrage
vor, in dem eine gewaltige Fülle von Arbeit
steckt. Der Vertrag ist den Herren zugegangen,
ich kann mich daher darauf beschränken, weeni-
gste Teile hervorzuhoben.

§ 1 bestimmt: Die Stadt gestattet der Klein-
bahn A.-G. die Benutzung der Straßen für die
normalspurigen Gleise bis zum 31. Dezember
1997. Das ist zwar eine lange Zeit aber das
ist nicht ungünstig.

§ 2 bestimmt: Als von der Gesellschaft be-
nutzte Wegeteile gelten für jedes Gleis
Straßenstreifen von 2 Meter Breite. Die
Kleinbahn hat innerhalb der benutzten Streifen
die städtischen Straßen zu unterhalten, ferner,
wenn gelegentlich der erstmaligen Verlegung
von Gleisen eine Neupflasterung oder Um-
pflasterung der Bahrbahn von der Stadt vor-
genommen wird, die auf dieser Breite ent-
standenen Kosten der Straßenbefestigung zu er-
setzen und, falls Straßen, in denen Gleise
liegen, von der Stadt umgepflastert werden, der
Stadt ohne Rücksicht auf die Anzahl der vor-
handenen Gleise, die auf eine Breite von zwei
Meter entfallenden Kosten der Bahrbahnbe-
festigung zu ersetzen. Die beim Vertragsab-
schluß rückständigen Pflasterbeiträge werden so-
fort bezahlt, zusätzlich 4 Prozent Zinsen.

Es handelt sich hierbei um etwa 30 000 M.

Wir waren bemüht, die Breite des Pflaster-
streifens auf 2,50 Meter Breite auszu dehnen.
Der Vertreter der Kleinbahn weigerte sich jedoch
energisch dagegen und machte weitere Zug-
eständnisse von dieser Frage abhängig.

Die Neupflasterung der Friedrichstraße
erfolgt spätestens mit dem Ausbau der Strecke
auf Normalspur. Im Falle, daß mit der

Pflasterung der Friedrichstraße: hierauf nicht gewartet werden kann, ist die Kleinbahn verpflichtet, die normalspurigen Gleise und das alte Gleis in das neue Pflaster einzubauen und die Pflasterkosten für die normalspurigen Gleise zu tragen. Diese günstige Bestimmung ist erst nachträglich in den Vertrag hineingearbeitet. Die Straßenreinigung und Schneeabfuhr liegt der Stadt ob. Ausgeschlossen bleibt die Reinigung der Gleiszone für Vertriebszwecke.

Im § 3, der sich mit technischen Bedingungen befaßt, war versucht worden, eine Bedingung in den Vertrag hineinzuarbeiten, die die Kleinbahn verpflichtete, die Elektrizität von der Stadt zu beziehen. Das war aber technisch un- ausführbar.

Im § 4 wird bestimmt, daß die Direktion der Kleinbahn vor dem 1. April 1935 nicht von Rattowitz verlegt werden darf. Die Kleinbahn leistet der Stadt Rattowitz die Gewähr, daß der Steueranteil der Gesellschaft mindestens 5000 M jährlich beträgt. Sobald und solange Sie und Direktion der Gesellschaft sich weder in Rattowitz noch in Beuthen befindet, zahlt die Gesellschaft an die Stadt

für die Benutzung der Straßen 5000 M jährlich.

Dieser Beitrag wird unter gewissen Umständen erhöht.

§ 7 bestimmt: Wenn die Kleinbahn das ihr eingeräumte Vorzugsrecht für den Ausbau neuer Linien nicht ausübt, und die Stadt oder ein anderer Unternehmer Straßenbahnen im Stadtgebiet ausbaut, so hat die Gesellschaft die nötigen Kreuzungen ihrer Gleise zu gestatten, nötigenfalls den Anschluß an ihre Strecken zuzulassen und einen Uebergangsverkehr durch Ausgabe von Umsteigekarten zu ermöglichen.

§ 11 bestimmt, daß, wenn die Gesellschaft zehnmal nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages 5 Prozent und mehr Dividende verteilt hat, die Stadt von einem Viertel des als Dividende verteilten Betrages einen Anteil nach dem Verhältnis der Straßenlänge im Stadtgebiet zur Gesamtmenge des Bahnnetzes erhält. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf den

Neubau der Linien Bogutschütz, Adaweiche und Südpark,

sowie auf die Kaiserallee. Der Bau der Strecke Lodz—Bogutschütz soll so gefördert werden, daß die Inbetriebnahme mit der umgebauten Strecke Rattowitz—Myslowitz erfolgen kann. Sie soll innerhalb dreier Jahre nach Friedensschluß normalspurig oder schmalspurig hergestellt sein. Für die Linie nach Sosnowitz wird die Kleinbahn alsbald einen Ent-

wurf ausarbeiten und Verhandlungen einleiten.

Der Vorberatungsausschuß ist dem Magistratsbeschuß beigetreten und ich möchte Sie bitten, dem Vertragsentwurfe ihre Zustimmung zu erteilen. Der Vertrag

beseitigt in erster Reihe alle schwebenden Prozesse

und Meinungsverschiedenheiten und ermöglicht für die Folge ein fruchtbringendes Zusammenarbeiten beider Verwaltungen. Er bringt uns auch die rückständigen Pflasterkosten ein und sichert den für die Weiterentwicklung unserer Stadt notwendigen Ausbau des Verkehrs wesens. Die städtischen Interessen vereinigen sich mit denjenigen der Kleinbahn. Wenn Sie, meine Herren, dem Beschlusse beitreten, so dienen Sie den Verkehrsinteressen der Stadt und das zählt zu unseren vornehmsten Aufgaben.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld dankt dem Berichterstatter für seinen außerordentlich klaren Ueberblick.

Der Vertrag wird alsdann ohne Aussprache angenommen.

12 a) Wahl eines Mitgliedes für das Gas- und Wasserwerksturatorium.

Es werden auf Vorschlag gewählt die Herren Ingenieur Dr. Müller und Generaldirektor Braetich.

12 b) Wahl eines Erfages in den Cinquartierungsausschuß, Handels- und Verkehrsausschuß, Marktpreis - Notierungs - Kommission, Markt-, Straßen- und Sicherheitsausschuß, Steuerauschuß, Steuerverwaltungsausschuß, Verschönerungsausschuß.

Es werden gewählt die Herren Breslauer, Witinek, Zelonek und Braetich.

Weitere Mitteilungen.

Ein Kriminalschutzmann hat, nachdem er an den Magistrat mehrere von diesem stets abgelehnte Gesuche um Auszahlung einer Gehaltsdifferenz gerichtet hatte, die sich aus seinem Uebertritt vom städtischen in den Dienst der kgl. Polizei ergeben hatte, ein neues Gesuch an den Stadtv.-Vorst. gerichtet.

Stadtv. Albrich berichtet über die Angelegenheit und teilt mit, er sei nach eingehender Prüfung der Sachlage zu dem Ergebnis gekommen, daß der Anspruch unberechtigt sei. Das Gesuch wird ohne Aussprache abgelehnt.

Die Lebensmittelversorgung der Stadt Kattowik.

Oberbürgermeister Pohlmann: Als ich das letzte Mal über die Lebensmittelversorgung unserer Stadt sprach, habe ich Ihnen gesagt, daß die Kartoffelversorgung immer schwieriger wird. Wir mußten für einige Wochen die Wochenration auf 5 Pfund herabsetzen, weil wir der Meinung waren, die Verhältnisse könnten sich noch schwieriger gestalten. Leider ist dieser Fall eingetreten. Die Kartoffelversorgung hatte sich dadurch so gestaltet, daß wir über den 15. Juni hinaus mehr als 5 Pfund geben konnten. Die Verhältnisse liegen auch in anderen Städten sehr schlecht. Wir werden diese Woche noch 7 Pfund geben können, dann aber nicht mehr. Wir müssen in der nächsten Woche wahrscheinlich auf 3 Pfund herabgehen und

**in den nächsten Wochen hört die Kartoffel-
versorgung überhaupt auf,**

weil Kartoffeln aus der alten Ernte nicht mehr aufzutreiben sind. Für Kattowik habe ich 6000 Zentner angemeldet, aber ich habe keine Hoffnung, daß wir sie erhalten. Die Behörden geben sich alle Mühe, die Kartoffeln vom Lande heranzuholen, aber — es ist nichts mehr vorhanden. — Die Hauptsache für die Kartoffelnot ist die, daß infolge der schlechten Futterernte viele Kartoffeln verfüttert worden sind, was man den Landleuten schließlich nicht übel nehmen kann. In erster Linie müssen wir uns auf

**die gute Gemüse- und Obstversorgung der
Stadt**

berufen. Sie ist außerordentlich gut und reichlich. Die Stadt gibt sich die größte Mühe, genügend Obst und Gemüse zu schaffen, so daß die Bevölkerung sich damit eindecken kann. Unsere Einwohner müssen nun aber auch die Gelegenheit dazu benutzen. Es ist selbstverständlich, daß wir schweren Zeiten in diesem Jahre entgegensehen und es ist deshalb Pflicht jedes einzelnen, an seine Versorgung für später zu denken. Weiter haben wir Mairüben angeschafft, die wir in reichlichen Mengen bekommen können. Die Bevölkerung kennt aber die Mairüben noch nicht; sie muß sich erst damit vertraut machen und dann können wir größere Vorräte beschaffen.

Dann wollen wir Gartenfrühkartoffeln herbeischaffen. Sie sind allerdings teuer und unter 0,90 bis 1,20 M für das Pfund werden sie im Kleinverkauf nicht abgegeben werden können. Dann ist es aber

keine Hauskartoffel mehr, sondern eine Delikatesse,

und für den kleinen Haushalt kommt sie garnicht in Frage. Wir werden uns aber durchhelfen müssen bis Ende Juli. Vor diesem Termin können wir auf Feldfrühtkartoffeln nicht rechnen. Ich bitte die Bevölkerung auch von dieser Stelle aus, sich den Verhältnissen, die recht schwierig liegen, anzupassen.

Stadtv. Boehm: Kartoffeln sind in Schlesien nicht mehr vorhanden, das weiß ich aus eigener Erfahrung. Vor Anschaffung der Mairüben muß ich aber dringend warnen. Das Publikum ist darauf nicht eingerichtet, Mairüben sind auch viel zu teuer für ihren Geschmack und stark der Fäulnis ausgesetzt. Redner bittet, sich an die Provinzialstellen zu wenden, da auch vor dem 15. Juli schon Feldkartoffeln zu haben sein würden.

Stadtv. Gries: Ich bin der Meinung, daß die Ausführungen des Vorredners bedenklich sind. In dieser schweren Zeit sollte man die Bevölkerung nicht vor einer Frucht warnen, die außerordentlich nahrhaft ist, und für das Durchhalten stark in Betracht kommt. In dieser schweren Zeit kann die Bevölkerung nicht nach dem Geschmack urteilen, obgleich auch die Mairübe nicht schlecht schmeckt, denn es handelt sich darum, der Ernährungsorgen Herr zu werden. Die Stadt macht keine Geschäfte um des Geschäfts wegen, sondern sie will die Bevölkerung versorgen. Die Aussprache ist damit beendet.

Die Wasserfrage.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld teilt die beiden Schreiben des Magistrats in der Wasserversorgungsfrage mit. Auf seinen Vorschlag hin wird das erste Schreiben dem Gas- und Wasserversorgungsausschuß zur Behandlung übergeben.

Im zweiten Schreiben des Magistrats wird

der gegenwärtige Stand der Wasserfrage

behandelt. Die Stadt Rattowitz mußte mit einem Ausfall in der Wasserversorgung nach den bestehenden Verhältnissen mit 20 bis 30 Prozent rechnen. Die Minderlieferung der Rosaliengrube ist im verflossenen Monat noch größer gewesen. Die einzige Erfolg versprechende Maßnahme wäre selbstredend die denkbar größte Einschränkung der einzelnen Verbraucher. Dieser Weg hat aber nicht zum Ziel geführt. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Wasserzuführung zur Nordstadt für längere Zeit zu unterbrechen, um der Südstadt liefern zu können. Um den nötigen Druck für die Versorgung der Südstadt herzustellen, muß zu einer gewissen Zeit das Rohrnetz der ganzen

Stadt abgesperrt werden, bis sich der Wasserstand gehoben hat. Dieser ist an einzelnen Tagen der Woche verschieden. Die Sperrung braucht aber nicht länger als $2\frac{1}{2}$ Stunden täglich zu geschehen. Ist die Südstadt einigermaßen mit Wasser versorgt, so wird die Wasserabgabe nach der Nordstadt wieder aufgenommen, die auch bei einem geringeren Druck ermöglicht werden kann. Am 18. Juni wurde die Abstellung zum ersten Male versucht; sie gelang nicht gut, weil Luftsäcke in der Leitung waren, die erst später beseitigt werden konnten, wodurch der Nebelstand verschwand. Man kann annehmen, daß alle Häuser der Südstadt am 25. Juni bis in die obersten Stockwerke versorgt wurden. Auch in der Nordstadt war die Versorgung gut, nachdem der Anschluß hergestellt war. Es ist noch nicht festgestellt, woher die gemeldeten Schwankungen der Versorgung in der Zeit vom 24. bis 25. Juni gekommen sind. Infolge der Abspernung sammeln sich in der Leitung Rückstände, die

**das Wasser leider nicht unerheblich
verschmutzen,**

so daß das erste Wasser nicht gebraucht werden kann. Dieser Nebelstand wird aber mit der Zeit verschwinden. Eine dauernde gleichmäßige Versorgung der Stadt zu erreichen, ist z. Bt. nicht möglich, sie kann nur eintreten, wenn die Rosaliengrube mehr Wasser liefert. Rattowitz kann nur zu besseren Wasserverhältnissen kommen, wenn durchgreifende Maßnahmen getroffen werden und zwar zunächst durch die Ergänzung unseres Wasserbezuges. An das Wasserwerk Oberschlesien soll die Bitte gerichtet werden, einen neu anzustellenden Techniker mit der Ausarbeitung dieses Problems zu beauftragen, ferner wird vorgeschlagen, Stadtrat Ruoff für 6 Monate zu beurlauben, in welcher Zeit er sich

mit der Frage der ergänzenden Versorgung beschäftigen soll. Ob eine solche ergänzende Versorgung überhaupt möglich ist, läßt sich heute noch nicht übersehen. Das Projekt dürfte etwa 2 bis 3 Millionen Mark kosten. Die Projektierungskosten würden etwa 20 000 bis 30 000 M betragen. Das Gas- und Wasserwerkskuratorium bittet, ihm die weitere Bearbeitung der Angelegenheit zu überlassen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld bemerkt zu dem Schreiben: Wir sehen, daß alles geschehen ist, um die Wassernot zu mildern, und es ist Hoffnung vorhanden, daß eine Besserung eintritt.

Stadtv. Braetich kommt auf seine früher geäußerten Ansichten der Wasserversorgungsfrage zurück. Was bisher geschehen ist, ist dan-

tenenswert, aber mit einer teilweisen Besserung ist in dieser ungünstigen Zeit nichts erreicht. Ich bin bezüglich der Erschließung neuer Wasserquellen sehr skeptisch, denn ich kenne die Verhältnisse in Oberschlesien zu gut.

Oberbürgermeister **B o h l m a n n**: Es ist selbstverständlich, daß das, was bis jetzt geschehen ist, nur eine Notlösung sein konnte. Aber

die ersten Uebelstände sind durch unsere neueren Maßnahmen beseitigt.

Die Bewohner der Südstadt können jetzt wenigstens den nötigen Wasservorrat zurückstellen. Ich möchte an die Bürgerschaft von dieser Stelle aus die Bitte richten, uns zu unterstützen und uns Mitteilung zukommen zu lassen, wo die Versorgung jetzt noch mangelt. Ob die Maßregeln, die Herr **B r a e t s c h** vorschlägt, eine Besserung ergeben, werden wir im Kuratorium reiflich prüfen. Sind die Vorschläge gut, so werden wir sie dankbar annehmen. Wir sind nicht der Ansicht, daß wir das absolut Richtige getroffen haben. Immerhin müssen wir einen anderen Weg gehen, nämlich den der Ergänzung der Wasserversorgung. Wir sollten damit keine Zeit verlieren.

Eine Ergänzungsverversorgung ist die einzige Lösung,

die uns in den nächsten Jahren retten kann. Alles andere scheint uns nicht möglich zu sein, weil die Verhältnisse zu ungünstig liegen. Wir dürfen keine Kosten scheuen. Die Stadt Deutben nimmt schon heute einen Wasserpreis von 22 fl , und es ist nicht einzusehen, weshalb wir den Wasserpreis bei einer entsprechenden Besserung unserer Verhältnisse nicht auch erhöhen könnten.

Stadttrat **R u o f f** trägt die Ansicht vor, die Versammlung habe es ihm gegenüber an Vertrauen fehlen lassen. Er habe seine ganze Kraft und sein bestes Können auf die Lösung der Wasserfrage angewandt, die Verhältnisse seien aber so schwierig, daß sie mit der technischen Wissenschaft nicht ohne weiteres zu lösen seien.

Stadtv.-Vorsteher **G r ü n f e l d** stellt demgegenüber fest, daß die Stadtverordnetenversammlung Stadttrat **R u o f f**s Tüchtigkeit und Fleiß stets anerkannt habe. Die Versammlung verhandelt nur über die Wasserfrage und alle persönlichen Fragen scheiden vollkommen aus.

Stadttrat **R u o f f** (fortfahrend): Die Wasserfrage ist ein äußerst schwieriges Problem, das durch die Zwitterstellung der Rosaliengrube als Versorgerin der Industrie und der Stadt geschaffen worden ist. Unterstützen Sie uns in dieser schwierigen Frage durch Ihr volles Ver-

trauen. Wir sind mit unserer Arbeit noch lange nicht zu Ende, und hoffen, der Schwierigkeiten doch noch Herr werden zu können.

Damit ist die Ansprache beendet und die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt. Zwei weitere Punkte werden in geheimer Sitzung besprochen. Schluß 7 Uhr.

F. T.

Donnerstag, 18. Juli 1918.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. a) Uebernahme der Handelsschule durch die Stadt.
b) Erhöhung des Schulgeldes an der kaufmännischen Fortbildungsschule und Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts.
c) Nachtrag zum Ortsstatut für die kaufmännische Fortbildungsschule in Rattowitz vom 10. Juni 1914.
11. September
d) Einrichtung einer Verwaltungsdeputation für die kaufmännischen Bildungsanstalten der Stadt Rattowitz
e) Anstellung und Besoldung der Lehrpersonen an den kaufmännischen Bildungsanstalten.
3. Bewilligung von Mitteln für das Mietscheinungsamt
4. Bewilligung von Kosten für die von der deutschen Richt- bildgesellschaft am 9. April 1918 hier veranstaltete Muster- ausführung.
5. Erhöhung des Pflegegeldes für die im St. Josefsstift zu Grabine untergebrachten Kinder.
6. Bewilligung einer Beihilfe an den deutschen Ostmarken- verein für die Herstellung von Ostmarkenfilms.
7. Wahl eines Mitgliedes für die Steuerverwaltung.
8. Gewährung einer Beihilfe an einen Beamten.

Anwesend vom Magistrat die Herren: Ober-
bürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu,
Stadtrat Zimmermann, Stadtrat Ruoff,
Stadtbaurat Guttmann, Stadtbaurat Delzner.

Von den Stadtverordneten die Herren:
Borinski, Braetsch, Wanjura, Rudzinski, Dr.
Glaser, Kraemer, Griefe, Grünfeld, Pistorius,
Klimanek, Brauer, Ulbrich, Müller I, Scharff,
Münch, Potorny, Hoffmann, Drees, Siwinna,
Pikus, Schallscha, Breslauer, Dr. Breiß,
Woitinek.

Entschuldigt fehlen die Herren: Belonek und
Boehm und die im Felde stehenden Mit-
glieder.

Oberbürgermeister Pohlmann eröffnet
um 5,20 Uhr die gemeinsame Sitzung des
Magistrats und der Stadtverordneten zwecks
Wahl von drei Mitgliedern und deren Stell-
vertreter für den

Zweckverband Wasserwerk Oberschlesien

und ernannt zu Beisitzern für die Wahl Stadt-
verordneten-Vorsteher Grünfeld, stellwer-
tretenden Stadtb.-Vorst. Pistorius und
Schriftführer Wanjura. Oberbürgermeister
Pohlmann führt dann aus: Der Zweckver-
band Wasserwerk Oberschlesien ist gebildet wor-
den und mit dem 10. d. Mts. in Kraft getreten.
Der Regierungspräsident legt Wert darauf, daß
die Wahlen bald stattfinden. Wir haben drei
Mitglieder in den Verbandsausschuß zu

wählen. Magistrat und Vorberatungsausschuß sind dahin schlüssig geworden, ein Magistratsmitglied und zwei Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung in den Ausschuß zu wählen. Die Wahl ist formlos und kann durch Zuruf erfolgen. Ich frage zunächst, ob dies geschehen soll. (Zustimmung.) Die Wahl erfolgt demnach durch Zuruf. Wir schlagen Ihnen vor, vom Magistrat Stadtrat Kupff, als seinen Stellvertreter Stadtbaurat Delsner, von der Stadtverordneten-Versammlung Stadtv.-Vorst. Grünfeld, als seinen Vertreter Stadtv. Braetisch und Stadtverordneten-Vorsteher-Stellb. Pistorius und als seinen Stellvertreter Stadtv. Drees. Die Versammlung stimmt diesen Vorschlägen zu. Hiermit ist die gemeinsame Sitzung geschlossen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld eröffnet hierauf die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

1. Mitteilungen.

Es liegt ein Schreiben des Chefs des Generalstabes des stellb. Generalkommandos des 5. Armeekorps vor, worin der Dank ausgesprochen wird für die gastliche Aufnahme, die die Mitglieder der Informationsreise in Rattowik gefunden haben. Weitere Mitteilungen sind nicht eingegangen.

2. Regelung des kaufmännischen Bildungswezens der Stadt Rattowik.

Der Referent Stadtv. Brauer führt aus: Die Vorlage, die ich hier zu vertreten habe, erscheint im ersten Augenblick als eine sehr umfangreiche, ist es in der Tat aber nicht. Es ist auch eigentlich nicht neu, was geschaffen werden soll. Vielmehr ist die Anstalt fast vollständig ausgebaut und zum Teil wie die Pflichtfortbildungsschule bereits städtisch. Daß die Handelsschule noch nicht städtisch ist, ist allein die Folge des Krieges, denn bereits bei Ausbruch des Krieges waren die Verhandlungen so weit gediehen, daß die Uebernahme derselben in städtische Verwaltung nur eine Frage von ganz kurzer Zeit war. Bei Ausbruch des Krieges wurde diese Angelegenheit wie so manche andere zurückgestellt. Hätte man eine so lange Dauer des Krieges voraussehen können, so wäre voraussichtlich die Angelegenheit nicht vertagt worden. Nun ist es aber nicht angängig, die Erledigung noch länger hinauszuschieben. Nach Kriegsende wird die Kaufmannschaft zweifelsohne vor neue, jetzt noch nicht geahnte Aufgaben gestellt werden, und ist es daher dringend erforderlich, daß die Bildungsanstalten schon jetzt ausgebaut werden, damit der

werbenden Kaufmannschaft die Möglichkeit der weitgehendsten Vorbildung

gegeben wird. Diese Bildungsanstalten setzen sich zusammen:

1. aus der Pflichtfortbildungsschule und den Einzelkursen;
2. der Handelsschule;
3. der zu erstrebenden höheren Handelsschule.

Nach ministeriellen Bestimmungen ist die Einrichtung einer höheren Handelsschule, die wir unbedingt anstreben müssen, an die Voraussetzung geknüpft, daß die ersteren beiden Bildungsanstalten städtisch und völlig ausgebaut sind. Die *Unkosten* hierfür werden sich selbstredend erhöhen, sind aber keinesfalls so hohe, daß eine Stadt wie Rattowitz sie nicht darauf verwenden müßte. Die Handelsschule ist nicht, wie vielfach angenommen wurde, während der Kriegszeit zurückgegangen, sie hat vielmehr ihre Daseinsberechtigung voll erwiesen. Nach erfolgtem Ausbau wird sie die Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Dienst haben, und sollte dann vielleicht auch diese Berechtigung nicht mehr die Bedeutung von heute haben, so würde die Schule auch dann nicht überflüssig sein. Der Anfang zur höheren Handelsschule ist bei der Handelsschule auch bereits gemacht, indem eine Klasse angegliedert ist, in der nur Schüler und Schülerinnen mit bestimmter Vorbildung aufgenommen werden. Gerade diese Klasse hat bei einer Revision, die vor einiger Zeit stattfand, die besondere Aufmerksamkeit und Zufriedenheit des Revisors gefunden. Mit Rücksicht auf die Erhöhung der *Unkosten* mußte das Schulgeld bei der Pflichtfortbildungsschule auf 24 *M.* erhöht werden. Für den Hausaltungsunterricht soll ein Schulgeld nicht erhoben werden. Deshalb muß die Stadt die anteiligen Kosten tragen. Die von der Stadt aufzubringenden Kosten betragen für die Fortbildungsschule 6725 *M.*, für den Hausaltungsunterricht 1550 *M.*, für die Handelsschule 2270 *M.*, den angefügten Hausaltungsunterricht 215 *M.* und für die höhere Handelsschule 880 *M.*, insgesamt also 11 610 *M.* Dabei ist zu berücksichtigen, daß die beiden ersten Posten mit rund 8300 *M.* von der Stadt getragen werden müssen. Die Mehrbelastung beträgt also noch etwa 4000 bis 5000 *M.* Auf Fragen, ob die jetzigen Schulkäume ausreichen, und wir durch den Bau eines neuen Schulhauses nicht zu weiteren hohen Ausgaben genötigt werden könnten, ist seitens des Leiters der Anstalten ausdrücklich erklärt worden, daß die gegenwärtigen Räumlichkeiten voll ausreichen. Derartige Befürchtungen sind also grundlos, und ich kann Ihnen

die Annahme der Beschlüsse des Magistrats und des Vorberatungsausschusses nur warm empfehlen. Der Referent bringt dann diese Beschlüsse zur Verlesung:

a.) Uebernahme der Handelsschule durch die Stadt.

Die bisher in eigener Verwaltung stehende Handelsschule wird vom 1. Oktober 1918 mit allen Rechten und Pflichten von der Stadt übernommen und vom 1. April 1919 ab als zweijährige Handelsschule ausgestaltet. Gleichzeitig wird beschlossen, als weiteren Ausbau vom 1. April 1919 ab eine höhere Handelsschule einzurichten. An Schulgeld soll vom 1. April 1919 ab erhoben werden: An der Handelsschule von Reichsangehörigen 120 M., von Reichsausländern 180 M. für das Jahr, an der höheren Handelsschule von Reichsangehörigen 200 M., von Reichsausländern 300 M. für das Jahr. Für hauswirtschaftlichen Unterricht sind daneben ein besonderes Schulgeld von 40 M. für die Schülerin und für das Jahr zu zahlen. An der Handelsschule außerdem zur Deckung der Verwaltungskosten ein Zuschlag von 20 M. für den Schüler oder der Schülerin und das Jahr zu entrichten. Für die einzelnen Kurse bleibt die Festsetzung des Schulgeldes vorbehalten.

b.) Erhöhung des Schulgeldes an der kaufmännischen Fortbildungsschule und Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts.

Das Schulgeld wird vom 1. April 1919 ab von 18 Mark auf 24 Mark für das Jahr erhöht. Von demselben Zeitpunkte ab wird der von dem Minister geforderte hauswirtschaftliche Unterricht für die weiblichen Angestellten eingeführt. Der Unterricht soll zunächst in 6 Abteilungen zu je zwei Wochenstunden stattfinden. Ein besonderes Schulgeld soll hierfür nicht erhoben werden.

c.) Nachtrag zum Ortsstatut für die kaufmännische Fortbildungsschule in Rattowitz.

Der § 5 des Ortsstatuts wird dahin abgeändert, daß die Schulbeiträge vom 1. April 1919 ab auf 24 Mark für das Jahr festgesetzt werden. Der § 11 des Ortsstatuts erhält folgende Fassung: Als Kuratorium für die kaufmännische Fortbildungsschule gilt die für die kaufmännischen Bildungsanstalten der Stadt Rattowitz eingesetzte Verwaltungsdeputation.

d.) Einrichtung einer Verwaltungsdeputation für die kaufmännischen Bildungsanstalten der Stadt Rattowitz.

Auf Grund des § 59 der Städteordnung wird für die Verwaltung der kaufmännischen Bil-

bungsanstalten der Stadt Rattowik eine Verwaltungsdeputation eingesetzt, die den Namen Verwaltungsdeputation für die kaufmännischen Bildungsanstalten der Stadt Rattowik führt. Die Verwaltungsdeputation besteht: aus zwei Mitgliedern des Magistrats, drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, von denen zwei Kaufleute sein müssen, einem Mitgliede des Vereins der Kolonialwarenkauflaute und verwandter Branchen, zwei Mitgliedern des Vereins selbständiger Kaufleute, zwei Mitgliedern des Vereins junger Kaufleute, einem Mitglied des katholischen kaufmännischen Vereins, zwei vom Regierungspräsidenten zu ernennenden Vertretern und dem Direktor der kaufmännischen Bildungsanstalten.

e.) Anstellung und Besoldung der Lehrpersonen an den kaufmännischen Bildungsanstalten.

Für die kaufmännischen Bildungsanstalten der Stadt Rattowik sind einschließlich der bereits angestellten Lehrpersonen folgende Lehrpersonen hauptamtlich angestellt: Der Direktor, 4 Handelslehrer, 3 Handelslehrerinnen u. eine Gewerbelehrerin. Es erhalten: Der Direktor Grundgehalt 3600 M., 5 Alterszulagen von je 600 Mark nach je drei Jahren und 800 Mark Wohnungsgeldzuschuß; die Handelslehrer: Grundgehalt 2400 Mark, 8 Alterszulagen von je 300 Mark nach drei Jahren und 600 Mark Wohnungsgeldzuschuß; die Handelslehrerin und die Gewerbelehrerin: Grundgehalt 1600 Mark, 6 Alterszulagen von je 200 Mark nach je drei Jahren und 420 Mark Wohnungsgeldzuschuß. Die nebenamtlich zu bezahlenden Unterrichtsstunden werden mit 2,25 Mark für die Stunde oder mit 90 Mark für die Jahresstunden vergütet.

Stadtv. Braetſch fragt an, ob der Zuschuß, den die Handelskammer erteilt, ein Pflichtzuschuß sei.

Bürgermeister Leu: Die Stadt und die Handelskammer unterhalten seit Jahren gemeinsam die Handelsschule. Eine Verpflichtung für die Handelskammer besteht nicht. Man könnte vielleicht von einer Gewohnheitspflicht sprechen.

Stadtv. Braetſch: Wird diese Gewohnheitspflicht auch für die höhere Handelsschule von bleibender Dauer sein?

Bürgermeister Leu: Da der Ausbau der Handelsschule zu einer höheren Handelsschule nur im Interesse der Handelskammer liegen kann, wird wohl kaum zu befürchten sein, daß sie den Zuschuß nicht mehr gewähren wird.

Stadtv. Brauer: Ich möchte betonen, daß die Weitergewährung des staatlichen Zuschusses

sogar davon abhängig gemacht wird, daß die Handelsschule zu einer höheren Handelsschule ausgebaut wird. Die Regierung hat ein außerordentliches Interesse an der Vervollkommenung des kaufmännischen Bildungswesens.

Stadtv. Dr. Preiß stellt die Anfrage, ob das Schulgeld für Nichteinheimische erhöht werde.

Bürgermeister Leu: Mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil der Besucher der Schulen aus den umliegenden Gemeinden ist, haben wir uns bisher mit der Frage einer Erhöhung des Schulgeldes für Nichteinheimische noch nicht befaßt. Das läßt sich vielleicht später mal regeln, einstweilen möchten wir jedenfalls raten, von einer solchen Erhöhung Abstand zu nehmen.

Stadtv. Brauer stimmt dem bei, ebenso Stadtv. Pinkus.

Die Aussprache ist damit beendet. Die einzelnen Beschlüsse werden sämtlich angenommen.

3. Bewilligung von Mitteln für das Mietseiniigungsamt.

Der Referent Stadtv. Ulbrich führt aus, daß der Leiter des Mietseiniigungsamtes um die Erhöhung seiner monatlichen Entschädigung in Anbetracht der Teuerung und der Mehrbelastung ersucht. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt dem Magistratsantrag zu.

4. Bewilligung von Kosten für eine Lichtbilderaufführung.

Der Referent Stadtv. Hoffmann führt aus, daß Magistrat und Vorberatungsausschuß beschlossen haben, die Kosten für die Musteraufführung, die die deutsche Lichtbildergesellschaft am 9. April d. Js. in den Kammerlichtspielen veranstaltete, in Höhe von 183,40 M zu bewilligen. Die Stadtverordneten-Versammlung erteilte ihre Genehmigung.

5. Erhöhung eines Pflegegeldes.

Stadtv. Wanjura berichtet, daß beantragt wird, das Pflegegeld für ein im St. Josefstift in Grabine untergebrachtes Kind von 12,50 auf 17,50 M zu erhöhen. Der Antrag wird angenommen.

6. Bewilligung einer Beihilfe für die Herstellung eines Ostmarkenfilms.

Der Referent Stadtv. Rudzinski führt aus, daß der deutsche Ostmarkenverein um Unterstützung für die Herstellung eines Ostmarkenfilms ersucht, dessen Kosten sich auf etwa 10 000 M belaufen. Magistrat und Vorberatungsausschuß haben einen Zuschuß von 300 M bewilligt unter der Bedingung, daß eine Aufnahme der Stadt Rattowiz in dem Film er-

folgt. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß demgemäß.

7. Wahl eines Mitgliedes für die Steuer- verwaltung.

Nach dem Bericht des Referenten Stadtv. W a n j u r a wird der Stadtv. R r a e m e r vorgeschlagen und gewählt.

Weitere Verschiebung der Stadtverordneten- wahlen.

Als Dringlichkeitsantrag war eingegangen: Die Frage an die Stadtverordneten-Versammlung, ob eine Stadtverordnetenwahl in diesem Jahre oder ein weiterer Aufschub erfolgen sollte. Nachdem der Dringlichkeit stattgegeben war, führte der Referent, Stadtv. B i s t o r i u s aus, daß nach der Kgl. Verordnung vom November 1916 die Städte berechtigt seien, die Stadtverordnetenwahl während der Kriegsdauer aufzuschieben. Falls andererseits doch eine Neuwahl erfolgte, so müßte sie auf Grund einer neuen Liste stattfinden, in der die Kriegsteilnehmer mit den Steuerfäßen aufgeführt seien, zu denen sie vor dem Kriege veranschlagt worden seien. Der Berichtersteller fuhr fort: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn wir heute zur Abstimmung kommen, ob eine Wahl stattfindet oder nicht, wir uns für das Letztere entscheiden sollen. Wie die Dinge heute liegen, liegt meines Erachtens kein Anlaß vor, zu einer Neuwahl zu schreiten. Ich bin sogar der Meinung, daß durch sie die Kriegsteilnehmer, die mit ihrem Einkommen vor dem Kriege weit hinter denen zurückgesetzt würden, die im Laufe des Krieges ihr Einkommen gesteigert haben, sehr schwer benachteiligt würden. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtv. P i n k u s stellt die Anfrage an den Magistrat, wie der augenblickliche Stand der Stadtverordneten-Versammlung sei.

Stadtv.-Vorst. G r ü n f e l d: Von den Stadtverordneten stehen 6 im Heeresdienst. Die Gesamtstärke beträgt 38. Zur Beschlußfassung sind bekanntlich nur ein Drittel erforderlich. Heute sind wir 23 und es besteht auch meines Erachtens keine Notwendigkeit, eine Neuwahl vorzunehmen.

Nach weiteren Bemerkungen der Stadtverordneten B r a u e r, U b r i c h, B i s t o r i u s und P i n k u s beschloß die Stadtverordneten-Versammlung den Aufschub der Wahlen.

Stadtv.-Vorst. G r ü n f e l d schloß dann, 6,15 Uhr, die öffentliche Sitzung, an die sich eine geheime Sitzung anschloß.

In der geheimen Sitzung wurde Punkt 8 der Tagesordnung erledigt, wonach zwei städtischen Beamten Beihilfen von 300 M bzw. 200 M gewährt wurden.

Kr.

Donnerstag, den 19. September, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Jahresabschluß der Stadthauptkass für das Rechnungsjahr 1917.
3. Bewilligung eines Betrages für eine Kolonialkrieger-spende.
4. Nachbewilligung von Landarmenkosten für das Jahr 1918.
5. Bewilligung von Mitteln für den Zentralkassfonds.
6. Beitritt zur gemeinnützigen Kriegsmöbelgesellschaft m. b. G. für den Regierungsbezirk Oppeln.
7. Beschaffung von Bauholz für Kleinwohnungsbauten.
8. Erhöhung der Miete für das Lehrlingsheim.
9. Ankauf von Einrichtungsgegenständen für das Krankenhaus vom Zentralkomitee des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz.
10. Einführung von Abonnements für die 3 letzten Reihen des Parketts und für den 2. Rang, Erhebung einer Vorbestellgebühr und Erhebung einer Stammplog-gebühr für Theatereintrittskarten.
11. Abrechnung mit dem Theaterdirektor Bischof-Kaul für die Spielzeit 1917/18.
12. Festsetzung des Gehalts für die besoldete Stadtratsstelle.
13. Gewährung einer einmaligen Steuerzuschulage an die städtischen Beamten und Angestellten und an die Lehrpersonen der höheren und Mittelschulen und der kaufmännischen Fortbildungsschule und Gewährung einer Entschädigung an die städtischen Beamten für Kriegsarbeit.
14. Gewährung einer widerruflichen Unterstützung an Angehörige eines verstorbenen Magistratsmitgliedes.
15. Unterstützung zweier Beamten.
16. Festsetzung der Bezüge der Hinterbliebenen des gefallenen Polizeiergeanten Kuhner.
17. Anstellung der Hilfspolizeibeamten und Hilfsboten als Beamte zur vorübergehenden Dienstleistung.

Anwesend sind die Herren: Stadtverordneten-Vorsteher Grünfeld, Stadtb. = Schriftführer Wanjura und die Herren Stadtb. Hoffmann, Borinski, Braetich, Ratschinski, Rudzinski, Rubis, Klimanek, Ehrhardt, Vogel, Drees, Münch, Rokorny, Brauer, Kraemer, Dr. Glaser, Schalicha, Junge, Dr. Preiß, Ulbrich, Müller I, Gentaver, Breslauer, Woitinek, Herrmann, Griefe, Siwinna, Pinkus.

Entschuldigt fehlt Stadtb. = Vorst. = Stellv. Pistorius.

Der Magistrat ist vertreten durch die Herren: Oberbürgermeister Bohlmann, Stadtbaurat Delsner und die Herren Stadträte Ruoff, Kalus, Feige, Guttman.

Um 5¼ Uhr eröffnet Stadtb. = Vorst. Grünfeld die Sitzung.

1. Mitteilungen.

Der Stadtb. = Vorst. führt zunächst aus: Meine Herren! Herr Stadtrat Dame hat sein Amt

als Mitglied des Magistrats am 1. September niedergelegt. Veranlassung hierzu waren Differenzen mit Herrn Oberbürgermeister Pohlmann, die durch beiderseitig mißverständlich aufgefaßte Meinungen entstanden und inzwischen durch gegenseitige Erklärungen wieder beseitigt sind. Alle anderen Gerüchte hierüber sind unzutreffend. Herr Dame wünschte schon seit längerer Zeit, aus dem Magistrat auszuscheiden und wollte sich nun weder zur Zurücknahme der Amtsniederlegung noch zur Annahme einer auf ihn fallenden Wiederwahl bereit finden lassen.

Ich darf von dieser Stelle namens der Stadtvertretenden-Versammlung erklären, daß es uns allen aufrichtig leid tut, den hervorragend bewährten und hochverdienten Stadtrat nach fast drei Jahrzehnte langer ehrenamtlicher Tätigkeit in beiden städtischen Körperschaften aus dem Magistrat scheiden zu sehen. Die die Persönlichkeit des Herrn Dame so recht kennzeichnenden Eigenschaften, hochherziger Gemeinnut, verbunden mit vorbildlicher Ueberzeugungstreue und unermüdlicher Schaffensfreude, befähigten Herrn Dame in den letzten 30 Jahren, der Entwicklungszeit unserer Stadt, zu jeder reicheren Betätigung an hervorragender verantwortlicher Stelle.

Am Lebensmittellamt hat Herr Dame in Gemeinschaft mit Herrn Stadtrat Guttman überaus schwierige Dezernate seit Kriegsbeginn verwaltest und hier die vielen den Stadtverwaltungen durch die Kriegszeit neu erwachsenen Aufgaben mit vorbildlicher Umsicht und großer Tatkraft gelöst, soweit es die in den Zeitverhältnissen liegenden Schwierigkeiten nicht direkt verhinderten. Viel Mühe, Arbeit und Verdruß sind gerade mit diesem Amt verbunden und ich möchte daher diese verdienstvolle Tätigkeit noch an besonders anerkennend hervorheben.

Wenn nun auch Herr Dame aus dem Magistrat ausscheidet, so hoffen und wünschen wir, ihn doch noch recht viele Jahre wie bisher als einen der führenden Männer in unserer Bürgerschaft zu Nutz und Frommen unserer Stadt wirken zu sehen. Der Anregung des Magistrats zu folgen und unsere Zustimmung zur

Verleihung des Ehrentitels eines Stadältesten
an Herrn Stadtrat Dame auszusprechen, ist uns allen aufrichtigstes Herzensbedürfnis und ich darf zu dieser wohlverdienten Ehrung namens der Stadtberordneten - Versammlung unseren Stadältesten, Herrn Stadtrat Dame, seine hochverehrte Gattin und Familie, aufs herzlichste beglückwünschen. (Bravo!)

Die Stadtverordnetenversammlung erteilt zu der Entlassung und der Verleihung des Titels eines Stadtkämfers an Stadtrat Dame ihre einstimmige Zustimmung.

Dann ergrasht Herr Oberbürgermeister P o h l m a n n im Namen des Magistrats das Wort:

Auch wir danken Herrn Stadtrat Dame für seine opferwillige ernste Arbeit während seiner langjährigen Tätigkeit in der Stadtverwaltung, besonders in den Jahren der Kriegszeit.

Herr Stadtrat Dame hat, wie der Herr Stadto.-Vorst. schon ausgeführt hat, früher wiederholt seine Absicht ausgesprochen, sich von seinem städtischen Ehrenamt zurückzuziehen. Sein Pflichtgefühl hielt ihn davon zurück, diese Absicht im Kriege zu verwirklichen. Daß dies schließlich aber jetzt nicht im Einklang mit mir geschehen ist, bedaure ich lebhaft. Nachdem es einmal geschehen ist und nachdem Herr Stadtrat Dame erklärt hat, weder die Niederlegung seines Amtes zurückzunehmen, noch eine Neuwahl anzunehmen, möchte ich, daß alles, was zuletzt geschehen ist, vergessen ist, und daß auch bei Herrn Dame nur die Erinnerung bleibt an die gemeinsame Arbeit im Dienste einer aufstrebenden Stadt zum Wohle des Ganzen und zum Wohle besonders der Bürgerschaft. Auch wir werden in dieser Scheidestunde nur den Gedanken an gemeinsame Arbeit und an Zusammenleben in langen und zumeist schweren, verantwortungsvollen Jahren, bewahren. Wir haben Herrn Stadtrat Dame gern die Ehrung zu Teil werden lassen, die auch Sie, m. H., nun beschlossen haben.

Nach weiteren Mitteilungen formaler oder belangloser Art führt Oberbürgermeister P o h l m a n n über

die Lebensmittelversorgung in Rattowik

aus: In der M e h l- und B r o t v e r s o r g u n g sind mehrere einschneidende Änderungen eingetreten. Vom 15. August 1918 ab ist die Mehleration von 1140 auf 1360 Gramm und die Brotration von 1700 auf 2000 Gramm erhöht worden. Damit ist zwar die Mehleration der vorigen Jahre noch nicht erreicht. Nach einem am 17. d. Mts. eingegangenen Telegramm der Reichsgetreidestelle wird wieder vom 1. Oktober ab eine Mehleration von 220 Gramm täglich zur Austeilung gelangen, d. h. die Mehrmehlmenge von 20 Gramm täglich soll zur Brotstreckung verwertet werden. Da jedoch die Stadt Rattowik vom 1. Oktober ab bereits Kartoffeln zur Brotstreckung zugewiesen erhielt, so kommt hier eine Erhöhung der Mehleration nicht in Frage. Mit der Anlieferung von Mehl aus neuer Ernte

ist gleichzeitig eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise eingetreten und zwar ist der Preis erhöht worden für Roggenmehl von 22 M auf 26 M , für Weizenmehl von 24 auf 28 M für das Pfund. Seit ungefähr drei Monaten hat die Stadt Rattowitz Weizenmehl nicht mehr zugewiesen bekommen. Aus diesem Grunde mußte ein Backverbot für Semmel erlassen werden. Nachdem die Reichsgetreidestelle vom 15. Oktober ab mit der

Lieferung von Weizenmehl

beginnen wird, wird auch die Herstellung von Semmeln wieder zugelassen werden. Ueber das Mehl aus der neuen Ernte wird vielfach geklagt. Wir haben daher Mehlsachverständige gehört, und es wurde uns hierauf der Bescheid, daß das Getreide infolge der nassen Witterung zum großen Teil feucht und ausgewaschen eingeerntet wurde. Das Mehl besitzt demnach einen hohen Feuchtigkeitsgehalt und ist nicht so backfähig als wie aus einer trockenen Ernte. Infolge der großen Empfindlichkeit des Mehls ist daher die Verwendung von Frühkartoffeln zur Brotstreckung nicht angebracht und deshalb auch von den Aufsichtsbehörden bis zum 1. Oktober verboten. Die Anträge auf Ersatz für verdorbenes Brot waren in den letzten 4 Wochen derart umfangreich, daß wir ca. 150 Zentner Mehl mehr verbraucht haben. Dieser Mehrverbrauch ist so bedeutend, daß wir in Zukunft bei dem Ersatz verdorbenen Brotes streng verfahren müssen. Wir werden die verdorbenen Brote chemisch untersuchen lassen und bei Feststellung von Streckungsmitteln, die den Verderb des Brotes herbeigeführt haben, den Ersatz ablehnen. Unseren wiederholten Anträgen auf Anerkennung der richtigen Personenzahl bei der Mehlausweisung hat die Reichsgetreidestelle stattgegeben. Wir kommen also jetzt mit unserer Mehlausweisung aus. Außerdem steht uns für Kranke noch helles Mehl zur Verfügung.

Die Versorgung mit Kartoffeln

aus der neuen Ernte begann am 15. Juli. Der Eingang der Frühkartoffeln verzögerte sich jedoch infolge der ungünstigen Witterung gegen das Vorjahr um eine Woche. Wir haben daher mit der Versorgung erst in der Woche vom 22. bis 28. Juli beginnen können. Dann haben wir immer die volle Ration und zum Teil auch mehr ausgegeben. Eine Ueberlieferung mit Frühkartoffeln drohte uns auch diesmal, ähnlich wie im Jahre 1916 ernste Angelegenheiten zu bereiten. In den Uebergangszeiten, wo sich die Erzeugerhöchstpreise ermäßigen, sind große Anlieferungen erfolgt, die für mehrere Wochen hinreichen. Wir konnten uns aber die Kartoffeln

infolge der nassen Witterung nicht hinlegen. Wir haben daher Anfang August die Bevölkerung ersucht, sich mit Kartoffeln bis Ende August einzudecken, da die Kartoffeln bei der Verkaufsstelle, wo sie hundertzientnerweise übereinander geschichtet lagen, verderben wären. Wir sind hierbei von der Voraussetzung ausgegangen, daß sich in einem Haushalt eine kleinere Kartoffelmenge besser behandeln und daher auch länger aufbewahren läßt. Dieser Aufforderung ist nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung nachgekommen. Wir mußten daher, um die Kartoffeln nicht verderben zu lassen, einen Teil marktfrei verkaufen lassen und außerdem haben wir 10 Waggons an umliegende Gemeinden abgegeben. Ganz besonders schwierig gestaltete sich die Kartoffelzufuhr der vergangenen Woche und für diese Woche. Die Ursachen der schlechten Belieferung liegen zum Teil in der Preispolitik und in dem Umstande, daß der Landwirt jetzt stark mit der Herbstbestellung seiner Felder beschäftigt ist. Die Schwierigkeiten sind jedoch überwunden, und wir hoffen, daß von jetzt ab eine Störung in der Kartoffelversorgung vermieden werden kann, vorausgesetzt, daß die Kartoffelernte den Erwartungen entspricht. Wir beabsichtigen, wie im Vorjahre, den Haushaltungen, die es wünschen, Kartoffeln zur Selbsteinkellerung zu liefern und außerdem eine größere Menge an Kartoffeln einzumieten. Die Vorbereitungen sind bereits soweit gediehen, daß wir mit der Anlieferung der Herbstkartoffeln bezw. mit dem Einmieten der Kartoffeln Anfang Oktober beginnen können. Es ist in diesem Jahre der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, sich bis zum 15. Oktober auch selbst Kartoffeln in den nachfolgenden Kreisen zu beschaffen: Rosenburg, Grottkau, Pleß, Ratibor, Groß-Strehlitz, Rybnitz, Lublitz, Leobschütz, Gleiwitz, Neustadt. Voraussetzung ist die Ausstellung eines Bezugsscheines, der von unserem Lebensmittelsamt ausgegeben wird. Von dieser Einrichtung wird ersucht, ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Die Stadt hat sich in diesem Jahre eine erhebliche Menge von Gemüse

durch den Abschluß von Anbau- und Lieferungsverträgen gesichert. Mit der Anlieferung des Gemüses ist bereits begonnen worden. Das Gemüse kommt in der Gemüsehalle zu den festgesetzten Höchstpreisen zum Verkauf. Wir sind auch imstande, die Kleinhändler reichlich und gut zu versorgen. Mit der Abgabe des bestellten Winterkrautes soll voraussichtlich Anfang Oktober begonnen werden. Das Gemüse, ins-

besondere Kraut, ist in diesem Jahre so reichlich gewachsen, daß der angemeldete Bedarf vollkommen befriedigt werden kann. Neben Kraut werden wir erhebliche Mengen von roten Mohrrüben, Karotten und Kohlrüben bekommen. Die Bürgerchaft wird gebeten, sich neben Kartoffeln und Kraut auch eine größere Menge von Möhren und Kohlrüben hinzulegen, um die Kartoffeln zu strecken. Wir werden bei erheblichen Anlieferungen entsprechende Hinweise rechtzeitig veröffentlichen. Auch die Versorgung mit Zwiebeln hoffen wir in diesem Jahre durchzuführen. Es sind in den letzten Tagen drei Waggons Zwiebeln eingetroffen und die Nachfrage nach diesem Artikel ist sehr groß.

Die Versorgung mit Obst

ist in diesem Jahre sehr schwierig, weil sämtliches Obst, auch das von den Kommunen selbst gepachtete Obst, seitens der Reichsgemüsestelle bzw. Provinzialgemüsestelle beschlagnahmt ist. Der Bedarf der Marmeladenfabriken, sowie von Heer und Marine ist derart groß, daß Wirtschaftsobst überhaupt nicht an die Bevölkerung zur Verteilung kommen wird. Wir werden höchstens nur Edelobst angeliefert bekommen. Birnen sind in diesem Jahre überhaupt nicht geraten, Pflaumen nur in ganz geringen Mengen. Auf den Eingang dieser Obstsorten ist überhaupt nicht zu rechnen. Wir haben den Bedarf an Obst bei der Provinzialgemüsestelle angemeldet. Es ist jedoch fraglich, ob von dieser Stelle etwas hereinkommen wird, solange nicht der Bedarf der Marmeladenfabriken, sowie für Heer und Marine gedeckt ist.

Die Zufuhr von Milch

ist infolge reichlichen Grünfutters besser als im Vorjahre gewesen. In ungefähr 4—5 Wochen hört jedoch die Grünfütterung auf und damit wird auch die Schwierigkeit in der Milchversorgung wieder größer werden. Die Milchausgabe ist an und für sich geregelt und hat in den letzten Monaten keinen Anlaß zur Klage gegeben. Die Zuweisung an Speisefetten ist ungenügend, jedoch regelmäßig. Die zugewiesenen Mengen gestatten nur eine Verteilung von 40 Gramm wöchentlich. Eine Besserung nach dieser Richtung hin ist nicht zu erwarten. Die Eier sind in diesem Jahre infolge Mangels an Geflügelfutter sehr knapp. Die Zuweisungen an die Stadt erfolgen seitens der Bezirksleiterstelle im Rahmen der vorhandenen Mengen und im Verhältnis der Einwohnerzahl. In der Zuckerversorgung haben sich größere Schwierigkeiten nicht herausgestellt. An Einlegezucker haben wir im Monat Juli 2 Pfund und im Monat September 1½ Pfund

pro Kopf der Bevölkerung verteilt. Der infolge Herabsetzung der Mehration zugewiesene Sonderzucker war nur für die Zeit vom 15. Juni bis zum 15. Juli zugeteilt. Auf unseren Antrag auf Zuweisung für die Zeit vom 15. Juli bis 15. August, in der noch die geringe Mehration bestand, hat uns die Provinzialzuckerstelle geantwortet, daß die Zuweisung von Zucker für diese Zeit nicht in Aussicht genommen war.

Mit dem 15. August hat die Zuweisung von

Brotaufstrichmitteln

Marmelade und Kunsthonig, aufgehört, weil die verfügbaren Bestände aufgebraucht worden sind. Da die Bevölkerung bei der geringen Speisefettmenge auf die Brotaufstrichmittel nicht verzichten kann, Frischobst zur Herstellung von Muß nicht zur Verfügung steht, so ist von uns bei der Aufsichtsbehörde der Antrag gestellt worden, hierin Abhilfe zu schaffen. Wir haben in dieser Woche einen Waggon Kunsthonig verteilt, der bestimmungsgemäß erst vom 1. November ab verteilt werden sollte, dessen Verkauf jedoch von der Regierung in Erkenntnis der schwierigen Lage in Brotaufstrichmitteln schon jetzt freigegeben worden ist. Für die nächsten Wochen haben wir Anträge auf Zuweisung von Brotaufstrichmitteln gestellt. Vom Tage der Heraussetzung der Mehration beträgt die Zuweisung an Nährmitteln nur ein Drittel derjenigen Menge, die im Monat April und Mai verteilt wurde. Außerdem ist der Bedarf der Krankenhäuser und der städtischen Kucheneinrichtungen so erheblich, daß wir in den letzten vier Wochen nur geringe Mengen verteilen konnten. Das Kriegsernährungsamt ist der Ansicht, daß bei reichlichem Vorhandensein von Kartoffeln und Gemüse mit einer geringen Menge von Nährmitteln auszukommen ist. Die Nährmittel werden für spätere Zeiten zurückgehalten. Die Abgabe von Nährmitteln an Kranke und Kinder konnte bisher immer reichlich und regelmäßig durchgeführt werden.

Die Fleischversorgung

war nicht ausreichend. In der Zeit vom 1. April bis zum 18. August haben wir in 20 Wochen nur 9 Mal eine Menge von 250 Gramm Fleisch einschließlich Wurst verteilen können. In 11 Wochen haben wir 200 Gramm Fleisch einschließlich Wurst verteilt, in keiner Woche jedoch eine geringere Menge. Die Ursache dieser ungenügenden Fleischanteile lag an der schlechten Beschaffenheit des zugewiesenen Schlachtviehs. Aus diesem Grunde hat sich ja das Kriegsernährungsamt veranlaßt gesehen, in der Zeit vom 1. August bis 1. November vier fleischlose Wochen einzuführen, um den Viehbestand zu

schonen bezw. den Wachstum der Tiere zu begünstigen. Es sind auch von uns Ermittlungen angestellt worden, ob etwa die Beschaffenheit des nach Rattowitz kommenden Schlachtviehs schlechter ist als in anderen Kommunalverbänden. Wir werden auch nach dieser Richtung hin versuchen, nur gutes Vieh hereinzubekommen. Seit dem 1. Juli ist die Belieferung der Stadt mit frischen Seefischen und Äncherrischen regelmäßig geworden. Wir sind in der Lage, alle 10 bis 14 Tage eine Verteilung vorzunehmen. Wegen der Beschaffenheit von Süßwasserfischen für die Weihnachtszeit haben wir das Erforderliche veranlaßt.

Bezüglich der

Futtermittel

sieht es sehr trübe aus. Für das ganze Wirtschaftsjahr 1917 ist uns kein Hafer zugewiesen worden, sondern nur Hartfutter-Ersatz. Daß bei diesem ungenügenden Futter die Tiere heruntergekommen sind, ist erklärlich. Unsere Bemühungen waren jedoch erfolglos. Für die Zeit vom 1. Oktober ab ist uns Hafer für die Pferde zugewiesen worden, mit dessen Abgabe wir noch vor dem 1. Oktober zu beginnen hoffen. Die Versorgung mit Heu ist ebenfalls ungenügend, weil uns eine Zuweisung für die Monate Juni und Juli in Höhe von 1000 Zentnern Heu infolge Versagens der Lieferreise verloren ging. Unsere Bemühungen wegen einer Sonderzuweisung infolge dieses Ausfalles beim Landesamt und beim Oberpräsidenten waren erfolglos. Andere Futtermittel als Melassefutter, Kleie, Trockenschmelz, Stroh werden nur nach den vorhandenen Mengen und im Verhältnis der vorhandenen Tiere zugewiesen. Diese Zuweisungen sind jedoch ungenügend. Die Futtermittel sind alle rationiert und deren Beschaffung daher mit Schwierigkeiten verbunden.

Der Oberbürgermeister schließt: Ich möchte es nicht unterlassen, von dieser Stelle aus

der Bevölkerung meinen Dank zu sagen

für ihr opferwilliges Ausharren. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, mit Männern und Frauen aus den einfachsten Kreisen zu sprechen und bei allen nur den festen Willen zum Durchhalten gefunden. Allen denen, mit denen ich gesprochen habe, war es bewußt und klar, um was es sich in diesem Kriege handelt. Alle wissen, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Wirtschaftsführung nichts sind gegen diejenigen, die auf einen verlustreichen Krieg folgen würden. Gewiß haben gerade diese Teile der Bevölkerung ihre Wünsche, werden sie doch

am meisten betroffen. Aber ich habe auch die Zuversicht, daß gerade sie Vertrauen zur Behörde haben, in deren Hand die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe der Veriorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kleidern gelegt ist. Aus alledem schöpfe ich die bestimmte Zuversicht des Ausdarens der weitesten Kreise der Bevölkerung.

Stadtverordneter Grünfeld bringt den Dank der Versammlung für die ausführlichen Darlegungen zum Ausdruck. Einige kleinere Anfragen, die im Anschluß an den Bericht gestellt werden, werden von Oberbürgermeister Pohlmann in zufriedenstellendem Sinne beantwortet.

2. Jahresabschluß der Stadthauptkasse.

Der Berichterstatter, Stadtverordneter Pinfus, gibt einen kurzen Ueberblick über den Abschluß, der mit einem Fehlbetrag von 700 000 M. aus den Jahren 1915, 16 und 17 abschließt. Die Versammlung erteilt die beantragte Genehmigung.

3. Beitrag für die Kolonial-Kriegerspende.

Wie der Referent, Stadtverordneter Hoffmann, ausführt, hat man von der Veranstaltung eines Opfertages für die Kolonial-Kriegerspende in unserer Stadt abgesehen und die Bewilligung eines einmaligen Beitrages in Höhe von 1000 M. beschlossen. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt dem zu.

4. Nachbewilligung von Landarmenkosten für das Jahr 1918.

Nach dem Bericht des Referenten, Stadtverordneter Wanjura, wird ein Betrag von 11 858,74 M. nachbewilligt.

5. Bewilligung von Mitteln für den Zentral-Hilfsfonds.

Der Berichterstatter, Stadtverordneter Wanjura, empfiehlt die Bewilligung von 100 000 M. seitens der Stadt, die durch die bereits erfolgte Anschaffung von Winterkleidung für die bedürftige Bevölkerung erforderlich geworden ist.

Stadtverordneter Braetich bemängelt, daß hier die Stadtverordneten-Versammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt werde, die ihren Beschluß an sich illusorisch mache.

Oberbürgermeister Pohlmann gibt darauf Auskunft über das Wesen und die Organisation des Zentralhilfsfonds. Die Stadtverwaltung sei gar nicht in der Lage, Belieferungen im einzelnen selbst vorzunehmen, sie sei jedoch vom Staate verpflichtet worden, der Bevölkerung zu helfen und müsse ein Drittel der entstehenden Kosten tragen. Die Beschlüsse über die Belieferungen würden in den Lieferungsverbänden gefaßt, woran dann nichts mehr zu ändern sei. In dieser Lieferungsverbänden

läßt nun allerdings eine ganze Anzahl von Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, sodaß der Einfluß der städtischen Körperschaften gewahrt sei.

Stadttrat **K a i s** bemerkt hierzu, daß in den Sitzungen der Lieferungsverbände leider ein großer Teil der ihnen angehörenden Stadtverordneten meist nicht anwesend sei. Das Interesse der Stadt erfordere es jedoch, daß sie diesen Sitzungen mehr Beachtung schenken.

Stadtv.-Vorst **G r ü n f e l d** gibt derselben Meinung Ausdruck. Wenn die betr. Stadtverordneten einmal das Amt übernommen hätten, müßten sie es auch wahrnehmen, andernfalls bitte er sie, es niederzulegen, damit andere an ihre Stelle treten könnten.

6. Beitritt zur gemeinnützigen Kriegsmöbelgesellschaft m. b. H. für den Regierungsbezirk Oppeln.

Stadtv. **K u d z i n s k i** legt als Berichterstatter dar, daß in Anbetracht der großen Möbelnot von dem Regierungspräsidenten in Oppeln die Gründung einer gemeinnützigen Kriegsmöbelgesellschaft m. b. H. mit einem Grundkapital von 500 000 M. angeregt worden ist. Nachdem sich der Magistrat vergewissert hat, daß auch die Nachbarstädte Königsbrunn, Beuthen und Gleiwitz dieser Gründung mit einem Betrage beitreten werden, empfiehlt er ebenfalls die Beteiligung und zwar mit einer Einlage von 20 000 M. Die Stadtverordneten-Versammlung erteilt diesem Beschluß ihre Zustimmung.

7. Beschaffung von Bauholz für Kleinwohnungsbauten.

Nach dem Bericht des Referenten, Stadtv. **D r a e t i c h** sollen zum Zweck der Lieferung von Bauholz für Kleinwohnungsbauten 350 cbm Rothholz beschafft werden. Die Stadtverordneten-Versammlung spricht hierzu ihre Genehmigung aus.

8. Erhöhung der Miete für das Lehrlingsheim.

Der Berichterstatter, Stadtv. **M ü n c h**, bringt den Antrag des Magistrats zur Verlesung, wonach die Miete für das Lehrlingsheim um 750 M. erhöht werden soll, was einer Steigerung von 15 Prozent gleichkommt. Der Antrag wird genehmigt.

9. Ankauf von Einrichtungsgegenständen für das Krankenhaus vom Zentralkomitee des preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz.

Es handelt sich nach dem Bericht des Referenten Stadtv. **D r. G l a s e r** um den Ankauf von Wäschestücken in Höhe von 2203 M. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt dem zu.

10. Einführung von Duzendkarten, Erhebung einer Vorbestellungsgebühr und einer Stammploggebühr für Theater-Eintrittskarten.

Der Berichterstatter, Stadtv. Dr. Hoffmann, empfiehlt die Annahme des vom Direktor Barnah gemachten Vorschlages, auch für die drei letzten Reihen des Parketts, sowie für den zweiten Rang Duzendkarten einzuführen. Der Preis der Duzendkarten soll betragen: für die 14. bis 16. Reihe im Parkett 14,40 M., (Einzelpreis der Schauspielvorstellung 2,20 M., der Operette 2,30 M.); für den zweiten Rang: 1. bis 3. Reihe 14,40 M., (Einzelvorstellung 1,90 M. bezw. 2,10 M.); für die 4. bis 9. Reihe 12,— M., (1,50 bezw. 1,60 M.); für die 10. bis 13. Reihe 6,— M., (1,20 bezw. 1,40 M.). Dadurch würde auch den minder bemittelten Kreisen der Besuch des Theaters erleichtert. Ferner wird die Stadverordneten = Versammlung um die Genehmigung ersucht, eine Stammploggebühr zu erheben. Gegen die Einrichtung dieser Stammploggebühr, die 5—10 M. beträgt, werden die Plätze für die betr. Theaterbesucher reserviert, vorausgesetzt, daß sie in jeder laufenden Theaterwoche bis spätestens Donnerstag bestellt worden sind. Ein weiterer Antrag läuft auf Erhebung einer Vorbestellungsgebühr hinaus, die für Parkett, 1. Rang und Loge 0,30 M. für den 2. Rang 0,20 M. beträgt. Man verspreche sich von den Stammpätzen viel Gutes. Die Befürchtung, daß man infolge dieser Einrichtung nun vielleicht überhaupt keinen Platz mehr bekommen könnte, sei völlig unbegründet, denn einmal würden nur die Hälfte der Plätze als Stammpätze hergegeben und zudem würden sie häufig nicht eingelöst werden und für das allgemeine Publikum zur Verfügung stehen. Außerdem könnte das Publikum über Mangel an Eintrittskarten gewiß nicht klagen, denn die Schau- und Lustspielaufführungen seien sehr leer gewesen. Das sei außerordentlich bedauerlich, denn dadurch würden die hohen Ziele, die der neue Leiter unserer Bühne sich gesteckt habe, sehr gefährdet.

Stadtv. Runge glaubt, daß die Beamten-schaft besonders schlecht dran sei bezüglich der Versorgung mit Theaterkarten. Es sei ihr nicht möglich, sich einen ganzen Tag anzustellen, um eine Karte zu bekommen. Es ließe sich Abhilfe schaffen, wenn man den beamteten Körperschaften eine größere Anzahl Karten überweise.

Stadtv. Dr. Hoffmann wendet sich entschieden dagegen, daß ein Unterschied zwischen den Beamten und der übrigen Einwohnerschaft gemacht werde. Der Kaufmann, der Gewerbe-

treibende, fura, jeder andere befinde sich durch-
aus in derselben Lage.

Sibirat Guttman ist derselben Auf-
fassung. Man habe übrigens der Eisenbahn-
direktion auf ihr Ersuchen 10 Plätze zur Ver-
fügung gestellt. Die Ueberlassung einer größeren
Anzahl Karten an bestimmte Körperschaften,
wie es im Vorjahre üblich gewesen sei, müsse
man ganz entschieden ablehnen. Es sei festge-
stellt, daß sogar Geschäfte mit diesen Karten ge-
macht worden sind. Man wolle diese unerquid-
lichen Verhältnisse nicht wieder haben, und sei
froh, daß man jetzt einen Weg gefunden habe,
der Ordnung verbürge. Im übrigen habe das
Publikum durchaus keinen Anlaß zur Klage
wegen der Besuchsmöglichkeiten. Der Besuch des
Schauspiels lasse viel zu wünschen
übrig. Bei der Erstaufführung des „Lebens-
schülers“ am Sonntag nachmittag seien ganze
209 Plätze besetzt gewesen, in der Aufführung
am Dienstag 265, und auch die dritte „Faust“-
Aufführung habe vor fast leerem Hause stattge-
funden.

Stadtv. Brauer begrüßt, daß der Vor-
redner diese bezeichnenden Zahlen genannt hat.
Wenn das so weiter geht, würde der neue
Theaterdirektor gezwungen sein, „Die drei alten
Schachteln“, „Die lustige Witwe“ etc. 32 oder
35 Mal zu geben, während er „Faust“ keine
5 Mal geben könnte und das Theater wieder
auf das bedauerliche Niveau der Vorjahre zurück-
fallen würde.

Es wird Schluß der Debatte beantragt. Die
Stadtverordneten - Versammlung stimmt den
einzelnen Anträgen zu.

11. Abrechnung mit dem Theaterdirektor Liska-Kaul.

Nach dem Bericht des Referenten, Stadtv.
Brauer, bestehen noch einige kleinere
Differenzen aus der Spielzeit 1917/18, deren
Tilgung die Stadtverordneten - Versammlung
zustimmt.

12. Festsetzung des Gehalts für die besoldete Stadtratsstelle.

Wie der Berichterstatter, Stadtv. Kubiz,
ausführt, wird für die Stelle ein Anfangsge-
halt von 6000 M festgesetzt. Die Stadtverord-
neten-Versammlung erteilt ihre Zustimmung.

13. Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrpersonen.

Der Berichterstatter, Stadtv. Albrich,
empfiehlt warm die Gewährung einer einmaligen
Teuerungszulage an die städtischen Beamten
und Angestellten und an die Lehrpersonen der
höheren und Mittelschulen und der kauf-

männischen Fortbildungsschule, sowie die Gewährung einer Entschädigung an die städtischen Beamten für Kriegsarbeit. Die dazu benötigten Summen belaufen sich auf 150 000 M bzw. 55 000 M. Der Antrag findet Genehmigung.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld schließt nunmehr 7,20 Uhr die Sitzung. Die restlichen Punkte der Tagesordnung werden in geheimer Sitzung beraten.

In der geheimen Sitzung wurde der Schwester des Bürgermeisters Koch eine jederzeit widerrufliche Beihilfe von jährlich 1200 M für die Dauer des Krieges bewilligt.

Zwei erkrankten Beamten wurden 240 bzw. 350 Mark bewilligt. Die Bezüge für die Hinterbliebenen des gefallenen Polizeiergeanten Rukner wurden antragsmäßig festgesetzt.

Die aushilfsweise beschäftigten Vollziehungsbeamten und Magistratsboten wurden als Beamte zur vorübergehenden Dienstleistung angenommen.

Kr.

Montag, 14. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Beteiligung der Stadt an der 9. Kriegsanleihe.
3. Bewilligung eines Beitrages zu einer Stindefürsorgende für das Geldheer.

Die heutige öffentliche Stadtverordneten-Sitzung wurde pünktlich um 5 Uhr von dem Stadtverordneten-Vorsteher Grünfeld eröffnet.

Anwesend sind vom Magistratskollegium: Oberbürgermeister Bohlmann, Bürgermeister Leu, die Stadträte Ruoff, Gutmann und Kalus.

Von den Stadtverordneten: Stadtverordneten-Vorsteher Grünfeld, Brauer, Dr. Glafer, Dr. Hoffmann, Drees, Rudzinski, Gries, Münch, Vogel, Wotinek, Breslauer, Siwina, Herrmann, Albrich, Wanjura, Pistorius, Centaier, Dr. Preiß, Kubitz, Selonet, Potornh.

Entschuldigt fehlten die Stadtverordneten: Braetsch, Borinski, Ratschinski, Pinski, Schalscha und die im Heeresdienst stehenden.

Der Vorsitzende machte zunächst einige

1. Mitteilungen:

a. Der Magistrat schreibt an die Versammlung, daß die Versorgung der Stadt mit Winterkartoffeln glatt fort-schreitet und daß sich die Versorgung der Stadt Gasanstalt mit Kohlen rollzogen hat. Mit einer Einschränkung des Gasverbrauches ist, wie der Magistrat betont, nicht zu rechnen. Die Bevölkerung wird ferner gebeten, sich mit den nötigen Winterkohlen zu versorgen.

b. Nach der Stadt-Vorst. Grünfeld Mitteilung von einem Dankschreiben der Magistrats-Beamten aus Anlaß der Bewilligung einer Kriegs-Steuerungszulage durch die Stadtverordneten-Versammlung an diese Beamten.

2. Beteiligung der Stadt Rattowitz an der 9. Kriegsanleihe.

Der Berichterstatter, Stadtv. Pistorius, führte dabei folgendes aus:

Meine Herren! Ich habe Ihnen im Auftrage des Vorberatungs-Ausschusses vorzu-schlagen, daß sich die Stadt Rattowitz an der 9. Kriegsanleihe mit

2 Millionen

beteiligen will. Nachdem sich die Stadt an den bisherigen Kriegsanleihen bereits mit 5 Millionen beteiligt hat, wird der Gesamtbe-Stadtverordneten-Bericht 1918.

trag der Zeichnungen unserer Stadt auf die bisherigen Kriegsanleihen zusammen 7 Millionen ausmachen.

Wir stehen in einer außerordentlich schweren Zeit. Deutschlands Schicksalsstunde schlägt. Die Entwicklung der Zukunft hängt davon ab, wie die Antwort des Präsidenten Wilson auf unsere Botschaft ausfallen wird. Wenn sie so ausfallen sollte, wie die Forderungen lauten, die die Entente aufgestellt hat, so wäre ein Vernichtungskampf die Folge, wie ihn bisher noch kein Volk geführt hat. Wir hoffen, daß es nicht dazu kommen wird. Um aber unseren Feinden zu zeigen, daß das deutsche Volk entschlossen ist, alles bis zum Äußersten zu tun, ist es notwendig, daß die 9. Kriegsanleihe voll gezeichnet werde, damit unsere Feinde sehen, daß das deutsche Volk geschlossen hinter der Armee steht.

Die deutsche Stadt Rationia, die stets auf ihr Deutschtum besonderen Wert gelegt hat, wird nicht zurückstehen wollen hinter den anderen Städten Deutschlands. Ich nehme deshalb an, daß Sie die 2 Millionen Mark bewilligen, die der Magistrat angefordert hat. (Bravo!)

Herr Oberbürgermeister Bohlmann:

Meine Herren! Wir haben bisher gezeichnet von der Stadt 5 Millionen. Hierzu treten die zu Bewilligenden 2 Millionen gleich 7 Millionen. Von der Sparkasse sind gezeichnet 7,8 Millionen; hierzu treten neu 2 Millionen. Von den 7,8 Millionen sind aber 5,5 Millionen abgedeckt.

Eine schwere Last und schwere Verantwortung haben wir auf uns genommen, aber

**wir haben unsere vaterländische Pflicht
getan.**

Wie hätten wir anders handeln können?

Länger als 40 Jahre haben wir im Schutze des Deutschen Reiches gewohnt, sicher und gut. Die Sicherheit haben wir nicht geschätzt, heute wissen wir, was es bedeutet: Sicherheit gegen die Feinde außen, wenn wir an Ostpreußen denken, Sicherheit sonst von Person und Eigentum.

Gut gewohnt — denn wir sind wirtschaftlich vorwärts gekommen, Bürger, Bauer, Arbeiter. Unser Wohlstand und unser Vermögen hat sich gehoben.

Undankbar wäre es, Schmach und Schande gegenüber unserem größeren Vaterlande, wenn wir ihm jetzt in der Not nicht beiständen.

Undankbar wäre es gegen unsere großen Feldherren, die in länger als 4 Kriegs-

jahren unsere Heere siegreich geführt, alle Mühe, Arbeit und die oft übergroße Verantwortung auf sich genommen haben.

Undankbar wäre es gegen unser Heer und unsere Flotte, unsere Helden aus allen Teilen und allen Gauen des Volkes, die noch heute, ein Wall von Berbern, die Feinde abwehren.

Undankbar wäre es gegen die Toten, die ihr Leben ließen für uns und die anklagend aus den Gräbern aufstehen müßten, undankbar gegen die Krüppel, die ihre Glieder hingaben und ihre Gesundheit.

Undankbar wäre es gegen uns selbst, die wir so große Lasten standhaft getragen, so schwere Opfer klaglos gebracht haben.

Undankbar wäre es gegen unsere großen Vorfahren, gegen die Stein, Hardenberg, Kant, Fichte, Scharnhorst, Blücher, Bismarck, Moltke, gegen den alten Kaiser Wilhelm; die das armfelige Preußen wieder emporgerichtet und das Reich gezimmert haben.

Was wird uns in diesen Tagen zugemutet? Denken wir an die Franzosen! 4 Jahre stehen wir in ihrem Lande, Paris litt schwer unter den Angriffen der Flieger, es wurde von uns beschossen. Aber dieses Volk, von dem als einem untergehenden man schon sprach, mag es auch sein Wanken und Schwanken gehabt haben, es blieb standhaft und fest. Es war fähig zu einem neuen Angriff gegen uns. Wollten wir nicht Ähnliches und Gleiches tun, wahrlich der „große Moment“ fände ein kleines „Geiselschloß“.

Auf der anderen Seite sehen wir, was uns erwartet, wenn wir klein und zaghaft sind. Wir sehen, daß der Wahnsinn drüben in den Köpfen unserer Feinde Platz greift. Man will das Deutsche Reich zerstückeln, wie man Preußen 1806 zerstückelt hat. Man verteilt schon die Beute wie damals und selbst dieses Land, Oberschlesien, das zu Polen nicht gehörte, fällt einem Königreich Polen zu — so las man nämlich aus Verhandlungen des Wiener Reichsrats und so mag sich das Bild auch in einzelnen Köpfen diesseits der Grenzen malen.

Da sollten wir nicht unser Bestes und Bestes tun, wie unsere Vorfahren 1813? Da sollten wir nicht in nationalem Verteilungskampf im Freiheitskrieg 1914 zusammenstehen können, der Jüngling und der Mann im weißen Haar, wenn es Not tut, da sollten wir nicht aufstehen wie unsere Vorfahren und wie im August 1914! Kein Zweifel kann sein, wenn das deutsche Volk sich darüber klar wird, ob Deutschland wieder ein geographischer Begriff sein soll wie vor 1870, ob die Feinde von Ost und West wieder in unseren Fluren ihre

Kriege führen sollen, ob das blühende Land und die blühenden Städte, durch die wir frohen Herzens heute fahren, das Schickial Nordfrankreichs erleiden sollen. Nach den unerhörten Opfern, die wir gebracht, nach den unerhörten Erfolgen, die wir errungen haben, gegen die Völker aller Erdteile, die ein Völklinger besingen konnte, wenn es einen solchen gäbe, können und werden wir nur einen ehrenvollen Frieden schließen. Es ist Pflicht jeden Mannes, der vor der Öffentlichkeit spricht, sich hierzu zu bekennen. Es ist aber auch Pflicht jedes einzelnen, im Haus und auf der Straße, in der Familie, unter Bekannten und Freunden, so zu sprechen und zu denken, daß an dem großen einheitlichen Willen unseres Volkes auf Sieg und Fortbestehen kein Zweifel ist.

Sie bewilligen m. H. die Hindenburgs-Spende und sorgen, daß Hindenburgs Ruf für das Heilheer schnellen und kräftigen Widerhall findet. Sorgen Sie dafür, daß durch die Bewilligung der Kriegsanleihe und jeder an seiner Stelle, daß Hindenburgs Ruf wahr werde:

Deutsches Heer und deutsche Heimat wehre Dich“.

(Lebhaftes Bravo!)

Stadtv. Gries: Meine Herren! Wer deutlich fühlt und sich des schweren Augenblickes bewußt ist, der wird gern die Summe bewilligen, welche der Magistrat zur Kriegsanleihe angefordert hat. — Zu meinem Bedauern habe ich in einer obereschlesischen Zeitung am Sonntag eine kurze Notiz gelesen, daß die Werbung für die 9. Kriegsanleihe eingestellt worden sei. Gerade die Kürze der Notiz hat in weiten Kreisen Verwirrung hervorgerufen. Inzwischen ist ja bereits festgestellt worden, daß an eine Einstellung der Werbearbeit für die 9. Kriegsanleihe überhaupt nicht gedacht ist. Ich lege aber Wert darauf, daß der Magistrat hierzu Stellung nimmt; denn wir müssen den guten Willen der Bevölkerung zu stärken suchen.

Oberbürgermeister Pohlmann: An eine Einstellung der Werbearbeit für die Kriegsanleihe ist nicht zu denken, und es ist bedauerlich, daß die Notiz in die Zeitung gekommen ist. Es handelt sich hierbei um weiter nichts, als daß die bisherige Propaganda für einige Zeit eingestellt worden ist, weil sie in eine andere Form gekleidet werden sollte. Welche Gründe hierfür vorliegen, entzieht sich meiner Kenntnis. Es ist aber wahrscheinlich, daß diese Maßnahme mit der allgemeinen politischen Lage zusammenhängt. Näheres ist auch der Reichsbank nicht bekannt. Die Reichsbank legt aber den größ-

ten Wert darauf, daß diese 9. Kriegsanleihe dasselbe Ergebnis hat, wie die achte.

Die Abstimmung.

Der Vorsitzende, Stadtv.-Vorsteher Grünfeld stellt fest, daß die Versammlung der Magistratsvorlage wegen Bewilligung von zwei Millionen Mark zur 9. Kriegsanleihe einstimmig zugestimmt hat.

3. Bewilligung eines Beitrages zu einer Sindenburgspende für das Feldheer.

Wie der Berichterstatter, Stadtverordneter Wanjura näher ausführte, ist diese Spende bestimmt zu Liebesgaben an das Heer. Vom Magistrat ist beschlossen worden, einen Beitrag von 3000 Mark dafür zu bestimmen. Ich möchte bitten, diese 3000 Mark zu bewilligen.

Da eine Ausprache nicht gewünscht wird, läßt der Vorsitzende sogleich über die Vorlage abstimmen. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme.

Schluß der Sitzung 5 Uhr 30 Minuten.
H.

Montag, den 4. November 1918.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Festsetzung des Haushaltsplanes der städtischen Handelsschule für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 31. März 1919.
3. Aufnahme einer Schuld von 30 000 Mark zur Tilgung einer Hypothekenschuld auf dem Grundstücke Nr. 488 Rattowitz.
4. Verstärkung des Titels XIII, 3 des Haushaltsplanes des Lyzeums.
5. Auslösung von Stadtoptionen aus der Anleihe von 1887
6. Beteiligung der Stadt an der 9. Kriegsanleihe.

Anwesend vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delsner; die Stadträte Ruoff, Badrian, Heige, Guttmann, Kalus, Pieler.

Von den Stadtverordneten: Stadtverordneten-Vorsteher Grünfeld, Braetisch, Müller, Boitinet, Rudzinski, Herrmann, Ratichinski, Delonnet, Siwina, Vogel, Drees, Breslauer, Münch, Boehm, Dr. Breich, Kraemer, Albrich, Funge, Dr. Glaser, Rubiz, Dr. Hoffmann, Klimanek, Gentawer.

Entschuldigt fehlten: Bistorius, Schalscha und die im Heeresdienst stehenden Stadtverordneten.

Der öffentlichen Stadtverordneten = Sitzung ging im Stadtverordneten = Sitzungssaale, beginnend um 6 Uhr, eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Pohlmann vor aus.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung war die

Wahl zweier Mitglieder für den Rawa-Verbands-Ausschuß.

Der Herr Oberbürgermeister erklärte, daß die Wahl ohne weitere Formalien vorgenommen werden könne. Der Vorberatungs-Ausschuß brachte in Vorschlag die Herren Direktor Drees und Justizrat Badrian. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage einstimmig und ohne Aussprache zu.

Darauf wurde die gemeinschaftliche Sitzung wieder geschlossen.

Um 6¼ Uhr eröffnete alsdann Stadtv.-Vorst. Grünfeld die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten mit folgendem

Nachruf für den Stadtverordneten Paul Waniura:

Aufrichtige Trauer erfüllt uns alle über den plötzlichen, allzu frühen Heimgang unseres lieben

bewährten ersten Schriftführers, des Stadtverordneten, Ofenbau-Obermeisters Paul Wanjura, der am letzten Donnerstag im besten Mannesalter nach kurzem, schwerem Kranklager der tödtlichen Grippe erlegen ist. — Seit dem Jahre 1904 in unserer Versammlung als lieber Kollege und treu bewährter Mitarbeiter tätig, hat sich Paul Wanjura durch strengste Pflichterfüllung, vortreffliche Charaktereigenschaften, durch liebenswürdiges, zuvorkommendes Wesen, unser aller vollste Anerkennung, Wertschätzung und Liebe erworben. Gleich seinem Vater, dessen ehrenamtliches Wirken als Stadtverordneter uns älteren Rattowikern noch in bester Erinnerung steht, hat auch sein würdiger Sohn, Paul Wanjura, durch opferfreudiges Einsetzen seines ganzen Könnens in warmherziger Liebe zu seiner Vaterstadt und in vielen wichtigen Ausschüssen, insbesondere auch in den für die Kriegsfürsorge gebildeten, engeren Kommissionen, sich als stets hilfsbereiter, tatkräftiger Mitarbeiter ausgezeichnet. Mit dem teuren Heimgegangenen haben wir gestern einen braven, bewährten Bürger unserer Stadt zu Grabe geleitet; mit Liebe und herzlichem Danke gedenken wir heute seiner langjährigen, ehrenamtlichen Tätigkeit und wollen ihm immerdar ein ehrendes Andenken bewahren. Sie haben dies, meine Herren, durch Erheben von den Plätzen bekundet. Ich danke Ihnen!

1. Mitteilungen.

Stadtver. Vorst. Grünfeld teilt mit, daß die Brünungsberichte über die Abschlüsse der Stadthauptkasse für September und Oktober 1918 eingegangen und Erinnerungen nicht gemacht sind. Die Abschlüsse liegen zur Einsicht aus.

Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß der Bericht des Oberbürgermeisters über das

a) Ergebnis der Goldankaufstelle

vorliege. Es sind im ganzen Bezirk, Stadt- und Landkreis Rattowitz, eingegangen an Gold und Platin 45 Kilogramm und 566 Gramm, zusammen für 66 634 M.; an Juwelen für 4269 M., an Silber für 3545 M., zusammen für 74 447 M. Auf die Stadt Rattowitz allein entfallen davon für Gold u. Platin 5850 M., für Silber 250 M. u. für Juwelen 4518 M., zusammen 12 668 M.

Der Vorsitzende gibt sodann Kenntnis von einem

b) Dankschreiben der Frau Dembitzsch,

der Schwester des verstorbenen Bürgermeisters Rosch für die Zuvendigung einer Unterstützung.

Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß ein

c) Schreiben des Stadtrats Dame

eingegangen sei, in dem er seinem Danke für seine Ernennung zum Stadthalter Ausdruck gibt. Der Vorsitzende unterläßt hierbei nicht, seine Freude über das Dankschreiben zu bezeugen.

d) Für die ausgeschriebene Stadtratsstelle

sind nach einer weiteren Mitteilung des Herrn Stadtr.-Vorsteher Grünsfeld 85 Bewerbungen eingegangen. Mit diesen wird sich der Beratungsausschuß in seiner Sitzung am bevorstehenden Mittwoch beschäftigen. Der Bezirks-Ausschuß hat zu dem festgesetzten Dienst-einkommen für den besoldeten Stadtrat seine Genehmigung erteilt.

Sodann machte der Vorsitzende Mitteilung von den beiden folgenden für dringlich erklärten

Magistratsvorlagen,

nämlich: 1. den Lebensmittel-Ausschuß durch Zuwahl von drei Stadtverordneten zu verstärken, und:

2. bezüglich der Ausgabe von Papier-Mot-gelb einen Entschluß herbeizuführen und zwar für die Stadt Rattowitz allein für

1 Million Mark Zwanzig-Markscheine, für 750 000 Mark Zehnmarkscheine und für 250 000 Mark Fünfmarkscheine.

Der Bezirk Oberschlesien gibt Papier-Mot-gelb aus in folgendem Umfange: für 15 Millionen Mark Zwanzig-Markscheine, für 5 Millionen Mark Zehnmarkscheine und für 5 Millionen Fünfmarkscheine, zusammen also für 25 Millionen Mark.

Die Versammlung erkennt die Dringlichkeit beider Vorlagen an und beschließt ihre sofortige Beratung.

In den Lebensmittel-Ausschuß werden gewählt die Herren: Junge, Münch und Alimaneff. Diesem Ausschuß gehörten bereits an, die Herren: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtrat Guttmann, Stadtrat Zimmermann und die Herren Kubitz, Pöffler, Wanjura und Weichmann.

Wie der Vorsitzende zur Vorlage wegen des Papier-Motgelbes mitteilte, hat der Magistrat nach Erkundigungen bei der Reichsbank zunächst für eine Million Mark, danach aber noch für zwei Millionen Mark Motgelb drucken lassen. Die Kosten für den Druck dieser Noten tragen der Stadt- und Landkreis und die Reichsbank gemeinsam. Der Vorsitzende betont, man könne es freudig begrüßen, daß der Magistrat sofort

Schritte getan habe, um dem Mangel an Papiergeld abzuwehren. Jegendwelche Schwierigkeiten haben sich bei der Annahme des neuen städtischen Papiergeldes nicht ergeben. Die Arbeiter haben es bei den Lohnzahlungen ohne Bedenken angenommen.

Eine Anfrage, ob das Geld in ganz Oberschlesien angenommen werden würde, wurde vom Vorsitzenden bejahend beantwortet.

Stadtv. Dr. Preiß: Ich möchte, daß von dieser Stelle aus betont wird, daß auch die Behörden und öffentlichen Kassen das Papier-Motgeld der Stadt Kattowitz als Zahlungsmittel annehmen. Auch dieser Anregung gibt der Vorsitzende Folge. Darauf wird auch diese zweite Magistrats-Vorlage angenommen.

2. Festsetzung des Haushaltsplanes der städt. Handelsschule für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 31. März 1919.

Nach der Mitteilung des Berichterstatters, Stadtv. Breslauer, bezieht sich der Haushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf je 9320 M. Wird kurzer Hand angenommen.

3. Aufnahme einer Schuld von 30 000 Mark zur Tilgung einer Hypothekenschuld auf dem Grundstücke Nr. 488 Kattowitz.

Der Hypothekengläubiger will den Zinsfuß erhöhen, infolgedessen hat sich der Magistrat für die Kündigung ausgesprochen. Die Hypothek soll von der Stadtparkasse übernommen werden. — Die Vorlage wird ohne Aussprache angenommen.

4. Verstärkung des Titels XIII, 3 des Haushaltsplanes des Gymnasiums.

Nach den Mitteilungen des Berichterstatters, Stadtv. Direktor Drees, handelt es sich um eine Nachbewilligung von 400 M., die kurzer Hand genehmigt wird.

5. Auslösung von Stadtschuldscheinen aus der Anleihe von 1887.

Die Anleihe war, wie der Vorsitzende bemerkte, i. H. 307 000 M. hoch. Es werden ausgelöst vier Stücke zu je 5000 M., nämlich die Nummern: 89, 65, 25, 60. Ferner vier Stücke zu je 2000 M., nämlich die Nummern: 34, 91, 75, 64. Und sodann 22 Stücke zu je 500 M., nämlich die Nummern: 692, 691, 506, 332, 687, 30, 600, 572, 57, 138, 55, 80, 288, 523, 524, 282, 698, 531, 528, 657, 499, 551, 307.

6. Beteiligung der Stadt an der 9. Kriegsanleihe.

Der Berichterstatter Stadtv. Dr. Hoffmann führte dazu folgendes aus: Wir haben in unserer letzten Versammlung beschlossen,

für die 9. Kriegsanleihe 2 Millionen Mark zu zeichnen. Es ist aber schon damals vom Magistrat eine Zeichnung von 3 Millionen Mark angeregt worden. Wir haben uns indessen damals gesagt, daß es genügen würde, wenn wir uns mit 2 Millionen Mark daran beteiligen würden. Nun haben sich inzwischen teilweise die politischen Verhältnisse außerordentlich verschoben und zwar zu unseren Ungunsten und es ist von allergrößter Bedeutung, daß dem Auslande, dem neutralen und dem feindlichen, gezeigt wird, daß wir fest und unentwegt zu unserem Vaterlande stehen. Ein Mittel dazu ist die Beteiligung an der 9. Kriegsanleihe. Die Beteiligung hieran scheint nicht mehr so stark zu sein, wie es bei den früheren Anleihen der Fall war. Es würde nun für unseren Staat eine große Schädigung sein, wenn die 9. Kriegsanleihe hinter den vorhergehenden wesentlich zurückbliebe. Aus diesem Grunde hat der Magistrat beschlossen, daß nicht 2 Millionen, sondern 3 Millionen Mark seitens der Stadt gezeichnet werden sollten. Ob nun eine Million Mark mehr gezeichnet werden oder nicht, das ist letzten Endes nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Aber ein altes gutes, deutsches Sprichwort heißt: „Brocken bringen Brot.“ Daher möchte ich Sie bitten, die Bedenken, die zweifellos bei Ihnen teilweise bestehen, zurückzustellen. Es gilt hier Rücksicht zu nehmen auf höhere Gesichtspunkte. Ich empfehle Ihnen also eine Beteiligung an der 9. Kriegsanleihe in Höhe von 3 Millionen Mark. — Der Stadtverordneten-Vorsteher Grünfeld bemerkt: Der Magistrat glaubt, der Bürgerschaft ein gutes Beispiel geben zu sollen, besonders auch denen, welche glauben, ihr Aeußerstes bereits getan zu haben.

Die Vorlage wird alsdann einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung um 7 Uhr.

H.

Außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Rattowik, 11. November.

Anwesend: vom Magistrat: Erster
Bürgermeister Pohlmann, Stadtbaurat
Telsner, die Stadträte: Ruoff,
Guttman, Pieler, Kalus, Zimmer-
mann.

Von den Stadtverordneten: Stadt-
verordneten-Vorsteher Grünfeld, Pisto-
rius, Breslauer, Kraemar, Rat-
schinsky, Dr. Glajer, Braetsch,
Lelonek, Junge, Dr. Preiß, Dr.
Hoffmann, Woiwinek, Rudzinski,
Schalcha, Centawer, Boehm,
Scharif, Brauer, Münch, Griefe,
Drees, Siwinna, Klimanek, Vogel,
Ulbrich, Herrmann, Kubis, Po-
forn.

Stadtverordneten-Vorsteher Grünfeld
eröffnete die Sitzung wenige Minuten nach
5 Uhr und führte sogleich folgendes aus:

„Die schicksalsschwere Gegenwart und
Zukunft unseres teuren Vaterlandes bewegt
unser aller Herzen bis ins Innerste. Die er-
schütternden Geschehnisse der letzten Tage, die
niederdrückenden Waffenstillstandsbedingungen
der Feinde, die innere Umwälzung in unserem
ganzen Vaterlande müssen uns zwingen, uns
auf den Boden der Tatsachen zu stellen und mit
der neuen Regierung unsere Kräfte gern und
willig zu vereinigen, um Ordnung und Ruhe,
Recht und Freiheit aufrechtzuerhalten, und so
das Unheil eines blutigen Bürgerkrieges zu
verhüten und an der Zukunft unseres deutschen
Volkes tatkräftig mitzuarbeiten. Als Ver-
treter der Bürgerschaft von Rattowik müssen
die städtischen Körperschaften es als ihre
Pflicht erachten, selbst wenn es über den
ihnen durch die Städteordnung zugewiesenen
Aufgabenkreis hinausgeht, in gemeinsamer
Arbeit mit dem seit gestern in Tätigkeit ge-
tretenen Arbeiter- und Soldaten-Rat zu
prüfen, welche Maßnahmen unverzüglich zu
treffen sind, damit in unserer Stadt Ordnung

und Ruhe aufrechterhalten und jedwedes Unheil verhütet wird. Diesen Zwecken dienen zwei Dringlichkeitsanträge des Magistrats und des Vorberatungsausschusses, die heute vormittag in gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen worden sind. Gemäß § 2 unserer Geschäftsordnung hat der Vorsteher das Recht, in dringenden Fällen zu einer schnellen und unaufschiebbaren Sitzung bis wenigstens 6 freie Stunden vor Beginn derselben einzuladen. Wenn sich kein Widerspruch aus der Versammlung erhebt, darf ich annehmen, daß Ihnen allen die Einladung rechtzeitig zugegangen ist. Nur der heutigen Tagesordnung steht als einziger Punkt: „Einführung eines Bürgerausschusses.“ Dieser Antrag ist vom Magistrat zurückgezogen und hierfür liegen die beiden vorerwähnten

Dringlichkeitsanträge

vor.

1. Die Versammlung der Stadtverordneten solle den Beschluß fassen, daß:

a) alle Bekanntmachungen des Oberbürgermeisters von dem Gewerkschaftsführer Löffler mit unterzeichnet werden müssen;

b) daß sich der Magistrat durch Entsendung von zwei Mitgliedern, und die Versammlung der Stadtverordneten durch Entsendung von vier Mitgliedern an den Beratungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates zu beteiligen haben.

Vom Magistratskollegium sind dazu ausersehen die Herren: Oberbürgermeister Wohlmann, Stadtrat Guttmann und als Ersatz die Herren: Bürgermeister Leu, die Stadträte Kalus und Zimmermann. Vom Stadtv.-Kollegium wurden vorgeschlagen die Herren: Grünfeld, Pistorius, Kubis, Ehrhardt, Klimanek.

Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß der Arbeiter- und Soldaten-Rat seine Beratungen in den oberen Räumen des Pichorrbraus in der August-Schneiderstraße abhalten wird. Der Magistrat beantragt, die Miete auf städtische Kosten zu übernehmen.

Außerdem beantragt der Magistrat, daß folgende Summen bewilligt werden:

1. Für Kostbandsarbeiten = 100 000 Mark.
2. zur Schaffung von Wohnungsgelegenheit = 50 000 Mark.

Der Vorsitzende, Stadtverordneten-Vorsteher Grünfeld, ersucht, die Dringlichkeit dieses von ihm dargelegten ersten Haupt-Antrages anzuerkennen.

Stadtv. Pistorius hat das Referat übernommen. Er teilte mit, daß die Herren vom

Arbeiter- und Soldaten-Rat am Montag Morgen beim Bürgermeister erschienen seien u. den Wunsch ausgesprochen hätten, daß ihre Mitwirkung bei dem Erlaß amtlicher Bekanntmachungen gewährleistet werde. Es sei darauf vereinbart worden, daß dem Gewerkschaftsführer die Zustimmung erteilt werde, alle Bekanntmachungen des Oberbürgermeisters mit seinem Namen zu unterzeichnen. Die Abstimmung wurde sogleich vorgenommen.

**Sie ergab die einstimmige Annahme
des Magistrats-Antrages.**

Sodann berichtete Stadtrat Pistorius über den zweiten Magistrats-Antrag wegen der Bildung eines Ausschusses, der sich an den Beratungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates beteiligen soll. Der Referent betonte, die Mitglieder könnten und dürften sich der Pflicht nicht entziehen, an den Beratungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates teilzunehmen. Die Versammlung steht auf dem Standpunkte, daß jeder einzelne dazu beitragen müsse, daß Ruhe und Ordnung der Stadtgemeinde sichergestellt sind. Das sei in auch das Beste, was man für das Vaterland in der jetzigen Zeit tun könne. Es wurden folgende Herren zur Teilnahme vorgeschlagen:

a) Vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann und Stadtrat Gutmann. Als Vertreter Bürgermeister Leu und Stadtrat Kalus, Stadtrat Zimmermann.

b) Aus der Versammlung die Herren: Grünfeld, Pistorius, Ehrhardt, Kubis. Als Vertreter die Herren: Krämer, Drees, Bokorny, Klomanek.

Die Abstimmung ergab dann die einstimmige Annahme auch dieser Vorlage.

Stadtw. Pistorius berichtete danach weiter über den Magistrats-Antrag, betr. Bewilligung der Kosten für die Miete für das Versammlungslokal des Arbeiter- und Soldaten-Rates. Es ist dazu, wie schon bemerkt, das Pichorrbrau an der August-Schneiderstraße auserkoren.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadtw. Pistorius berichtete sodann weiter als Referent über die Vorlage des Magistrats, für Notstandsarbeiten 100 000 Mk. und zur Beschaffung von Wohnungs-Gelegenheit 50 000 Mark bereitzustellen. In der Begründung betonte der Referent, daß ein großer Teil der Truppen, ohne erst die Demobilisierung abzuwarten, schon bald zurückfluten werde. Es

sei deshalb nötig, den Leuten die Möglichkeit zu Verdienst und zur Unterkunft zu geben.

Dann wurde auch der ganze Antrag ebenfalls einstimmig angenommen.

Stadt. Dr. Hoffmann vermißte in dem Antrage betr. Nothstandsarbeiten, den Zusatz: „vorzugsweise für heimkehrende Krieger.“ Dieser Zusatz wird festgestellt.

2. Dringlichkeitsantrag: Ersatzwahl zweier Stadträte.

1. Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtrat Dr. Sogalla. Die Amtszeit läuft noch bis zum 31. Dezember 1919. Gewählt wurde mit 26 Stimmen der Gewerkschaftssekretär Döffler.

2. Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtrat Heuer. Gewählt wurde mit 22 Stimmen Kaufmann Speil.

Oberbürgermeister Bohlmann machte darauf aufmerksam, daß die Vereidigung der beiden Gewählten unter den gegenwärtigen Umständen nicht vorgenommen werden könnte. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß diese Formalität unterbleibt. Abschluß wurde noch das Protokoll festgestellt und danach die Sitzung um 6 Uhr geschlossen. H.

Donnerstag, d. 21. November 1918, nachm. 6 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Deckung der Zinsen für das zur Auszahlung der Reichsfamilienunterstützung aufgenommene Darlehn.
Beitritt zur Deutschen Gesellschaft für soziales Recht.
Bewilligung von Mitteln für den Arbeiter- und Soldatenrat zur Deckung von Auskosten, die im Interesse von Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufgewendet werden.
5. Erhöhung der Theatereintrittspreise.
6. Bewilligung von Mitteln für die Gewährung von Weihnachtsunterstützungen an Angestellte.
7. Wahl eines besoldeten Stadtrats für eine 12jährige Amtsdauer.
8. Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit.
9. Wahl eines unbesoldeten Stadtrats für eine bis Ende Dezember 1923 laufende Amtszeit.

Anwesend vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delsner.

Die Stadträte: Ruoff, Guttman, Zimmermann, Kalus, Feige, Pieler, Vadian.

Von den Stadtverordneten: Stadtverordnetenvorsteher Grünfeld, Brauer, Dr. Hoffmann, Kraemer, Pinkus, Breslaner, Glaser, Ulbrich, Münch, Rudzinski, Siming, Ratichinski, Schalscha, Dr. Breib, Witinet, Woforny, Drees, Müller, Centawer, Vogel, Senzinski, Scharff, Herrmann, Müller, Delonek, Rubis, Braetsch, Klimanek, Weigmann.

Entschuldigt fehlen: Die Stadtverordneten Pistorius, Kunge, Borinski u. die im Heeresdienst stehenden Stadtverordneten.

1. Mitteilungen.

1. Stadtv.-Vorsteher Grünfeld: Es liegt ein Prüfungsbericht über den Stand der Stadthauptkasse vom 1. Oktober 1918 vor, dessen gleichen liegt.

2. ein Prüfungsbericht über die städtische Sparkasse im September 1918 vor. Beide Berichte liegen auf dem Tische des Hauses zur Einsicht aus.

3. Es waren von zwei Gemüse- und Obsthändlerinnen an die Stadt Beschwerden gerichtet worden, daß sie bei der Zuteilung von Gemüse und Obst benachteiligt worden wären. Der Magistrat hat die beiden Beschwerden prüfen lassen. Der Bericht des Magistrats über das Ergebnis der Untersuchung liegt nun vor; es geht daraus hervor, daß die beiden

Frauen zu Unrecht angenommen haben, daß sie benachteiligt worden wären.

4. Der Vorberatungs-Ausschuß wünscht eine buchmäßige Abänderung dahingehend, daß die Beträge, die von der Regierung für Teuerungs-Zulagen an Angestellte und Beamte erstattet werden, die bisher buchmäßig dem Zentral-Hilfsfonds zufließen, nunmehr der Allgemeinen Verwaltung erstattet werden sollen. Es handelt sich übrigens um 120 000 M.

2. Deckung der Zinsen für das zur Auszahlung der Reichsfamilien-Mutterstützung aufgenommene Darlehen.

Berichterstatter Stadtv. Brauer: Das Darlehen hat eine Höhe von 512 231 M erreicht. Ursprünglich war beschlossen worden, die Angelegenheit bis nach Friedensschluß zu vertagen. Durch ein Schreiben des Regierungspräsidenten vom 22. Juli ist die Frage aber wieder flüssig geworden. Der Berichterstatter verliest das Schreiben und bemerkt, daß daraufhin beschlossen worden sei, dem Regierungspräsidenten den Bescheid zu geben, daß eine Deckung jener Zinsen im laufenden Rechnungsjahre unmöglich sei. Daraufhin ist aber wieder ein Schreiben des Regierungspräsidenten eingelaufen, worin er erklärt, daß es eine Pflicht voraussehender Fürsorge sei, sich schon jetzt über die Frage der Deckung jener Zinsen zu entscheiden. Der Regierungspräsident weist darauf hin, daß später noch andere Ausgaben nötig werden könnten. Nach dem Bericht der Hauptkasse handelt es sich um 257 537 M. Der Magistrat hat nun beschlossen, daß die Zinsen aus den Zinsen des Rechnungsjahres 1918—19 gedeckt werden sollen. — Der Vorberatungs-Ausschuß billigt das aber nicht; er empfiehlt, aus den genannten Ueberschüssen einen Fonds zu bilden, über dessen Verwendung noch später Beschluß gefaßt werden soll. — An der Aussprache beteiligten sich die Herren Stadtv. Binkus und Oberbürgermeister Pohlmann. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages des Vorberatungs-Ausschusses.

3. Beitritt zur deutschen Gesellschaft für soziales Recht.

Berichterstatter Stadtv. Kraemer: Der Jahresbeitrag beträgt 40 M. Wird beschlossen.

4. Bewilligung von Mitteln für den Arbeiter- u. Soldatenrat zur Deckung von Unkosten, die im Interesse von Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufzuwenden werden.

Berichterstatter Stadtv. Hoffmann: Daß in den vergangenen Tagen in der Stadt Ruhe, Sicherheit und Ordnung geherrscht hat, ver-

bankten wir ausschließlich der Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates. Selbstverständlich erforderte die Vorbereitung gewisse Mittel, die dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht zur Verfügung stehen. Er hat sich deshalb an die Stadt gewendet. Der Vorberatungs-Ausschuss empfiehlt, hierzu einen Betrag von 1000 M zu bewilligen. Wird einstimmig angenommen.

5. Erhöhung der Theater-Eintrittspreise.

Berichterstatter Stadtv. Hoffmann: Die allgemeine Teuerung hat die Mitglieder des Theaters zu einer Eingabe an die Direktion veranlaßt, ihnen eine nicht unbedeutende Erhöhung der Bezüge zu gewähren. Die Erhöhungen würden nach dem Antrage des Magistrats und des Vorberatungs-Ausschusses betragen: Bei einem Einkommen bis zu 300 M = 33 1/2 v. H., bei einem Einkommen bis zu 500 M = 20 v. H. und bei einem Einkommen über 500 M = 10 v. H. Das ergibt eine Mehrausgabe von monatlich 3300 M. Diese kann nur aufgebracht werden, wenn die Eintrittspreise etwas erhöht werden. Der Magistrat hat nun beschlossen, die Eintrittspreise für den zweiten Rang nicht zu erhöhen, sondern nur die Preise für das Parkett und den ersten Rang und zwar um 40 Pfg., mit Ausnahme der Vorstellungen, die zu kleinen Preisen gegeben werden.

Der Antrag des Vorberatungs-Ausschusses wird einstimmig angenommen.

6. Bewilligung von Mitteln für die Gewährung von Weihnachtsunterstützungen an Angestellte.

Berichterstatter Stadtv. Kubis bezeichnet die einzelnen Klassen von Angestellten, denen eine Unterstützung zuteil werden soll und stellt fest, daß insgesamt dazu 11 000 M erforderlich sind. Zuwendungen sollen nur dann erfolgen, wenn gegen die Führung und Leistungen Bedenken der Vorgesetzten der betr. Arbeitskräfte nicht vorliegen.

Stadtv. Hoffmann: Ich möchte einen dringenden Wunsch hier aussprechen, daß nämlich diejenigen Beamten und Hilfsbeamten, die den Verkehr mit dem Publikum zu pflegen haben, sich immer bewußt sind, daß sie des Publikums wegen da sind und nicht das Publikum ihretwegen (Bravo!). Mir gegenüber ist mehr wie einmal darüber gesagt worden, daß namentlich, wenn es Damen waren, in wenig verbindlicher und wenig liebenswürdiger Weise behandelt worden sind. Ich möchte, daß derartige Klagen nicht wieder vorkommen, sondern, daß die Beamten dem Publikum gegenüber sich so stellen, wie sie Stadtverordneten-Berichte 1 18.

selbst wünschen, daß das Publikum ihnen gegenüber auftreten soll. (Bravo!)

Vorsitzender: Der Herr Oberbürgermeister hat bereits zu dieser Sache Stellung genommen und entsprechende Weisungen ergehen lassen.

Der Antrag des Vorberatungs-Ausschusses wird alsdann einstimmig angenommen.

7. Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit.

Es handelt sich um die lebenslängliche Anstellung des Magistrats-Assistenten Grumotka, der nach dem Antrage des Berichterstatters Stadtv. Drees von der Versammlung ausgesprochen wird.

8. Wahl eines besoldeten Stadtrats.

Der Vorsitzende, Stadtverordneten-Vorsteher Grünfeld, bemerkt, daß 85 Bewerbungen vorliegen. Aus der engsten Wahl wird vorgeschlagen Dr. Gornik aus Hindenburg. Dieser beansprucht, daß ihm 6 Dienstjahre angerechnet werden. Mit allen von 28 abgegebenen Stimmen wird

Dr. Gornik gewählt.

9. Wahl eines unbesoldeten Stadtrats.

Gewählt wird mit 26 Stimmen Ingenieur Schulte. Stadtv. Vogel erhielt eine Stimme und eine Stimme war ungültig.

Stadtv. Kubis verlas dann das Protokoll und danach wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Im Anschluß an diese Sitzung fand dann sogleich eine

gemeinschaftliche Sitzung
des Magistrats und der Stadtverordneten
statt. Herr Oberbürgermeister Pohlmann hielt eine Ansprache, in der er etwa folgendes ausführte: Meine Herren! Die gemeinschaftliche Versammlung ist von mir einberufen worden, um Ihre Zustimmung zu erbitten zu einem Aufruf, der sich mit der

Zukunft Oberschlesiens

befaßt. Meine Herren! Wir erleben zurzeit trübe Stunden. Ob es die trübsten sein werden, geht nicht nach uns. Die Geschehnisse werden nicht von uns gemacht. Wir haben vier Jahre lang Krieg geführt und sind damals mit Jubel hinausgezogen in den Krieg. Einhellig und einmütig standen wir alle zusammen, ohne Unterschied des Glaubens und Standes. Wir haben vier Jahre und länger gekämpft. Wir wollten keinen Eroberungskrieg führen, wir wollten nur die Grenze unseres Reiches erhalten. Es ist anders gekommen. Der Uebermacht sind wir schließlich erlegen. Besiegt sind wir nur in dem Sinne,

daß wir den Kampf aufgeben mußten. Wir mußten um Frieden bitten und müssen uns einem Frieden unterwerfen, bei dem wir eine eigene Stimme nicht mehr haben. — In diesen vier Jahren des Krieges sind wir durch das frühere Gouvernement Polen gezogen und wir haben dieses Gouvernement von der Willfür-Herrschaft der Russen befreit. Wir haben damit eine Tat vollbracht, die das polnische Volk in 150 Jahren nicht hat vollbringen können! Selbst unter den blutigsten Opfern in den blutigsten Aufständen ist den Polen die eigene Befreiung nicht gelungen! Zehntausende deutscher Soldaten sind für Polen gefallen und liegen drüben begraben, die für jenes Land gestorben sind.

**Darunter befindet sich auch
der Bürgermeister von Rattowig!**

Nachdem wir dieses Land befreit hatten, haben wir drüben eine Verwaltung eingesetzt, die Sicherheit und Ordnung im Lande geschaffen und Straßen gebaut hat. Zu unserem Leidhe beinahe, möchte ich sagen, haben wir das Land in kultureller Beziehung auf jede Art gehoben. Die freizeitlichen Einrichtungen, z. B. die Städteordnung, die wir ihm gegeben haben, die großzügigen Eingemeindungen haben in Polen den Grund gelegt zur Neuordnung des Landes. Und während dieses Land unter deutscher Verwaltung stand, haben die Kaiser der damaligen verbündeten Reiche erklärt, daß wieder ein selbstständiges Königreich Polen entstehen sollte.

Für das alles, was Deutschland für Polen getan hat, haben wir keinen Dank gehabt. Von Dank haben wir nichts gehört von jenseits der Grenze! Dank haben wir dafür nicht gelernt! Und das gerade in diesen Tagen, wo die Zivilverwaltung hat fluchtartig das Land räumen müssen, da haben wir erfahren, daß Dank auch nicht zu erwarten war! — Aber damit nicht genug: In dem Augenblicke, in dem das Deutsche Reich von anderen Feinden niedergeschlagen ist, streckt die Bevölkerung jenseits der Grenze nach Landesteilen ihre Hand aus, die niemals, oder mindestens seit 800 Jahren nicht zu Polen gehört haben! Welches Gefühl muß uns da beschleichen? Wir sind augenblicklich behindert, uns so zur Wehr zu setzen, wie wir es müßten und andernfalls tun würden, um uns das Land zu erhalten, das wir selbst mit unserer Arbeit bestellt haben. Bisher haben wir mit unseren polnischen Brüdern einträchtig gelebt. Auch mit denen jenseits der Grenze. Jenes Land stand tief unter uns in der Kultur, weil es

eben unter russischer Herrschaft stand. Die Straßen und Wege waren schlecht und die Bevölkerung wurde niedergehalten durch Polizeiwillkür. Das Gefühl der persönlichen Freiheit und Achtung verlor man, sobald man jenseits der Grenze ankam.

**Und nun sollen wir
zu diesem Lande gezogen werden!**

Bisher haben wir zu diesen Dingen geschwiegen. Wir haben geglaubt, daß nur polnische Chauvinisten und Heißhorne solche Gedanken des bittersten Unrechts auszusprechen fähig wären. Nachdem aber in Aufrufen und in Versammlungen gesagt wird, die Grenzen müßten verschwinden, — von diesem Augen-

blicken wir nicht mehr schweigen!

Von jetzt ab müssen wir uns zur Wehr setzen. Täten wir es nicht, so entstünde gar das Mißverständnis, daß sich gegen die polnischen Wünsche und Bestrebungen keine deutsche Stimme erhoben hätte! Daß keine deutsche Stimme ausgesprochen hätte, daß hier ein Unrecht geschehen soll! Wollten und würden wir dazu schweigen, daß jene drüben über uns verfügen, so könnte man ja wirklich glauben, daß wir damit einverstanden wären! — Davor wollen wir uns bewahren! Mag das Schicksal entscheiden, wie es will. Wir sind nicht kräftig genug, es zu meistern. Aber, wie es Franzosen gab, die nicht zustimmten, daß Elsaß-Lothringen von Frankreich abgetrennt wurde, so wollen auch hier deutsche Männer und Frauen zu erkennen geben, daß sie nicht dazu zustimmen, daß deutsche Landesteile, daß Oberschlesien von Deutschland getrennt werde; daß hier in Oberschlesien deutsche Männer und Frauen wohnen, die da öffentlich und feierlich der Welt es laut verkünden:

„Wir wollen bei Deutschland bleiben!“

Der Herr Oberbürgermeister verlas dann den nachfolgenden

Aufruf:

Was uns bisher als ein ausschließlich in polnischen Chauvinistenköpfen auftauchender Gedanke erschienen ist, hat vor einigen Tagen ein deutsches Mitglied des bisherigen Reichstages als im Gebiete der Möglichkeit liegend bezeichnet. Herr Bergart Gothein hat es ausgesprochen, daß der Verbleib des ober-schlesischen Industriebezirkes bei Preußen und Deutschland in Zweifel stünde.

Als Einwohner des ober-schlesischen Industriebezirkes erheben wir gegen solchen Ge-

anken flammenden Widerspruch. Oberschlesien hat seit 800 Jahren nie zu Polen gehört, seine eingeworenen Einwohner sprechen zwar zum Teil eine polnische Mundart, sind aber erst und nur zum Teil seit wenigen Jahrzehnten durch großpolnische Agitatoren in national-polnischem Sinne aufgewiegelt worden. Die ganze Blüte des ober-schlesischen Industriebezirks ist durch seine Zugehörigkeit zu Preußen und Deutschland entstanden! Deutsche Intelligenz und deutscher Fleiß haben seine Bodenschätze gehoben und verarbeiteter! Sie erst haben den vorher armen und verkommenen Landstrich zu Reichtum und Gesittung gebracht, ihn zu einem unentbehrlichen Bestandteil deutschen Wirtschaftslebens gemacht, dessen Ausbreitung erdörend auf Preußen und Deutschland wirken muß.

Seit Jahrhunderten steht unser Land in ausschließlich engerer kultureller Beziehung zu dem Westen. Wir verwahren uns auf das allerentschiedenste dagegen, daß die tausendfachen Bande gelöst und unser Bezirk dem an Kultur noch weit zurückstehenden Polen ausgeliefert werde. Geschehe dies, so würde eine reiche Kultur verwüstet werden, ohne daß Polen imstande wäre, daraus den entsprechenden Nutzen zu ziehen.

Wir Oberschlesier wollen bei Deutschland bleiben.

Stadtrat Böffler machte in einer Ansprache darauf aufmerksam, daß die Polen in ihren Bestrebungen sich auf das von Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker stützten. Die Regierungen hätten Wilsons 14 Punkte anerkannt; es sei also mit Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß über Oberschlesien und seine Zugehörigkeit die hier wohnende Bevölkerung zu entscheiden haben werde. Wir werden es nicht verhindern können, wie die hier wohnende Bevölkerung entscheiden will, wohin sie gehören will, aber es steht uns frei, die Bevölkerung aufzuklären. Im Interesse der ober-schlesischen Arbeiterschaft und der ober-schlesischen Bevölkerung in den Schächten und Hütten würde ich es tief beklagen, wenn sich die Bevölkerung verblenden ließe, für den Anschluß an Polen zu votieren. Ich will auch nicht verschweigen, daß ein Teil der ober-schlesischen Bevölkerung Grund hat zur Unzufriedenheit mit früheren Verhältnissen. Die Bevölkerung ist früher nicht immer klug und geschickt regiert worden. Aber: Im neuen Deutschland, — das kann ich versichern, — wird sie volle Freiheit genießen können. Es ist für die Arbeiter, für einen Anschluß an Polen zu votieren, um so weniger Grund vorhanden, als von Deutschland

und in Deutschland der Grund gelegt wurde für die gesamte Arbeiter-Schutzgesetzgebung. Die Arbeiterschaft Oberschlesiens ist gegen Krankheit, Unfall und Invalidität versichert. Hier hat die Arbeiterschaft etwas wirklich fassbares und nicht etwas, das ihr von polnischen Chauvinisten nur vor-gemalt wird. Vorläufig wird ja der ober-schlesischen Bevölkerung das Nebelreich noch in bunten Farben geschildert, es wird als ein Brachtbau hingestellt. Wenn aber die Bevölkerung an eine Untersuchung dieses Brachtbaues herangeht, dann wird sie bald entdecken, daß es ein Quitschloß ist. Es ist für die ober-schlesische Bevölkerung äußerst gefährlich, sich verblenden zu lassen und für einen Anschluß an Polen zu votieren. Mir ist es auch sehr zweifelhaft, ob die ober-schlesische Bevölkerung in ihrer Mehrheit geneigt sein wird, einen solchen Beschluß zu fassen. Wir haben keine Veranlassung, hierbei zurückzutreten, sondern wir wollen zum Ausdruck bringen, daß es im Interesse der Bevölkerung liegt, wenn sie bei Deutschland bleibt. Wir werden alles tun, damit die Bevölkerung erkennt, wo ihr Heil liegt, ob bei Polen oder bei Deutschland! (Bravo!)

Stadt. Braetich: Nicht als Politiker, sondern als Sohn dieses Landes möchte ich hier erklären, was ich von meinen Vätern gelernt habe: Wer sich selbst aufgibt, hat schon halb verloren! (Bravo!)

Stadt. Brauer: Ich möchte wünschen, daß der Aufruf noch etwas mehr vollständig ausgearbeitet und von Haus zu Haus getragen werde. Jeder einzelne Mann in Oberschlesien muß bearbeitet werden. Gut wäre es, wenn die trefflichen Worte, die Herr Köffler gesagt hat, die weiteste Verbreitung fänden!

Wir müssen ebenso intensiv arbeiten, wie es die polnischen Agitatoren tun.

Ortbürgermeister Rohlmann: Dieser Aufruf ist nur als Auftakt der von uns zu unternehmenden Schritte gedacht. Hoffentlich trägt er dazu bei, in allen Bevölkerungsschichten das Pflichtgefühl zu wecken, in deutschem Sinne zu arbeiten, jeder nach seinen Kräften, aus tiefstem Herzen heraus!

Auf Vorschlag des Herrn Köffler wird am Schlusse des Aufrufs eine redaktionelle Aenderung vorgenommen und Herr Rubis reat an, den Aufruf auch ins Polnische übersetzen zu lassen.

Dann folgte die Abstimmung, die die einstimmige Annahme des Aufrufs ergab.

H.

Montag, den 2. Dezember 1918, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Erhöhung der Miete für die von der Vertiefpflanzengesellschaft m. b. H. gemieteten Räume der Bezugsgesellschaft abgeleitet.
3. Erhöhung der Feuer- und Versicherungssumme für das Stadtheater und dessen Einrichtung gegenstände.
4. Nachprüfung des Verhältnisses mit dem Theaterdirektor mit Bezug auf § 1 des Vertrages.
5. Erhebung einer Stammpflichtgebühr für Theaterintrittskarten.
6. Antrag des Theaterdirektors auf Genehmigung zur Entziehung eines Honorars in seiner Eigenschaft als Darsteller in die Monatsrechnung.
7. Erhöhung der Beihilfe an Musikdirektor Gumpert für die Stellung der Theatermusik.
8. Bewährung von Mitteln für die Gewährung von Beihilfen an pädagogische Arbeiter.
9. Gewährung einer Unterstützung an einen Beamten.
10. Gewährung einer Beihilfe an eine Aushelferin.

Anwesend: Vom Magistrat: Oberbürgermeister Bohlmann, Bürgermeister Leu, Stadtbaurat Delsner, die Stadträte Ruoff, Guttmann, Feige, Bößler, Zimmermann.

Von den Stadtverordneten: Stadtvorst. Grünfeld, Bistorius, Dr. Hoffmann, Kraemer, Brauer, Pinkus, Albrich, Sinwinna, Rudzinski, Münch, Vogel, Klimanek, Boehm, Wollinek, Bräslauer, Schalscha, Hencinski, Kubis, Scharff, Bokorny, Centawer, Müller, Herrmann, Ratschinski.

Entschuldigt fehlten die Stadtverordneten: Braetsch, Drees, Zelonek, Borinski, Ehrhardt.

1. Mitteilungen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld teilt mit, daß der Haus- und Grundbesitzer-Verein an die Stadtverordneten ein Schreiben gerichtet hat, in dem er anfragt, ob der Magistrat das Einverständnis der Stadtverordneten dazu eingeholt habe, daß die vom Staatskommissar für das Wohnungswesen erlassenen Maßnahmen und Anordnungen hätten eingeführt werden müssen. Von allen schlesischen Städten sei Rattowitz die erste Stadt gewesen, die von dem Gesetz Gebrauch gemacht hätte. Vom Haus- und Grundbesitzer-Verein wird das für Rattowitz nicht für nötig erachtet.

Stadtbaurat Delsner erwidert hierauf, daß es sich um zwei Verordnungen handelt, nämlich um eine Verordnung zum Mieterschutz und zweitens um eine solche, welche Maßnahmen bezwecke, um dem Wohnungsmangel entgegenzutreten. Wenn gesagt worden wäre, daß Mißstände in Bezug auf das Rattowitzer Wohnungs-

wesen nicht vorhanden wären, so sei das wohl nicht richtig. Schon der Mangel an Wohnungen sei ein Mißstand und zwar von ungeheurer Bedeutung. Redner ging auf die betreffende Bundesratsverordnung ein, berührte ihre Folgen und betonte, daß er selbst recht trübe Erfahrungen gemacht habe. Während die anständigen Hausbesitzer mit ihren Zuschlägen zur Miete sachgemäß und vorsichtig vorgegangen seien, hätten andere die Unkenntnis ihrer Mieter ausgenutzt und Mietererhöhungen von 500 auf 800 Mark vorgenommen. Viele Mieter hätten stillschweigend die Mehrforderung bezahlen müssen, um überhaupt nur ein Obdach zu haben. Da habe sich die Stadt veranlaßt gesehen, einzugreifen. Das mußte geschehen, weil eine Unruhe in der Einwohnerschaft eingetreten war, die der Lebensmittelbeunruhigung durchaus nicht nachstand. Es geht nicht an, daß in solchen Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, der Preis für Mieten sich einfach richtet nach Angebot und Nachfrage. Jeder Mieter habe das Gefühl gehabt, daß er jetzt ganz und gar von der Gnade des Hausbesitzers abhängig sei. Nun kommen noch hinzu die Demobilisierungs - Notwendigkeiten. Der Magistrat habe daran gedacht, im Barackenlager Wohnungen in Reserve einzurichten. Es heiße zwar Barackenlager, es sei aber so massiv und gut gebaut, wie manche Kattowitzer Häuser nicht. Jetzt aber werde es als Lazarett gebraucht und komme für Kleinwohnungen nicht in Betracht. Ob der Haus- und Grundbesitzerverein auch die zweite Verordnung, betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel, im Auge gehabt habe, wisse er nicht. Vielfach seien die Wohnungen in geradzuh sträflicher Weise vernachlässigt worden. Allerdings habe es ja während des Krieges weder Baumanlage noch Baumaterial gegeben. Viele Hausbesitzer hätten aber Reparaturen nicht vornehmen lassen, sondern erklärt: „Dann reiß ich sie einfach ab.“ Es bleibe dahingestellt, ob das nur eine leere Drohung gewesen sei. Indessen sei den Mietern doch mancherlei zuzumuten worden.

Eine Reihe von Kleinwohnungen war von gewissen Händlern zu Bürozwecken gemietet. Da stand denn im ersten Zimmer ein Tisch und im zweiten Zimmer lag ein Haufen Kehlen zum Heizen der Büroräume. Diese Art von Büros haben wir vollkommen aufgehoben, z. B. in der Mühlstraße. So haben wir im ganzen 95 Wohnungen mit 220 Räumen freigemacht. Manche Hausbesitzer hätten ihre Häuser strupelös ausgenutzt und seien gleichgültig demgegenüber gewesen, was aus den Häusern wurde. So wurden die unteren Räume zu Lagerräumen vermietet, während oben im Hause Mieter wohn-

ten. Im nächsten Frühjahr wird, wenn sonst nichts dazwischenkommt, losgebaut werden und zwar in einem Umfange, wie er den Herren bereits bekannt ist.

Der Vorsitzende schlägt eine Beiprechung vor.

Stadtv. Brauer ist gegen eine Beiprechung und beantragt, die Angelegenheit zu vertagen und sie dem Vorberatungs-Ausschuß zu überweisen.

Herr Oberbürgermeister Pohlmann bemerkt, daß der Magistrat auf Grund der Statistik nicht in der Lage gewesen sei, über genügende kleine Wohnungen zu verfügen. Es würde vielleicht zweckmäßig sein die Angelegenheit im Bauausschuß zu behandeln. Die Sache sei auch deshalb noch von Bedeutung, weil ein starker Ruzua nach der Stadt bemerkbar sei.

Stadtv. Katschinsky bemerkt zur Geschäftsordnung: Was Herr Stadtbaurat Delsner ausgeführt hat, kann nicht unbeantwortet bleiben.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld: Die Sache soll dem Bauausschuß übertragen und danach dem Vorberatungsausschuß übergeben werden.

Stadtbaurat Delsner: Der Bauausschuß hat schon dazu Stellung genommen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld bemerkt auf Anfrage des Stadtv. Münch, daß der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzer-Vereins Mitglied des Stadtbauamtes sei. Der Gegenstand wurde dann verlassen.

2. Antrag des Theaterdirektors auf Genehmigung zur Einsetzung eines Honorars in seiner Eigenschaft als Darsteller in die Monatsabrechnung.

Obwohl dieser Gegenstand der 6. Punkt der Tagesordnung war, ließ der Vorsitzende darüber zunächst verhandeln, weil der Berichterstatter noch an einer anderen Sitzung teilnehmen mußte. Dr. Hofmann erstattete deshalb den Bericht und bemerkte dabei folgendes: Der Theaterdirektor habe die Erlaubnis nachgesucht, daß er monatlich 1000 M in den Haushaltsplan als Honorar für seine Mitarbeit als Darsteller einstellen dürfe. Der Berichterstatter machte darauf aufmerksam, daß das für die Spielzeit einen Betrag von 7500 M ausmachen würde. Der Theaterausschuß sei damit nicht einverstanden gewesen, sondern habe beschlossen, dem Theaterdirektor für die gegenwärtige Spielzeit eine Teuerungszulage von 4000 M zu bewilligen. Hiermit habe sich auch der Magistrat einverstanden erklärt.

Die Versammlung beschloß die Annahme des vom Magistrat gestellten Antrages.

3. Erhöhung der Miete für die von der Dreieckplatz-Gesellschaft m. b. H. gemieteten Räume der Bezugsschein-Abgabestelle.

Im Namen des Vorberatungsausschusses berichtet Stadtv. Rudzinski: Die Miete soll von 900 M auf 1080 M erhöht werden. Der Antrag wird angenommen.

4. Erhöhung der Feuerversicherungssumme für das Stadttheater und dessen Einrichtungsgegenstände.

Berichterstatter Stadtv. Ulbrich führt aus, daß das Theatergebäude mit 400 000 M, die innere Einrichtung dagegen mit 172 000 M versichert worden sei. Nach dem Gutachten des Stadthausrats wird die Versicherungssumme für das Gebäude auf 500 000 M erhöht. Das Inventar soll nach dem Vorschlage des Vorberatungsausschusses um das Doppelte erhöht werden, sodaß eine Mehrausgabe für die Versicherung von 882 M erforderlich ist. Der Vorberatungsausschuß empfiehlt die Annahme, die von der Versammlung ausgesprochen wird.

5. Nachprüfung des Vertragsverhältnisses mit dem Theaterdirektor mit Bezug auf § 1 des Vertrages.

Berichterstatter Stadtv. Schalljaq: Der Theaterausschuß hat sich mit der Nachprüfung befaßt und festgestellt, daß die Bedingungen erfüllt sind, daß also kein Grund vorliegt, den Vertrag zu kündigen. Eine Besprechung wird nicht gewünscht. Der Antrag des Magistrats, den der Theaterausschuß zu dem seinigen gemacht hat, wird einstimmig angenommen.

6. Erhebung einer Stammaplahgebühr für Theatereintrittskarten.

Berichterstatter Stadtv. Brauer. Wird angenommen.

7. Erhöhung der Beihilfe an Musikdirektor Gumbert für die Stellung der Theatermusik.

Berichterstatter Stadtv. Pinkus. Die Erhöhung beträgt 1500 M monatlich. Diese soll auf die verlängerte Spielzeit bezahlt werden und außerdem sind 750 M nachzubewilligen. Die Vorlage wird angenommen.

8. Bewilligung von Mitteln für die Gewährung von Weihnachts - Unterstützungen an städtische Arbeiter.

Berichterstatter Stadtv. Kubiz: Nach dem Antrage des Magistrats und des Vorberatungsausschusses sind 3170 M erforderlich, die von der Versammlung ohne Debatte bewilligt werden.

Die beiden folgenden Punkte: 9. Gewährung einer Unterstützung an einen Beamten und 10. die Gewährung einer Beihilfe an eine Aus-
helferin wurden in geheimer Sitzung behandelt.
Dem betr. Beamten wurden 200 M und der
Aushelferin 100 M bewilligt.

Schluß der öffentlichen Sitzung, die kurz nach
6 Uhr begonnen hatte, gegen 7 Uhr. H.

Montag, 9. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilungen.

1. Antrag der Hilfsboten und Hilfsvollziehungsbeamten um Gewährung einer außerordentlichen Kriegsteuerungszulage.
2. Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter.
3. Berechnung von Mitteln für die Kosten der Wahlen usw. zur Ratsoberversammlung.
4. Abgaben für die Erwerbslosenfürsorge in der Stadt Kietow.
5. Bewilligung einer einmaligen Steuerungszulage an die Beamten, Angestellten und an die Lehrer der Mittelschulen und der höheren Schulen.
6. Gewährung einer Beihilfe an eine Lehrerin.

Anwesend: Vom Magistrat: Oberbürgermeister Pohlmann, Bürgermeister Neu, Stadtr. Ruoff, Stadtbaurat Delsner, Stadträte Bößler und Speil.

Von Seiten der Stadtverordneten-Versammlung: Stadtv.-Vorst. Grünfeld, Bistorius, Rubiz, Rabschinski, Dr. Hoffmann, Braetsch, Rudzinski, Hencinski, Müller II, Belonek, Alimanek, Ehrhardt, Brauer, Kraemer, Dr. Glaser, Albrich, Breslauer, Müller I, Woitnek, Scharff, Siwinna, Weigmann.

Entschuldigt fehlen die Stadtverordneten Pinkus, Schalscha, Drees und Dr. Preiß.

1. Mitteilungen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld teilt mit, daß die preußische Regierung bestimmt hat, daß bis zur gezielten Regelung der Wahlen Neu- oder Ergänzungswahlen für die Gemeindevertretungen nicht stattzufinden haben. Die Wahlperiode bleibt vielmehr bis zum angegebenen Zeitpunkt verlängert. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in gleichlautendem Sinne bereits früher ausgesprochen.

2. Antrag der Hilfsboten und der Hilfsvollziehungs-Beamten um Gewährung einer außerordentlichen Kriegsteuerungszulage.

Nach dem Bericht des Stadtv. Rubiz hat sich der Vorberatungsausschuß dahin geeinigt, daß dieser Antrag durch die den städtischen Angestellten gewährte einmalige Weihnachtsunterstützung und die in der heutigen Sitzung zu bewilligende einmalige Steuerungszulage als erledigt angesehen werden kann. Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Stadtv. Grünfeld teilt sodann mit, daß ein

Dringlichkeitsantrag des Magistrats eingegangen sei. Es handelt sich um die Anschaffung einer Schnellpresse. Der Magistrat besitzt bereits eine Handdruckpresse,

mit der aber die vorkommenden eiligen Drucksachen nicht bewältigt werden können. Es liege ein günstiges Angebot für eine Steindruck-Schnellpresse vor. Der Vorsteher bittet, die Dringlichkeit des Antrages anzuerkennen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

3. Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter.

Berichterstatte r Stadtv. R a t i c h i n s k y: Der Antrag wird begründet durch die allgemeine Teuerung. In der Beschreibung der Dezernenten und Leiter der städtischen Betriebe habe man sich auf folgendes geeinigt: 1. Die Arbeiter der städtischen Betriebe einschl. der Personen in der Bade-Anstalt und der Wärterinnen in den Bedürfnis-Anstalten ohne Unterschied, ob sie Stunden-, Tage- oder Monatslohn beziehen, sollen an der Lohnzulage beteiligt sein von Ende November ab und zwar in Höhe von 20 M vom Hundert. Für die Schlachthofarbeiter wird die Zulage auf 25 M vom Hundert erhöht, weil die Schlachthofarbeiter im letzten Jahre keine Aufbesserung erhalten haben. Bei der Feststellung der neuen Lohnsätze sind die einzelnen Sätze auf volle 5 M abzurunden. Ueberarbeit wird Werktag mit 25 vom Hundert und Sonn- und Feiertag mit 50 vom Hundert Zuschlag bezahlt. Die Schlachthofarbeiter bekommen Sonn- und Feiertag bezahlt. 2. Die bisher gezahlten Kinder-Zulagen sind weiter zu zahlen. Die bisherigen Vergünstigungen, wie freie Wohnung, Prämien usw., bleiben bestehen. Die Lohnerhöhung von Dezember bis März 1919 stellt sich auf 20 730 M, das würde jährlich eine Mehrausgabe von 62 190 M ausmachen.

Der Berichterstatter tritt für den Antrag des Magistrats ein. Nachdem zwei Anfragen der Stadtverordneten Brauer und Müller II in befriedigender Weise beantwortet werden, kommt der Magistratsantrag zur Annahme.

4. Bereitstellung von Mitteln für die Kosten der Wahlen usw. zur Nationalversammlung.

Berichterstatte r Stadtv. B r a u e r geht hierbei auf die bereits in der „Rattowitzer Zeitung“ vor einigen Tagen veröffentlichten Bestimmungen des Rates der Volksbeauftragten für die Vorarbeiten zu den für den 16. Februar n. J. anberaumten Wahlen zur Nationalversammlung ein. Für die Stadt Rattowitz kommen etwa 15 Stimmbezirke in Frage. Die Wählerlisten sind doppelt anzufertigen. Die Listen haben spätestens bis zum 16. Januar fertig zu sein. Die Kosten hierfür trägt die Gemeindeverwaltung. Für Rattowitz werde voraussichtlich ein Betrag von 4000 M erforderlich

sein. Magistrat und Vorberatungsausschuß empfehlen der Versammlung, für die Anfertigung der Wählerlisten die Summe bis zu 4000 M. zu bewilligen. Der Magistrat habe zugesagt, für die Anfertigung der Listen in der Hauptsache beschäftigungslose Personen anzunehmen. Es habe ja den Anschein, als ob es nicht ausgeschlossen sei, daß die Wahlen zur Nationalversammlung an einem früheren Termin stattfinden. Mit Rücksicht hierauf müßte man daher die Aufstellung der Listen soviel wie möglich beschleunigen, eventl. müßte für diese Arbeit mehr Personal angestellt werden. Etwasige Mehrkosten seien natürlich zunächst ins Auge zu fassen.

Stadtv.-Vorst. Grünfeld bittet die Versammlung, es bei dem Antrage des Vorberatungsausschusses zu belassen.

Stadtv. Braetich fragt an, in welcher Frist es möglich sein könnte, die Listen fertig zu stellen. Man könnte ja vielleicht für die Listen-aufstellung die bisherigen Wählerlisten und die Lebensmittelausweise benutzen.

Oberbürgermeister Pohlmann bemerkt, der Magistrat werde bestrebt sein, mit einer entsprechenden Anzahl Arbeitskräften die zu leistende Arbeit in kürzester Frist durchzuführen. Es sei hierfür eine Zeit von etwa vier Wochen berechnet. Sehr schwierig stelle sich die Raumfrage für die Unterbringung der Arbeitskräfte, man habe an Schulräume gedacht, aber das werde sich nicht auf machen lassen. Wenn es unbedingt notwendig sei, würde sich die ganze Arbeit wohl schon in 14 Tagen bis 3 Wochen ausführen lassen.

Der Magistratsantrag wird sodann ohne weitere Debatte angenommen.

5. Satzungen für die Erwerbslosenfürsorge in der Stadt Rattowik.

Berichterstatter Dr. Hoffmann weist darauf hin, daß für die aus dem Felde zurückgekommenen und sonstigen erwerbslosen Personen gemäß den Beschlüssen des Rates der Volksbeauftragten von den einzelnen Gemeindeverwaltungen entsprechende Schritte unternommen werden. Es bleibe nichts übrig, als die hierfür bereits ausgearbeiteten Vorschriften im großen und ganzen anzunehmen. Es solle dafür gesorgt werden, daß der Zustand der Erwerbslosigkeit möglichst auf kurze Zeit beschränkt werden kann. Die ober-schlesischen Städte haben sich in dieser Frage zusammen geschlossen und die ganze Sache nach bestimmten Grundsätzen zur Regelung in Aussicht genommen. Der Magistrat der Stadt Rattowik hat für die Durchführung der Erwerbslosen-Fürsorge folgendes beschlossen:

Als Sätze für die zu gewährende Unterstützung werden diejenigen Sätze angenommen, die von der Gemeinschaft der ober-schlesischen Städte festgesetzt werden. Der Fürsorge-Ausschuß wird aus dem Vorsitzenden, 2 Mitgliedern aus dem Arbeitgeber- und 2 Mitgliedern aus dem Arbeitnehmerstand gebildet. Den Vorsitz übernimmt zunächst Bürgermeister Ben, später Stadtrat Gornik. Als Mitglieder werden gewählt aus dem Arbeitgeberstand die Stadträte Pieler und Zimmermann, aus dem Arbeitnehmerstand die Stadträte Löffler und Speil. Als Stellvertreter vom Arbeitgeberstand die Stadträte Kalus und Baumeister Georg Schalscha, vom Arbeitnehmerstand die Stadtv. Ehrhardt und Griese. Der Beratungsausschuß empfiehlt diesen Beschluß des Magistrats zur Annahme.

Aus den auch von der Stadt Rattowitz angenommenen

Richtlinien für die Erwerbslosenfürsorge

folgen folgende wesentliche Punkte mitgeteilt:

Die Erwerbslosenfürsorge wird solchen Personen gewährt, die 1. über 14 Jahre alt sind; 2. arbeitsfähig und arbeitswillig sind und sich infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. Eine bedürftige Lage ist nur anzunehmen, wenn die Einnahmen des zu Unterstützten einschl. der Einnahmen der in seinem Haushalte befindlichen Familienangehörigen infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten; 3. im Bezirk der Gemeinde Rattowitz ihren Wohnsitz haben; 4. mindestens eine Woche arbeitslos sind.

Die Erwerbslosenfürsorge hat nicht den Charakter der Armenpflege. Für Kriegsteilnehmer gilt folgendes: 1. Die Erwerbslosenfürsorge wird den Kriegsteilnehmern gewährt, wenn sie vor ihrer Einziehung zum Heere im Bezirk der Gemeinde Rattowitz gewohnt haben. Kriegsteilnehmer, die vor der Einziehung zum Heere nicht im Bezirk der Gemeinde Rattowitz gewohnt haben, sich aber nunmehr dort aufhalten, erhalten nur vorläufige Unterstützung, die vorschukweise für Rechnung der Gemeinde ihres früheren Wohnortes getragen wird. 2. Die Bestimmung über die Wartzeit gilt nicht für Kriegsteilnehmer. Voraussetzung für die Erwerbslosenfürsorge des Kriegsteilnehmers ist der Nachweis seiner ordnungsmäßigen Entlassung. Weibliche Per-

lonen sind nur zu unterstützen, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Personen, deren frühere Versorger arbeitsfähig zurückkehrten, erhalten keine Erwerbslosen-Unterstützung. Ausgeschlossen von der Unterstützung sind Empfänger laufender Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln. Der Empfänger der Unterstützung ist verpflichtet, nach Maßgabe der von dem Gemeindevorstand festzusetzenden Bestimmungen den von der Gemeinde anerkannten und zuständigen Arbeits-Nachweis aufzulegen und jede ihm nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb seines Berufes und Wohnortes, namentlich in dem früheren Beschäftigungsort und dem vor dem Kriege gewohnten Ort, sowie zu gekürzter Arbeitszeit anzunehmen, sofern für die nachgewiesene Arbeit angemessener ortsüblicher Lohn angeboten wird, die angewiesene Arbeit die Gesundheit nicht schädigt, die Unterbringung sittlich bedenkenfrei ist und bei Verheiratheten die Versorgung der Familie nicht unmöglich wird. Freie Fahrt zu Reisen in den Beschäftigungsort ist aus Mitteln der Erwerbslosen-Fürsorge zu bewilligen. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, sollen möglichst in den früheren Wohnort zurückkehren. Um ihm die Rückkehr in den früheren Wohnort zu erleichtern, ist unbenutzlich für sie die Arbeitsvermittlung in die Wege zu leiten. Art und Höhe der Unterstützung. Die zu gewährende Erwerbslosen-Unterstützung beträgt bei ganzer Erwerbslosigkeit für jeden arbeitslosen Wochentag a) für männliche Personen über 20 Jahre 3.50 M.; für männliche Personen zwischen 17 und 19 Jahren 3 M.; c) für männliche Personen von 14 bis 16 Jahren 2 M.; d) für weibliche Personen über 17 Jahre 2.50 M.; e) für weibliche Personen zwischen 14 und 17 Jahren 1.75 M.; für Familienangehörige, zu deren Unterhalt der Unterstützte gesetzlich verpflichtet ist und die keine selbstständige Unterstützung wünschen oder beziehen, wird ein Zuschlag von 75 % für den Arbeitslosen gewährt, der nur bei Unterstützung des Haushaltungsvorstandes an diesen zu zahlen ist, jedoch einschl. des Grundbetrages nur bis zur doppelten Höhe der Unterstützung (7 M.).

Die Kosten der Erwerbslosen-Fürsorge trägt zu sechs Zwölftel das Reich, zu vier Zwölftel der Staat und zu zwei Zwölftel die Gemeinde.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Magistrats, nachdem eine kurze Anfrage des Stadtv. Bistorius durch Aufklärung seitens des Berichterstatters erledigt war, ohne weitere Besprechung der Sache zu.

6. Bewilligung einer einmaligen Teuerungszulage an die Beamten, Angestellten und an die Lehrer der Mittelschulen und den höheren Schulen.

Berichterstatter Stadtv. Ulrich weist zunächst auf die den Reichs- und Staatsbeamten gewährten Teuerungszulagen hin und teilt sodann aus dem Magistratsbeschluss folgendes mit: Die einmalige Teuerungszulage, die im September bezahlt wurde, erforderte einen Gesamtaufwand von 155 000 M. Für die jetzt zu bewilligende einmalige Teuerungszulage sind erforderlich: a) für die Beamten und Angestellten 94 064 M.; b) für die Altpenhonäre und deren Hinterbliebene 7300 M.; c) für die Lehrpersonen des Gymnasiums 20 466 M.; d) für die der Oberrealschule 17 677 M.; e) für die Knaben-Mittelschule 13 572 M.; f) für die Mädchen-Mittelschule 10 831 M.; g) für die kaufmännische Fortbildungsschule 2023 M.; h) für die Handelsschule 1050 M.; i) für die Hinterbliebenen von Gymnasiallehrern 1026 M.; k) für die Schuldiener 3000 M.; insgesamt 171 000 M. Von diesen Ausgaben trägt der Staat einen Teil. Den weiblichen Angestellten und Aushilfskräften ist als Ersatz für die im September gezahlte einmalige Teuerungszulage eine erhöhte Weihnachtunterstützung in Höhe des Monatsgehaltes bewilligt worden. Da die Gründe, unter denen den Beamten eine zweite einmalige Teuerungszulage gewährt werden soll, auch hier voll zutreffen, wird beantragt, ihnen ebenfalls eine zweite Teuerungszulage in Höhe der schon einmal gewährten zu bewilligen und hierfür einen Betrag von 20 000 M. zur Verfügung zu stellen. Der Berichterstatter tritt sehr warm für die Annahme dieser Magistratsvorlage ein, indem er nachdrücklich darauf hinweist, daß der allgemeine Notstand der Beamten diese Mehrausgabe erfordere, wennleich die mißliche Lage der Beamten durch diese zweite Teuerungszulagen nicht behoben, sondern nur gemildert wäre. Die Staatsregierung gehe ja auch davon aus, daß durch derartige besondere Zuwendungen an die Beamten unser allgemeines Wirtschaftsleben weiter aufrecht erhalten werden müsse. Man dürfe des Dankes der Beamtschaft sicher sein. In den anderen ober-schlesischen Städten sah man sich ebenfalls zu dieser Maßnahme veranlaßt, u. a. ist in Ratibor eine derartige Teuerungszulage durch Stadtverordnetenbeschluss schon bereits gewährt.

Stadtv. Kubiz bittet um Auskunft, ob die Gewährung der Teuerungszulage nach dem Wunsche zu der Weihnachtzulage nur an weibliche Personen erfolgen soll.

Berichterstatter Stadtv. Ulrich weist darauf hin, daß diese besondere Aufwendung auch

für alle Hilfsangestellten der Stadt bemessen sein soll.

Der Antrag des Magistrats wird daraufhin von der Versammlung ohne weitere Debatte angenommen.

Es folgt der

Dringlichkeitsantrag des Magistrats

betr. die bereits erwähnte Anschaffung einer Schnelldruck-Handpresse. Der Berichterstatter Stadtv. Kraemer spricht sich entschieden gegen die Annahme des Antrages aus. Die Ausgabe von etwa 8500 M. sei viel zu hoch. In der jetzigen Zeit sei es nicht notwendig, eine derartige Anschaffung zu machen. Er bittet daher die Versammlung, den Antrag abzulehnen oder ihn an den Vorberatungsausschuß zurückzuperweisen.

Oberbürgermeister Bohlmann entgegnet, die Annahme, daß die Anschaffung einer Schnelldruck-Handpresse nicht notwendig sei, wohl darauf zurückzuführen, daß es an Sachverständigen mangle, die diese Frage am besten beantworten könnten. Die Vorlage sei vom Magistrat nur gemacht worden, um Ersparnisse ermöglichen zu können. Er sei dafür, daß die Sache in dem Vorberatungsausschuß durch Sachverständige geprüft werde.

Stadtv. Müller I vertritt die Ansicht, daß hier allein nur in Frage komme, ob durch die Anschaffung dieser Presse wirklich Ersparnisse gemacht werden können.

Stadtv. Brauer glaubt, die Dringlichkeit des Antrages nicht vertreten zu können. Ebenso hält Stadtv. Bistorius die Dringlichkeit der Sache nicht für vorliegend.

Nachdem Stadtv.-Vorst. Grünfeld noch darauf hingewiesen hatte, daß in der Versammlung ein sachverständiges Mitglied sich befindet, wird der Antrag des Stadtv. Kraemer auf Zurückverweisung in den Vorberatungsausschuß angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung,

7. Gewährung einer Beihilfe an eine Lehrerin,

wird in geheimer Sitzung beraten.

Die Vorlage wurde genehmigt.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 5 Uhr.

W.



Sach-Register.

(Die beigedruckten Ziffern bezeichnen die Seiten.)

A

Akademischer Hilfsbund 95.
 Altmanische Erben 80.
 Anstellung auf Lebenszeit 13,
 146.
 Arbeiter- und Soldatenrat 140.
 Mittel für denselben 145.
 Armenverwaltung 95.
 Aufklärungs-Ausschuß 18.
 Außerordentliche Sitzung 139.
 Ausschüsse 17.

B

Baltische Gesellschaft, Deutsch-
 Baltische 15.
 Baracke vom Roten Kreuz 12.
 Bauholz-Beschaffung für Klein-
 Wohnungsbauten 125.
 Bildungsanstalten, Verwal-
 tungs-Deputation 112. —
 Anstellung und Befoldung
 von Behrpersonen 113.
 Bauhilfen 54.
 Beschlußfähigkeit der Stadtv.
 97.
 Betriebsüberschüsse 89.
 Bilderbühnenbund 95.
 Borinski: 10, 11, 39.
 Braetich: 69, 78, 88, 95,
 96, 99, 125, 150.
 Brauer: 5, 10, 96, 110, 111,
 112, 113, 127, 144, 157.
 Breslauer: 96.
 Büro, Demwahl, bezw. Wieder-
 wahl 5.

D

Dankschreiben, Dame, Dem-
 bitisch 136.
 Dienstentschädigungs = Erhö-
 hung 13.
 Dienststreifen-Zuschläge 96.
 Dreieck-Platz-Gesellschaft 154.

E

Einführung von Stadträten 2,
 7, 31.
 Einkommensteuer = Veranla-
 gungskommission 12.
 Elektrischer Strom. Preiser-
 höhung 10.
 Eigenthumsverhältnisse, Ober-
 schlesische 25.
 Erwerbslosen = Fürsorge
 158—160.

F

Familien-Unterstützung 144.
 Feuer-Versicherung des Stadt-
 theaters 154.
 Fortbildungsschule. Kaufmän-
 nische 112.

G

Gartenbauvereine, schlesische 15.
 Gaspreis-Erhöhung 80.
 Gemeinsame Sitzungen
 109, 146.

Gemeindesteuer 39 f. Fortfall
der Erhebung von Gem.-
Steuern 40.
Geschäftsbericht 1917 4.
Gesellschaft, Deutsche für soz.
Recht. 144.
Dr. Glaser: 9. 125.
Gold- und Kupfer-Ankaufs-
woche 7.
Goldankaufsstelle, Ergeb-
nis 135.
Griebe 131.
Grünfeld: 1. 3, 4, 31, 32,
33, 41, 55, 57, 58—63, 71,
72, 76, 87, 94. 105—107,
116 f. 139 f.
Grundstücks-Ankauf 85—87.
Gumbert, Musik-
direktor 154.
Gutachten betr. Wasserwer-
ksanlage 96.
Guttmann, Stadtrat 50,
127.

H

Handelschule, Übernahme
durch die Stadt 112.
Haf, Professor Haf-Vortrag 17.
Haushaltsplan 1918—19 137.
Hilfsboten und Hilfsvollzie-
hungsbeamten, Außerordent-
liche Kriegsteuerungskulage
156.
Hindenburgfeste für d. Feld-
heer 133.
Dr. Hoffmann 5. 9. 13. 21. 48.
49. 77. 78. 126. 137f. 158.
Hypotheken-Eilana 137.

J

Junge 9. 15.

K

Kaiserin Augusta Viktoria-
Haus 9.
Kais 3.
Kanalgebühren 16.
Kaufmännisches Bildungswesen
110.
Kleider- und Stiefelgeld für
Rohrmeister Anasios 53.
Kläranlage 10.
Klein-Wohnungsbauten 125.
Knaben-Mittelschule 93.

Kommunikations-Ergebnisse 103.
Kleinbahn-Vertrag 100.
Kolonialkriegerfeste 124.
Kraemer 144.
Kreisausschuss, zur Wasser-
frage 44 ff.
Kriegsanleihe, achte 48.
Beteiligung an der Neuen
129. 133. 138.
Kriegsflüchtige, Beihilfen an
deutsche 47.
Kriegsmöbelgesellschaft 125.
Kriegsmohlfahrtspflege 24.
Krüppelheim Bentzen 15.
Kubitz, 47. 145. 154. 156.
Kutschinski 157.

L

Landarmenkosten 124.
Landaufenthalt d. Schulkinder 88
Lapp, Graf L.-Stift Rochlo-
wik 16.
Lebensmittelamt 24. 34.
Lebensmittelversorgung 104 f.
Lehrlingsheim, Mieterhö-
hung 125.
Leu, Bürgermeister 113. 114.
Lichtbilder-Ausführungen 114.
Löffler, Stadtrat 149.
Lohn-Erhöhung für städt. Ar-
beiten
Lyceum 15. 90. 137.

M

Mehrausgabe, siehe Ueberschrei-
tungen 54.
Mieterminderungsamt 17. 114.
Mieterschutz 151.
Münch 125.

N

Nachrufe für Sogalla 41. Trup-
pe 56. Rofch 56. für Wanjura
134.
Nationalversammlung, Wahlko-
sten. 151.
Neujahrsgedächtnisrede 1.
Nowak'sches Grundstück 51.

O

Oberrealschule, Kuratorium 12.
Oberschlesiens Zukunft 146-150.

Obligationen, Auslosungen 17, 137.
Ostmarkenfilm 114.
Delsner, Stadtbaurat, über Wohnungsmanagel und Mieterschutz 151.

P

Papier-Motageld 136.
Pflegegeld-Erhöhung 16.
Pinsus 10. 34. 38. 80. 90. 96.
Pistorius 9. 18. 44. 64—69. 71. 72.
Oberbürgermeister Pohlmann zum angebl. (Sped.) Diebstahl im Schlachthofe 21. — Zum Verwaltungsbericht 23—29. 36—38. — Zur Lebensmittelversorgung 43—44. Erhöhung der Steuerzuschläge 82—83. — 89. 104 f. Zweckverband D. S. 109. R Lebensmittel-Versorgung 118—123.
Oberbürgermstr. Pohlmann. Zur Kriegsanleihe 130 f. Zukunft Oberschlesiens 146. — Poforny 12.
Dr. Preisk 51. 88. 137.

R

Rava-Verbands-Ausschuß 134.
Reisekosten der Oberlehrerinnen 90.
Reisekosten-Erhöhung 16.
Reisekosten-Ersatz für Stellenbewerber 48.
Rotes Kreuz, Krankenhaus 125.
Rudzinski 10. 12. 95. 114. 125.
Ruoff, Stadtrat, 45. 58. 69. 80.

S

Säuglingspflegeschule Doppel 10.
Schalsha, 48 154.
Schenkuna 80.
Schnelldruck-Handpresse 162.
Schützenverein, Abkommen betr. Südpark-Restaurant u. -Gärten 11.
Schulklassen, Errichtung neuer, 92.
Soldatenrat 140.
Sosnowik-Strassenbahn 35. 36.
Sparrasse 89.

Spielhonorar für d. Theaterdirektor 153.
Stadtblatt 11.
Stadthauptkasse, Jahresabschluß 124.
Stadträie 2. 7. 31.
Stadtratsstelle, besoldete 127.
Stadtrat, besoldeter 146.
— unbesoldeter — 146.
Stenographische Versammlungsberichte 95.
Steuerzuschlag-Erhöhung 83. 85.
Stadtverordneten-Wahlen, Verschiebung derselben 114.
Steuer-Ermäßigung 28.
Steuerverwaltung 115.
Südpark-Restaurant u. Gärten 11.
Südpark-Strassenbahn 33. 76.
Südpark-Wasser-Versorgung 93.

T

Tagegelber u. Reisekosten 46.
Teuerungszulagen an Lehrpersonen B—26.
Teuerungszulagen für städt. Krankenhaus-Schwester, 53.
Erhöhte Teuerungszulagen für Beamte, Angestellte und Lehrer 53.
Teuerungszulagen an städt. Beamte u. Lehrpersonen 127.
Teuerungszulage, einmalige an Beamte, Angestellte usw. 161.
Theater-Direktor, Bischof-Raul 18 ff.
Abrechnung mit demselben 127.
Direktor Raul Barnah 50 ff.
Duzendbarten 126.
Eintrittspreise 48.
Erhöhung derselben 145.
Feuer-Versicherung 154.
Nachprüfung des Vertrages mit dem Theater-Direktor 154.
Neuverpachtung 21—23.
Nacht-Vertrag 48.
Stammplatz-Gebühr 154.
Tuberkulose-Bekämpfung 9.

U

Ueberschreitungen des Haushaltungsplans 96. f.
Ulrich 10. 77. 85. 90. 97. 100—103. 161.
Unterstützung-Erhöhung 12.

V

Vaterlandsspende zu Erho-
lungsfürten für deutsche
Kriegsteilnehmer 9.
Vereinsbeiträge 11.
Verwaltungsbericht 23. 32.
Vogel 35. 70. 71.
Volksbibliothek 93.
Vorberatungsausschuk. Neu-
wahl 5.
Volksbausebund, Beitritt zum
Deutschen — 9.

W

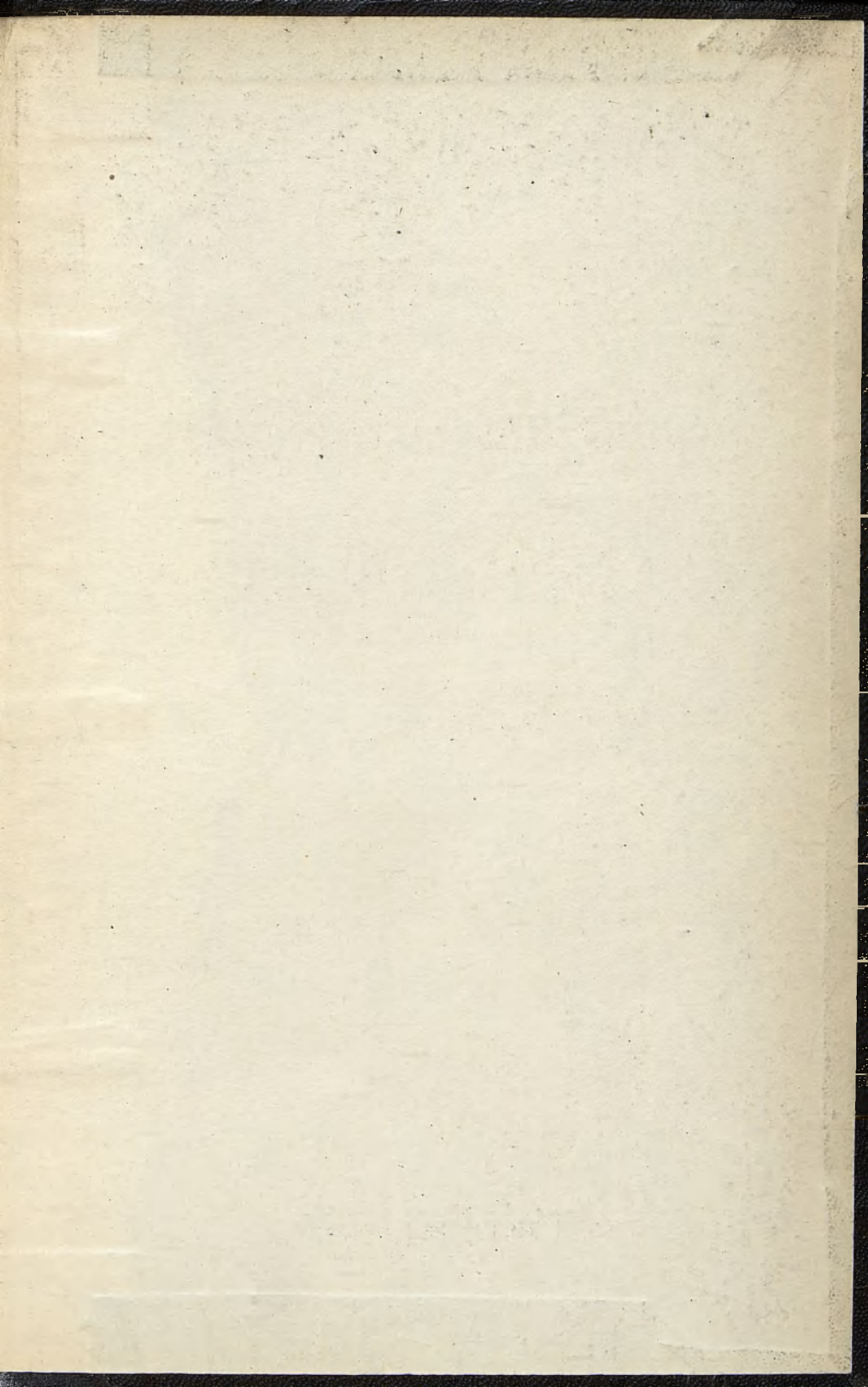
Waniura 11. 52. 95.
Wasser. — Wasserpreis-Erhö-
hung 81.

Wasserversorgung 25. 34. 37.
44 ff.
Sonstige Wasserfrage 52. 105—
108.
Wasserverbrauch der Bürger-
schaft 69.
Wasserversorgung der Süd-
stadt 44.
Wasserversorgung der Stadt 57.
Weihnachts = Unterstützungen
145. 154 ff.
Wohnungsnot 26. 34. 37 ff. 151.
Wynen-Konzerte 76.

Z

Zentralhilfsfond 24.
Ziehfinder 16.
Zweckverband „Wasserwerk
D.S.“ 72 f. 80.

Zarząd Miejski m. Kęt
Biblioteka Podręczna i Archiwum



Biblioteka Śląska w Katowicach

Id: 0030000976816



II 219889/0/1918

SL

